

Rundbrief 3+4/07

AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE



Foto: Aris Papadopoulos

Aktuelles zu Antifaschismus und Rechtsextremismus

DIE LINKE.

INHALT

EDITORIAL

Die neue LINKE – woher kommt sie, wohin geht sie ...	3
Professor Dr. Lothar Bisky, MdB	

DAS THEMA: AKTUELLES ZU ANTIFASCHISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS

Rechtsextremismus heute – die größte Bedrohung des 21. Jahrhunderts?	4
Dr. André Hahn MdL	

Neonazis im Internet	7
Dr. sc. Roland Bach	

Thesen zu einer offenen gesellschaftlichen Zukunftsfrage	12
Petra Pau MdB	

Schulgeschichte(n) und Rechtsextremismus	15
Professor Dr. Klaus Böttcher	

„Wir haben nur unsere Pflicht getan“	18
Dr. Daniel Siemens	

Die Schändung der Gedenkstätte für die gefallenen Sowjetsoldaten in Tallinn	21
Professor Dr. Karl-Heinz Gräfe	

HISTORISCHES ZU RECHTSEXTREMISMUS UND ANTIFASCHISMUS

Die Anfänge des Kirchenkampfes im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg	26
Oliver Reschke M. A.	

Bewusst vergessen?	28
Dr. Günter Wehner	

Boris Sludzki: „Die Kölnische Grube.“	32
Heide Kramer	

Redaktionelle Vorbemerkung	36
-----------------------------------	----

Bundesregierung antwortet auf Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Treffen der Gebirgsjäger	37
---	----

Gebirgsjäger der Wehrmacht in Griechenland 1941–1944	40
Dr. Martin Seckendorf	

BERICHTE UND INFORMATIONEN

Kurt Goldstein zum Gedächtnis	46
--------------------------------------	----

Zur Kampagne „nonpd“ der VVN-BdA	47
Thomas Willms	

Dritter Antifaschistische Ratschlag Sachsen in Chemnitz am 27. Januar 2007	48
Dr. Horst Helas	

LESERBRIEFE

Leserbrief zu Reiner Zilkenat: Christian Klar, Inge Viett, die RAF und DIE LINKE	49
Leserbrief zu Dirk Burczyk: „Die Kraft der Jugend“	50

REZENSIONEN UND ANNOTATIONEN

Die Harzburger Front 1931 – Der Anfang vom Ende der Weimarer Republik? Dr. Reiner Zilkenat	51
Neues zum antifaschistischen Widerstand in Sachsen-Anhalt Professor Dr. Helmut Meier	52
Stille Helden im antifaschistischen Widerstand Dr. Horst Helas	53
Raketentechnik und Kriegswirtschaft in Nazi-Deutschland Dr. Günter Wehner	54
Erschreckende Parallelen. Eine Broschüre der Linkspartei Teltow-Fläming Dr. Nick Brauns	55
Guernica. Die Odyssee eines Wandbildes Dipl. soz. René Senenko	56
Appeasement – Hitlers Freunde in England Dr. Reiner Zilkenat	56
Zur Geschichte der VVN-Bund der Antifaschisten Dr. Cornelia Domaschke	58
Deutscher Konservatismus nach 1945 Dr. Gerd Wiegel	59
Der „Oberhalb-Denker“ der Neuen Rechten Dr. sc. Roland Bach	60
Die „Junge Freiheit“ und die „Konservative Revolution“ Dirk Burczyk M.A.	62
AUTORENVERZEICHNIS	64

EDITORIAL

Die neue LINKE – woher kommt sie, wohin geht sie ...

Die ersten 100 Tage der Partei DIE LINKE sind vorüber. Weder höfliches Abwarten, geschweige denn ein Bonus wurde uns nach der Gründung am 16. Juni in Berlin gegönnt. Ich will mich nicht beklagen, dass unsere Existenz ein Teil des politischen Sommerlochs gefüllt hat. Die Prognosen über eine veränderte Parteienlandschaft gehörten zum sachlichen Teil der politischen Auseinandersetzung. Die Ausfälle bei der SPD gegenüber der LINKEN sind inzwischen dort angekommen, wo ich deren Ursachen immer gesehen habe, in Richtungsdebatten der SPD. Anfang Oktober auf dem Bundeskongress von ver.di habe ich in meinem Grußwort festgehalten, dass die SPD mit ihrer Agenda-2010-Politik die Hebamme der neuen LINKEN war. Die Chance, über die PDS hinaus, auch im Westen der Republik zu einer politischen Kraft zu werden, entstand mit dem Aufbruch vieler im Westen, sich politisch gegen Sozial- und Demokratieabbau neu zu organisieren. Die PDS brachte in die Neugründung ihre Parteigeschichte, den Bruch mit dem Stalinismus als System, ihre inzwischen vielseitigen politischen Erfahrungen in den Kommunen, den Ländern, in Europa mit. Unsere Mitglieder sind auch Mitglieder der europäischen

Linken. Auch das ist neu, nicht nur für die, die die WASG gegründet hatten, auch für die über 3.600 Neumitglieder der LINKEN, die sich gleich zwei Parteienkulturen aneignen müssen. Wir „Langjährigen“ haben mehrfache Verantwortung. Wir müssen auf neue Art zuhören und erkunden, welche Hoffnungen andere mit der neuen LINKEN verbinden. Wir müssen zugleich darauf achten, dass unsere Kompetenzen gar keine geringen sind, sondern eher gewachsen und unsere Unterschiedlichkeit ein Schatz ist, den wir wirklich heben wollen. Soziale und emanzipatorische Politik gehören für uns zusammen. Dass friedliche Konfliktlösung unter Dach des Völkerrechts gehört, ist ein Fazit deutscher und europäischer Geschichte. Doch rechtsextreme Demagogen geben im Gewand sozialer Forderungen wieder und wieder menschenverachtende Antworten und kaschieren sie als Ausweg globaler Deregulierung. Rechtsextremismus ist ein europäisches Problem, eine gefährliche Reaktion auf die Krise politischer Institutionen und zugleich ein massiver Angriff auf demokratische Öffentlichkeiten, auf Leib und Leben von Menschen, die internationalistisch denken und leben.

Der Austausch zwischen den Kommunalpolitikern der LINKEN hat begonnen. Ein Werkzeugkoffer gegen Rechtsextremismus und analytisches Material ist auf unseren Websites abrufbar. Doch von einer geläufigen Querschnittsaufgabe, den Kampf gegen Rechtsextremismus in den kommenden Wahlkämpfen, in der Parteibildung, in der Programmatik und bei der politischen Schwerpunktsetzung im Auge zu haben – davon sind wir noch weit entfernt. Häufig wird Rassismus als Jugend- oder Randgruppenproblem verharmlost, einseitig auf soziale Konflikte, auf mangelnde Perspektiven zurückgeführt. Dagegen hilft nur Aufklärung, transparente Informationen über rechtsextreme Straftaten, die Zusammenarbeit in demokratischen Bündnissen und auch ganz deutliche Forderung vor Ort und im Bund, die politische und kulturelle Antifa-Arbeit in planbaren und stabilen Strukturen weiterführen zu können. Es ist eigentlich keine Zeit, umständlich nach politischen Aufgaben der neuen LINKEN zu suchen. Sie liegen auf der Strasse und wir haben es in der Hand, für ein soziales und weltoffenes Klima mehr Politik zu machen, bundesweit, vor Ort, in Europa.

Professor Dr. Lothar Bisky, MdB

DAS THEMA: AKTUELLES ZU ANTIFASCHISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS

Rechtsextremismus heute – die größte Bedrohung des 21. Jahrhunderts?¹

Ich möchte mich in diesem Beitrag einer Frage widmen, von der ich weiß, dass ich darauf keine erschöpfende Antwort werde geben können, der Frage nämlich, ob der Rechtsextremismus, der Neofaschismus, wie wir ihn heute erleben, vielleicht die größte politische Bedrohung des 21. Jahrhunderts darstellt.

Wohlgemerkt: Es geht mir um die größte politische Bedrohung, denn ich kann und will diese Problematik des Rechtsextremismus nicht aufwiegen mit der globalen Erwärmung, der drohenden Klimakatastrophe, der zunehmenden Globalisierung in den unterschiedlichen Bereichen oder mit dem demografischen Wandel.

Doch was die Politik anbelangt, so kann man wohl mit einigem Recht sagen, dass der anwachsende und längst bis in die so genannte Mitte der Gesellschaft hineinreichende Rechtsextremismus neben der leider ebenfalls wachsenden Armut vieler Menschen den größten Skandal in der Bundesrepublik Deutschland, nicht zuletzt im Bundesland Sachsen, darstellt.

Erfahrungen aus dem Bundesland Sachsen

Seit der letzten Landtagswahl im Jahr 2004 darf die extreme Rechte über die NPD auch im Sächsischen Landtag all das verkünden, was wir Antifaschisten verachten, vor dem wir seit Jahren eindringlich warnen und was wir seit langem auf demokratischem Wege, aber doch mit aller Entschiedenheit bekämpfen.

Es ist traurige Realität, dass Gewalt, dass die Jagd auf Minderheiten und die offene Verhöhnung der Demokratie hierzulande Konjunktur haben.

Und was macht die herrschende Politik? Sie schaut weitgehend hilf- und oft auch tatenlos zu. Dies gilt ganz besonders in Sachsen, von dem der damalige Ministerpräsident Kurt Biedenkopf sogar einmal behauptete, dieses Bundesland sei immun gegen Rechts. Zurückgenommen hat er diese Äußerung übrigens bis heute nicht. Geäußert hat sich aber kürzlich ein anderer, nämlich sein Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten. Auf dem jüngsten CDU-Landesparteitag

ließ sich Georg Milbradt allen Ernstes zu der Aussage hinreißen: „In Mügeln hat keine Hetzjagd auf Ausländer stattgefunden, sondern eine Hetzjagd auf die Mügelnerinnen und Mügelner.“

Das Protokoll vermerkte an dieser Stelle heftigen Applaus der CDU-Delegierten. Ich sage: Wer so redet, verharmlost die Gefahren durch Nazis in diesem Land und macht Ausländerfeindlichkeit hoffähig. Ich meine: Selbst wenn es die Korruptions- bzw. Verfassungsschutzaffäre und das Desaster mit der Landesbank nicht gegeben hätte – allein wegen dieser völlig indiskutablen Äußerung müsste Georg Milbradt eigentlich zurücktreten.

Hier wünschte ich mir im Übrigen auch klarere Worte seitens der sächsischen Sozialdemokraten, dem Koalitionspartner der CDU, die derartige Positionen mit Sicherheit nicht teilen. Sie sollten sich zumindest unmissverständlich von Milbradts Äußerungen distanzieren, anstatt nur permanent zu beteuern, man stünde „ohne Wenn und Aber“ zur Koalition und wolle diese sogar noch über 2009 fortsetzen.

Die jüngsten Wahlumfragen in Sachsen zeigten, wohin das führen kann. Die Nazis liegen bei den Demoskopen auf Landesebene inzwischen teilweise schon vor der SPD! Im Kreistag Sächsische Schweiz, in dem ich auch ein Abgeordnetenmandat inne habe, müssen wir diese Situation bereits seit drei Jahren ertragen, denn dort verfügen die Nazis schon jetzt über mehr Mandate als die Sozialdemokraten. Das ist und bleibt eine Katastrophe!

Auf Landesebene haben wir noch maximal zwei Jahre Zeit, um eine solche Situation für den Landtag abzuwenden, aber das wird mit Sicherheit nicht gelingen, wenn sich die demokratischen Parteien gegenseitig die Schuld für die anwachsenden Aktivitäten der NPD und anderer rechtsextremer Gruppen zuweisen, sondern nur dann, wenn bei allen Differenzen in anderen Fragen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus möglichst gemeinsam und abgestimmt agiert wird.

Und vor allem muss endlich damit angefangen werden, den Ursachen entge-

genzuwirken, den Neonazis ihren Nährboden zu entziehen.

Für den Aufschwung der extremen Rechten gibt es bekanntlich viele Ursachen, aber er ist natürlich auch ein Ergebnis der sozialen Misere in unserem Land, die in manchen Gegenden für immer mehr Menschen regelrecht existenzbedrohend wird.

Natürlich ist es zutreffend, dass Nazis dort eine Chance haben, wo Menschen verzweifelt und verbittert sind. Natürlich ist eine Jugend, die zu wenig Bildung, Ausbildung und Arbeit findet, besonders anfällig für braune Propaganda, für vermeintlich uneigennützig „Kümmerer“, die sich tatsächlich kümmern: Um Dorffeste, um Lagerfeuer und Jugendarbeit und mancherorts versuchen sie sogar schon, die Feuerwehr oder den Sportverein zu übernehmen. Inzwischen – so hört man – übernimmt die NPD in einigen Regionen sogar schon den Eigenanteil für Klassenfahrten bei Kindern, deren Eltern sich dies nicht leisten können. Wo der demokratische Staat, wo unser Sozialsystem versagt, versuchen die Nazis einen Fuß in die Tür zu bekommen, doch genau diese Chance dürfen wir ihnen nicht bieten.

Die Existenz der sozialen Misere ist unstrittig, aber sie entschuldigt nichts. Die Gesellschaft und wir selbst müssen uns schon fragen, was getan werden kann, was zu tun ist gegen den anwachsenden Neofaschismus.

Zu einem neuerlichen Verbotverfahren gegen die NPD

Aber natürlich ist und bleibt auch die Politik gefordert. Ein möglicher und aus meiner Sicht unumgänglicher Schritt wäre ein Verbot der NPD. Ich unterstütze diesbezüglich ausdrücklich das Engagement und die Unterschriftensammlung des VVN-BdA.

Zugleich aber füge ich hinzu: Ein nochmaliges Scheitern eines Verbotverfahrens wäre eine Katastrophe, deshalb muss dessen Einleitung sorgfältig vorbereitet werden und vor allem die Hinweise des Bundesverfassungsgerichts aus dem ersten Verfahren berücksichtigen. Solange der Verfassungsschutz – wie selbst zugegeben – an zentralen Stellen

bei der NPD noch immer V-Leute implantiert hat, besteht die Gefahr, dass das Parteiverbot aus formalen Gründen erneut nicht verfügt werden kann. Dies darf auf keinen Fall riskiert werden.

Deshalb fordern wir nach wie vor einen sofortigen Abzug aller V-Leute aus der NPD. Erst dann hat ein Verbotverfahren Aussicht auf Erfolg.

Die Rufe nach einem Parteiverbot werden gleichwohl immer lauter. Inzwischen liegt auch dem anstehenden SPD-Bundesparteitag ein entsprechender Antrag des Vorstands vor.

Erst gestern, am 15. Oktober 2007, gab es dazu auch einen erfreulich deutlichen Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung“. Unter der Überschrift „Die NPD endlich verbieten“ äußert sich Peter Fahrenholz dort wie folgt:

„Das im März 2003 gescheiterte Verfahren zum Verbot der NPD gehört zu den größten Blamagen des deutschen Rechtsstaates. Denn das Bundesverfassungsgericht hat den Antrag damals nicht etwa deshalb verworfen, weil es das Belastungsmaterial gegen die NPD von vornherein als zu dünn eingeschätzt hätte. Sondern, weil nicht klar gewesen ist, ob es nicht von Spitzeln des Verfassungsschutzes stammt, die als staatlich alimentierte Provokateure die Verfassungswidrigkeit der NPD erst provoziert haben, die man dann vor Gericht beweisen wollte ... Dass der organisierte Rechtsextremismus ohne die Spitze der Sicherheitsbehörden zu einem schwarzen Loch würde, von dem dann niemand mehr etwas wüsste, ist maßlos übertrieben. Längst sind sowohl die Aktivitäten der NPD als auch ihre politischen Absichten hinreichend bekannt und dokumentiert ...“

Und der Kommentar endet dann wie folgt: „Mit einem Verbot der NPD wird der Rechtsextremismus in Deutschland nicht beseitigt. Das ist eine Aufgabe nicht nur für den Staat, sondern für die ganze Gesellschaft. Vermutlich wird sie nie ganz gelöst werden können. Aber muss man deshalb den parlamentarischen Arm des Rechtsextremismus dulden? Muss man zusehen, wie er sich, vor allem im Osten immer weiter ausbreitet und mit Hilfe staatlicher Gelder seine Organisation stärken kann?“

Ein Verbot der NPD (und gleichgerichteter Nachfolgeorganisationen) würde den Rechtsextremismus nachhaltig und auf Jahre hinaus stark schwächen. Es würde die Neonazis lehren, dass sie nicht nur mit Sonntagsreden und Lichterketten, sondern mit allen Mitteln bekämpft werden, die ein demokratischer Rechtsstaat dafür parat hat. Deshalb muss er

einen zweiten Anlauf wagen – und diesmal einen ernsthaften.“

Ich kann diesen Aussagen des Kommentators der „Süddeutschen Zeitung“ nur zustimmen.

Die Politik ist auch gefragt, wenn es um die Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement und von antifaschistischen Initiativen geht. Hier wird noch immer viel zu wenig getan, wenngleich man nicht gering schätzen sollte, dass es neben den Bundesmitteln inzwischen auch ein Landesprogramm für Weltoffenheit und Toleranz gibt, selbst wenn es an den Voraussetzungen und Vergabemodalitäten sowie an Kürzungen in anderen Bereichen nach wie vor einiges zu kritisieren gibt.

Wir brauchen einen streitbaren Humanismus und das Lernen aus der Geschichte!

Zu kritisieren ist auch die immer wieder stattfindende Gleichsetzung von rechts und links, die Gleichsetzung der so genannten zwei deutschen Diktaturen, egal ob durch den sächsischen Ministerpräsidenten, durch den als Festredner zum Tag der Deutschen Einheit denkbar ungeeigneten Joachim Gauck oder auch in einigen der „neutralen“ Sendungen des öffentlich rechtlichen Rundfunks. Ich bleibe dabei: Wer die Zeit des Hitlerfaschismus mit der DDR gleichsetzt, der betreibt eine absolut unverantwortliche Verharmlosung der Nazi-Verbrechen!

Wir Antifaschisten haben gemeinsam eine ganz konkrete Aufgabe, nämlich eine Kultur zu fördern, die Rechtsextremes und Nazistisches obsolet macht. Auch unter schwierigen Verhältnissen. Wir brauchen einen streitbaren Humanismus. Ohne den Geist der Aufklärung gerät der Ungeist des Rassismus und seiner braunen Brüder immer wieder aus der Flasche.

Es stimmt: All das begann nicht erst nach der Wende im Herbst 1989. Es gab erste Anzeichen bereits in den achtziger Jahren in der DDR. Es war ein Anzeichen dafür, dass nicht mehr alles in den Fugen war. Zum Beispiel Jugendforscher und Soziologen wussten es – aber sie durften darüber nicht öffentlich sprechen.

Und nach der Wende waren es dann Flammenzeichen. Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda und auch in Dresden, damals wurde Jorge Gomodai getötet, nach einer Hatz aus der Straßenbahn geworfen. Die Täter sind wieder unter uns.

An dieser Stelle sei ein Blick auf einige aktuelle Ereignisse und Zusammenhänge in Sachsen geworfen.

Das Treiben der NPD im Sächsischen Landtag wird intensiv durch die Medien begleitet, wobei ich mir allerdings nicht ganz sicher bin, ob die permanente Berichterstattung über diverse NPD-Skandale dem eigentlichen Problem gerecht wird. Einerseits taucht diese neofaschistische Partei dadurch regelmäßig in Radio, Fernsehen und Zeitungen auf, andererseits verstehen die Nazis es immer wieder, ihrer Anhängerschaft zu erklären, dass alle Medien sozusagen „system-gesteuert“ sind und somit logischerweise negativ über sie berichten.

Unbestreitbar ist, dass die NPD durch ihre Medienpräsenz weitaus bekannter geworden ist, als sie es noch vor fünf Jahren war. Sie ist im Bewusstsein vieler Sachsen als mehr oder weniger legale Partei verankert. Es ist schwer, Menschen im Gespräch zu erklären, dass diese Nazis zwar demokratisch in die Parlamente gewählt wurden, dass das aber noch lange nicht heißt, dass die NPD auch eine demokratische Partei ist.

Dennoch wird sie staatlich alimentiert, allein im Sächsischen Landtag mit jährlich fast 700.000 Euro. Hinzu kommen die Wahlkampfkostenerstattungen durch Bund und Land; im Laufe der Legislatur summieren sich die staatlichen Gelder auf mehrere Millionen Euro!

Beim aktuellen Agieren der NPD fühlen wir uns im Landtag oft genug an das folgende Goebbels-Zitat von 1928 erinnert:

„Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache.“

1933 sprach Goebbels dann nochmals Klartext, fünf Jahre später und nunmehr mit der Macht in den Händen:

„Das wird immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, dass sie ihren Todfeinden die Mittel selbst stellte, durch die sie vernichtet wurde. Die verfolgten Führer der NSDAP traten als Abgeordnete in den Genuss der Immunität, der Diäten und der Freifahrkarte. Damit waren sie vor dem Angriff der Polizei gesichert und durften sich mehr zu sagen erlauben als gewöhnliche Staatsbürger und ließen sich außerdem die Kosten ihrer Tätigkeit vom Feinde bezahlen.“

Es gibt verdammt viel zu tun, dass sich dieser „Witz“ nicht wiederholt. Oft hört

man den Vergleich zwischen heute und der Zeit vor 1933.

Aber dann wird schnell wieder beruhigt: Die Menschen wüssten ja, was nach 1933 alles passiert ist, sie werden wachsam sein. Aber sind sie es wirklich? Ich will hier niemanden Angst machen, aber angesichts dessen, was sich Ende September im Muldentaler Kreistag abgespielt hat, muss man noch lauter fordern: Lernt aus der Geschichte!

Versäumnisse von CDU und SPD

Meine Landtagskollegin Kerstin Köditz hat mir über den Vorfall berichtet. Was ist passiert? Durch den Wechsel von Kreisräten waren Neuwahlen für Ausschüsse notwendig. Der dortige Landrat, ein mittlerweile gebranntes Kind im Umgang mit den Nazis, hatte den demokratischen Fraktionen zuvor ganz klar gesagt, nur wenn alle ihrer Abgeordneten anwesend sind, bekommt die NPD keine Plätze in den Ausschüssen. Von der CDU fehlten von Anfang an fünf Kreisräte, zwei weitere verließen die laufende Sitzung, darunter der neu gewählte stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Bei der SPD waren zum Schluss noch drei von acht Kreisräten zur Abstimmung anwesend.

Wer in dieser Weise mit Demokratie, Wählerwillen und Erfahrungen aus der Geschichte umgeht, braucht sich nicht zu wundern, dass nun die NPD im Muldentalkreis in allen Ausschüssen vertreten ist, denn die drei NPD-Kreisräte blieben natürlich bis zum Schluss. Ich kann nicht Demokratie einfordern und dann derart fahrlässig mit ihr umgehen.

Wir alle sind jetzt gefordert, denn auch die auf das nächste Jahr 2008 vorgezogenen Kreistagswahlen werden in dieser Frage vermutlich leider keine Entspannung bringen. Durch die Tatsache, dass NPD-Abgeordnete im Landtag sitzen, kann sie überall ohne Unterstützungsunterschriften antreten. Angesichts ihrer Wahlergebnisse und den Ergebnissen der jüngsten Umfragen, wird es sehr schwer werden, ihren Einzug in weitere Kreistage zu verhindern. Und die NPD wird ihre Präsenz in den Kreistagen dazu nutzen, um sich auf die 2009 stattfindenden Stadt- und Gemeinderatswahlen vorzubereiten. Selbst bei einem schlechten Wahlergebnis ist zu befürchten, dass die Nazis vermutlich die Zahl ihrer kommunalen Mandate in Sachsen verdoppeln können.

Ein geschlossenes Agieren aller Demokraten in den Parlamenten und im außerparlamentarischen Raum wäre mehr als notwendig, wenn hier noch gegen-

gesteuert werden soll. Stattdessen wird rechts und links permanent gleichgesetzt, stattdessen werden Antifaschisten kriminalisiert und scheut man nicht einmal davor zurück, die VVN-BdA vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachten zu lassen.

In Sachsen existieren bekanntermaßen genügend Probleme mit dem Verfassungsschutz. Aber dass es dort auch in der Auseinandersetzung mit Faschismus und Rechtsextremismus genügend Defizite gibt, ist augenscheinlich. Da existiert zum Beispiel ein neues politisches Konstrukt. Es nennt sich „Bündnis für Sachsen“, das den Platz zwischen CDU und NPD besetzen soll. Dort treffen sich dann ehemalige Mitglieder der NPD mit den sächsischen Überresten der REPUBLIKANER, weiteren diversen Splitterparteien der extremen Rechten und einigen DSU-Leuten.

Die Staatsregierung ignoriert diese Entwicklung. Da können wir in parlamentarischen Anfragen auf noch so viele Vorkommnisse hinweisen, es herrscht Schweigen. Wahrscheinlich hofft man darauf, dass beide Lager der extremen Rechten, also NPD und das so genannte „Bündnis“, die 5-Prozent-Hürde verfehlen; die Gefahr einer weiteren „Normalisierung“ von nationalistischem und rassistischem Gedankengut wird dabei aber zumindest billigend in Kauf genommen.

Aktuell findet ein Schülerwettbewerb statt. Im Aufruf heißt es: „Findet Antworten gegen rechtsextremistische Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Setzt ein Zeichen für eine Gesellschaft, in der für Rechtsextremismus kein Platz ist.“ Dagegen ist nichts einzuwenden.

Aber wieso wird dieser Schülerwettbewerb vom Justizministerium ausgeschrieben? Warum nicht vom Kultusministerium? Warum wird gerade dort immer wieder fahrlässig mit dem Thema umgegangen? Aus meiner Sicht ist es vollkommen inakzeptabel, dass in der 10. Klasse der Mittelschule der Geschichtsunterricht nicht mehr obligatorisch ist, sondern als Wahlfach von den Schülerinnen und Schülern abgewählt werden kann.

Sehr spät erst erfolgte auch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der NPD-Schülerzeitung „Perplex“. Warum gibt es bei dieser Staatsregierung kein abgestimmtes Agieren in dieser Frage? Das Landesamt für Verfassungsschutz warnt vor der erwähnten Schülerzeitung, das Kultusministerium reagiert mit Verzögerung und die Staatsanwaltschaft beschwert sich öffentlich, dass

ihr bis dato kein Exemplar vorliegt, um die Strafbarkeit prüfen zu können.

Wenn man der Gefahr von Faschismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus in diesem Land begegnen will, muss es ein abgestimmtes Vorgehen innerhalb der Regierung, in allen Ministerien geben. Doch davon kann bislang keine Rede sein.

Es wäre sinnvoll und an der Zeit, Ministerpräsident Milbradt würde sich um diese Dinge kümmern – solange er noch im Amte ist. Ansonsten wird Müßeln leider wohl nur ein weiteres trauriges Beispiel für die Zustände in Sachsen bleiben. Dass es auch in anderen Städten und Gemeinden Merkwürdigkeiten im Umgang mit Vorkommnissen am rechten Rand gibt, ist leider immer wieder feststellbar.

Nehmen wir zum Beispiel den 3. Oktober 2007. Für diesen Tag wurde von den „Freien Kräften Borna“ – einer so genannten Kameradschaft, deren Mitglieder schon des Öfteren durch Gewalttätigkeiten gegen Andersdenkende aufgefallen sind – eine Demonstration angemeldet.

Das Motto sollte lauten: „Deutschland ist größer als die BRD“, wobei nur das D für Deutschland großgeschrieben wird. Für die Verantwortlichen aus dem Landratsamt kein Anlass, ein Verbot zu prüfen. Das Motto sollte einfach nur geändert werden. Es kam letztlich doch zu einem Verbot, aber nur deshalb, weil der Anmelder einschlägig vorbestraft ist. In meinen Augen ist aber das gewählte Motto der beantragten Demonstration das eigentliche Problem. Wer ein solches Motto wählt, zeigt seine revanchistische Gedankenwelt in aller Offenheit.

Ich fand es sehr begrüßenswert, dass sich Antifaschisten und Linke vor Ort zu eigenen Aktivitäten entschlossen und dabei auch ganz bewusst Fahnen unserer Nachbarländer mit sich führten. Wenn es in Deutschland wieder möglich wird, davon zu faseln, Deutschland sei größer als die BRD, dann sind alle friedliebenden Menschen aufgefordert, deutlich zu zeigen, dass es in diesem Land eine Mehrheit gibt, die nicht so denkt, der die Nachbarn Freunde sind, an die man keinerlei Gebietsansprüche richtet.

Zum Umgang mit Geschichte im Bundesland Sachsen

Merkwürdigkeiten gibt es viele in Sachsen. Der Umgang mit Geschichte bleibt höchst kritikwürdig. Ein neues Gedenkstättengesetz soll es in dieser Legislaturperiode nicht mehr geben, erklärte

die zuständige Ministerin in der Presse. Man lebt inzwischen seit über fünf Jahren mit dem unhaltbaren Zustand, dass die Vertreter der Opferverbände aus der NS-Zeit, dass der Zentralrat der Juden und auch die VVN-BdA aus Protest gegen das geltende Gesetz nicht dem entsprechenden Beirat angehören.

IGleichzeitig werden neue, zum Teil absurde Tatsachen geschaffen.

Ich erinnere hier nur an die ominöse Gedenkstele in Hohnstein im Landkreis Sächsische Schweiz. Auf der dazugehörigen Tafel steht unter anderem: „Die Nationalsozialisten hatten 1933–1934 auf der Burg ein Schutzhaftlager eingerichtet. Das Ehrenmal ist den inhaftierten Opfern gewidmet. Von der SED war hier ein zentrales ‚Isolierungslager‘ für politisch Andersdenkende des Bezirkes Dresden geplant, das jedoch nie zur Ausführung kam.“

Ich habe bereits vor der Einweihung der neuen Stele öffentlich gegen diesen Text protestiert, und ich bleibe auch heute noch dabei: Ich halte diese Formulierung für ahistorisch, geschichtverfälschend, naziverharmlosend und infam. Wieder einmal wird von interessierter Seite – der Hohnsteiner Bürgermeister ist Mitglied der CDU – de facto eine Gleichsetzung des Hitler-Faschismus mit der DDR-Zeit vorgenommen.

Dagegen müssen wir uns immer und mit

aller Entschiedenheit wehren, ohne die DDR zu verklären und damals tatsächlich vorhandene Defizite zu verschweigen.

Nur ganz nebenbei sei noch angemerkt, dass ein Gedenkstein oder eine Gedenktafel nach allen historischen Regeln ja wohl an etwas erinnern soll, was auch tatsächlich geschehen ist, nicht an etwas, was womöglich von irgendwem theoretisch geplant wurde.

Die Proteste in Hohnstein hatten leider keinen Erfolg, die CDU-Mehrheit im Stadtrat lehnte die Forderung nach einer Korrektur des Textes der Tafel ab. Zumindest aber haben wir eine öffentliche Diskussion anstoßen können und die neuerliche Geschichtverfälschung nicht widerstandslos hingenommen.

Widerstand ist heute immer wieder notwendig.

Und niemand von uns sollte den Mut dazu verlieren. Es gibt Hoffnung. Sie darf nicht sterben.

Ich kenne zum Beispiel die Erlebnisberichte junger Leute aus dem Kreis Mittweida. Immer wieder wurden sie Opfer von Nazi-Gewalt, sie wurden geschlagen, ihre Jugendclubs wurden überfallen. Niemand half ihnen, das Thema wurde lange, viel zu lange klein geredet. Dann wurde nach Monaten anhaltender Gewalt endlich die Kameradschaft „Sturm 34“ verboten. Ein Verbot

– und das angesichts der Existenz von Dutzenden Kameradschaften in Sachsen. Geändert hat sich für die Situation der Jugendlichen nur wenig. Aber sie waren glücklich am Tag der Antifa-Demo in Mittweida, denn sie waren nicht allein. Gedacht hatten sie, dass ihretwegen vielleicht 500 Leute nach Mittweida kommen würden, am Ende waren es über 2.000!

Wir Antifaschisten brauchen diese Solidarität. Es gibt unzählige Opfer – auch heute wieder. Aber es gibt auch das Engagement vieler dagegen. Lassen wir es nicht zu, dass wir Antifaschistinnen und Antifaschisten gegeneinander ausgespielt werden.

Wenn ich eingangs die Frage aufgeworfen habe, ob der heutige Rechtsextremismus die größte politische Bedrohung im 21. Jahrhundert ist, so mag jeder einzelne sich dazu sein eigenes Urteil bilden. Eine der größten Bedrohungen ist es allemal. Diese Gefahr so weit wie irgend möglich zu minimieren, muss auch in den kommenden Jahren unser aller Anliegen sein.

Dr. André Hahn MdL

¹ Geringfügig überarbeitete Rede auf der Landeskongress der VVN-BdA Sachsen am 16. Oktober 2007. Die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion des „Rundbriefs“ hinzugefügt worden.

Neonazis im Internet

In seinem umfangreichen Werk „Terrorismus – der unerklärte Krieg“ geht der amerikanische Autor Bruce Hoffman auch darauf ein, in welcher umfassender Weise das Internet heute durch einzelne oder Gruppen von Terroristen überall in der Welt genutzt wird. Es habe für sie die Funktion der Kommunikation, des schnellen, oft in Echtzeit erfolgenden, umfassenden und vor allem kostengünstigen weltweiten Informationsaustausches. Es vermag staatliche Zensurbemühungen zu umgehen, Nachrichten mühelos und anonym zu verbreiten, ihre Aktionen in dem Kontext zu verbreiten, wie sie sich wünschen – ohne Behinderung durch den Filter, die Auswahl und die Perspektive der etablierten Medien. Es ermögliche „Informationswäsche“ zu betreiben, das heißt, provokative Video- oder Audioclips ins Netz zu stellen, dadurch „Internetsensationen“ zu schaffen, die dann ihren Weg in die Mainstream – Medien finden. Schließ-

lich biete das Internet neue und erweiterte Möglichkeiten zur Beschaffung von Spendengeldern für illegale Aktivitäten und Untergrundgruppen.¹

In ähnlicher Weise lässt sich heute der Umgang der Neonazis mit dem Internet und dem World Wide Web beschreiben, wobei diese in ihrem Germanisierungsfimmel nur Begriffe wie „Weltnetz“, „Heimatseite“ usw. verwenden. Die Nutzung dieses Mediums durch die Parteien, Organisationen, Gruppierungen und Netzwerke der extremen Rechten und durch einzelne Neonazis hat explosionsartig zugenommen. Ohne Internet, so stellen die verschiedenen Analytiker und in ihrer Folge die Verfassungsschutzberichte klar, sei der moderne Neonazismus nicht denkbar. Als Funktionen, die das Internet für die Neonazis erfüllt, werden u. a. das „Schaufenster“ der Parteien und Gruppierungen, der Koordinierungsplatz, die Mobilisierung und Werbung für Aktionen und Veran-

staltungen, die Plattform für Diskussionen und Strategien, die Werbung neuer Mitglieder, die Rolle als „Propagandaabteilung“, die Bühne für die rechtsextreme Musikszene genannt. Nicht zuletzt spielt für die Neonazis das Internet auch eine bedeutsame Rolle für den Handel, die Bedienung des umfangreichen Angebots der Verlage und Versandagenturen, sowie für die Beschaffung von Geld für sich selbst und die Szene.

Explosionsartiges Wachstum rechter Homepages

Eine Zeitlang hatten Öffentlichkeit und Behörden geglaubt, dass Neonazis und andere Rechtsextremisten keine Beziehung zu Computern und moderner Kommunikationstechnik hätten. Das sollte sich bald als totale Fehleinschätzung erweisen. Bereits 1994 konstatierte Bernd Wagner, dass die rechtsextreme Szene durchaus über ein weitläufiges Netz von Mailboxen verfügt, dass Re-

publikaner das Datennetz der Telekom nutzen und auch die NPD Seiten im Btx-System besitzt.²

Der NPD-Parteivorstand hatte einen Arbeitskreis „Neue Medien und Techniken“ gebildet.

Die rasche Erweiterung der Propaganda und Volksverhetzung durch die rechts-extreme Szene über das Internet ist daran zu erkennen, dass für das Jahr 1996 die Zahl der im WWW abrufbaren Homepages mit rechtsextremistischen Inhalten noch mit 32 angegeben wurde, für das Jahr 2000 aber schon mit 800. Als höchste Zahl für Deutschland nannte das Bundesamt für Verfassungsschutz 1.300 (im Jahre 2001). In den Folgejahren war ein zahlenmäßiger Rückgang festzustellen (2002: etwa 1000; 2003 und 2004: je 950), dann wieder ein leichter Anstieg bis 2006 auf 1000. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es anfänglich einen häufigen Wechsel gab, die Qualität der dort handelnden Personen nicht besonders hoch war, veraltetes Material liegen gelassen wurde. Jüngste Einschätzungen sprechen aber von einer fortschreitenden Etablierung und Professionalisierung, vom Erreichen einer teilweise beachtlichen Qualitätsstufe der Gestaltung, was ihre Anziehungskraft natürlich beträchtlich erhöht. Der zeitweise Rückgang der Zahl der Beiträge hat auch damit zu tun, dass immer mehr strafbewehrte Inhalte vom Netz genommen werden mussten und die Umstellung auf das Betreiben vom Ausland her nicht schnell gelang. 2004 wurde bei allgemeiner Stagnation der Zahlen eine Zunahme der interaktiven Dienste festgestellt. Die Zahl der in den einzelnen Bundesländern betriebenen rechtsextremen Homepages ist sehr unterschiedlich, für Thüringen wurde ihre Zahl kürzlich mit 60 angegeben.

Das Magazin „Chip“ enthüllte im März 1997, wie Neonazis heimlich den Internetzugang eines Computerzeitschriftenverlages für ihre Bestrebungen nutzten.³ Drahtzieher war ein Münchener Software – Redakteur bei der Zeitschrift „Amiga“: Ralf Kottcke. Der Spezialist für Computer – Spiele liebte nicht nur Kampf – und Söldnerspiele („Metzelspiele“ wie er sie selbst nannte), sondern leidenschaftlich engagiert im braunen Sumpf, führte er auch ein geheimes Doppelleben in der deutschen Neonaziszene. Unter dem Tarnnamen „Thorin Eichenschild“ betrieb er als „Sysop“ (Systemoperator) die „Janus BBS“ – Mailbox in München, die auch der Verfassungsschutz bald als Filiale des rechtsradikalen Thulenetzes erkannte.

Vom „Thulenet“ zu „You Tube“

Vom Thulenet war scene-intern bereits Anfang der neunziger Jahre die Rede. Schon 1993 liefen über das Thulenet Anleitungen zum Sprengstoff – und Briefbombenbau. Bernd Wagner nannte 1994 als an das Thulenet angeschlossene Boxen in Erlangen, Schwetzingen, Kassel, Bonn, Weinstadt, Krefeld und Nürnberg, die sich in eine Vielzahl weiterer Knotenpunkte und letztlich in User aufgliederten. Hier tummelte sich bald die gesamte rechtsextreme und neonazistische Szene – von der NPD, der DVU, den Republikanern bis zur „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene“ (HNG). Auch Funktionäre von verbotenen Organisationen wie der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ oder der „Deutschen Alternative“ mischten mit. Kopf des Netzes war damals der ehemalige Informatikstudent Thomas Hetzer (Pseudonym: Alfred Tetzlaff). Die Szene tauschte Informationen aus, koordinierte deutschlandweit ihre politischen Aktionen und verbreitete rechtsradikale Online-Zeitschriften. Aber nur ein Teil des Nazinetzes war öffentlich, die Führungsebene debattierte in abgeschotteten Bereichen.

1996 übernahm dann „Eichenschild“ alias Kottcke den Auftrag, das Thulenet ins Internet zu bringen, wozu er seine berufliche Tätigkeit nutzen konnte.

Am 27. Juni 1996 wurde beim kanadischen Web-Seiten – Discounter „ICA Canada Online, Inc.“ in Toronto die neue Internet-Domain des Thulenetzes (Thulenet.com) eingerichtet. Mit den Thulenet-Aktivitäten im Internet kam die internationale Vernetzung der rechtsextremen Szene einen Riesenschritt voran. Waren sie mit ihren Mailboxen von der Öffentlichkeit bislang weitgehend isoliert, konnten Rassenfanatiker, Holocaustleugner und Geschichtsrevisio-nisten ihre Propaganda nun schnell und problemlos an ein Millionenpublikum richten. Auf den Thule-Internet-Seiten hetzte man beispielsweise gegen den Nürnberger Kriegsverbrecherprozess und die dort ergangenen Urteile, gegen das „Weltjudentum“, die „Völkervermischung“, propagierte den „arischen Widerstand“ und listete seitenlang Namen und Anschriften der politischen Gegner auf („Anti-Antifa“).

Die Macher und Verbreiter des neonazistischen Gedankengutes waren dabei vor dem Zugriff der bundesdeutschen Staatsanwälte ziemlich sicher. Deren rechtliche Möglichkeiten endeten an der deutschen Grenze. Braune Propaganda in Kanada ist für sie unerreichbar. Material, das in Deutschland streng verboten

ist, konnte nun via Thulenet bequem ins eigene Wohnzimmer geholt werden. Der von den USA aus agierende amerikanische Nazi Gerry Lauck, Gründer und „Propagandaleiter“ der am Vorbild Adolf Hitlers und der NSDAP aufge-zogenen NSDAP/Aufbauorganisation ver-büßte zwar in Deutschland von August 1996 bis März 1999 eine Haftstrafe wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zu Rassenhass und Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen. Aber bald nach seiner Rück-kehr in die USA stellte er seine Hetze weitgehend ins Internet und wurde seitdem nicht mehr belangt.

Auf seiner in 19 Sprachen abrufbaren Homepage bot Lauck umfangreiches neonazistisches Propagandamaterial, antisemitische Schriften und Computerspiele (z. B. „KZ Rattenjagd“, „SA-Mann“, „Die Säuberung“) an. Abrufbar wurden ein „Nazi Internet Radio“ und ein „Nazi Internet Fernsehen“. Ein Link ausgehend vom Thulenet führte auch zu anderen strafbaren Inhalten, beispielsweise zu „Stormfront“, dem US-amerikanischen Zentralorgan der nationalistischen Rechten. In einer Grafikbibliothek wurden massenhaft Hakenkreuzbilder, NSDAP-Abzeichen, SS-Runen und SS-Totenkopf-Abzeichen zum Download bereitgestellt.

Die allzu offensichtliche faschistische Ausrichtung, zunehmender Verfolgungsdruck und der Ausbau von Internetpräsenzen der rechtsextremen Parteien führten letztlich zu einem Bedeutungsverlust des Thulenetzes. 1997 begann stattdessen der Aufbau des sogenannten „Stoertebeker-Netzes – Nachrichten und Kommentare“, das sich als „unabhängiges Portal aus Pommern“ bezeichnet und heute als eines der einflussreichsten Netze im deutschsprachigen Raum zu betrachten ist. Als Betreiber gilt Axel M., der sich gern anonym gibt, dessen Wirken in der rechtsextremen Szene des östlichen Vorpommern aber durchaus bekannt ist. Das Stoertebeker-Netz ist „unabhängig“ in dem Sinne, dass es oft auch kritische Beiträge zu Aktionen und Aussagen der NPD bringt, aber mit aggressiver antisemitischer Propaganda und nationalistischer Hetze stellt es gerade für „autonome“ Kameradschaften und Aktionsbüros umfangreiche Artikulationsmöglichkeiten bereit. Der bekannte Hamburger Neonazi Christian Worch ist fast täglich bei Stoertebeker vertreten. Zugleich ist das Stoertebeker-Netz eingebunden in den internationalen Netzwerkverbund „Altermedia“ als dessen deutsche Filiale (im Logo: „Altermedia Deutschland – Störtebeker-Netz“).

Altermedia verkörpert eine neue Stufe der Internationalisierung der rechtsextremen, neonazistischen, antisemitischen, zum Teil aber auch anti-islamistischen Netzpropaganda. Daneben enthält es Artikel allgemeineren Charakters, die sicher einen etwas seriöseren Eindruck vermitteln sollen. Angeschlossene Netze existieren in Österreich, Belgien (dazu gesondert für Flandern), Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Portugal, Russland, Rumänien, Großbritannien (gesondert auch für Schottland), Spanien, Schweden, in der Schweiz (gesondert für die französischsprachige und die deutschsprachige), die Niederlande und die USA. Artikel sind bei Altermedia in den Kategorien anti-war, civil-rights, corruption, diversity, double-standards, general, immigration, islams/muslims, media-lies, race, treason, video und in einem ein Jahr zurück reichenden Archiv abzurufen.

Um ein Bild von der rassistischen, antisemitischen und neonazistischen Ausrichtung des Stoertebeker-Netztes zu gewinnen, genügt eine Untersuchung der Inhalte nur weniger Tage. So wurden in der zweiten Maihälfte 2007 zahlreiche Artikel zum G8-Gipfel in Heiligendamm veröffentlicht, von denen die meisten aber im Sinne der rechten Anti-Globalisierungskritik zugleich antijüdische und antiamerikanische Töne enthielten. Eindeutige rassistische bzw. antisemitische Hetze zeigten Artikel über den Besuch des von Neonazis zum Krüppel gemachten farbigen Engländers Noel Martin in Brandenburg („Gemeinheiten zum Sonntag – Neger auf Rädern“) und über den neuen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy („Der erste Jude in Europa, der die politische Bühne von rechts betritt“). Dazu wurde auch eine Rede des den Holocaust leugnenden iranischen Präsidenten Ahmadinedschad „an die Deutschen“ ins Netz gestellt. Mit Befriedigung konnten Rechtsextreme die Meldungen über die ablehnende Haltung der Bundestagsmehrheit gegenüber den Anträgen der Linksfraktion zur Zurückdrängung des Rassismus lesen und über die Freude des „Aktionsbüros Westdeutschland“, dass ein Gericht das Absingen des Horst-Wessel-Liedes manchmal doch erlaube (ein Betrunkener hatte es mit verfremdetem Inhalt gesungen, die Anklage war aber fallengelassen worden).

Am Beispiel des Abdrucks von Beiträgen des Hamburger NPD – Chefs, Immobilienbeschaffers und Rechtsanwalts Jürgen Rieger, der auch Anmelder der Gedenkkundgebungen für Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß in Wunsiedel ist,

zeigt sich, dass im Stoertebeker – Netz auch die Funktion der Mobilisierung für Neonazikundgebungen weit oben auf der Liste steht. Werbung für Bücher und Zeitschriften nationalistischer und rassistischer Art ist zwar weniger ausgeprägt, aber ebenfalls anzutreffen – so zum Beispiel für die Neuherausgabe des Nazi-Grundlagenwerkes „Das 3. Reich“ von Möller van den Bruck oder für das in Großbritannien erscheinende „Vierteljahressheft für freie Geschichtsforschung“ mit dem Schwerpunkt der antisemitischen Holocaust-Konferenz in Teheran im Dezember 2006. Inzwischen ist das weltweite Netz jedoch noch weiter im Wandel. Es entwickelt sich vom Informationsmedium zu einer Art „Netz zum Mitmachen“. Nutzer gestalten die Inhalte selbst – in Form von Tagebüchern, politischen Foren, Kontaktbörsen oder auf Videoplattformen.

Die Grundlage dafür bildet die derzeit attraktivste Internetplattform „You Tube“, die im US – Bundesstaat Kalifornien gegründet wurde, bei einem amerikanischen Provider angesiedelt ist und mittlerweile den Betreibern der Internetsuchmaschine Google gehört. Damit unterliegt You Tube dem US – amerikanischen Gesetz, welches, wie schon erwähnt, eine mehr als liberale Auffassung zur Meinungsfreiheit hat und das Recht auf freie Meinungsäußerung bis zum Äußersten, d.h. auch für offen faschistische und rassistische Äußerungen, vertritt. Mit You Tube ist ein Medium für Millionen Nutzer des Internets vorhanden, in dem allen eingetragenen Mitgliedern vollkommen offen steht, welche Inhalte sie dort verbreiten. So findet man neben zahllosen Hitlerkarikaturen und Hitlersatiren, also antifaschistischen Inhalten, auch die gesamte Bandbreite neonazistischer und anderer rechtsextremistischer Materialien. Über You Tube sind heute Millionen von Videos, vor allem auch selbst produzierte, abrufbar, was natürlich auch hinsichtlich der Qualität und Professionalität alle Schattierungen erkennen lässt.

Dass die rechtsextreme Szene You Tube bald als grandioses Mittel zur Kommunikation entdecken würde, bedarf keiner Erläuterung. Sie ist nicht das einzige und auch nicht das wichtigste Mittel zur szeneeinternen Kommunikation, stellt aber eine vielseitig verwendbare Plattform mit hoher Innenwirkung in der Szene und mit einem ausgedehnten Potential zur Außenwerbung dar. Vor allem bietet sie den Nutzern durch garantierte Anonymität eine bestimmte Sicherheit vor den Strafverfolgungen in Deutschland.

Umfangreich ist zunächst die Bandbreite der Dokumentationen in You Tube (in der Regel Filmaufnahmen und Collagen) zu allem, was mit dem Zweiten Weltkrieg aus deutscher Sicht zu tun hat. Von Beschreibungen und Anschauungsmaterial einzelner Waffen, über Dokumentationen einzelner Waffengattungen oder verschiedenen Einzelgefechten geht es dann schnell hinüber zu offenen Glorifizierung und Verherrlichung des deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg bis zu heftigen Kampfszenen, Zerstörungen und menschenverachtenden Ereignissen wie Hinrichtungen. Es wird nicht hinterfragt, kritisch bewertet oder in die historische Forschung eingebunden, sondern einfach nur neutral oder glorifizierend dargestellt. Oft werden bereits vorhandene Dokumentationen benutzt (etwa aus Fernsehfilmen), bei denen die Tonspur des Filmes entfernt und durch Musik aus martialischen Märschen, Naziliedern oder Rechtsrock ersetzt, womit die ursprünglich aufklärerischen Berichte in neonazistisches Propagandamaterial umgewandelt werden.

Ähnliches geschieht mit Videozuschnittenschnitten aus dem Nazialltag im deutschen Reich nach 1933. Aus Bildern von Nazipublikationen, Filmsequenzen aus Wochenschauen und Nazi-Propagandafilmen entstehen in der Zusammenführung mit Hetze, Drohungen gegen politische Gegner, Antisemitismus und Fremdenhass wiederum durch Unterlegung mit Musikspuren aus alter Nazimusik, Rechtsrock und Beifügung von Symbolen heutiger rechtsextremer Parteien neue Propagandawerke.

Nicht selten werden auch Werbemittel des politischen Gegners, also insbesondere von Antifa – Gruppierungen, aus dem Internet entnommen und neu zu rechtsgeschnitten, mit anderer Musik unterlegt und unter neuem Namen wieder eingestellt.

You Tube wird selbstverständlich von den rechtsextremen Parteien und Gruppen zur Eigenwerbung benutzt, weil dies wesentlich kostengünstiger ist, als eigenes Material wie Plakate oder Flyer zu produzieren bzw. werden live-Mitschnitte von Parteitagungen, Kundgebungen, Wahlauftritten und Demonstrationen dokumentiert. Als gefährlich ist auch die auf You Tube anzutreffende Filmart zur Verfolgung und öffentlichen Beleidigung von Gegnern mit der Kamera – Durchbrechen der Privatsphäre, unterschwelliger Aufruf zu Straftaten gegen die betreffenden Personen – einzustufen. Bei täglich etwa 70.000 neuen Einstellungen von Usern in You Tube ist weder ei-

ne Zensur noch eine Strafverfolgung in nennenswertem Umfang möglich.

NPD, DVU, REP, HDJ im Internet

Die NPD:

Nach Meinung des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt hat das „Weltnetz“ für die NPD einen Stellenwert, der ganz weit oben angesiedelt wäre. Es sei eine „wunderbare Möglichkeit“, die Positionen der Partei ohne Zensur darzustellen. Die NPD behauptet, dass ihre Netzseiten etwa 10.000 Zugriffe am Tag hätten, in Wahlkampfzeiten seien es aber deutlich mehr bis zum Zehnfachen! Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2003 zählte rund 80 aktive Homepages von NPD und ihrer Jugendorganisation JN, auf denen Berichte und Kommentare zu aktuellen Ereignissen, Demonstrationsaufrufe, Pressemeldungen, programmatische Aussagen sowie sonstige Informationen über die Parteiverbände angeboten werden.

Mit der Neugestaltung der NPD-Webseite im Jahre 2005 wurde die zentrale Steuerung verstärkt, das Erscheinungsbild modernisiert und insbesondere eine laufende Aktualisierung gesichert. Zu Grunde lag eine kritische Bestandsaufnahme des bisherigen Erscheinungsbildes und ein von den Mitarbeitern des Referats „Neue Medien“ und der Netzredaktion der NPD verfasster Leitfaden „Unser Erscheinungsbild“ mit Richtlinien zur Gestaltung von Dokumenten und Netzseiten, der auch den Untergliederungen und Verbänden der NPD übergeben wurde. Als neue Elemente wurden eine farbig gestaltete „oberste Leiste“, die den Verbund von NPD-Seiten verstärken sollte, indem sie Schnellverweise zu den wichtigsten Organen und Verbänden der NPD sowie zum Bündnispartner DVU bereithält, ein System von „Karteikarten“, mit dem man schnell in die wichtigsten Bereiche der Seite gelangen kann, eine Suchmaschine und ein Schnellzugang zu den Präsentationsseiten der einzelnen Landesverbände eingeführt. Da die meisten Landesverbände auch eigene Netzseiten betreiben, geht es von dort aus auch weiter zu vorhandenen Kreisverbandsseiten, deren Zahl inzwischen beträchtlich zugenommen hat.

Inhaltlich gliedert sich die NPD-Webseite in eine wechselnde zentrale Parole, in aktuelle Meldungen aus NPD-Sicht (Übersicht über eine Woche siehe Anhang B), in Presseveröffentlichungen der NPD, Angaben zu Terminen und Veranstaltungen, Verweise zum Parteiprogramm und zur Satzung, zur Parteizeitung „Deutsche Stimme“, deren

wichtigste Artikel aus der aktuellen Ausgabe und aus mehrere Jahre zurückliegenden Ausgaben heruntergeladen werden können, zur „Schulhof-CD“ und in Rubriken für Kontakte und Service auf. Über die Verbindungen zu den Landesverbänden Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern gelangt der Nutzer auch zu den NPD-Landtagsfraktionen in diesen Bundesländern.

Aufmerksamkeit erregen immer wieder auch Versuche von NPD-Funktionären, außerhalb des NPD-Netzes Materialien einzustellen. Das Beispiel von Jürgen Rieger im Stoertebeker-Netz wurde schon erwähnt. Aber auch der Landesvorsitzende der NPD in Hessen, Marcus Wöll, fiel auf, als er im Herbst 2006 eine eigene Nachrichtensendung „Die Woche“ als eine Art NPD-Wochenschau in You Tube plazierte. Wöll zeigte dort selbstgedrehte Videos von Aufmärschen, Aktionen der NPD, Interviews mit UdoVoigt und Jürgen Rieger oder kommentierte politische Ereignisse lokaler Art, aber auch Welt-Nachrichten. Antisemitische Hetzartikel durften nicht fehlen. Schließlich gab es Proteste und You Tube nahm seine Filme vom Netz, die dann nur noch auf den Neonaziseiten „Freier Widerstand“ und „Infoportal 24“ zu sehen waren.

DVU:

Auch die DVU nutzt seit Jahren das Internet zur Selbstdarstellung und Agitation. Für die 1997 eingerichtete Domain ist die Münchener Zentrale verantwortlich. Auf ihr finden sich Parteiprogramm und tagesaktuelle Themen, Hinweise auf geplante Veranstaltungen und Pressemitteilungen sowie Kontaktadressen. Links führen zur „Nationalzeitung“ und zum „DSZ-Druckschriften-Zeitungsverlag GmbH“. Gegenüber dem Internetauftritt der NPD bleibt die DVU allerdings weit zurück. Die meisten Landesverbände der DVU führen keine eigenen Seiten. Wichtig sind aber die mit den Landtagsfraktionen in Brandenburg und Bremen verbundenen Webseiten, über die Material aus den vergangenen Wahlkämpfen wie z. B. Plakate, oder Reden von DVU-Abgeordneten aus den Landtagsdebatten heruntergeladen werden kann.

Republikaner:

Die Internetseiten der Partei „Die Republikaner“, die inzwischen nicht mehr im Verfassungsschutzbericht auftaucht, spiegeln ihren Zerfallsprozess deutlich wider. Nannte der VS-Bericht für das Jahr 2003 noch ca. 120 Webseiten, auf denen sich Bundesverband, Landes-, Kreis- und Ortsverbände, Vertreter in

Kommunal- und Kreisparlamenten darstellten, ist aktuell nur noch eine entsprechende Aktivität von der Zentrale und aus Nordrhein-Westfalen zu vernehmen. Schon im April 2007 hieß es, dass die Internetseiten von Brandenburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Saarland nicht mehr erreichbar seien. Die Seite des Bundesarbeitskreises der Republikaner-Jugend wurde zuletzt 2004 aktualisiert. Die Seite der Bundeszentrale enthält noch das Parteiprogramm, das Porträt und den Lebenslauf von Parteichef Rolf Schlierer sowie einzelne Erklärungen von ihm, Dokumente des letzten Parteitags und einige Auseinandersetzungen zur aktuellen Politik, z. B. zu den Lobreden für Filbinger des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Oettinger, zur polizeilichen Kriminalstatistik, zum Islamismus. Jegliche parteiinternen Auseinandersetzungen, Austritte und andere Zeichen des Zerfalls werden jedoch verschwiegen. Manche Seiten sind nur für Mandatsträger zugänglich (über Benutzernamen und Kennwort.) Unter der Regie der Stellvertreterin Schlierers, Ursula Winkelsetz, gibt es auf der Landesseite von Nordrhein-Westfalen aktuelle Meldungen über die Tätigkeit einzelner Kreisverbände (Minden, Herne). Neue Aktivitäten zeichnete im Mai auch die Landesseite Rheinland-Pfalz auf, so u. a. aus dem Kreisverband Trier-Saarburg.

Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ):

Die realen Entwicklungen in der Neonaziszene werden auch in diesem Falle gut widergespiegelt. Die neue nazistische Jugendorganisation „Heimattreue Deutsche Jugend“ möchte ihre Rolle als eine Art Nachfolgeorganisation der verbotenen Wikingjugend gern verstecken und stellt zunächst ein unscheinbares Angebot für Freizeit und Ferien-Lager von Kindern und Jugendlichen vor. Ihre Ideologie verbirgt sich dann im geschlossenen Bereich für ihre Mitglieder.

Der „Freie Widerstand“ im Netz

Der Charakter der Gruppierungen, die als Kameradschaften, Aktionsbüros und andere Netzwerke operieren und als „organisationsunabhängig“ gelten wollen, gestattet es im allgemeinen nicht, im Internet mit festen Netzen und Adressen präsent zu sein. Es gibt aber zahlreiche Ausnahmen. So richtete das den Ton angehende „Aktionsbüro Norddeutschland“ 2002 NASAN ein, über das im Internet Termine der Demonstrationen mitgeteilt, Pressemeldungen zu aktuellen politischen Themen, darunter Proteste gegen die Militärinter-

vention der USA im Irak, veröffentlicht wurden, die dann auch als Flugblätter und Plakate zum Herunterladen angeboten wurden. Im Frühjahr dieses Jahres erschien eine Homepage des „Freien Widerstandes Bergisches Land“, auf der sich der wegen Volksverhetzung 33 Monate in Haft sitzende Neonazi-„Gauler“ von Köln, Axel Reitz, mit einem Interview aus der Justiz-Vollzugsanstalt Rheinbach zu Wort melden konnte.

Der „Freie Widerstand“ ist vor allem durch den raschen Wechsel der speziellen Seiten mit Aufrufen zu Aktionen und Veranstaltungen charakterisiert. So erschienen Webseiten zur Mobilisierung für die Naziaufmärsche in Halbe, für die Gedenkkundgebungen in Wunsiedel anlässlich des Todestages von Rudolf Heß oder auch für die Dortmunder Großkundgebung der Neonazis am 1. Mai 2007 in Dortmund. Als Ausrichter für den 5. Thüringentag der „nationalen Jugend“ riefen im Vorjahr die „Nationalen Sozialisten Altenburger Land“ im Internet auf. Parallel zum „Heldengedenken“ in Halbe wurde am 18. November 2006 erstmalig von Neonazis auch eine „Internet-Demonstration“ durchgeführt. Das „Organisationskomitee“ versuchte mit Unterstützung eines speziellen Computerprogramms, die gegen die Nazi-Großveranstaltung gerichtete Homepage des antifaschistischen Aktionsbündnisses zu blockieren, was allerdings an den entsprechenden Vorkehrungen auf dieser Seite der Barrikade nicht gelang.

Vielfältig nutzt zum anderen der „Nationale Widerstand“ (vor allem zur Debatte) das Stoertebecker-Netz. Da vom „Freien Widerstand“ zahlreiche Gewalttaten ausgehen, besteht in dessen Verlautbarungen natürlich ein großes Bestreben, die Dinge anders darzustellen, das Opfer-Täter-Verhältnis umzukehren und die antifaschistischen Gegner zu verleumden.

Andere neonazistische Aktivitäten im Netz

Mit den bisher dargestellten Beispielen ist das Spektrum neonazistischer Aktivitäten im Internet bei weitem nicht erschöpft. Zu erwähnen ist zunächst, dass es eine ganze Reihe neonazistischer Grüppchen und Einzelpersonen gibt, die ihre antisemitischen, rassistischen und den Nationalsozialismus verherrlichenden Absonderungen ins Internet einspeisen. In diese Reihe gehören seit Jahren die Ergüsse des „Deutschen Kolleg“ (Horst Mahler, Reinhold Oberlercher, Uwe Meenen), die von großen Teilen der Neonaziszene inzwischen selbst

verschmähten, unerträglichen antisemitischen Hetztiraden von Mahler auf dessen Homepage, die eher lächerlich anmutenden Erklärungen der sogenannten „Deutschen Reichsregierung“, aber auch der wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener rechtskräftig verurteilte frühere Herausgeber der „Staatsbriefe“, Hans-Dietrich Sander. Dieser hat nicht nur seine Publikationen vollständig auf die Internetausgabe umgestellt, sondern versucht in jüngster Zeit auch wieder über andere Kanäle wie z.B. Artikel bzw. Interviews in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ oder der österreichischen Zeitschrift „Neue Ordnung“ Gehör zu finden. Selbstverständlich verzichtet auch Christian Worch neben seinen anderen Auftritten nicht auf eine eigene Seite im Netz.

Weit wichtiger sind jedoch die nicht nur propagandistischen Zwecken dienenden, sondern vor allem auf Werbung und Profit abgestellten umfangreichen Seiten im Netz mit Neonazi-Musik, Angeboten des Versandhandels und der Verlage. Die besonders für Jugendliche gedachten „Schulhof-CD“, von denen allein die NPD auf ihren Seiten drei zum Herunterladen bereit hält, werden dabei nicht verkauft, sondern kostenlos abgegeben und verteilt. Geworben wird im Internet für zahlreiche größere Konzerte der Rechtsrockszene, für die Platten der Nazibands sowie für die Songs der neonazistischen Liedermacher. Für eine Veranstaltung am 31. März 2007 in Neufeld bei Brunsbüttel, Eingeweihte sprechen vom neuen „Mekka“ der Rechtsrockszene, wurde mit glorifiziertem Kopf der nicht mehr existierenden britischen Neonaziband „Screwdriver“ unter „No surrender day“ von einem Label aus Lauderdale in den USA geworben – Grundlage dazu sind die Seiten von „Blood and Honour“.

Der Hamburger Journalist Patrick Gensing urteilt: „Der Handel mit Musik und Szeneartikeln entwickelte sich in den vergangenen Jahren zum wichtigsten wirtschaftlichen Standbein der Neonazi-Bewegung, neben dem Geld aus der Parteienfinanzierung der NPD.“⁴ Als Beispiel für eifrige Nazihändler ist neben den NPD-Vorstandsmitgliedern Doris Zutt und Thorsten Heise in jüngster Zeit besonders der im sächsischen Wurz anässige Thomas Persdorf mit seinem kleinen Firmenimperium aufgefallen, der 10 bis 15 Leute beschäftigen soll. Verlage mit rechtsextremer und neonazistischer Literatur im Angebot sind im Internet praktisch von A bis Z zu finden.

Widerstand gegen Neonazis im Netz

Der Widerstand gegen und die Zurückdrängung von menschenverachtender Hetze im Internet, die ja letztlich zu entsprechenden Gewalt-Taten führen kann, ist zu einer der wichtigsten Seiten im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus geworden. Über die offiziellen Gegenstrategien hat Klaus Parker im „Handbuch Rechtsradikalismus“ aussagekräftig informiert.⁵

Er geht dort nicht nur auf die Möglichkeiten der Filterung von Software und die Sperrung rechtsextremistischer Seiten durch Zugangsanbieter ein, sondern behandelt auch ausführlich die Rechtslage und die Wirksamkeit von Gegenstrategien. Auch wenn das Internet seinen eigenen technischen Grundlagen zufolge jegliche nationalstaatliche Grenzen und damit auch die Rechtsordnungen ignoriert, sind die Neonazis dort nicht ungestört. Nach dem internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 verpflichten sich die Vertragsstaaten, jedes Eintreten für nationalistischen, rassistischen oder religiösen Hass, durch welches zur Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt aufgestachelt wird, zu verbieten. Der Konvention sind 154 Staaten beigetreten, in der rechtlichen Ausgestaltung kommen Österreich, die Schweiz, Frankreich, die Niederlande und Israel der rechtlichen Situation in Deutschland sehr nahe. Die größte Lücke besteht in Bezug auf die USA, die zwar der Konvention ebenfalls beitraten, wo aber durch den ersten Zusatzartikel zur Verfassung durch die unbeschränkte Redefreiheit das Tor auch für die Verbreitung faschistischer Propaganda ins Ausland weit offen bleibt. Mit dem sogenannten Thoben-Entscheid des Bundesgerichtshofes vom 12. Dezember 2001 gilt jedoch das deutsche Strafrecht auch bei Volksverhetzungsdelikten, wenn der Täter die strafbaren Inhalte vom Ausland her ins Netz gestellt hat, sofern diese in Deutschland abrufbar sind und die Inhalte gerade auf das Publikum in Deutschland zugeschnitten sind.

Die Folgen dieser Entscheidung sind weitreichend, vor allem durch indirekte Wirkungen. Rechtsextremisten in Deutschland, die ja von der Person her unschwer zu identifizieren sind, sind gezwungen, ihr Internetangebot knapp unter der Grenze der Strafbarkeit zu halten. Wo nicht, gibt es nicht nur Verfolgungsdruck durch kritische Organisationen, sondern auch durch staatliche Instanzen. Im Frühjahr wurde der ehemalige NPD-Kreisvorsitzende von Ostvorpommern/Greiswald, Christian Deichen, zu einer Geldstrafe und Einzug von Compu-

tern verurteilt, weil er im Jahre 2006 als Betreiber einer Internetseite der NPD diese mit einer verbotenen Webseite verlinkt hatte, auf der der Holocaust geleugnet und zur Ermordung von Juden aufgerufen wurde.

Gegen Neonazihetze im Netz kämpfen jedoch vor allem antifaschistische Organisationen und Gruppen, demokratische Wissenschaftler und Journalisten. Ihr Ansatz ist, neben repressivem Vorgehen des Staates vor allem Aufklärung über die Gefahren, Hintergründe und Auswirkungen des Agierens der Neonazis im Netz zu betreiben, gegen jede Hate-Speech-Seite mehr Information und Wahrheit zu setzen, auch wenn dabei die Chancen gegenüber der „Konkurrenz“ gering erscheinen.

Hier bieten sich Hilfen auf den Internetseiten der Bundeszentrale für politische Bildung, der Antonio-Amadeo-Stiftung („Mut gegen rechte Gewalt“), von apabiz, von den Mobilien Beratungsteams, von der VVN-BdA und weiteren antifaschistischen Initiativen an. Die Linkspartei startete ihre Aufklärung schon vor Jahren unter dem Motto „Nazis raus – aus dem Netz“. Die „Daten-Antifa“ schaffte es mehrfach, an interne Informationen der Neonaziszene zu gelangen, knackte Angebote von Online-Händlern und veröffentlichte Tausende Kunden-Dateien im Internet. Auch staatliche Ermittler nutzten offenbar schon Hinweise aus den gehackten Dateien.

Schlussfolgerung aus all dem kann nur sein, beim Ringen um die Zurückdrän-

gung des großen Einflusses der Neonazis in manchen Regionen und Orten durch alternative Politik- und Kulturangebote auch dem Internet gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Hier surft die Jugend und hier müssen die aufklärerischen Kräfte wirksam werden.

Dr. sc Roland Bach

¹ Vgl. Bruce Hoffmann, *Terrorismus – der unerklärte Krieg*, Frankfurt a. M. 2006, S. 310f.

² Vgl. Bernd Wagner, Hrsg. *Handbuch Rechtsextremismus*, Reinbek 1994, S. 177.

³ Vgl. Das Thulenet, in: *CHIP*, Heft 3/1997, S. 256ff.

⁴ Patrick Gensing, *Neonazis und das Internet*, in: <http://www.bpb.de/themen> (Jugendkultur)

⁵ Vgl. Klaus Parker, *Rechtsextremismus im Internet*, in: Thomas Grumke u. Bernd Wagner, Hrsg., *Handbuch Rechtsextremismus*, Opladen 2002, S. 129ff.

Thesen zu einer offenen gesellschaftlichen Zukunftsfrage

Dialog beim American Jewish Committee Einführungsbeitrag von Petra Pau, MdB
Berlin, 4. September 2007

1. Die Frage, ob ich heute mit ihnen sprechen könnte, erreichte mich in Tokio. Ich war mit Bundeskanzlerin Merkel sowie einer Regierungs- und Parlamentsdelegation in der VR China und in Japan. Ich habe zugesagt, wohl wissend, dass mir wenig Zeit für die Vorbereitung auf unser Gespräch bleibt. Aber sie wollten meine Sicht kennen lernen und ich möchte ihre Sicht kennen lernen. Deshalb vielen Dank für die Einladung.

Nun gibt es schönere Themen als Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland. Aber sie gehören zum Alltag. Wir haben es dieser Tage gerade in der sächsischen Kleinstadt Mügeln erlebt. Vielleicht haben sie die aktuelle Geschichte verfolgt. Bei einem Volksfest gab es plötzlich eine Hatz auf acht Inder. Ich werde auf diesen ausländerfeindlichen Vorfall noch zurück kommen.

Sie werden von mir einen sehr kritischen Befund hören. Gerade deshalb sage ich eingangs genauso klar: Die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland anno 2007 sind aus meiner Sicht nicht gleichzusetzen mit den Verhältnissen in der Weimarer Republik anno 1932/33 – nicht politisch, nicht wirtschaftlich, nicht gesellschaftlich. Mit Ausnahme einer Frage: Wie stabil und belastbar sind die Demokratie und die Verfassung?

2. Ich möchte Ihnen vorab eine Episode schildern, eine Episode mit Nachschlag. Anfang dieses Jahres wurde in Berlin eine jüdische Schule nebst Kindergarten besudelt. „Juden raus“ war danach an der Fassade des Gebäudes zu lesen. SS-Runen waren auf Kinderspielzeug geschmiert worden. Als wir uns danach in der Synagoge zum solidarischen Gebet sammelten, fragte ein Rabbiner: „Wie soll ich das den Kindern erklären?“

Ich habe den Umgang mit Kindern erlernt, studiert und als Lehrerin praktiziert. Aber auf diese einfache Frage hatte auch ich keine Antwort. Ich war ratlos. Diese Geschichte schilderte ich später genauso, als ich vom Moses-Mendelssohn-Zentrum eingeladen war. Danach las ich in der „Jüdischen Allgemeinen“ einen Kommentar. Sinngemäß hieß es da: So weit sind wir gekommen. Selbst Politiker drücken sich vor Antworten.

Diese Episode mit Nachschlag habe ich vorangestellt, weil ich wirklich keine fertigen Antworten habe. Und weil ich finde: Auch Politiker haben zuweilen ein Recht, sprachlos zu sein. Aber in einem irrt die Autorin des Kommentars: Ich weiche dem Problem nicht aus. Und selbst, wenn ich keinen Königsweg als Lösung anbieten kann, so kann ich doch zumindest beschreiben, was keine Lösungen sind. Und das ist mehr als nichts.

3. Seit Jahren frage ich Monat für Monat die Bundesregierung: Wie viele Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischen Hintergrund wurden registriert. Der Befund ist schlimm. Im bundesweiten Schnitt werden stündlich 2,5 Straftaten und Tag für Tag 2,5 Gewalttaten registriert. Die Zahlen sind „vorläufig“. Und sie stapeln tief. Quervergleiche belegen, dass die realen Zahlen zwei bis drei Mal höher liegen.

Entsprechend größer ist die Zahl der Opfer, die von rechtsextremistischer Gewalt betroffen sind. Das heißt: Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind hierzulande längst wieder eine Gefahr für Leib und Leben. Nachgewiesen ist, dass allein in den zehn Jahren zwischen 1990 und 2000 mindestens 100 Menschen zu Tode kamen. Die aktuelle Liste dürfte umfangreicher sein. Nur: Es gibt sie nicht, jedenfalls nicht offiziell.

Damit komme ich zu meiner ersten These: Die Gefahren, die von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ausgehen, werden noch immer unterschätzt und heruntergespielt. So lange ich Mitglied des Bundestages bin, gab es dazu keine wirklich ernstzunehmende Debatte mit tatsächlichen Konsequenzen. Es gab Appelle, es gab Demonstrationen, es gab Programme. Aber es mangelt schon an einer gründlichen Analyse.

4. Mit dieser Kritik meine ich die große Politik, auch etliche relevanten Medien, nicht aber zahlreiche Initiativen der Zivilgesellschaft, auch nicht engagierte Wissenschaftler. Es gibt viele Umfragen, soziologische Untersuchungen und fundierte Meinungen, die als Politik-Beratung eingestuft werden könnten und ernst zu nehmen sind. Aber sie fallen bislang zumeist auf unfruchtbaren Boden – ein gefährlicher Leichtsinns.

Damit bin ich bei meiner zweiten These: Rechtsextremismus wird vorwiegend als Thema der Innenpolitik oder der Justiz behandelt. Das ist kurzsichtig. Kurzsichtig, weil es auf Repression, statt auf Prävention setzt. Kurzsichtig, weil es alle Fragen ausblendet, die rechtsextreme Einstellungen und Taten begünstigen. Und kurzsichtig, weil es die Gesellschaft und die Individuen aus der Verantwortung entlässt.

Der oft gepriesene „starke Staat“ ist keine Antwort auf den latenten Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Auch, weil der so genannte starke Staat immer weniger als demokratischer, sozialer und gerechter Staat wahrgenommen wird. Die Menschen spüren das. Demokratieverdross grassiert. Genau das aber ist ein Einfallstor für rechtsextreme Kameraden mit ihren nationalistischen Parolen.

5. Wir erleben diesen Einfall derzeit besonders in den neuen Bundesländern. Das liegt an den Hinterlassenschaften der DDR, lautet die bevorzugte Erklärung. Ja, das auch. Aber auch das ist eine oberflächliche Erklärung. Und die Antworten, die folgen, sind es ebenso. Etwa: Der Osten habe ein Toleranz-Defizit. Oder: Es mangle den neuen Bundesländern an einer couragierten Zivilgesellschaft. Mein Befund ist viel schlimmer.

Zunehmend schwindet in den neuen Bundesländern die Zivilgesellschaft überhaupt, insbesondere in ländlichen Regionen. Sie veröden, es gibt keine Arbeit und mithin für viele auch keine Zukunft. Wer kann, der flieht in den Westen. Zurück bleiben Alte und minder Qualifizierte. Meine Beschreibung ist holzschnittartig. Aber sie beschreibt ein reales Problem, das weder durch die Polizei, noch durch die Justiz gelöst werden kann.

Viele Menschen fühlen sich entwürdigt, zunehmend auch in westlichen Regionen. Sie fühlen sich machtlos gegenüber den Verhältnissen. Sie wollen sich erheben. Und sie erheben sich gegen andere, indem sie diese erniedrigen. Das ist keine Rechtfertigung. Aber das

ist eine offene Andockstelle, die zum Beispiel von der NPD oder von rechtsextremistischen Kameradschaften offensiv genutzt wird.

6. Nun komme ich noch mal auf den aktuellen Vorfall in Mügeln zurück. Er ist nämlich durchaus typisch und das auf zwei Ebenen. Ich beginne mit der lokalen Ebene. Der Bürgermeister wiegelte sofort ab. Rechtsextremismus gebe es in Mügeln nicht, schon gar keinen organisierten, auch keine Ausländerfeindlichkeit. Zur Erinnerung: 50 Teilnehmer eines Volksfestes hatten plötzlich acht Inder gejagt.

Ich kannte Mügeln bis dahin nicht. Also machte ich mich kundig. Nach einer halben Stunde wusste ich: Vor wenigen Jahren gab es in Mügeln einen Jugendclub, den Rechtsextreme für sich als „national-befreite Zone“ reklamiert hatten. Die NPD wurde zuletzt von fast zehn Prozent aller Wähler gewählt. Und im Ort ist noch immer ein Versandhandel registriert, der unter anderem CD's mit fremdenfeindlicher Hass-Musik vertreibt.

Ein Bürgermeister, der das nicht wahrhaben will, ist wirklich auf dem rechten Auge blind. Aber das Problem liegt wiederum tiefer. Offensichtlich gibt es wirklich keine organisierte rechtsextreme Szene, die das Pogrom von Mügeln vorbereitet hat. Die nationale Volksseele hatte sich unorganisiert Luft gemacht. Das ist viel schlimmer. Und der örtliche Bürgermeister findet noch immer, er und sein Mügeln würden diffamiert.

7. Nun zur zweiten Ebene, die Bundespolitik. Sie reagierte nicht besser, sondern nach erprobtem Muster. Erst schwappte die Empörung hoch. Dann folgten wechselseitig parteipolitische Schuldzuweisungen. Wie zu erwarten wurde debattiert, ob das Thema Rechtsextremismus besser beim Familienministerium oder beim Innenressort aufgehoben sei. Und dann folgte der Seitwärtsschritt: Nun müsse die NPD endlich verboten werden.

Die Bundesebene reagierte also keinen Deut besser, als die Politik vor Ort. Auch die Medien agierten wie gewohnt. Sie wallten auf und nach einer Woche war alles wieder weg, raus aus den Schlagzeilen und raus aus dem Sinn. Damit bin ich bei meiner dritten These: Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus werden noch immer vorwiegend als Vorfall behandelt, nicht aber als permanente Herausforderung.

Wieder nehme ich alle Initiativen, Bündnisse und Organisationen aus dieser Kri-

tik heraus, die sich alltäglich rechtsextremistischen Strategien und Praktiken widersetzen und für Toleranz und Demokratie werben. Nur: Sie stehen leider nicht hoch im Kurs. Mit dem jüngsten Bundes-Programm wurden sie ausgebootet. Der Kampf gegen Rechts wurde verstaatlicht und in die Hände von Bürgermeistern wie in Mügeln gelegt.

8. Mügeln habe ich als aktuelles Beispiel angesprochen und damit zugleich indirekt ein Klischee bedient, das Ost-Klischee. Denn wenn hierzulande allgemein über Rechtsextremismus die Rede ist, dann wird es vorwiegend als Rand-, Jugend- oder Ostproblem behandelt. Das ist falsch. Wir haben es mit einem bundesweiten Problem zu tun, das inmitten der Gesellschaft zu Hause ist, in Ost wie West, stets abrufbar und das alltäglich.

Vor Jahren gab es den Versuch, in Deutschland endlich eine doppelte Staatsbürgerschaft einzuführen. Die Grünen wollten es, die SPD schien geneigt und meine Partei hielt das ohnehin für überfällig. Dann ging die Union auf die Straße, im Westen. Sie sammelte Unterschriften und sehr viele kamen und fragten. „Kann man hier endlich gegen Ausländer unterschreiben?“ Solche Motive und Vorbehalte sind bundesweit verbrieft.

Ein ähnliches Beispiel: Bundeskanzler Schröder wollte Computer-Spezialisten aus Indien anwerben. Die CDU konterte mit dem rassistischen Slogan: „Kinder statt Inder!“. Nun wurden in Mügeln Inder gejagt. Es gibt keinen direkten Zusammenhang. Aber dieselben Politiker, die sich nach so genannten Vorfällen wundern, dass es brennt, legen häufig selbst die Lunte an einen latent aktivierbaren Rassismus.

9. Meine erste These war: Die Gefahren, die von Rechtsextremismus und Rassismus ausgehen, werden noch immer unterschätzt. Das ist gefährlich. Meine zweite These hieß: Rechtsextremismus wird vorwiegend als Thema der Innenpolitik oder der Justiz behandelt. Das ist kurzsichtig. Meine dritte These lautet: Rechtsextremismus wird in aller Regel als Störfall behandelt. Das widerspricht aber den alltäglichen Tatsachen.

Es gibt übrigens noch einen weiteren Debatten-Pfad. Der meint: Rechtsextremismus und Rassismus gibt es in allen großen EU-Ländern, in Österreich ebenso wie in Frankreich, Italien oder Spanien. Eine stabile Demokratie müsse das bis zu einem bestimmten Grad verkraf-

ten. Ich halte diese Auffassung für zynisch. Denn bevor Rechtsextremisten eine Gefahr für die Demokratie werden, sind sie eine Gefahr für Menschen. In dieser Argumentation steckt zugleich eine Unterschätzung des Rechtsextremismus. Wir wissen von der NPD, dass sie eine klare Strategie verfolgt und zwar durchaus mit Erfolg. Sie will an die Macht: erst im Kiez, dann im Land, schließlich, wie sie sagt, im IV. deutschen Reich. Das darf man nicht als mitteleuropäische Normalität hinnehmen und akzeptieren. Das muss als unnormal geächtet werden.

10. Nun habe ich beschrieben, wie man das Problem aus meiner Sicht nicht in den Griff bekommt. Meine vierte These ist daher: Wir brauchen endlich eine ressortübergreifende Strategie, die sich auf Sachkompetenz stützt und auf die Stärkung der Zivilgesellschaft zielt. Ich weiß, das klingt wie eine übliche Politiker-Floskel. Deshalb will ich die dröge Formel mit einigen praktischen politischen Vorschlägen illustrieren.

Wir, und damit meine ich DIE LINKE, fordern seit langem für die Bundesrepublik Deutschland eine unabhängige Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nach EU-Vorbild. Sie könnte stimmige Analysen erarbeiten. Das wäre wichtig. Denn ohne stimmige Analysen kann es auch keine klugen Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus geben.

Ich sprach eingangs über Zahlen, die tiefstapeln. Zwei Gründe dafür will ich nennen. Vielfach wird bei den Ermittlungen vor Ort der rechtsextremistische Hintergrund einer Tat nicht erkannt. Oder er wird bewusst geleugnet, weil Politiker Sorge um das Image oder um den Wirtschafts-Standort ihrer Stadt oder des Landes haben. Eine unabhängige Beobachtungsstelle hätte diese Blockaden nicht.

11. Noch ein zweiter Vorschlag leitet sich aus meiner vierten These ab, also der nach einem ressortübergreifenden Ansatz. Ich habe vorgeschlagen, eine Beauftragte des Bundestages für Demokratie und Toleranz einzusetzen, die im Bundeskanzleramt alle Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus koordiniert. Auch, um damit von der verengten Zuständigkeit der Innenpolitik und der Justiz wegkommen.

Denn ich finde: Alle politischen Ressorts haben eine Verantwortung dafür, dass Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zurückgedrängt wer-

den: die Bildungspolitik, die Kommunalpolitik, die EU-Politik, die Kulturpolitik, die Sozialpolitik, die Sportpolitik, die Finanzpolitik und so weiter und so fort. Deshalb brauchen wir auch einen neuen strukturellen Ansatz, der sich diesem umfassenden Anspruch öffnet.

Beide Vorschläge korrespondieren übrigens durchaus mit einem aktuellen Anliegen des Moses-Mendelssohn-Zentrums und zahlreicher Nichtregierungs-Organisationen. Sie regen einen Jahresbericht der Bundesregierung über antisemitische Aktivitäten an. Beide, die unabhängige Beobachtungsstelle und eine Bundesbeauftragte für Demokratie und Toleranz, könnten dafür hilfreich sein.

12. Nun will ich auf zwei weitere Vorschläge eingehen, die im Gespräch sind. Der erste zielt auf ein erneutes Verbotverfahren gegen die NPD. Ich bin da – aus Erfahrung – sehr skeptisch. Das erste Verfahren war gescheitert, weil das Verfassungsgericht nicht mehr unterscheiden konnte, welches Verbotargument originär von der NPD stammte und welches von V-Leuten der Polizei und Geheimdienste. Dieses Problem besteht fort.

Der zweite Vorschlag zielt auf einen Demokratie-Gipfel, an dem von der Politik über die Kirchen bis zu den Gewerkschaften alle gesellschaftlich relevanten Gruppen teilnehmen. Einen solchen Gipfel kann man einberufen. Aber er wird nichts lösen. Er kann bestenfalls eine Initialzündung sein und signalisieren, dass man gemeinsam die Herausforderung Rechtsextremismus ernst- und annehmen will.

Mehr nicht, womit ich bei meiner fünften These wäre: Im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus hilft uns kein „Aufstand der Anständigen“ mehr, denn alsbald die Zuständigen abhandeln kommen – wie im Jahr 2000 nach den Anschlägen auf Jüdinnen und Juden in Düsseldorf. Wir brauchen vielmehr einen Marathon aller Demokratinnen und Demokraten und das mit langem Atem.

13. Im letzten Teil meines Beitrages möchte ich explizit noch etwas zum Antisemitismus sagen. Wir hatten dieser Tage ja zwei herausragende Ereignisse in Berlin: erst in Berlin-Prenzlauer Berg die Wiedereröffnung der größten Synagoge in Deutschland und dann die feierliche Einweihung des Chabad-Lubawitsch-Zentrums in Berlin-Wilmersdorf. Beide wurden zu Recht als Zeichen deutscher Zukunft im neuen Berlin gewürdigt.

Aber es gibt auch andere Zeichen. Man braucht sich nur den Alltag ansehen: Synagogen werden mit Pollern bewahrt. Jüdische Kindergärten müssen von Polizisten bewacht werden. Bei Jüdischen Fest- oder Gedenkveranstaltungen gilt die höchste Sicherheitsstufe. Und Gideon Joffe hat allen Berlinerinnen und Berlinern als Härtestest empfohlen, sie sollten nur mal einen Tag mit einer Kippa durch die Stadt gehen.

Es gibt keine Normalität für Jüdinnen und Juden in Deutschland. Und die Normalität, die es gibt, ist alles andere, als beruhigend. Berlin definiert sich selbst als eine weltoffene, tolerante Metropole. Verschiedene Kulturen und Religionen gelten als Bereicherung und Chance. Das ist offizielle Senats-Politik. Das wird von Millionen Berlinern so gelebt. Aber der Alltag ist kein Karneval der Kulturen. Er ist widersprüchlicher.

14. Es gibt zahlreiche Umfragen, Untersuchungen und Forschungsarbeiten zum Thema „Antisemitismus“. Auch das American-Jewish-Komitee hat ja eigene in Auftrag gegeben. Ich brauche hier also keine Zahlen zitieren. Sie weichen zuweilen auch voneinander ab. Und manche Methoden oder Definitionen, nach denen „Antisemitismus“ messbar gemacht werden soll, sind umstritten. Das alles will ich hier nicht beurteilen.

Aber eines belegen alle Erhebungen: Es gibt einen latenten Antisemitismus, der sich aus verschiedenen Quellen speist und der jederzeit aktivierbar ist, bis hin zu Gewalttaten. Wieder gilt das für Ost und West gleichermaßen. Und wieder gilt: So, wie es Ausländer-Feindlichkeit ohne Ausländer gibt, so gibt es auch Antisemitismus ohne Jüdinnen und Juden. Sie führen offenbar ein Eigenleben im Deutschsein.

Nun weiß ich auch, dass es sich nicht um ein deutsches Phänomen handelt, sondern um ein weltweit anzutreffendes. Aber Antisemitismus in Deutschland hat noch immer einen einmalig-bitteren Beigeschmack. Deshalb habe ich mich übrigens seit Anfang der 90er Jahre für das Mahnmal für die ermordeten Jüdinnen und Juden eingesetzt. Und ich freue mich, welchen Zuspruch es seit seiner Eröffnung findet.

15. Gleichwohl haben wir es beim Antisemitismus mit einer besonderen Form des Fremden-Hasses zu tun. Antisemitismus ist keine Einstellung, die sich vorwiegend im rechten Spektrum findet. Man findet sie massiv in islamistisch geprägten Milieus. Man findet sie am linken Rand. Und man findet sie

selbst in Parteien, die sich ausgesprochen liberal sehen und sich selbst für die eigentliche Partei der Mitte halten. Ich meine die FDP.

Ich habe noch gut in Erinnerung, wie der FDP-Politiker Jürgen W. Möllemann mit seinem „Projekt 18“ auf Stimmenfang ging und dabei auch antisemitische Vorurteile bediente. Am „Projekt 18“ hat mich übrigens schon die Bezeichnung erregt. Denn „18“ ist bekanntlich ein Code alter und neuer Nazis. Es steht für den ersten und den achten Buchstaben im deutschen Alphabet, für „A“ und „H“, für „Adolf Hitler“.

Was bei Möllemann möglicherweise Absicht war, ist bei anderen vielleicht pure Unwissenheit. Ich werde jedenfalls immer hellhörig, wenn selbst in öffentlich-rechtlichen Nachrichten von „Mauscheleien“ die Rede ist, nachdem in der Wirtschaft oder in der Politik ein Korruptionsfall publik wurde. Ich bin keine Ver-

fechterin von Pflicht-Literatur. Aber Victor Klemperers „LTI“ sollte schon wieder etwas bekannter werden.

16. Fakt ist, dass sich zuweilen eigenartige Allianzen finden. Linke marschieren auf Pro-Hisbolla-Demonstrationen mit. Extrem-Rechte verbünden sich mit Muslimen, die Gewalt verherrlichen. Durchaus berechtigte Kritik an der Politik Israels – ich habe sie auch – vermischt sich so mit blankem Juden-Hass. Ich habe es in Berlin selbst gesehen. Scheinbare politische Lager werden fließend, unberechenbar, gefährlich.

Vor kurzen war ich in Berlin-Neukölln bei Sozialarbeitern. Sie haben sich zu einem Verein zusammen geschlossen. Sie engagieren sich gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Sie sind im Kiez aktiv. Dort, wo verschiedene Nationalitäten leben, wo ihre Kinder zur Schule gehen und wo die Eltern – wenn sie

nicht arbeitslos sind – als Gemüsehändler, als Apotheker, als Lehrer, als Putzfrau oder als Gastwirt arbeiten.

Sie schilderten mir plausibel und aus eigenem Erleben, wie sich die großen Welt-Konflikte bei der Jugend im Kiez spiegeln. Dass sich dort Gangs bilden, die sich entweder Pro-Israel oder Pro-Palästina definieren. Dass sie sich zunehmend bewaffnen. Dass sie sich des Nachts belauern und übereinander herfallen. Es geht um 12- bis 16-Jährige, um die kommende Generation. Es geht um Berlin, das weltoffene und tolerante.

Schluss-Satz: Auch darauf habe ich noch keine brauchbare Antwort. Aber auch dieses Beispiel belegt: Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind keine Störfälle aus der Vergangenheit, sondern eine politische und vor allem gesellschaftliche Herausforderung für die Gegenwart und die Zukunft.

Schulgeschichte(n) und Rechtsextremismus

Anmerkungen über Immobilien und Aufarbeitung von Geschichte bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im Landkreis Barnim

Schon seit geraumer Zeit gibt es gezielte Aktivitäten der NPD und anderer Rechtsextremisten, für die Schulung ihrer Kader, für Übungszwecke verschiedenster Art und für neue Möglichkeiten in der Öffentlichkeitsarbeit geeignete Immobilien, größere Areale oder auch kleine Läden zu erwerben.

Delmenhorst, Verden, kleine Orte im flachen Land der Prignitz oder jüngst Nazi-Läden in den Hansestädten Rostock und Wismar fanden in diesem Zusammenhang ein starkes Interesse in Medien und Öffentlichkeit.

In der Regel, manchmal allerdings auch erst nach Impulsen überregionaler Medien, formierte sich nach Aufdeckung der Absichten der Rechtsextremen rasch zivilgesellschaftlicher Widerstand. Neue Bündnisse entstanden, Bürgermeister stellten sich an die Spitze des Protests, viele praktische Initiativen fanden Zuspruch – vom symbolischen Auskehren des braunen Unrats in den Orten bis zu Geldsammlungen und Spenden für „Rückkäufe“ der von den Neonazis ins Visier genommenen Objekte.

In mehreren Orten blieb der Protest nicht begrenzt auf die Erreichung des unmittelbaren Ziels, der Verhinderung des Kaufes, sondern er bekam eine stabilere und längerfristige sowie weitrei-

chendere Zielstellung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und rechtem Zeitgeist.

Sicher gibt es hinsichtlich der Kaufgelder der NPD auch manche Spekulation und Überschätzung ihrer tatsächlichen Möglichkeiten. Manchmal hat es den Anschein, die NPD suche bewusst über diesen Weg öffentliche Plattformen. Auch sind wiederholt genannte finanzielle Manipulationen oder illegale Spenden von Besitzern der Immobilien zugunsten der Neonazis schwer zu beweisen.

Fest steht indes mit großer Sicherheit, dass der Erwerb von Immobilien eine spezifische Funktion in der Durchsetzung rechtsextremistischer Strategien hat. Unstrittig dürfte auch sein, dass Neonazis zielstrebig auf der Suche sind, aus welchen Motiven auch immer, und sich auch gern in Gebäuden umsehen, in denen früher zeitweilig der braune Geist zu Hause war und wo sich eventuell etwas für die Traditionspflege tun lässt.

Die beiden folgenden Einrichtungen im Landkreis Barnim wurden ausgewählt, weil sich der Autor nachhaltig mit ihnen und ihrer Tätigkeit in den Jahren humanistischer Bildung und gelebter Solidarität verbunden fühlt. Beispiele ähnlicher Art aber gibt es viele in diesem Land.

Geschichtsaufarbeitung im Baudenkmal

Bereits Anfang Dezember vergangenen Jahres fand in Bernau bei Berlin, konkret in einem sehr geschichtsträchtigen Gebäude eine bemerkenswerte wissenschaftliche Veranstaltung statt, an der seitens der Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der Linken Prof. Dr. Rolf Richter vom Sprecherrat und Prof. Dr. Klaus Böttcher teilnahmen. Die Neonazis hatten im Vorfeld mit massiven Störungen gedroht, beließen es aber bei der Ankündigung.

Bei dem betreffenden Gebäude handelt es sich um die 1928 im Bauhausstil errichtete Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Vielen ehemaligen DDR-Bürgern auch bekannt als Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“ des FDGB, die dort nach dem 2. Weltkrieg ihren Sitz hatte.

Obwohl ich früher sehr häufig dort war, hatte ich nunmehr schon viele Jahre diesen Gebäudekomplex nicht mehr gesehen. Offen gestanden, ich war von den Veränderungen tief beeindruckt und noch mehr von der Leistung, die der ehrenamtlich tätige Verein „Baudenkmal bundesschule bernau“ zur Rettung

dieses einzigartigen Baudenkmal erbracht hat.

Die Veranstaltung selbst schien auf den ersten Blick, schaut man auf den Vereinsnamen, etwas deplaziert zu sein. Nahm sie doch ein Thema auf, das sich, sieht man von einem sehr informativen und faktenreichen Beitrag zur Rezeptionsgeschichte der Bundesschule des ADGB in Bernau 1928–2005 ab, in der Tat nicht vorrangig mit Architektur, Bauhaus oder Weltkulturerbe beschäftigte. Aber wie gesagt, wirklich nur auf den ersten Blick schien die Veranstaltung vom Thema her etwas aus dem Rahmen des Vereins zu fallen. Das Gegenteil war der Fall, diese Veranstaltung war ganz und gar nicht abwegig in diesen Räumen, sondern sogar dringend erforderlich. Über 100 interessierte Teilnehmer, unter ihnen viele Gewerkschafter und Kommunalpolitiker; natürlich – und ich schreibe dies mit allem Respekt – auch der Bernauer Bürgermeister Hubert Handtke (CDU), sahen das offensichtlich ebenso.

Organisiert und inhaltlich getragen vom Verein bbb, dem Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin und der Handwerkskammer Berlin, wurde ein Thema aufgegriffen, das sich mit dem dunkelsten Kapitel dieser Einrichtung befasste, das aber nicht ausgeklammert werden darf, eben weil es zu dessen Gesamtgeschichte gehört, dem „Schicksal der ADGB-Bundesschule im Dritten Reich 1933–1945“.

Inzwischen sind die vorgestellten Forschungsergebnisse unter dem genannten Titel vom Verein bbb und unterstützt von der Landeszentrale für Politische Bildung im Land Brandenburg in einem umfänglichen Heft der Reihe „Beiträge zur Bau- und Nutzungsgeschichte“ veröffentlicht worden und können einem breiten Leserkreis empfohlen werden: Für eine Gebühr von vier Euro zu beziehen über Verein baudenkmal bundesschule bernau e.V./Hannes Meyer Campus 9, 16321 Bernau, Tel.: 03338 767875.

In den einleitenden bzw. abschließenden Bemerkungen verwiesen Prof. Dr. Heinz Deutschland vom Verein bbb, der Geschäftsführer der Handwerkskammer Berlin und Prof. Dr. Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, auf die aktuelle Relevanz des Themas und die zwingende Notwendigkeit seiner sachlichen Aufarbeitung.

In der fast achtzigjährigen Bau- und Nutzungsgeschichte der Einrichtung waren die Jahre der Nazibarbarei nur eine relativ kurze Zeit. Aber gerade in dieser Zeit

wurden in diesem international bedeutsamen Baudenkmal Verbrechen gegen die Menschlichkeit geplant und Führungskräfte zu ihrer Verwirklichung geschult.

Angesichts der beunruhigenden Aktivitäten von Neonazis und Rechtsextremisten sei die Aufarbeitung dieses Kapitels der Geschichte auch eine besonders aktuelle und dringliche Aufgabe.

Die Aufarbeitung der Geschichte sollte helfen, möglichst viele Menschen in Kenntnis der Verbrechen der Vergangenheit rechtzeitig zum Widerstand gegen neue Gefahren aufzurütteln und sie mit Wissen und Argumenten für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auszurüsten. Es werde manche Betroffenheit geben über bisherige Unkenntnis bzw. ungenügende Kenntnis über das Ausmaß der Verbrechen, die hier geplant und umgesetzt wurden. Dieser Verantwortung müsse man sich nicht nur in Bernau stellen.

Gleichzeitig wurde betont, dass falsche Betroffenheit ebenso wenig helfe wie denunziatorische Ansätze. Es gehe bei der Darstellung geschichtlicher Fakten weder um Sensationslust noch um eine Stigmatisierung der Stadt Bernau bei Berlin, auf deren Territorium dieses Areal lag bzw. liegt.

Offensichtlich Bezug nehmend auf die Situation in vielen Kommunen, in denen sowohl bei historischen Fakten als auch aktuellen Aktivitäten von Neonazis aus Furcht vor angeblichen Image-schäden und „Nestbeschmutzern“ immer wieder verschwiegen, verharmlost und gedeckelt wird, wurde wiederholt betont, dass die Stadt Bernau keine negative Sonderstellung gegenüber anderen Städten in Deutschland einnehme. Sie sei kein Ort der Täter.

Es gehe vorrangig um den souveränen Umgang souveräner Bürger mit der Geschichte ihres Ortes. Enträtselung der Vergangenheit sei in erster Linie Aufklärung und Aufklärung bedeute keineswegs Imageverlust. Die Stadt könne dabei nur gewinnen und die Erfahrungen besagen auch eindeutig, dass man mit einer wissenschaftlichen und sachlichen Geschichtsaufarbeitung auch Neonazis nicht in die Hände arbeitet, sondern sie vor allem entlarvt.

Die auf der Veranstaltung vorgestellten Ergebnisse, es handelte sich übrigens um ein Projekt von Studenten der Geschichtswissenschaft an der TU Berlin unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Benz, waren faktenreiche Resultate intensiver Forschung und lieferten, wie es Prof. Deutschland ausdrückte, den überzeugenden Beweis

dafür, dass all das, was bereits über diesen Ort des Verbrechens bekannt war, was man über diesen Täterort wusste, nur die Spitze des Eisbergs war.

In der Tat, die Teilnehmer erfuhren schockierende Fakten, die Betroffenheit auslösen und an die eigene heutige Verantwortung appellierten.

Im Einzelnen handelt es sich um sieben Beiträge, plus den bereits erwähnten Beitrag zur Rezeptionsgeschichte und einen Beitrag über die Eröffnung der Reichsführerschule im Spiegel der lokalen Presse.

Inhaltlich konzentrieren sich die Beiträge auf die Zeitschiene der jeweils funktionalen Nutzung der Gewerkschaftsschule zwischen 1933 und 1945. Beginnend mit dem Raub gewerkschaftlichen Eigentums und der Indienstellung der Gewerkschaftsschule für das Naziregime, behandeln weitere Beiträge die Zeit als Reichsführerschule der NSDAP und der Deutschen Arbeiterfront (DAF), danach als Ausbildungs- und Schulungsstätte von Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst der SS, folgend als Trainingsort für die Inszenierung des Überfalls auf Polen und schließlich als Außenstelle des Reichssicherheitshauptamtes, der Terrorzentrale des Nazi-Regimes.

Den Autoren dieser Beiträge Miriam Bistrovic, Dagmar Lieske, Angelika Benz, Peter Steininger, Phillip Wegehaupt, Mario Wenzel, Yasemin Shooman, Hendryk Rohn und Tobias Hillmer ist ausdrücklich für ihre wissenschaftliche Tiefgründigkeit und historische Akribie zu danken. Hier nur einzelne Fakten herauszugreifen, erscheint wenig sinnvoll. Es lohnt sich, nachzulesen!

Nur auf zwei Dinge sei abschließend noch verwiesen. Die in dieser Einrichtung tätigen, an Lehrgängen teilnehmenden oder dort als Gast weilenden Leute waren nicht irgendwelche kleine Nazis, sondern sie gehörten zu deren ranghöchsten, gefährlichsten und skrupellosesten Vertretern.

Adolf Hitler, Adolf Eichman oder Julius Streicher sind schon Aussage genug. Auch handelte es sich nicht nur um so genannte Schreibtischtäter, sondern auch um Nazis, die direkt und führend an der Ermordung vieler Menschen beteiligt waren. Auch das wird in den Beiträgen nachgewiesen. Von vielen Personen liegen biographische Angaben (auch nach 1945) vor. Sie zeigen einerseits die Dimension der begangenen Verbrechen, aber andererseits auch, wie abgeurteilte Straftäter in der Bundesrepublik beträchtliche Höhen auf Karriereleitern erklimmen konnten. An-

gesichts dessen im „verordneten Antifaschismus“ der ehemaligen DDR eine Hauptursache für den heutigen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern auszumachen, so Heinz Deutschland, sei mehr als fragwürdig. Auch der Geschäftsführer der Handwerkskammer unterschied sehr wohl zwischen zwölf sehr dunklen Jahren und den mehr als sechzig folgenden.

Schwierigkeiten mit der Wahrheit am Bogensee

Etwa fünfzehn Kilometer von Bernau entfernt, nahe Wandlitz und inmitten eines großen Waldgebietes am idyllischen Bogensee gelegen, gibt es eine weitere ehemalige zentrale Bildungseinrichtung. Vielen bekannt als Jugendkochschule „Wilhelm Piek“. Bis 1989 studierten hier und an ihren Außenstellen jährlich fast 500 junge Leute, meist Mitglieder der FDJ oder von linken Jugendorganisationen aus vielen Ländern.

Ähnlich wie die ehemalige Gewerkschaftshochschule hat auch diese Einrichtung eine geteilte Traditionslinie. Sie wurde nach dem 2. Weltkrieg, übrigens weitgehend aus Ruinenmaterial der zerstörten Hauptstadt erbaut auf einem weitläufigen Areal, auf dem sich auch der ehemalige Landsitz des Nazi-Ideologen Josef Goebbels befand bzw. noch befindet.

Bis auf eine kleine Waldschule in einem der ehemaligen Goebbelschen Häuser bietet der gesamte Komplex ein trostloses Bild. Nachdem der Internationale Bund als Nachnutzer den Standort vor Jahren verlassen hat, stehen die Häuser leer und sind dem Verfall preisgegeben. Die seit 1999 denkmalgeschützten Gebäude wirken auf den Besucher wie eine riesige Filmkulisse in der Drehpause. Die Natur holt sich nach und nach das Areal zurück.

Zum zeitweiligen Publikumsmagneten wurde die Einrichtung wiederholt, als im SFB und später mehrfach im RBB ein Dokumentarfilm von Dora Heinze über den „geheimnisvollen Bogensee“ gesendet wurde und Stefan Berkholz im Linksverlag das Buch „Goebbels Waldhof am Bogensee – Vom Liebesnest zur DDR-Propagandastätte“ herausgab. Beiden Autoren kann ich bescheinigen, viel hinterfragt und sich um Objektivität bemüht zu haben, auch wenn diese nicht in allen Teilen sichtbar wurde und besonders im Film einige Halbwahrheiten und sogar Lügen einer ehrlichen Geschichtsbetrachtung vorgezogen wurden.

In jüngster Vergangenheit kam Bogensee wieder in die Öffentlichkeit im Zu-

sammenhang mit Verkaufsangeboten des Landes Berlin als Eigentümer, das allein für die notdürftige Unterhaltung der Immobilie jährlich 255 000 Euro ausgibt, und der gleichzeitigen Sorge, dass damit auch NPD-Begehrlichkeiten zum Erwerb dieser Immobilie geweckt werden könnten.

Letzteres ist ziemlich ausgeschlossen, weil alles mehrere Nummern zu groß für diese Partei wäre und es auch kein anderer normaler Bieter zulassen würde, das große Objekt vielleicht mit der NPD zu teilen, sollte diese vielleicht nur das Goebbelschen Anwesen oder Teile davon erwerben wollen.

Dennoch halte ich es für sehr richtig, dass sich frühzeitig Widerstand regt und der NPD oder anderen Neonazis klar gemacht wird, dass demokratische Kräfte es nicht zulassen werden, eventuelle Kaufgelüste zu realisieren.

Wichtige Entscheidungsträger sind sensibilisiert. Der Wandlitzer Bürgermeister hat sich wiederholt in Medien geäußert und die Gemeindevertretung, die über das Planungsrecht für das Gelände verfügt, wird auf Beteiligung dringen, sollten irgendwelche Entscheidungsverfahren des Senats anstehen. Auch die Barnimer Landtagsabgeordnete Ralf Christoffers und Margitta Mächtig von der Partei „Die Linke“ haben sich bereits mehrfach mit Vertretern des Berliner Senats verständigt.

All das ist zu begrüßen, doch es reicht nicht, wenn gleichzeitig DDR – Geschichte, auch die Geschichte am Bogensee, willkürlich umgeschrieben, verfälscht, verschwiegen oder gar entsorgt wird.

Ein kleines Beispiel: Zum Bogensee kommen viele Wandergruppen, manche einfach „nur so“ und andere auf kommerzieller Basis und geführt unter Slogans wie „Geheimnisvoller Bogensee“, „Das Geheimnis am See“ usw.

Ich schließe mich einer etwa zwanzigköpfigen Wandergruppe aus dem Westteil Berlins an. Nein, keine braunen Gesellen oder totalitär verbohrt Leute. Sie wandern halt und wollen sich bilden.

Alles am ehemaligen Landhaus von Goebbels Gesagte (hier schrieb er zum Beispiel am 1. Mai 1933 in sein Tagebuch: „Und morgen werden wir die Gewerkschaftshäuser besetzen!“) konnte ich nur unterstreichen: Der Wanderleiter wusste viel über den braunen Spuk, wirklich eine kurze, aber interessante Geschichtsstunde. Viel zu wenig wurde dieser Wahnwitz des faschistischen Hauptideologen später an der Jugendhochschule aufgearbeitet, nicht tiefgründig und nicht umfassend genug,

obwohl er so nahe lag. Das muss ich akzeptieren.

Doch dann nach gut einhundert Metern Fußweg war die Gruppe angekommen, wie es auch gesagt wurde, bei der nächsten Diktatur, der späteren Jugendhochschule. Dort habe ich mich sehr höflich an der Diskussion beteiligt, zu lückenhaft und klischeebeladen waren die dort geäußerten Vorstellungen über das Leben an dieser Bildungsstätte.

Ich redete also über die Geschichte der Einrichtung, über das tägliche Leben, über Lehrpläne und Höhepunkte; auch über Fehler, Irrtümer und Versäumnisse. Ich sagte auch, dass ich mich historischen Tatsachen und ihrer sachlichen Darstellung verpflichtet fühle. Zu meinem eigenen Erstaunen wurde ich nur mit Nachfragen, sogar recht vielen, unterbrochen.

Die Wanderer waren überrascht, zu erfahren, dass hier FDJler zusammen mit Jugendlichen aus über 50 Ländern weltweit, freundschaftlich und tolerant zusammen studierten und lebten. Rassismus blieb außen vor. Zutiefst fühlte man sich antifaschistischen Idealen verpflichtet und traf sich oft mit Menschen, die den Faschisten Widerstand geleistet hatten und in Konzentrationslagern gepeinigt wurden. Die Schule war 1985 (übrigens: 10 Jahre später organisiert von der Brandenburger Landesregierung erneut) Gastgeber für alle damals noch lebenden Häftlinge des KZ-Sachsenhausen. Die Studenten hatten sich „selbst verordnet“, Jahr für Jahr am Tag der Beendigung ihres Studiums nach Sachsenhausen zu fahren, um der Opfer der faschistischen Diktatur zu gedenken.

Der antifaschistische Geist, der hier herrschte, könnte sehr hilfreich sein bei der Vertreibung des braunen Spuks heute. Man sollte darüber sprechen, in der Kommune und in den Medien.

Aber es wird geschwiegen und verschwiegen. Sogar im „Neuen Deutschland“ wird in einem Bericht über das teure Anwesen am Bogensee nur über den „leer stehenden Landsitz des einstigen NS-Propagandaminister Joseph Goebbels“ oder über das „weitläufige Areal von Goebbels Waldhof am märkischen Bogensee“ geschrieben. Über vierzig Jahre Jugendhochschule finden mit keiner Silbe Erwähnung. Wer sich da wohl ins Fäustchen lacht.

Und was das Geheimnisvolle betrifft, so wären ebenfalls viele Fakten dagegen zu nennen, die belegen, dass die Jugendhochschule gewiss kein öffentliches Ausflugslokal am See war, sondern dass es trotz mancher übertriebe-

ner Sicherheitsmaßnahmen zugänglich und offen war für sehr viele. Nur Nazis mussten immer draußen bleiben! Von den Leuten der Wandergruppe verabschiedete ich mich per Handschlag. Für mich war es ein schöner Nachmittag, der die Erkenntnis schärfte, dass es manchmal auch die kleinen Dinge sind, die etwas gegen rechtsextreme Ideologie und Gewalt bewirken können.

Nachsatz

Vor kurzem bildete sich auf Initiative eines jungen Mannes aus Sachsen, dessen Eltern als Lehrer am Bogensee tätig waren und der seine Kindheit dort verbrachte, ein Freundeskreis der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“. Ein loser Zusammenschluss, bei dem nostalgische Erinnerungen sicher ziemlich weit hinten stehen, der sich aber his-

torischen Wahrheiten und antifaschistischen Lebensmaximen verpflichtet fühlt.

Die Aufgabe, zu verhindern, dass noch einmal Nazis die Gebäude in Besitz nehmen könnten, stand bei dem ersten Treffen mit etwa fünfzig Teilnehmern dabei ganz oben.

Professor Dr. Klaus Böttcher

„Wir haben nur unsere Pflicht getan“

Zur Geschichte der HIAG, der Lobby der Waffen-SS, in der Bundesrepublik Deutschland¹

Karlburg im Juli 1957. Der Saal ist zum Platzen gefüllt. Biertische in langen Reihen. Männer in Anzügen, die meisten nicht mehr ganz jung, aber auch noch nicht alt, springen auf, begeistert. Hier lebt sie noch, die alte Kameradschaft des Krieges, so empfinden es die Teilnehmer, allesamt ehemalige Mitglieder der Waffen-SS. Man habe sein Leben nicht der Befriedigung materieller Bedürfnisse, sondern einem „sinnvolleren Zweck gewidmet“, sagt der Redner. Es ist Kurt Meyer, „Pantermeyer“, ehemaliger General der Waffen-SS, Ritterkreuzträger und im Jahr 1944 Kommandeur der 12. SS-Panzerdivision „Hitlerjugend“ in der Normandie. Seine Zuhörer blicken zu ihm auf, dem „ungebeugten Kriegshelden“. „Haltung“, „Ehre“, „Treue“ – solche Worte hört man oft an diesem Tag. Von der eigenen Verantwortung für die Verbrechen im deutschen Faschismus ist nicht die Rede.

Nach dem Zweiten Weltkrieg lebten mindestens 250.000 ehemalige Angehörige der verschiedenen Waffen-SS-Einheiten in Deutschland, die meisten von ihnen im Westen. Aus ihren Reihen wurden seit 1949 die ersten „Hilfsgemeinschaften auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS“ (HIAG) gegründet, die sich 1953 zu einem eingetragenen Verein zusammenschlossen. Die HIAG verfolgte praktische und ideologische Ziele. Sie sollte in Not geratenen Mitgliedern bei der Arbeitssuche helfen, Angehörige ehemaliger „Kameraden“ unterstützen und vermisste Waffen-SS-Mitglieder suchen. Zudem strebte sie die rechtliche Gleichstellung der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS mit ehemaligen Wehrmachtangehörigen an, damit die SS-Männer ebenfalls von Versorgungsleistungen gemäß Arti-

kel 131 des Grundgesetzes profitieren konnten. Die HIAG war aber auch eine Lobbygruppe, der es über Jahrzehnte hinweg gelang, die Beteiligung der Waffen-SS an Kriegsverbrechen zu verschleiern. Zu diesem Zweck, so legte es die Satzung der HIAG fest, sollten „statistische, soziologische und geschichtliche Erhebungen über die Entwicklung und den Einsatz der ehemaligen Waffen-SS“ angefertigt werden. Das Urteil des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses vom 1. Oktober 1946, das die Waffen-SS zu einer „verbrecherischen Organisation“ erklärte, wiesen die Veteranen entschieden zurück. Sie sahen sich selbst als „Opfer“, die im Krieg nur ihre Pflicht getan hätten und nun in ungerechtfertigter Weise als Sündenböcke hingestellt würden. Man habe sich, wie es auch die ehemaligen Wehrmachtangehörigen für sich in Anspruch nahmen, nichts vorzuwerfen. Auch sei man nicht bereit, „auf die Dauer die Paria zu spielen“, zugunsten der „Herren Kollaborateure und Gewinner des Dritten Reichs“.

„Totale Kampfgemeinschaft“

Die 1934 von Heinrich Himmler ins Leben gerufene „SS-Verfügungstruppe“ wurde im Herbst 1939 mit den so genannten Totenkopfverbänden vereinigt, in Waffen-SS umbenannt und personell massiv aufgestockt. Es handelte sich um eine relativ kleine Eliteeinheit von zunächst nur 25.000 Mann, die sich aus Freiwilligen rekrutierte, die den völkischen „Rassekriterien“ entsprechen mussten. Diese Männer bezeichnete der Historiker Bernd Wegner als „politische Soldaten“, die eine „totale Kampfgemeinschaft“ formen sollten und stolze Träger und Künder der nationalsozialistischen Weltanschauung

waren. Im Verlauf des Krieges stieg die Mitgliederzahl in der Waffen-SS, die nun „quasimilitärische Funktionen“ erfüllte, stark an und lag Ende Juni 1944 bei fast 600.000 Mann. Ab 1943 wurden auch Ausländer und ursprünglich nicht SS-taugliche Freiwillige eingegliedert, zudem verpflichtete das Regime auch Wehrpflichtige gegen ihren Wunsch zur Waffen-SS. Deren schwer bewaffnete Verbände kämpften häufig mit „exzessiver Härte“. Sie waren an zahlreichen Kriegsverbrechen beteiligt, unter anderem an dem Massaker gegen Zivilisten im französischen Oradour-sur-Glane, an Zivilistenerschießungen in Italien sowie an „Racheaktionen“ gegen vermeintliche Partisanen auf dem Balkan.

Trotz dieser Vergangenheit waren die HIAG und andere Veteranenverbände ein weitgehend akzeptierter Teil der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit der 1950er Jahre. Die Amnestierung und Integration von ehemaligen Nazis wurde parteiübergreifend als eines der vordringlichen innenpolitischen Probleme verstanden. Entgegen den Entnazifizierungsbemühungen der Besatzungsmächte herrschte in der jungen Bundesrepublik eine „Schlußstrichmentalität“. Die Gesellschaft „entnazifizierte“ sich gleichsam selbst, indem sie sich, wie der Historiker Norbert Frei überzeugend herausgearbeitet hat, mit den vermeintlich „Entnazifizierungsgeschädigten“ solidarisch erklärte. Schuld an den Verbrechen des „Dritten Reichs“ sei allein ein kleiner Kreis von höchsten NS-Funktionsträgern gewesen.

In diesem Klima gelang es den Soldatenverbänden, die Legende vom „unbefleckten Soldaten“ erfolgreich zu etablieren – wobei ihnen der beginnende kalte Krieg und die Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungs-

bündnis zu Hilfe kamen. Die aggressive antikommunistische Agitation der Westmächte ließ sich ohne große Probleme als Fortsetzung des Hitlerschen Antibolschewismus verstehen. Die große Akzeptanz des Antikommunismus in der Bundesrepublik erschwerte die selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit.

Die HIAG bekannte sich zum Grundgesetz der Bundesrepublik und verstand sich als politisch „neutral“. So schrieb im Jahr 1951 Paul Hausser (1880 bis 1972), ehemaliger SS-Oberstgruppenführer und Generaloberst der Waffen-SS, an die Bundestagsfraktionen der Parteien, „dass die HIAG jeden Radikalismus, sei er von rechts oder von links“, ablehne. Gegen die Bezeichnung „Neofaschisten“ verwahrte er sich „schärfstens“. Die HIAG propagierte jedoch ein strenges Leistungsprinzip und das „Lebensgesetz des Kampfes“. Intern war sie nach dem „Führerprinzip“ organisiert. Der jeweilige Bundesvorstand forderte unbedingte Loyalität von den Ortsverbänden und einzelnen Mitgliedern, seine Ziele versuchte er rücksichtslos zu erreichen. Die HIAG stand in ungebrochener Kontinuität zu Vorstellungen, wie sie die sich selbst als Elite verstehende Waffen-SS und deren Vorgängerorganisationen seit den 1930er Jahren propagiert hatten. Zumindest für ihre Führung blieb die Nazideologie weiterhin der weltanschauliche Referenzrahmen, trotz aller Neutralitätsbekundungen gegenüber der Bonner Republik.

Parteiübergreifende Kontakte

Für führende Vertreter der großen Parteien in der Bundesrepublik war die HIAG von Anfang an ein legitimer Gesprächspartner. Bereits im Herbst 1951 kam es zu einem längeren Gespräch zwischen dem damaligen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher und dem ehemaligen SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS Otto Kumm, einem der führenden Köpfe der HIAG. Auch die Sozialdemokraten Annemarie Renner und Herbert Wehner sollen an dem Treffen teilgenommen haben. Schumacher überschätzte indes die Zahl der ehemaligen Mitglieder der Waffen-SS in der Bundesrepublik. Er rechnete mit rund 900.000 Mann – ein großes Wählerpotential bei knapp über 30 Millionen Wahlberechtigten in den 1950er Jahren. Schumacher sagte in dem Gespräch mit Kumm, er wolle dafür eintreten, dass seine Partei die Beschäftigung ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS bei Behörden und Betrieben nicht länger ablehne.

Der SPD-Vorsitzende rechtfertigte sein Treffen mit der HIAG kurz darauf in einem Brief an den bekannten jüdischen Professor Liebmann Hersch, selbst überzeugter Sozialist, indem er die meisten Waffen-SS-Mitglieder verblendete junge Menschen nannte, die „sich selbst als eine Art vierter Wehrmachtsteil gefühlt“ hätten und „damals auch so gewertet worden“ seien. Wenn man Kumms Erinnerungen glaubt, die er 1978 in der HIAG-Verbandszeitschrift „Der Freiwillige“ publizierte, sagte Kurt Schumacher damals sogar zu, sich „nach Kräften“ für eine „Aufhebung der Diffamierung“ einzusetzen.

Die FDP tat dies bereits systematisch. Der Bundestagsabgeordnete Erich Menke und Wehrmacht-Major a. D., später Minister für Gesamtdeutsche Fragen, legte auch nach dem Krieg sein 1944 erhaltenes Ritterkreuz öffentlich an und pflegte beste Verbindungen zu den Veteranen der Waffen-SS. Die Integration der ehemaligen Soldaten und SS-Männer war ein wichtiges Ziel der FDP-Bundestagsfraktion, deren Mitglieder im Verteidigungsausschuss 1956 nachdrücklich für die Einbeziehung der Waffen-SS-Veteranen in die Versorgungsregelung nach Artikel 131 des Grundgesetzes eintraten. 1961 erlangte dieses Vorhaben mit wenigen Ausnahmen Gesetzeskraft.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 1953 trafen sich in Hamburg Vertreter von CDU, SPD, BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten), FDP und DP (Deutsche Partei) mit den ehemaligen Waffen-SS-Männern, um für ihre Parteien zu werben. Ein Jahr später referierte der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt, damals bereits Mitglied im Bundesvorstand der SPD, auf einem Treffen der HIAG-Hannover über „Soldatentum und Sozialdemokratie“. Es war seine erklärte Absicht, „Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen“, denen die „HIAG-Fürsorgearbeit noch immer von Seiten der SPD begegnet“. Treffen zwischen SPD-Vorstandsmitgliedern und HIAG-Funktionären fanden in den 1950er Jahren mehrfach statt.

Auch die CDU/CSU stand mit der HIAG in regelmäßigem Kontakt. Durch ihre Rolle als Regierungspartei war das Verhältnis der CDU/CSU zu den Waffen-SS-Veteranen jedoch nicht frei von Spannungen. Einerseits war man der Meinung, bei der anstehenden Wiederbewaffnung nicht auf ehemalige Soldaten und ihre Veteranenorganisationen verzichten zu können, zu denen man auch die HIAG zählte, andererseits mussten internationale Irritationen über den Fortschritt

der bundesrepublikanischen Vergangenheitsbewältigung möglichst vermieden werden. Revanchistische Parolen, wie sie etwa der Fallschirmjärgergeneral Hermann Bernhard Ramcke beim HIAG-Treffen 1952 in Verden an der Aller verbreitete, indem er die „Väter des Versailler Vertrages“ als die „wahren Kriegsverbrecher“ bezeichnete, nannte Bundeskanzler Konrad Adenauer verärgert eine „äußerst schädliche Angelegenheit“ und „unverantwortlich“. Trotzdem besuchte er 1953 den eingangs genannten Kurt Meyer im Zuchthaus in Werl, wo dieser als verurteilter Kriegsverbrecher einsaß. Im Bundestag gab Adenauer wenige Wochen später sogar eine „Ehrenerklärung“ für die Waffen-SS ab, die ganz der Verbandsrhetorik der HIAG folgte. Die Waffen-SS sei scharf von der regulären SS zu unterscheiden und mit Wehrmachtsverbänden vergleichbar. 1959 wurde Meyer der erste Vorsitzende des sich nun „Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e. V. (HIAG)“ nennenden Organisation. Im Hause Meyer, so schildert es sein Sohn Kurt in seinem 1998 in einem Freiburger Verlag veröffentlichten, kritischen Erinnerungsbuch „Geweint wird, wenn der Kopf ab ist“, waren die nationalsozialistischen Symbole weiterhin präsent. Im Wohnzimmer hing ein Bild Adolf Hitlers – neben dem Porträt des preußischen Königs Friedrich II.

Die Mobilisierungskraft der HIAG war beachtlich. Nach Ergebnissen des Bielefelder Historikers Karsten Wilke, der sich seit einigen Jahren mit der Geschichte der Hilfsgemeinschaft beschäftigt, waren mindestens 20.000 Männer im Bundesverband der HIAG organisiert. Andere Quellen sprechen von 70.000 Mitgliedern. Genaue Zahlen sind nicht bekannt; entsprechende Statistiken fehlen auch in den Unterlagen der HIAG, die heute im Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg aufbewahrt werden. Die lokalen HIAGs schafften es in den 1950er Jahren, Großveranstaltungen mit mehreren tausend Teilnehmern zu organisieren. In Verden kamen 1952 rund 5.000 Leute zusammen, in Minden (1954) und in Hameln (1959) sollen es über 10.000 gewesen sein.

Gegen diese Treffen demonstrierten wechselnde Bündnisse von Gewerkschaftern, Verbänden von Opfern des Faschismus, Studenten und Ortsvereinen der SPD, ohne jedoch auf große Resonanz zu stoßen. Die HIAGs verstanden es geschickt, den karitativen Charakter ihrer Organisation, besonders als Suchdienst für vermisste Soldaten, hervorzuheben. Zu ihrer gesellschaftlichen

Akzeptanz trugen Bündnisse mit anerkannten Organisationen wie dem Deutschen Roten Kreuz ebenso bei wie mit Lokalpolitikern, die als Gastredner bei den Veteranenveranstaltungen auftraten.

Halbherzige Distanzierung

In den sechziger Jahren begannen die großen Parteien zaghaft, sich von der Interessenvertretung der Waffen-SS-Veteranen zu entfernen. Zu einer förmlichen Distanzierung von der Organisation kam es jedoch nicht. Für die CDU saß mit Hans Wissebach, ehemals Angehöriger der „Leibstandarte Adolf Hitler“, sogar noch in den siebziger Jahren ein führendes Mitglied der HIAG im Bundestag. Erst in den achtziger Jahren stießen Veranstaltungen der HIAG auf nachhaltige öffentliche Proteste. Antifaschistische Initiativen protestierten beispielsweise 1983 im hessischen Bad Hersfeld und 1984 in Nesselwang im Allgäu gegen die Veteranentreffen, die ihrer Meinung nach zur Verharmlosung deutscher Kriegsverbrechen beitragen. Zudem würden sie junge Leute in die rechte Szene locken. Dies veranlasste nun auch die überregionale Politik zum Handeln.

Die Parteien auf der Linken gingen demonstrativ auf Distanz zur HIAG, die sich prompt über das „Trommelfeuer gegen ehemalige Soldaten“ beklagte. Die Sozialdemokraten fassten 1981 einen förmlichen Unvereinbarkeitsbeschluss; eine Doppelmitgliedschaft in der SPD und der HIAG war von nun an ausgeschlossen. 1985 stellte die Bundestagsfraktion der Sozialdemokraten zudem den Antrag, die Treffen der ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen zu verurteilen und die Länder sowie „alle demokratischen Parteien und Organisationen“ aufzuruhen, solche Veranstaltungen zu missbilligen und wenn möglich zu verhindern. In den Veteranentreffen sahen die Sozialdemokraten nun primär Zusammenkünfte von revanchistischen „Unbelehrbaren“. Soziale Dienste waren bei der HIAG in der Tat längst in den Hintergrund getreten.

Der Antrag der SPD wurde jedoch mit den Stimmen der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP abgelehnt. Die damalige Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl vertrat die Auffassung, dass auch die Veteranen der Waffen-SS in das offizielle Gedenken an den Zweiten Weltkrieg aufzunehmen seien. Kohl meinte, zwischen direkt an den Nazi-verbrechen Beteiligten und einer ganz überwiegenden Mehrheit von „unschuldigen“ Waffen-SS-Männern differenzie-

ren zu können. In seiner Argumentation bezog er sich explizit auf die Ausführungen Kurt Schumachers aus den frühen fünfziger Jahren; dessen Partei warf er Geschichtsvergessenheit vor.

Die politische Auseinandersetzung erreichte mit dem umstrittenen Besuch Helmut Kohls und des US-Präsidenten Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof Kolmeshöhe nahe Bitburg, auf dem auch 49 Mitglieder der Waffen-SS bestattet sind, ihren Höhepunkt. Kohl argumentierte im Vorfeld des Besuchs vom 5. Mai 1985, Teile der Waffen-SS seien zwar an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen, doch hätten viele junge Männer „gar keine Chance gehabt, dem Einberufungsbefehl zur Waffen-SS zu entgehen“. Noch in seinen vor einigen Jahren erschienenen „Erinnerungen“ verteidigt Kohl diese Haltung. Er schreibt, dass die ganz überwiegende Mehrzahl der Waffen-SS-Veteranen zu Unrecht verantwortlich gemacht würde für die „Verbrechen des Sicherheitsdienstes, der SD und der Menschenvernichtungsaktionen“.

Verfassungsschutz schweigt

Der Historiker Wilke vertritt die These, dass die „Kultur der Viktimisierung“ im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich zur Integration der HIAG in die Gesellschaft der jungen Bundesrepublik beitrug. Zugute kamen den SS-Veteranenverbänden dabei auch die beiden Straffreiheitsgesetze von 1949 und 1954, die bereits verurteilte NS-Verbrecher begnadigten und ihre Strafen sowie die Urteile aus dem Strafregister strichen. Damit wurde die strafrechtliche Aufarbeitung von Kriegsverbrechen durch die personell selbst stark belastete deutsche Justiz ebenso wie eine substantielle öffentliche Diskussion um die Schuld einzelner Gruppen an den Verbrechen des „Dritten Reiches“ weiter erschwert. Der Glaube an eine „saubere Wehrmacht“ hielt sich gar bis Mitte der 1990er Jahre, ehe er durch die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung nachhaltig erschüttert wurde.

Der Dachverband der HIAG löste sich 1992 auf. Einige regionale Gruppierungen, „Truppenkameradschaften“ sowie die 1993 gegründete „Kriegsgräberstiftung – Wenn alle Brüder schweigen“ existieren jedoch bis heute. Auch die Verbandszeitschrift „Der Freiwillige“, gegründet 1956, erscheint weiterhin. Auf der Homepage des herausgebenden Munin-Verlages heißt es im seit Jahrzehnten gepflegten Jargon: „Die

Verleumdungen gegen die Soldaten der Deutschen Wehrmacht, der Waffen-SS und der auf deutscher Seite kämpfenden Ausländer werden immer dreister.“ Als Reaktion auf angeblich „unverschämte Lügen“ und „pseudowissenschaftliche Mahnausstellungen“ hat der Verlag eine virtuelle Galerie eröffnet, auf der Bilder ehemaliger Soldaten von Angehörigen unter dem Slogan „Wir sind stolz auf Euch“ veröffentlicht werden können.

In den letzten Jahren haben jüngere Sympathisanten, die oftmals in der rechten Szene aktiv sind, bestimmten Einfluss auf die verbliebenen alten Herren der ehemaligen Waffen-SS gewonnen. Die in Jahrzehnten aufgebauten Netzwerke der HIAG und anderer „Traditionsverbände“ werden von heute aktiven neonazistischen Gruppierungen genutzt, vermutlich auch in finanzieller Hinsicht. Man veranstaltet gemeinsame Erinnerungsfahrten zu den Schauplätzen des Zweiten Weltkrieges oder zum Soldatenfriedhof nach Halbe, südlich von Berlin. Nach Informationen der Journalisten Oliver Schröm und Andrea Röpke veranstaltete zudem die Bremer HIAG in den 1990er Jahren monatliche „Wehrsportübungen“ mit Jugendlichen. Auf dem Programm: die Benutzung von Maschinenpistolen und Schnellfeuer-gewehren. Der Verfassungsschutz hat seine systematische Beobachtung der Waffen-SS-Veteranen vor mehr als zehn Jahren eingestellt.

Dr. Daniel Siemens

¹ Dieser Beitrag erschien ursprünglich in der Tageszeitung „Junge Welt“, 20.7.2007, S. 10. Wir danken dem Chefredakteur Arnold Schölzel für die Genehmigung, diesen Artikel in unserer Zeitschrift abdrucken zu dürfen.

Die Schändung der Gedenkstätte für die gefallenen Sowjetsoldaten in Tallinn

Folgen einer „Denkmalentsorgung“ in Estland

In einem der kleinsten Mitgliedstaaten der EU, in Estland (1,3 Millionen Einwohner – davon 65 Prozent Esten und 30 Prozent Russen, die mehrheitlich keine Staatsbürgerrechte besitzen), kam es im Vorfeld des diesjährigen Jahrestages der Befreiung der Völker Europas vom deutschen Faschismus zu einem internationalen Skandal. 1947 wurde im Stadtzentrum Tallinns auf dem Hügel Tõnismägi im Park vor der Karlskirche und der Staatsbibliothek ein Ehrenmal für die bei der Befreiung Estlands 1944 gefallenen sowjetischen Soldaten errichtet – symbolisiert durch den „Bronzenen Soldaten“ vor einer Gedenkmauer und den dort unmittelbar nach den Kämpfen am 22. September beigesetzten 13 Rotarmisten. Insgesamt gibt es in Estland 450 Soldatengräber für die während der Befreiung Estlands von deutschen Okkupanten und estnischen Kollaborateuren im September/Okttober 1944 gefallenen 24.000 Sowjetsoldaten.

In einer Nacht- und Nebelaktion schändete die rechte Regierung unter Andrus Ansip in der Nacht zum 27. April 2007 das hauptstädtische Denkmal. Der Bronzesoldat wurde bis zu den Füßen abgesägt, abtransportiert und drei Tage später auf dem hauptstädtischen Kriegsfriedhof aufgestellt. Dorthin sollen auch die sterblichen Überreste der Soldaten umgebettet werden.

Daraufhin kam es in der Nacht zum 27. April und danach zu spontanen Protestkundgebungen. Gegen die 3.000 russischen und estnischen Demonstranten gingen die eingesetzten Sicherheitskräfte mit unverhältnismäßiger Gewalt vor und verletzten 150 Personen schwer, der zwanzigjährige Dimtri Ganin verstarb, da er keinerlei medizinische Hilfe erhielt. 1.200 Demonstranten – darunter ein Drittel estnische Jugendliche – wurden im Tallinner Hafen unter unmenschlichen Bedingungen eingesperrt und misshandelt. Aus Furcht vor neuen Protesten verbot die Regierung für das ganze Land bis zum 11. Mai 2007 alle öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen. Die führende estnische Zeitung Postimees wurde von einer Spam-Flut überrannt. Tausende kritischer Kommentare aus aller Welt trafen ein. Darauf ließen die Techniker den Zugang sperren und

löschten, wie sich das für eine „demokratische und unabhängige“ Presse gehört, die für die Regierung, die den brutalen Einsatz der Polizei zu verantworten hat, unangenehmen Zuschriften.

Der Stellvertretende Vorsitzende der Russischen Partei Estlands, Gennadi Afanassjew, zugleich Abgeordneter des Stadtrates von Narwa, analysierte den Konflikt wie folgt: „Die Eskalation ist vor allem dem Vorgehen der Polizei geschuldet. Das, was in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag (26./27. April 2007) in der vergangenen Woche in Tallinn passiert ist, war nicht nur eine Folge der Entscheidung der estnischen Regierung, sondern eines gravierenden Fehlers der Sicherheitskräfte. Die vorerst friedlich versammelten Demonstranten wurden mit Gewalt vom Denkmal weg in die Stadtmitte gedrängt. In den kleinen Gassen Tallinns lösten sich die Emotionen und die gestaute Wut und schlugen in wilde Straßenschlachten und Pogrome um. Zu den Demonstranten gesellten sich dann auch andere Jugendliche, die aus Spaß anfangen, Scheiben einzuschlagen und Warenhäuser zu plündern. So etwas hätte verhindert werden können, wenn die Regierung vorher einen Dialog mit den Menschen eingegangen wäre. Die estnische Regierung hat heute bemerkt, dass es in ihrem Land eine russische Bevölkerung gibt. Nach offizieller Statistik kann man heute genau sagen, dass es nicht nur die russischsprachige Bevölkerung war. Mehr als ein Drittel der 1.000 Festgenommenen waren Esten. Es waren vorwiegend junge Leute, die am Denkmal Wache hielten und dessen ‚Verlegung‘ verhindern wollten, zwölfjährige, 14jährige ... Das Durchschnittsalter liegt der Statistik nach bei 16 Jahren. Sechzehn Jahre – das ist genau die Zeit, die unser Land abhängig ist. Das zeigt, dass die Aktivisten Jugendliche sind, die in Estland geboren und aufgewachsen sind und die mit der Sowjetunion nichts zu tun haben. Trotzdem setzen sie sich für das Denkmal ein und repräsentieren einen anderen Teil der Meinung der estnischen Bevölkerung. Diese Jungen und Mädchen sind in einen unfairen Kampf mit hart vorgehenden Polizeikräften verwickelt worden.“¹

Estnischer Geschichtsrevisionismus hat seine europäischen Vorbilder

Die Regierung gab nur rechtfertigende offizielle Erklärungen ab und verschanzte sich. Das Parlament wurde mit einem Zaun gesichert, die Zufahrt durch Panzersperren aus Stahlbeton abgesperrt. Schuld an diesem Blutbad – so die Regierenden – seien die Protestierenden selbst, denn diese seien angeblich nur „Randalierer“ und „Plünderer“ gewesen. Der Protest gegen die Grabschändung der bei der Befreiung Tallinns gefallenen Sowjetsoldaten, die Kundgebung gegen diesen pietätlosen und provokatorischen politischen Akt, gilt in der neuen estnischen „Demokratie“ offenbar als nicht schützenswert. Die estnische Botschafterin in Moskau, Marina Kaljurand, erklärte kaltschnäuzig, es gäbe ja in Estland noch 200 Stätten gefallener Rotarmisten, an denen die Russen ihre Blumen am 9. Mai ablegen könnten.²

Auch in Moskau kam es zu Reaktionen. Aktivisten der Bewegung „Naschi“ (Die Unseren) und „Junges Russland“ und anderer Organisationen protestierten vor der estnischen Botschaft und forderten die Wiederherstellung des Ehrenmals. Das estnische Außenministerium evakuierte daraufhin die Familien der Botschaftsmitarbeiter nach Tallinn. Die estnische Staatsspitze hatte schließlich auch eine „Begründung“ für die Beseitigung des sowjetischen Ehrenmals im Stadtzentrum parat: Für viele sei das Ende des Zweiten Weltkrieges nur der „Tausch eines totalitären Regimes gegen ein anderes“ gewesen. Regierungschef Ansip von der so genannten Reformpartei erklärte: „Das Soldatendenkmal war ein Mittel bei der Realisierung der geplanten Sowjetisierung Estlands gewesen ... Selbst wenn das Soldatendenkmal für viele Russen in Estland nicht nur ein Symbol des Respekts im Andenken an die Soldaten ist, so kann man auch nicht abstreiten, dass gerade dieses Denkmal im Stadtkern zu einem Ort gemacht wurde, an dem die Feindseligkeit und Widerstand gegen den estnischen Staat entfacht wurden.“³

Wäre nicht der großen russische Minderheit, also nicht jedem dritten Staatsbürger des Neustaates „Estnische Republik“, das Recht auf die in Europa üblichen freien Wahlen zum Parlament

seit Anfang der 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts entzogen worden (als „Staatenlose“ können sie nur an Regionalwahlen teilnehmen), würde es heute eine solche Regierung mit derartigen Entscheidungen gar nicht geben. Aber die Verletzung von Minderheiten- und Menschenrechten durch die mit der „Singenden Revolution“ 1989 an die Macht gelangten „neuen Demokraten“ ist allerdings bemerkenswerter Weise vom übrigen demokratischen Europa nicht grundsätzlich beanstandet worden. Jene europäischen und speziell deutschen Politiker, die mit kritischen Kommentaren nicht geizen, wenn aus ihrer oft interessenbedingt engen Sichtweise tatsächlich oder angeblich irgendwo in der Welt Menschenrechte und Demokratie verletzt werden, haben die Aufnahme Estlands in die EU 2004 trotz alledem beschlossen. Achtung der Rechte einer so großen Minderheit wie die der Russen in jenem Lande gehörten offenbar ebenso wenig zu einem Aufnahmekriterium wie das praktische Bekenntnis zu humanistischen europäischen Traditionen, zu denen auch der Antifaschismus gehört. Führenden EU-Politikern dürfte doch wohl nicht entgangen sein, welches politische und geistige Format einige der tonangebenden estnischen Spitzenpolitiker besaßen und besitzen, was sie mit ihrer grundlegenden Geschichtsrevision, die sie als „Aufarbeitung“ der estnischen Geschichte ausgeben, bisher schon in Gang gesetzt hatten. Für eine solche Umdeutung sorgten vor und nach 1989 baltendeutsche und estnische Exilhistoriker, zumeist vor der Roten Armee mit ihren nazideutschen Beschützern geflohene faschistische Kollaborateure.⁴ Erinnert sei an den Führer des faschistischen Estnischen Freiheitskämpferbundes und Chef der sog. Estnischen Landesverwaltung von Hitlers Gnaden 1941–1944, Dr. Haljmar Mäe, der mit seinen deutschen Beschützern nach Westdeutschland floh; schließlich war dieser estnische Faschist und Unternehmer schon 1939 deutscher Staatsbürger geworden. Nach seiner Entlassung aus den US-Internierungslagern Moosburg, Darmstadt und Ludwigsburg 1946 konnte er ungehindert nach Österreich ziehen. Er war dort bis zu seiner Pensionierung 1970 Journalist und Angestellter in der steirischen Landesverwaltung. In dieser Zeit machte Ex-Faschistenführer Mäe seine Karriere in der „freien Welt“ – als Berater des österreichischen Bundeskanzlers Klaus und des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer zu Fragen der Politik

der UdSSR. Warum hätte auch ein bundesdeutsches Gericht die oberste estnische Marionette Nazideutschlands, den Juristen Mäe, aburteilen sollen? Kamen doch die deutschen Anstifter und Hauptorganisatoren des Massenmords an Juden, Roma, estnischen Kommunisten und sowjetischen Kriegsgefangenen nach 1945 ungeschoren davon. Wer den „Juden-Referenten“ im Nazi-Reichsministerium des Innern, den Ministerialrat Dr. Hans Globke, als Staatssekretär ins Bundeskanzleramt befördert hatte, der konnte auch an Dr. Mäe, der deutsch-estnischen Marionette 1941–1944, nichts Anstößiges finden. Über einen der deutschen Haupttäter, den Leiter des mobilen Einsatzkommandos 1 a und Kommandeurs von Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst für das „Generalkommissariat Estland“, Dr. Martin Sandberger, stellte das US-Militärgericht im Prozess im Jahre 1948 fest: „Es ist (eine) Tatsache, dass für besondere Aktionen die estnische Miliz Sandbergers Zuständigkeit und Kontrolle unterstellt war.“ Sandberger aber behauptete damals dreist wider alle Tatsachen: „Aber sie [die Ermordeten, d. Verf.] sind nicht unter meiner Verantwortung erschossen worden. Unter meiner Verantwortung waren es etwa 350.“⁵ Er wurde trotzdem wegen seiner Gesamtverantwortung am Massenmord in Estland im „Fall 9“ angeklagt und zum Tode verurteilt. Der Jurist Dr. Sandberger gehörte aber zu denen, die nicht hingerichtet, sondern unter Kanzler Adenauer begnadigt wurden. Ein wichtiger Befürworter der Amnestie war vor allem der wieder zugelassener ehemalige SS-Jurist Dr. Werner Best: Hier handelte es sich um niemand anderes als den ehemaligen Stellvertreter Reinhard Heydrichs im Reichssicherheitshauptamt, der 1939 gegründeten Terrorzentrale des NS-Regimes, und um den Organisator der ersten Einsatzgruppen. Eine Begnadigung verlangten auch das FDP-Vorstandsmitglied Mayer, der Württembergische Landesbischof Haug und der sozialdemokratische Vizepräsident des deutschen Bundestages, Prof. Dr. Carlo Schmidt. Letzterer begründete die Freilassung Sandbergs damit, dass „dieser Mann kein blindwütiger Fanatiker gewesen sein kann ... Er war ein fleißiger, intelligenter und begabter Jurist (sic!) ... Man sollte Martin Sandberger eine Chance geben, sich im Leben neu zu bewähren.“⁶ Schließlich setzte sich auch Bundespräsident Prof. Theodor Heuss (FDP) für den Chef des faschistischen Mordkommandos SK1a in Estland wohlwollend ein, denn die Gna-

de sei immerhin als „schönster Teil ... dem Recht beigeordnet.“⁷ Sandberger fand bei einer Firma als Justitiar Anstellung. Ein Wiederaufnahmeverfahren der Staatsanwaltschaft Stuttgart Anfang der 70er Jahre scheiterte. Zu den estnischen „Neuaufarbeitern“ der Geschichte des Neustaates und der deutsch-estnischen Nazivergangenheit zählt der an der Universität Tartu ausgebildete Geschichtslehrer Mart Laar (Jahrgang 1960), der 1983 anonym in der kanadischen Emigrantenzeitschrift Vaba Eestlane in einer „wissenschaftlichen“ Abhandlung estnische Täter als „nationale Freiheitskämpfer“ darstellte.⁸ Laar war von 1987 bis 1990 im Kulturministerium der Estnischen SSR die Leitung der Abteilung Kulturelles Erbe anvertraut worden. Als Vorsitzender der christlich-rechtskonservativen Parlamentsfraktion der rechten Partei Isamaa (Vaterland), die sich auf das nationalistisch-autoritäre Pätsregime der Zwischenkriegszeit beruft, schaffte es Laar, von 1992 bis 1994 und von 1999 bis 2003 zum Ministerpräsidenten Estlands zu avancieren. Nun erst gab der „mutige Dissident“ seine Autorenschaft bekannt und besorgte 1993 die estnische Ausgabe seines Buches und 1995 eine mehrteilige Fernsehreihe zu diesem Thema. Verschwiegen und übersehen werden in diesem Buch die ungeheuerlichen Verbrechen, die die deutschen Besatzer und ihr estnischen Helfershelfer in der Estnischen Sowjetrepublik in den Jahren von 1941 bis 1944 begingen: 61.307 ermordete Zivilisten (darunter fast alle 1.000 in Estland noch verbliebenen jüdischen Bürger, mindestens 12.000 Juden aus anderen europäischen Ländern, 800 Roma, zehntausende estnische Kommunisten und andere Linke), 64.000 erschossene und verhungerte sowjetische Kriegsgefangene, mehr als 10.000 in Konzentrationslagern internierte estnische Bürger, 74.226 nach Deutschland deportierte Zwangsarbeiter.⁹ Für den Geschichtslehrer und Staatsmann Laar gehört das letzte Kriegsjahr 1944, die Endzeit der Verbrechen deutscher Besatzer und ihrer estnischen Kollaborateure, zu den „stolzen Momenten“ in der estnischen Geschichte, die zeigen „wie groß das estnische Volk sein kann“. Was war nun der stolze Moment, auf den heute das estnische Volk so stolz sein soll? Es war der verbrecherische Kriegseinsatz von 90.000 Esten in der 20. (Estnischen) SS-Legion, in den 36 Bataillonen und sieben Regimentern der estnischen Hilfspolizei an der Seite der Wehrmacht und SS Hitlerdeutsch-

lands: Die Verteidigung der Brückenköpfe nördlich von Narwa bei Riggä und Siiversi-Vepsküle oder die Kämpfe auf den Sinimäe-Bergen („Sinimäe-Schlachten“). Das sind für den ehemaligen estnischen Regierungschef die „stolzen Momente“ estnischer Geschichte und des „nationalen Widerstandes gegen die „glotzenden Mongolengesichter“ – wie er die Befreier Estlands vom deutschen Faschismus verunglimpft. Einer der deutschen Hauptkriegsverbrecher, der Reichsführer-SS Heinrich Himmler, erscheint in Laars Buch als ernsthafter Befürworter der estnischen Autonomie. Die „Verteidigung“ Tallinns und die Ausrufung der „Regierung des Freistaates Estland“ durch den estnischen Kollaborationspolitiker und letzten Regierungschef der nationalistischen Pätsdikatur der Zwischenkriegszeit, Uluots, drei Tage vor der Befreiung der Hauptstadt, ist nach Laars Sichtweise ebenso von „symbolischer Bedeutung für Estlands Ringen um nationale Unabhängigkeit.“¹⁰

Was soll verdrängt und vergessen werden?

Die 621.000 Sowjetsoldaten (darunter zwei estnische Divisionen mit über 30.000 Mann) der 1. Baltischen Front setzten in der Militäroperation vom 14. September bis 20. Oktober 1944 mit ihrem Leben (es fielen in diesen drei Wochen 24.181 Soldaten und Offiziere) dem Massenmord und der Ausplünderung in der von „Großdeutschland“ einverleibten Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik ein Ende.¹¹ 27 Millionen Sowjetbürger verloren in diesem bisher opferreichsten Krieg der Menschheitsgeschichte ihr Leben. Unter den Millionen sowjetischen Soldaten, die den größten Teil Europas 1944/45 befreiten, nahmen auch 70.000 Esten teil. Von den fünf Esten, die als Helden der Sowjetunion ausgezeichnet wurden, lebt heute nur noch Arnold Meri. Er gehörte zu den Befreier Tallinns und war dabei, als am 22. September 1944 die im Stadtzentrum gefallenen 13 Rotarmisten beigesetzt wurden, deren sterbliche Überreste in diesem Jahr geschändet und beseitigt worden sind.¹² Die Befreiungstat der Roten Armee der Sowjetunion vor über sechs Jahrzehnten soll nach den Willen der derzeit Regierenden in Tallinn nicht nur in Vergessenheit geraten, sondern auch noch in eine angebliches „Menschheitsverbrechen“ umgedeutet werden. Mehr noch: Die UdSSR, die mit dem Großen Vaterländischen Krieg das Schicksal der Menschheit zum Besseren wendete, und ihr

Nachfolgestaat Russland soll diskreditiert und genötigt werden, „Wiedergutmachung“ an Estland zu leisten. Die neuen politischen Eliten Estlands betreiben seit 1989 eine revisionistische Politik der „Wiederaneignung der Geschichte“. In diesem Zusammenhang werden nicht selten die Täter des Massenmordes und des Krieges in Opfer und Helden verwandelt. Die ehemaligen estnischen Angehörigen der Wehrmacht, der Hilfspolizei, der SS und der so genannten Waldbrüder, die den Krieg als „Untergrund-Kämpfer“ bis zum Anfang der 50er Jahre in der Estnischen SSR fortsetzten, gelten nun als die Nationalhelden der jüngsten estnischen Geschichte. Als „Opfer des Kommunismus“ erhalten sie zu ihrer Rente einen staatlichen Zuschuss, auch aus dem Land der damaligen Täter, an deren Seite sie in besonderer Nibelungentreue standen. Die Uminterpretation der Geschichte Estlands hat nicht nur praktische Konsequenzen auf dem Gebiet der Kriegsentschädigung, sondern auch der estnischen Denkmalspolitik. Das betrifft nicht nur die Schändung von Denkmälern der sowjetischen Befreier. Die sterblichen Überreste des letzten Kommandeurs der 20. Estnischen SS-Freiwilligendivision und Ritterkreuzträgers mit Eichenlaub, Obersturmbannführer Alfons Rebane, wurden 1999 aus der Bundesrepublik Deutschland nach Estland gebracht und in einem Staatsakt auf den Tallinner Friedhof überführt. Das im August 2004 in Pärnu von einem protestantischen Pfarrer mit dem Ruf „Sieg Heil“ eingeweihte Denkmal des estnischen Soldaten in deutscher Wehrmachtsuniform musste allerdings aufgrund internationaler Proteste wieder entfernt werden. Aber an dieser Stelle des Friedhofes steht noch heute eine Tafel mit der Aufschrift: „Hier stand ein Denkmal für die estnischen Freiheitskämpfer.“ Der neureiche Este Leo Tammiksaar errichtete auf seinem Privatgrundstück in Pärnu ein SS-Museum. An den Treffen der SS-Veteranen nehmen auch namhafte Politiker teil.¹³ Diese politisch Unbelehrbaren ahmen nur das nach, was Politiker aus den einstigen faschistischen Täterländern nach 1945 vorgemacht haben. In der BRD entstanden schon 1949 die ersten Hilfsgemeinschaften auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS (HIAG). Obwohl die Waffen-SS in Nürnberg 1946 zur verbrecherischen Organisation erklärt worden war, wurde die HIAG im Jahre 1953 als eingetragener Verein zugelassen. Nicht nur der damalige Bundeskanzler Kon-

rad Adenauer gab im Bundestag eine Ehrenerklärung für die Angehörigen der Waffen-SS ab. Zur angeblich „sauberen Wehrmacht“ gesellte sich nun auch die „saubere Waffen-SS“, deren Bundesverband HIAG alles Erdenkliche für deren Reinwaschung tat. 1961 waren die SS-Veteranen in die Versorgungsregeln nach Artikel 131 des Grundgesetzes einbezogen worden; das traf auch für ihre „ausländischen Kameraden“ zu. Die estnische SS-Veteranen kamen allerdings erst seit 1993 in den Genuss dieser materiellen Vergütung. Bei alledem sollte nicht in Vergessenheit geraten: Helmut Kohl demonstrierte mit Ronald Reagan bei der gemeinsamen Kranzniederlegung auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg 1985, ein Friedhof, auf dem auch SS-Männer begraben worden waren, dass die Veteranen der Waffen-SS in das offizielle Gedenken an den 2. Weltkrieg aufzunehmen sind.

Man weiß also in Tallinn wie auch in Riga sehr wohl, in welchem Verhältnis die führenden deutschen Parteien zur Waffen-SS standen und stehen und hat deswegen kaum eine Kritik von deutscher Seite zu befürchten. Sicherlich ist diesen Politikern auch die deutsche Praxis der „Denkmalsentsorgung“ gut bekannt. Ich erinnere an die „Nachwendezeit“, wo beispielsweise am Platz der Einheit (heute Albert-Platz) das sowjetische Denkmal zu Ehren der in den Kämpfen in Dresden gefallenen Rotarmisten der 5. Gardearmee auch ohne internationale Kritiken weggeschafft wurde – im Interesse der „Verschönerung“ des Stadtbildes. Die ehemalige Straße der Befreiung gibt es ebenfalls nicht mehr. Die meisten deutschen Politiker hätten daher in der Auseinandersetzung mit ihren Tallinner Kollegen keinerlei Glaubwürdigkeit.

Die Museen in Estland sind ebenso Stützen der Geschichtsfälschung geworden. Der ehemalige estnische Dissident Heiki Ahonen wurde nach seiner Ausweisung aus der Estnischen SSR Mitarbeiter bei Radio Free Europe in München und Prag (seit 1995 Direktor der Abteilung Estland), ehe er 1998 mit Unterstützung eines US-Sponsors das Museum der Okkupation in Tallinn aufbaute. Ahonen informierte auf einer Tagung der Stiftung Ettersberg 2004 über die Darstellung der Rolle der „zwei Okkupationsmächte“ in seiner musealen Einrichtung. Das „rote Jahr“ 1940 sei sehr opferreich gewesen, die deutsche Besatzung hingegen „forderte wenige Todesopfer und das Ausmaß der Unterdrückung war nicht so groß wie während der vorangegangenen und folgenden sow-

jetischen Besatzungszeit“. Er kann diese These allerdings nicht belegen, denn sie ist und bleibt eine Lüge. Obwohl die Hälfte der monatlichen 2.000 Besucher Ausländer seien, habe die Ausstellung seines Museum „ganz offensichtlich den Nerv getroffen“. Er räumt aber auch ein: „Wir haben noch kein gemeinsames Verständnis gefunden, das von mehr oder weniger jedem in der Gesellschaft akzeptiert wird.“¹⁴ Das rechtlose Bevölkerungsdrittel Estlands, aber auch nicht wenige Esten, werden gewiss die dort dargebotene Geschichtsrevision nicht akzeptieren.

Im Schutze ihrer mächtigen Herren

Warum wagt die führende Politikerkaste eines Landes, das kaum politisches Gewicht und Macht in Europa und in der Welt besitzt, solche politischen Schritte und Provokationen gegenüber seinem russischen Nachbarn, aber auch gegenüber der europäischen Öffentlichkeit? Diese Politiker haben ihre großen internationalen Beschützer, die in ihnen das „neue Europa“ sehen. Dazu gehört in erster Linie die gegenwärtige US-Regierung. Die USA anerkannten vor 60 Jahren, dass die UdSSR die letztlich maßgebliche militärische Kraft war, die den bisher größten und mörderischsten Anschlag der drei faschistischen und militaristischen Regimes in Berlin, Rom und Tokio samt ihrer Satelliten und Kollaborateure auf die Völker der Welt unternahm, abgewehrt und zugleich die größten Opfer gebracht hatte. US-Präsident Franklin D. Roosevelt sicherte der Sowjetunion 1944/1945 zu, dass das Baltikum integraler Bestandteil der UdSSR bleiben solle.

Doch daran wollen die Herrschenden in den USA heute nicht erinnert werden, denn sie brauchen die „neuen Europäer“ (so der ehemalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld) für ihre aggressiven hegemonialen Ziele. Sie belieferten ja die neue estnische Demokratie mit einem aus den USA stammenden Verteidigungsminister. Aus der Erklärung des Senats der Vereinigten Staaten vom 4. Mai 2007 geht hervor, dass man zwar „alle Opfer, darunter die Soldaten der Roten Armee, die ihr Leben im Kampf gegen den Nazismus geben mussten“ achte. Aber die „Denkmalverlegung“ in Tallinn sei eine „innere Angelegenheit“ der Esten. Der US-Senat ist der Auffassung, „dass die brutale jahrzehntelange Besatzung Estlands durch die Sowjetunion ungesetzlich und illegitim war und das Recht Estlands auf Selbstbestimmung offen verletzt. ... Der Senat versichert Estland als souve-

ränen Staat und EU- und OSZE-Mitglied seiner entschiedenen Unterstützung, wenn es seine inneren Angelegenheiten regelt.“ Präsident George W. Bush hat das während seines Staatsbesuchs in Riga am 7. Mai 2007 bekräftigt und die sowjetische „Besatzung und kommunistische Unterdrückung“ Estlands, Lettlands und Litauens verurteilt.

Nicht grundsätzlich anders verhalten sich die maßgeblichen EU-Gremien. Die EU-Kommission ließ am 2. Mai 2007 wissen, dass sie über die Ereignisse vor der estnischen Botschaft in Moskau besorgt sei, nicht etwa über das Beiseiteräumen des sowjetischen Ehrenmals und des brutalen Vorgehens der estnischen Polizei gegenüber russischen und estnischen Demonstranten. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel versicherte am 2. Mai 2007 ihrem estnischen Amtskollegen Ansip, dass Deutschland alles mögliche tun werde, damit Russland seine internationalen Pflichten anerkenne. Denn es sei Moskau „erste Pflicht, die Sicherheit der Botschafterin und der Diplomaten zu garantieren“.¹⁵ Gegen diese von rechts-extremen Anschauungen gespeiste Aktion der estnischen Regierung hat lediglich die Europäische Linkspartei zusammen mit der Estnischen Linkspartei entschieden protestiert und die rohe Gewalt gegen friedliche Demonstranten verurteilt: Diese Geschehnisse seien gefährlich für Europa und die Welt, weil damit die Erinnerung an alle, die gegen den Faschismus gekämpft haben, getilgt werden soll. Gefordert wird, dass die große russische Minderheit gleiche Rechte erhält wie alle anderen Landesbewohner.

Man wird sich nicht wundern, wenn das Beispiel des kleinen Estland nicht nur bei den anderen baltischen Staaten und in ganz Osteuropa Schule macht. Die rechtsextreme polnische Kaczynski-Regierung solidarisierte sich – ähnlich wie die deutsche Bundesregierung – umgehend mit der Aktion in Tallinn und dem estnischen Regierungschef. Der polnische Kulturminister Kazimierz Ujazdowski erklärte offenherzig, dass seine Regierung bis zum 15. Mai 2007 ein Gesetz verabschieden werde, mit dem es leichter fallen werde, „Symbole der kommunistischen Diktatur“ aus Polens öffentlichem Raum zu verbannen. Dazu zählte er auch Ehrenmale zur Erinnerung an die auf polnischer Erde für die während der Befreiung Polens vom faschistischen Okkupationsregime 1944/45 gefallenen 600.000 Sowjetsoldaten.¹⁶ Ähnliche Aktionen gegen sowjetische Ehrenmale organisierten im Vorjahr die

extreme und populistische Rechte in Ungarn.

Es gibt Anzeichen, dafür, dass die Ukraine unter dem Einfluss der „Orangenen Revolutionäre“, angespornt durch ihre ausländischen Beschützer und Förderer, diesen Beispielen bald nacheifern wird. Präsident Juschtschenko sprach am 9. Mai 2007 über die Helden des ukrainischen Widerstandes. Er nannte nicht den Namen des kommunistischen Partisanenführers Kowpak, wohl aber den des Kommandanten der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) Schuchewitsch, der 1941/1942 als ranghoher Offizier im berüchtigten deutsch-ukrainischen „Bataillon Nachtigall“ der Wehrmacht diente und am Judenmord beteiligt war. Noch wagten es die „orangenen“ Führer in diesem Jahr nicht, einen Fackelzug der ukrainischen SS-Division Galizien in Kiew zu genehmigen, wie das die Veteranen der lettischen Waffen-SS in Riga seit 1993 an jedem 16. März vor-exerzieren. Anfang Mai 2007 erreichte die estnische, ungarische und polnische Protestbewegung gegen sowjetische Ehrenmale auch den Westen der Ukraine. Rechtsextremisten und Antisemiten in Lwiw/Lemberg forderten den Abriss des dortigen sowjetischen Ehrenmals. Am 12./13. Mai wurden Grabstätten von Rotarmisten geschändet und auf die große Synagoge in Dnepropetrowsk ein Anschlag verübt.

Verantwortliche Politiker der großen russische Minderheit, vor allem vertreten durch die Russische Partei Estland, forderten von Anfang an zur friedlichen Konfliktlösung und zum Dialog auf: „Wir redeten mit der Bevölkerung, vor allem mit den jungen Leuten. Am Sonntag (dem 28. April 2007) sind wir auf die Straße gegangen und haben sowohl mit den Jugendlichen als auch mit den Polizeikräften, die nach wie vor überall präsent sind, gesprochen. Unsere Partei hat auf der Ratssitzung eine Ansprache an die Bevölkerung Estlands verfasst. Wir appellieren, auf jegliche gewaltsame Auseinandersetzungen zu verzichten. Eine weitere Eskalation des Konflikts bedroht die Sicherheit unseres Landes und dessen Bevölkerung. Wir fordern alle öffentlichen und politischen Kräfte Estlands zu einem sofortigen Dialog auf. Außerdem schlagen wir die Bildung einer öffentlichen Vereinigung aus Vertretern der estnischen und russischsprachigen politischen und gesellschaftlichen Eliten für eine gemeinsame Lösung des Problems vor. Heute hängt von unserem Verstand und unserem gemeinsamen Handeln die weitere Zukunft unseres Staates ab.“¹⁷

Leider gibt es keinerlei Hinweise dafür, dass die estnische Regierung auf diese vernünftigen Vorschläge einzugehen gedenkt. Es hat stattdessen den Anschein, als würde uns die Thematik Rechtsextremismus und Geschichtsrevisionismus auch hinsichtlich Estlands, aber auch anderer Staaten in Mittel- und Osteuropa, auch zukünftig beschäftigen.

Professor Dr. Karl-Heinz Gräfe

-
- ¹ Zitiert nach: Junge Welt, 3. Mai 2007.
 - ² Vgl. Argumenty i fakty, Nr. 18, Moskva 2007, S. 2.
 - ³ Postimees, 9. Mai 2007.
 - ⁴ Vgl. u.a. das Standardwerk von Boris Meissner, Die baltischen Nationen Estland-Lettland-Litauen, 2., erweiterte Auflage, Köln 1991.
 - ⁵ Das Urteil im Einsatzgruppenprozess, Berlin 1962, S. 173f.
 - ⁶ Zitiert nach Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Verbrechen, München 1996, S. 299 (Anm. 28).
 - ⁷ Ebenda, S. 300 (Anm. 28) und S. 298 (Anm. 26).
 - ⁸ Mart Laar, Eesti 1944. Tundamatu autori silme läbi (Estland 1944. Durch die Augen eines unbekanntenen Autors) Tallinn 1993; vgl. auch die Rezension von David Feest, in: Nordost-Archiv, Neue Folge, Bd. VI, 1996, H.2, S. 154ff.
 - ⁹ Vgl. M. Ju. Krysin, Pribaltika mezdu Stalinym i gitlerom, Moskva 2004, S. 176 und 291.
 - ¹⁰ Zitiert nach David Feest, S. 155.
 - ¹¹ Vgl. A. I. Petrenko, Pribaltika protiv fashizma. Sovetskie pribaltiskie divisii v Velikoj Otetschestvennoj Vojne, Moskva 2005, S. 95ff.
 - ¹² Argumenty i fakty, Nr.7, Moskau 2007, S. 20.
 - ¹³ Vgl. Komsomolskaja Pravda, Nr. 12, 18–24. März 2005, S. 12f.
 - ¹⁴ Heiki Ahbonen, Wie gründet man ein Museum? Zur Entstehungsgeschichte des Museums der Okkupation in Tallinn, in: Der Kommunismus im Museum. Formen der Auseinandersetzung in Deutschland und Ostmitteleuropa, Köln/Weimar/Wien, S. 110, 114 und 116.
 - ¹⁵ Vgl. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Estland/ehrenmal.html> 14.08.2007.
 - ¹⁶ Zitiert nach: Tomasz Konicz, Streit über das sowjetische Ehrenmal dauert an, in: Junge Welt, 3. Mai 2007.
 - ¹⁷ Zitiert nach: Interview des stellvertretenden Vorsitzenden der Russischen Partei Estlands und Abgeordneten des Stadtrates von Narwa, Gennadi Afanassjew, in: Junge Welt, 3. Mai 2007.

HISTORISCHES ZU RECHTSEXTREMISMUS UND ANTIFASCHISMUS

Die Anfänge des Kirchenkampfes im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg

Prolog

Auf einer großen öffentlichen Massenversammlung am 1. Februar 1929 in den „Prachtsälen am Märchenbrunnen“, Am Friedrichshain 29–32, mit dem Thema: „Das Zentrum als Todfeind der deutschen Freiheit! Eine Abrechnung mit dem politischen Konfessionalismus“, griff Joseph Goebbels die katholische Zentrumspartei scharf an. Außerdem sprach noch Wilhelm Kube, NSDAP-Fraktionsführer im Preussischen Landtag und Kirchenältester der Gethsemanegemeinde, der mit seinen ehemaligen Mitstreitern aus der Deutschvölkischen Freiheits-Partei (DvFP) abrechnete.

Diese Versammlung war eine Reaktion auf vorhergegangene angebliche Verleumdungen aus dem sich im Niedergang befindenden „völkischen“ Lager, die den „jesuitisch-verseuchten“ Nationalsozialisten einen „Kotau vor Rom“ vorgeworfen haben sollen. Unter den Versammlungsteilnehmern befanden sich deshalb viele neugierige ehemalige Mitglieder der DvFP. Im „Angriff“, der Berliner Zeitung der NSDAP, lautete die das Zentrum betreffende Stelle: „Die Religion aber als Aushängeschild für rein politische Zwecke zu gebrauchen, wie dies das Zentrum tut, ist geradezu gotteslästerlich.“¹

Zwar gab sich die NSDAP bis 1930 bei ihrem Bemühen um die Gewinnung kirchlicher Kreise legal und gemäß ihrem Parteiprogramm von 1920 religionsneutral, trennte sich vom religiösen Flügel der völkischen Bewegung und betonte ab 1930 sogar ausdrücklich die Vereinbarkeit von Nationalsozialismus und Christentum,² doch ist der Vorwurf der Gotteslästerung im Hinblick auf die 1932 von den Nationalsozialisten gegründete Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ (DC) und deren Bestrebungen nach 1933 dann doch mehr als erstaunlich.

Die Anfänge der „Deutschen Christen“ im Bezirk Prenzlauer Berg

Schon ab 1931 bemühten sich Vertreter der NSDAP, nicht zuletzt Wilhelm Kube, um die Gründung einer Organisation, die den Einfluss der na-

tionalsozialistischen Ideologie und Politik innerhalb der evangelischen Kirche institutionalisieren sollte. Im Vorfeld der Kirchenwahlen innerhalb der preussischen Landeskirche am 13. November 1932 formierten deshalb Anhänger der NSDAP unter den evangelischen Christen am 6. Juni 1932 die DC aus mehreren Verbänden. Da die Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes national-konservativ eingestellt und von völkisch-antisemitischen Tendenzen gezeichnet war, sowie starke Sympathien für Monarchie und Militär hegte, trafen die DC beim deutschen Protestantismus durchaus auf fruchtbaren Boden.³

Während des Wahlkampfes zu den Kirchenwahlen führten die „Deutschen Christen“ am 29. Oktober 1932 eine Kirchenwahlkundgebung in der Aula des Heinrich-Schliemann-Gymnasiums, Gleimstraße 49 (heute 11. Grundschule), durch, auf der der Reichs- und Gaupressewart der DC, Pg. Pfarrer D. Freitag, über das Thema: „Ein deutscher Christ, was ist das?“ sprach.⁴ Am 11. November 1932 veranstalteten die DC dann eine große Wahlkundgebung im „Saalbau Friedrichshain“, Am Friedrichshain 16–23. Diese Aktivitäten der Nazis innerhalb der evangelischen Kirche blieben im Bezirk Prenzlauer Berg – wie auch anderswo – nicht ohne Erfolg.

Wie der „Angriff“ meldete, hätten die „Deutschen Christen“ bei den Kirchenwahlen „einen glänzenden Erfolg im Hort der kirchlichen Reaktion errungen“, da sie zwischen 30 und 50 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnten.⁵ Tatsächlich erhielten die DC in Berlin ein Drittel der Stimmen und damit auch zahlreiche Sitze in den Gemeindekirchenräten.⁶

Ergebnisse in den Kirchen des Verwaltungsbezirkes Prenzlauer Berg bei den Kirchenwahlen vom 13. November 1932

Listen:

D. Chr. – Glaubensbewegung „Deutsche Christen“

Pos. – Positiver Parochialverein

Lib. – Liberale Christen

Gewählte Mitglieder der kirchlichen Gemeindekörperschaften

Aelt. – Kirchenälteste

Verord. – Gemeindeverordnete

Kirchenkreis Berlin Stadt I. (Stimmen)

Kirche	Liste	D. Chr.	Pos.	Lib.
Advent		1321	1113	462
Immanuel		1223	1917	-

Kirchenkreis Berlin Stadt III. (Zahl der Aelt. u. Verord.)

Kirche	Liste	D. Chr.	Pos.	Lib.
Elias		5 u. 18	12 u. 37	1 u. 5
Gethsemane		6 u. 20	10 u. 33	2 u. 7

Kirchenkreis Berlin Stadt III. (Stimmen)

Kirche	Liste	D. Chr.	Pos.	Lib.
Segen		499	831	52
Paul Gerhardt		800	1783	276

Quelle: Der Angriff, Nr. 236, 14.11.1932.

An der Adventkirche, Elbinger Straße 23, Ecke Schneidemühler Straße 1 (Danziger Straße 201–203, Ecke Heinz-Bartsch-Straße), hielt ein DC-Pfarrer Loerzer ab dem 20. November 1932 regelmäßig Gottesdienste und Bibelstunden ab. Auch an der Immanuelkirche, Prenzlauer Allee 28, Ecke Immanuelkirchstraße 1, wurden seitdem Gottesdienste und Bibelstunden von einem DC-Pfarrer Lies abgehalten. Gelegentlich wurde dafür auch der Sitz des Gemeindekirchenrates (GKR) im Drunselweg 1⁷ (vorher Zelterstraße, heute Rietzestraße) genutzt. An der Gethsemanekirche, Stargarder Straße 77, schließlich wirkte der DC-Pfarrer Dr. Thom ab dem 18. Dezember 1932.⁸

Alle drei Pfarrer waren überdies Mitglieder der NSDAP. Pfarrer Loerzer hielt sogar am 20. November 1932 eine Totengedenkrede auf der ersten Kreistagung des im Spätsommer 1932 gebildeten NSDAP-Kreises VII (Bezirke Prenzlauer Berg und Friedrichshain).⁹ Pfarrer Lies hielt am 4. Dezember 1932 auf einer Adventsfeier der NS-Frauenschaft

der Ortsgruppe Humann (von Humannplatz) eine Ansprache.¹⁰ Pfarrer Dr. Thom war auch Leiter der Arbeitsgemeinschaft der Pfarrer der Glaubensbewegung.¹¹ Er hielt auf der Weihnachtsfeier der Ortsgruppe Arnim (von Arnimplatz) am 21. Dezember 1932 die Festansprache.¹²

Die Anfänge des Kirchenkampfes in der Immanuelgemeinde

Berlin war Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen „Deutschen Christen“ und Bekennender Kirche. Allerdings brach der so genannte Kirchenkampf in anderen Gemeinden erst zur Kirchenwahl im Jahre 1933 aus. Ein Verdienst der Fallstudie von Christine Knop ist es, nachgewiesen zu haben, dass es in der Immanuelgemeinde bereits 1932 zu scharfen Konflikten gekommen war.¹³ Bereits vor den Kirchenwahlen im November 1932 eskalierten die Auseinandersetzungen in der Gemeinde zwischen den Mitgliedern des „Positiven Parochialvereins“ (Positive) und der DC. Die Mittel der DC im kirchenpolitischen Machtkampf waren „Einschüchterung von Gemeindemitgliedern, Beschwerden bei der Kirchenbehörde, Drohungen und Unterstellungen von marxistischen Ideen.“ Der GKR der Immanuelkirche wehrte sich gegen die Machtansprüche der „Deutschen Christen“, indem er ihnen die Benutzung der Gemeinderäume zu Wahlvorbereitungen verweigerte, worauf sich die DC-Gruppe beim Generalsuperintendenten beschwerte. Bei einer großen Kirchenwahlkundgebung der DC-Gruppe der Immanuelgemeinde am 11. November 1932 im „Saalbau Friedrichshain“ zum Thema: „Die Evangelische Kirche und wir!“, bei der u. a. auch Pfarrer Lorer sprach, trat Pfarrer Lies als Redner mit antijüdischen Ausfällen auf und diffamierte die Positiven und den GKR. Pfarrer Carl Heinecke, Vorsitzender des Gemeindegemeinderates, protestierte vehement gegen die Diffamierung beim Superintendenten.¹⁴

Zu den Kirchenwahlen 1932 trat die Liste „Deutsche Christen“ gegen die Liste „Evangelium und Volkstum“ der Positiven an. Der NSDAP-Kreisleiter VIII (Bezirke Weißensee und Pankow), Karl Bombach, von 1928 bis 1932 Sektionsführer Prenzlauer Berg, seit 1929 Bezirksverordneter in diesem Stadtbezirk, war Spitzenkandidat der „Deutschen Christen“. Er wurde nach der Wahl einer von insgesamt sieben DC-Kirchenältesten. Als er 1934 zum Bürgermeister von Prenzlauer Berg ernannt wurde, trat er aus der Kirche aus. Auch der Apotheker

Ernst Steinhausen war Kandidat der DC. Später legte er sein Amt als Kirchenältester nieder und trat gleichfalls aus der Kirche aus. Die DC erlangten 7 von 18 Sitzen im GKR und stellten 23 von 60 Gemeindevertretern. Trotzdem erhoben sie Einspruch gegen die Wahl, den sie mit einer angeblichen Benachteiligung durch Versagen der Gemeinderäume begründeten und indem sie Vertreter des Parochialvereins der Wahlmanipulation und Wählerbeeinflussung beschuldigten. Der Einspruch wurde vom GKR abgelehnt. Die Beschwerde der „Deutschen Christen“ gegen diesen Bescheid wurde vom Kreissynodalvorstand zurückgewiesen. Die Einführung der gewählten Körperschaften fand am 19. Februar 1933 statt.¹⁵

Im Vorfeld des Volkstrauertages am 12. März 1933 hatte die Fraktion der „Deutschen Christen“ im Februar 1933 einen Kranz mit Hakenkreuzschleife zum Gedenken an die Kriegstoten des I. Weltkrieges in der Kirche angebracht. Die DC-Gruppe widersetzte sich mit äußerster Aggressivität der vom GKR geforderten Entfernung der Schleife. Der DC-Kirchenälteste Bombach versuchte hierbei seine Mitgliedschaft im Preußischen Landtages auszunutzen, indem er in einem Schreiben mit dem Briefkopf des Preußischen Landtages vom 8. März 1933 an den GKR ankündigte, die Hakenkreuzschleife erneut am Kranz zu befestigen. Ferner drohte er im Falle ihrer Entfernung mit einem Strafantrag. Doch der Gemeindegemeinderat unter Pfarrer Heinecke blieb standhaft.¹⁶

Besonders durch den Einfluss des DC-Gründungsmitgliedes Pfarrer Ferdinand Lies (1884–1949) wurde der Kirchenkampf in der Immanuelgemeinde mit solcher Heftigkeit ausgetragen. Lies war seit 1930 in der Gemeinde tätig. Schon im Juni 1922 hatte er wegen eines skandalösen Zeitungsartikels anlässlich der Ermordung des damaligen Reichsaußenministers Walther Rathenau Aufsehen erregt. Ein Jahr später war gegen ihn ein Strafverfahren wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Friedrich Ebert, den er öffentlich einen „Schweinehund“ nannte, anhängig. Lies galt am Anfang des Kirchenkampfes als „Speerspitze“ der DC-Gemeindeguppe. Seine Neigung zum Alkohol, sein Lebenswandel und sein Auftreten im Amt riefen jedoch Kritik selbst in den eigenen Reihen hervor. Dies führte schließlich dazu, dass ihm von der Amtskirche der Vorsitz im GKR, den er von 1935 bis 1936 inne hatte, entzogen wurde und der Gemeindegemeinderat 1937 sogar fast einstimmig

beschloss, um seine gänzliche Aberufung zu ersuchen. Allerdings drang die Gemeinde beim Evangelischen Oberkirchenrat damit nicht durch. Erst Ende 1946 musste Pfarrer Lies die Gemeinde verlassen.¹⁷

Einen treuen Mitstreiter hatte Lies in Erich Loos, der schon seit 1913 Küster der Immanuelgemeinde war. Als Mitglied der NSDAP und späterer Mitarbeiter der Gestapo setzte sich Loos stets für die Belange der DC ein.¹⁸

Epilog

Gemäß der Auskunft einer Protokollantin der Entnazifizierungskommission Prenzlauer Berg wäre der Bürgermeister und Kirchenälteste Bombach nach dem Einzug der Roten Armee in Weißensee 1945 mit seinem Stab noch mehrere Tage in Berlin im Auto umher geirrt. Als er schließlich keinen Ausweg mehr wusste, hätte er sich und seine Frau sowie seine Schwiegermutter in der Schule in der Prenzlauer Allee 227/228 vergiftet. Die Leichen sollen dann gegenüber an der Immanuelkirche begraben worden sein.¹⁹

Oliver Reschke M. A.

¹ Der Angriff, Nr. 5, 4.2.1929 und Nr. 6, 11.2.1929; vgl. auch Nr. 4, 28.1.1929, Anz.

² Christine Knop, Evangelischer Kirchenkampf am Beispiel der Berliner Immanuelgemeinde in den Jahren von 1932 bis 1945, Hausarbeit am Institut für katechetischen Dienst Berlin 2002, S. 4.

³ Ebd., S. 3/4; Hans-Rainer Sandvoß, Widerstand in Prenzlauer Berg und Weißensee, Bd. 12 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945, Hrsg. Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 2000, S. 236, vgl. auch S. 16; Vgl. ebenso: Der Angriff, Nr. 190, 21.9.1932: „Zu den Kirchenwahlen“ und Nr. 33, 8.2.1933: „Erster Kulturabend der Glaubensbewegung ‚Deutsche Christen‘“.

⁴ Der Angriff, Nr. 223, 29.10.1932, Anz. Zu Pfarrer Freitag vgl. Der Angriff, Nr. 254, 6.12.1932: „Gaukirchentag der ‚Deutschen Christen‘“.

⁵ Der Angriff, Nr. 236, 14.11.1932: „Bisheriges Ergebnis der Kirchenwahlen“.

⁶ Knop, S. 6; Sandvoß 12, S. 236.

⁷ Vgl. Knop, M4: Schreiben an den Gemeindegemeinderat der Immanuelkirchengemeinde.

⁸ Vgl. Ankündigungen in: Der Angriff ab Nr. 239 vom 18.11.1932.

⁹ Der Angriff, Nr. 242, 22.11.1932.

¹⁰ Der Angriff, Nr. 252, 3.12.1932.

¹¹ Vgl. Der Angriff, Nr. 254, 6.12.1932: „Gaukirchentag der ‚Deutschen Christen‘“.

¹² Der Angriff, Nr. 269, 23.12.1932.

¹³ Knop, S. 6, 24.

¹⁴ Ebd., S. 15/16, M2.

¹⁵ Ebd., S. 16, zu den Kandidaten S. 27.

¹⁶ Ebd., S. 15/16, M1.

¹⁷ Ebd., S. 15, 24, 26, zum Wirken von Lies an der Immanuelkirche nach 1933 siehe auch S. 17–23; Sandvoß 12, S. 251.

¹⁸ Knop, S. 27.

¹⁹ Schreiben der Else Paulke vom 31.10.1946 (am 16.7.1948 an Eidesstatt versichert), im Bestand: C Rep. 105 Magistrat von Berlin, Abteilung Finanzen, Nr. 2338 Treuhandstelle – Sondervermögensverwaltung Berlin-Pankow, Liegenschaft Homeyerstraße 30, unpag.

Bewusst vergessen?

Zum antifaschistischen Widerstand der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP)

Beim Durchforschen bisher nicht zugänglicher Akten des Spezialarchivs über NS-Verbrechen beim ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit der DDR, nach 1990 dem Bundesarchiv Dahlwitz-Hoppegarten zugeordnet, fand ich Prozessakten gegen Antifaschisten, die der SAPD angehörten. Im Frühjahr 1934 wurden sie verhaftet und nach brutalen Verhören in einem mehrtägigen Prozeß vor dem Volksgerichtshof zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

24 Angeklagte unterschiedlichsten Alters, der jüngste Angeklagte war erst 15 Jahre alt, standen in Berlin vor dem Volksgerichtshof.

Aus den Akten der Gestapo ist zu entnehmen, daß im „Reichsgebiet“ mehrere Hundert Personen verhaftet und verurteilt wurden wegen Hochverrat, wie es im Sprachgebrauch der braunen Machthaber hieß.

In der historischen Fachliteratur erscheint der Name SAP bzw. SAPD. Nur wenige wissen aber etwas mit der Abkürzung anzufangen oder sie zu deuten.

Die am 2. Oktober 1931 gegründete Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands setzte sich aus linken Sozialdemokraten zusammen, die nicht länger gewillt waren, die Tolerierungspolitik ihres Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion gegenüber der Regierung Heinrich Brüning angesichts des drohenden deutschen Faschismus mit zu tragen. Die Mitglieder der SAP suchten nach einem eigenen Weg des Ringens gegen den in Deutschland immer stärker werdenden Einfluß der Nazis, die im Bündnis mit bedeutenden Teilen des deutschen Großkapitals agierten. Allerdings grenzte sich die junge Partei auch gegen dogmatische Tendenzen in der Politik der KPD ab. Nicht wenige unzufriedene Mitglieder der KPD schlossen sich der SAP an. Die SAP blieb eine Splitterpartei; viele ihrer rund 30.000 Mitgliedern stellten sich in antifaschistischen Aktionen an die Seite der Kommunisten; einige ihrer führenden Persönlichkeiten standen aber auf antikommunistischen Positionen. Objektiv war die Gründung der SAP nicht unbedingt förderlich für die notwendige Aktionseinheit gegen die drohende NS-Diktatur. Nach Errichtung der faschistischen Terrorregimes traten die SAP-Mitglieder in mehreren Großstädten, vor allem in Berlin, hier

lebten die meisten SAP-Mitglieder, konsequent gegen das Hitlerregime auf.

Zu den herausragenden führenden Persönlichkeiten der SAP im Ringen gegen den deutschen Faschismus gehörten Max Seydewitz, Dr. Kurt Rosenfeld und Jacob Walcher, die auch nach erzwungener Emigration den Widerstand der im Lande verbliebenen SAP-Mitglieder zielstrebig organisierten.

Das geschah über Max Seydewitz aus der Tschechoslowakei und – nach erneuter Flucht – aus Norwegen und später aus Schweden. Dr. Kurt Rosenfeld hielt aus Paris Kontakte nach Berlin. Er setzte sich bis 1939 in Frankreich für die Herstellung einer breiten antifaschistischen Einheits- und Volksfront ein. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wirkte er in Amerika, zuletzt in den USA, bis zu seinem Tod im Jahre 1943 für die Einheit der deutschen und deutschsprachigen Hitlergegner. Jacob Walcher wirkte ebenfalls über Frankreich und ab 1941 aus den USA nach Deutschland im Sinne der Einheit aller Antifaschisten, um das Naziregime zu stürzen und den sinnlosen Krieg zu beenden.

Die vorliegende Anklageschrift aus dem Jahr 1934 hebt als besonders „hochverräterisch“ die Auslandskontakte der Angeklagten zu den emigrierten führenden Männern der SAP hervor. Die Anklageakte, die das Wirken der Widerstandskämpfer analysiert und wertet, läßt die Wut sowie die Ohnmacht erkennen, dass es in Deutschland eine weitverzweigte illegale Gruppierung gab, die sehr intensiv politisch in Erscheinung getreten war. Der Anklageschrift des Volksgerichtshofes war folgender zusammenfassender Bericht der Gestapo über die Verhafteten vorangestellt:

„Bericht über Auflösung der SAP

Gelegentlich der Festnahme eines Kuriers der SAP durch die politische Abwehrstelle I. c./B der Brigade Dresden wurde bei diesem eine Deckadresse für Berliner Verbindungen mit der in Berlin befindlichen Reichsleitung der illegal sehr rege arbeitenden SAP gefunden. Seitens der Abwehrstelle Dresden, bei der in dieser Sache bereits 150 Personen einsitzen, wurden daraufhin die Herrn Geissler und Fähmann zur Zusammenarbeit mit der hiesigen Dienststelle J. III B 3 (Berlin ist damit gemeint – G. W.) nach Berlin beordert. Die

zunächst ohne unmittelbare Mitarbeit der Gestapo geführten Ermittlungen der Genannten ergaben, daß sich in Berlin die Reichsleitung der SAP befindet, die über einen Kurierdienst auf dem Wege Berlin – Herzberg – Dresden – Prag unmittelbare Anweisungen von dort durch Kurt Liebermann erhält.

In Zusammenarbeit mit der hiesigen Dienststelle wurden durch die genau informierten Herrn der politischen Abwehrstelle Dresden zunächst die 6 Berliner Führer der Reichsleitung und daran anschließend die 6 Leiter der Reichsleitung des SJV verhaftet (der SJV war die Jugendorganisation der SAP – G. W.). Die weiteren Ermittlungen führten in Berlin bis jetzt zur Verhaftung von 22 Personen, die sich führend teils in der Leitung, teils als Kuriere betätigt haben.

Es wurde weiter festgestellt, daß sich diese Organisationen von Berlin aus über das ganze Reich erstreckten und bereits in Köln, Hannover, Stettin, Breslau, Braunschweig, Nürnberg, Frankfurt a/Main, Hamburg groß ausgebaute Zentralen besitzt.

So meldete auf telefonische Rücksprache hin das Polizeipräsidium Köln die Verhaftung des dortigen Leiters, eines gewissen Paul Keller und seines Vaters, des Regierungsobersekretärs Paul Keller, bei dem ebenfalls wichtiges Material gefunden wurde. Es wurden in Köln bis zum 1.9.33 mittags bereits 5 leitende Persönlichkeiten festgenommen und weitere etwa 50 Verhaftungen bis zum Abend des 2.9. in Aussicht gestellt. Wie Köln mitteilte, ist einer der hauptsächlich dort tätigen Personen, ein gewisser Kühn, ins Saargebiet entflohen, während die anderen in Frage kommenden Führer gefaßt werden konnten bzw. noch gefaßt werden sollen.

Ebenso wie in Berlin wurde auch in Köln festgestellt, daß es sich um eine auch im Rheinland weit verzweigte, sehr rege und ausgezeichnet durchorganisierte illegale Organisation handelt, die in der verschiedensten Form getarnt ist und über einen sehr guten Nachrichtendienst verfügt.

Hannover meldet ebenfalls die Festnahme des Leiters des dortigen Bezirkes und kündigt gleichzeitig weitere Festnahmen im größeren Umfange an.

Der in Solingen sitzende Bezirksleiter soll durch die Düsseldorfer Polizeistelle

in Verbindung mit dem Polizeipräsidium Köln festgenommen werden (Meldung steht zurzeit noch aus). Die Bezirksleitung des 13. Bezirks Nürnberg ist, vermutlich eines taktischen Fehlers der Polizeistelle Nürnberg entkommen, jedoch besteht die Möglichkeit, einige Mitarbeiter vielleicht noch zu fassen.

Der Kurier- und Nachrichtendienst

Wie durch die hiesige Dienststelle gemeinsam mit der Abwehrstelle I. c/B Dresden festgestellt worden ist, war der Nachrichtendienst außerordentlich gut aufgezoogen.

Der Apparat verfügt teilweise auch zur Zeit noch einen über ganz Deutschland ausgedehnten Nachrichtendienst, dessen Verbindungen, wie bisher einwandfrei feststeht, an den Grenzen ganz glatt in die angrenzenden Auslandsgebiete, über Dresden unmittelbar nach Prag, über das Saargebiet unmittelbar nach Paris reichen.

Bezüglich des Kurierdienstes Prag – Dresden – Berlin wurde festgestellt, daß die aus Prag von Kurt Liebermann kommenden Anweisungen und Materialsendungen zunächst nach Dresden gingen. Von dort wurden sie mittels Kurier nach einer bzw. mehreren Berliner Deckadressen befördert. Die Nachrichten waren inhaltlich völlig harmlose Briefe (so weit es sich nicht um Druckmaterial handelte), in die mit Geheimtinten die eigentlichen Nachrichten eingeschrieben waren (durch Erwärmen lesbar). Eine weitere Verbindung ergab sich durch einen solchen aufgefangenen Geheimbrief aus der Schweiz mit einem gewissen Jakobsohn aus Basel.

Geldmittel

Als Geldgeber kommen außer den Beiträgern der allein Groß-Berlin etwa 1.000–1.500 Personen betragenden Mitgliederzahl, wie festgestellt wurde, vorwiegend Spenden hiesiger jüdischer Geldgeber in Frage. So wurde im Juli d. Js. in Paris der sogenannte Eckstein – Fonds gegründet, der zuletzt in Deutschland von dem Zahnarzt Ewald Fabian verwaltet wurde. Letzterer, der Bruder des Arztes Fabian, Berlin Hohenzollerndamm, ist flüchtig und wohnte bis zum 1.8. 33 in Berlin Hohenzollerndamm 192. Wie einer der Geheimbriefe nachweist, sowie durch Aussage der Festgenommenen werden die Gelder des Eckstein – Fonds zur Unterstützung der politischen Flüchtlinge und Inhaftierten verwendet. Ebenso erfolgt Zahlung an die Emigration Prag. Die einzelnen Bezirke Deutschlands liefern das Geld an die hiesige Reichsleitung, die

es durch Fabian nach Paris und teilweise auch unmittelbar an die Emigration Prag weiterleitet.

Ein gewisser Prozentsatz der kassierten Mitgliederbeiträge ging unmittelbar an den Eckstein – Fonds nach Paris, während der Rest für Regieunkosten und Gehälter der Reichsleitung verwendet wurde. Letztere betrug zurzeit monatlich etwa 200 Mark pro Kopf.

Die Summe, die die Reichsleitung zurzeit von den Bezirken aus kassierten Beiträgen erhielt, betrug monatlich etwa 100 bis 1.500 Mark.

Druckmaterial, Nachrichten und Zeitschriften

Durch die verschiedenen Haussuchungen, bisher für Berlin etwa 40, wurde festgestellt, daß außer dem erwähnten Nachrichten durch Geheimbriefe die hiesigen Bezirke maschinenschriftliche Mitteilungen und Zeitschriften aus Prag erhielten, die wieder in der vorgefundenen illegalen Zeitschrift ‚Das Banner‘ und ‚Märzbriefe‘ sowie in Sonderrundschreiben verwendet wurden.

Für den Bezirk Groß-Berlin wurden 2 illegale Zeitungen hergestellt und regelmäßig verausgabt. Die herstellende Stelle des ‚Banners‘ wurde ausgehoben und die Apparate sichergestellt. In Berlin erschien ‚Das Banner‘ und für den SJV die ‚Märzbriefe‘. Jeder einzelne Bezirk gibt bzw. gab seine eigene maschinenschriftliche Zeitung heraus. (z. B. Dresden ‚Die Klassenfront‘, Chemnitz ‚Der Prolet‘ usw.).

Die einzelnen Herausgeber der illegalen Zeitungen wurden von der hier festgenommenen Reichsleitung unmittelbar mit dem aus Prag und dem Auslande kommenden Material durch Kuriere versehen. U. a. wurden auch die neusten Ausgaben des in der Tschechei erscheinenden ‚Neuem Vorwärts‘ sowie ein Bericht der Pariser ‚Reichstags-Brandkommission‘ vorgefunden und sichergestellt. Es ist anzunehmen, daß die festgenommenen Mitglieder der hiesigen Reichsleitung insbesondere der schon lange für die SAP schriftstellerisch tätige Zweiling und ebenso Köhler ihrerseits Berichte aus Deutschland für den ‚Neuen Vorwärts‘ geliefert haben. Weiter wurde das beiliegende Heftchen vorgefunden, in dem durch den genannten Zweiling, Mitglied der hiesigen Reichsleitung, in den ersten Tagen des März zu scharfer illegaler Arbeit aufgefordert wird.

Insgesamt wurden bisher etwa 15–20 Zentner Flugblattmaterial, marxistische und kommunistische Literatur und Schundliteratur erfaßt und vernichtet.

Ferner wurden 4 Schreibmaschinen und 1 Abziehapparat beschlagnahmt, die der Reichsleitung zur Herstellung von Vervielfältigungen und der oben genannten Zeitungen dienten.

Die SAP, eine Abspaltung der radikalen Elemente der SPD, hat sich im Febr. d. Js. (1933 – G. W.) zwecks besserer illegaler Arbeitsmöglichkeiten selbst aufgelöst und sofort begonnen, den Aufbau illegaler Basis neu zu organisieren.

Durch diesen Schachzug ist es der SAP gelungen, noch andere, ihr bis dahin fernstehende radikale Elemente zu sich heranzuziehen und ungestört ihre regierungsfeindliche Tätigkeit weitgehendst auszubauen. So sind die Mehrzahl der Mitglieder des Antifaschistischen Kampfbundes, große Teile der SPD und der KPD geschlossen in dieser Organisation im Verborgenen tätig.

Der SJV ist lediglich die Jugendorganisation der SAP und ihrer Nebenorganisationen.

Da es der SAP durch obiges Manöver gelungen ist, die Aufmerksamkeit von sich abzulenken, war es ihr möglich, einen über ganz Deutschland verzweigten, großzügigen und gut arbeitenden illegalen Apparat aufzuziehen, der teilweise weitaus besser und sicherer arbeitete als der der KPD.

Die SAP ist vor allen Dingen auch heute noch eifrig bestrebt, alle links stehenden Parteien vor allem die KPD und die SPD, zu einer Einheitsfront gegen die Regierung unter ihrer Führung zusammenzufassen. Unbestritten ist der SAP dies auch, wie sich auch aus den bisher vorliegenden auswärtigen Meldungen ergibt, dadurch weitgehendst gelungen, daß sie es verstanden hat sich der Beobachtung und Kontrolle gründlichst zu entziehen. Inwieweit eine hier festgestellte Organisation, der Reichsverband deutscher Volksrechtshilfe (früher Reichsverband der Vorbestraften und Angeklagten) dessen Reichsleitung hier in Berlin lag und der noch heute den ebenfalls festgenommenen Reich als Rechtsvertreter beim Amtsgericht Mitte (Stadtbezirk Berlin-Mitte gemeint – G. W.) arbeiten ließ, eine getarnte SAP-Organisation ist, steht noch nicht einwandfrei fest. Sicher ist jedoch, daß dieser Reichsverband, der auch eine Hauptgeschäftsstelle in Stettin unterhält, wenigstens in den führenden Persönlichkeiten sehr stark an die SAP angeschlossen und links eingestellt ist. Einer Auflösung verstand er sich bisher zu entziehen. (Der genannte Reichsverband wurde durch den Juristen Dr. Kurt Rosenfeld inhaltlich und organisatorisch geprägt – G. W.)

Der innere Aufbau der illegalen SAP

Es wurde festgestellt, daß noch zurzeit die Einteilung der inneren Organisation der SAP folgendermaßen aussieht:

Der in Berlin befindlichen Reichsleitung waren für Berlin 20 Ortsgruppen, die in einer Bezirksleitung zusammengefaßt waren, unterstellt. Der SJV verfügte über den gleichen Aufbau bezüglich der Jugend und hatte seine Reichsleitung ebenfalls in Berlin. Außerdem waren und sind noch heute entsprechend den Reichstagsbezirken über ganz Deutschland die einzelnen Bezirke verteilt, denen dann wieder die Ortsgruppen angegliedert sind. Alle Nachrichten und Anweisungen der Reichsleitung gingen den Ortsgruppen bzw. den Deckadressen in den Ortsgruppen durch die zuständigen Bezirke ebenfalls über Deckadressen zu und umgekehrt. Die Ermittlungen bezüglich der bisher festgenommenen Personen und deren Geständnisse, sowie das vorgefundene beschlagnahmte Material sind soweit abgeschlossen, daß voraussichtlich im Laufe der kommenden Woche diese Personen wegen Hochverrats dem Vernehmungsrichter zugeführt werden können. Es ist jedoch zur Zerschlagung des gesamten Apparates eine weitere eingehende Bearbeitung sämtlichen Materials an Hand des Retentenvorgangs in engster Zusammenarbeit, teilweise in persönlicher Fühlungsnahe mit den auswärtigen Polizeistellen unerlässlich. Falls es nicht gelingt, auch diese Bezirksstellen restlos zu erfassen, muß bei der intensiven Arbeit die seitens der SAP bisher geleistet wurde, unbedingt mit einem Neuaufbau auch einer Reichsleitung an anderen Stellen gerechnet werden. Friedrich von Platten (handschriftlich unterzeichnet – G. W.) Berlin, den 12. Sept. 1933“

„In Fortsetzung des Berichts

vom 12. 9. ist ergänzend zu melden:

Die Vernehmungen der Inhaftierten, sowie die Zeugenvernehmungen ergaben keine wesentlichen neuen Tatsachen. Es wurden eine größere Anzahl weiterer Adressen von etwa 40 heute noch illegal arbeitenden SAP- und SJV-Mitgliedern ermittelt, die noch nachgeprüft werden sollen.

Es ist durch die Geständnisse und Zeugenaussagen einwandfrei nachgewiesen, daß es sich um eine staatsfeindliche und hochverräterische Betätigung handelt und daß die bestehende illegale Reichsleitung sowie die Bezirksleitungen der SAP den Zweck verfolgen, die linksradikalen Elemente zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen.

1) Max Köhler, 26. 7. 1897 Berlin Köhler ist alter Spartakuskämpfer und von jeher radikal links eingestellt. Er war zunächst Bezirksleiter von Berlin-Mitte der SAP und dann seit etwa Mai ds. Js. Verantwortliches führendes Mitglied der Reichsleitung. Köhler ist unbedingt als rechte Hand der beiden geflohenen eigentlichen Parteileiter Walcher und Enderle anzusehen. Nach Aussage der Mitbeschuldigten ist er als Kopf der illegalen Reichsleitung anzusehen und kommt auch als Hersteller des ‚Banner‘ in Frage. Seiner Behauptung, daß nicht er, sondern der geflohene Enderle für alles verantwortlich zu machen sei, ist wenig Glauben zu schenken, zumal er auch mit der Sekretärin des genannten Enderle die gesamte Kurierdienstabfertigung und Geheimpostabfertigung erledigte. Auch die Tatsache, daß er über den im Juli in Paris gegründeten Ecksteinfond genau Bescheid weiß, dessen Vorhandensein den meisten unbekannt ist, beweist seine Führerrolle. Seine Behauptung, seine Reise nach Dänemark habe keinen politischen Charakter gehabt, erscheint sehr zweifelhaft.

Es ist als sicher anzunehmen, daß Köhler noch vieles verschweigt. So ist er bestimmt auch über die auf Bl. 3 seiner Vernehmung vom 7. 9. 1933 genannten Ortsgruppen, vor allen Dingen die Namen der Ortsgruppenleiter, bedeutend besser orientiert als er zugeben will. Sicher ist, daß bei Köhler die genannten Fäden des illegalen Apparates zusammenlaufen.

2) Hans Beldner, 17. 4. 1912 Berlin Beldner nennt sich selber Reichsjugendtechniker und gibt zu, sich der Tragweite seiner hochverräterischen Handlungen voll und ganz bewußt gewesen zu sein. Er hat in der Hauptsache die Jugendbearbeitung des SJV (Reichsjugendleitung) unter sich gehabt. Im Wesentlichen erstreckt sich sein Arbeitsgebiet auf die technische und organisatorische Seite, d. h. er war für die Abwicklung des Kurierdienstes etc. sowie alle organisatorischen Fragen verantwortlich.

3) Edith Baumann, 1. 8. 1909 Berlin Edith Baumann ist Reichsleiterin der Jugendorganisation des SJV in Zusammenarbeit mit der SAP für das gesamte Reich. Sie hat den über sämtliche Bezirke verteilten illegalen Apparat gemeinsam mit Beldner, Baier, Jahr, Bergner, Charlotte und Lilli Adel, Wolfgang und Erika Bötzer, sowie den beiden flüchtigen Mitarbeitern Bruno Scholz und Herbert Georg gemeinsam geleitet. Ihre Anweisungen waren für sämtliche Gruppen des Reiches maßgebend. Sie gibt ohne weiteres zu, sich des Hochverrats

schuldig gemacht zu haben, außerdem hat sie Informationsblätter herausgegeben, Anweisungen mit unsichtbarer Tinte geschrieben, verteilt, sowie direkte Verbindung mit Kurt Liebermann in Prag über Dresden unterhalten.

4) Karl Baier, 3. 1. 1887 Magdeburg (wirkte 1933 in Berlin – G. W.)

Baier nennt sich zwar selber nur Mitarbeiter der Reichsleitung ist aber tatsächlich als vollgültiges Mitglied der Reichsleitung zu betrachten. Er gibt selber zu, daß um die illegale Arbeit möglichst geheim zu halten, nur drei Personen Mitglieder der Reichsleitung waren, während die anderen führenden Personen sich nur Mitarbeiter nannten, um auf diese Weise behaupten zu können, nicht Mitglied der Reichsleitung zu sein. Baier verfolgt die Taktik, obwohl er über alles orientiert sein muß, unangenehmen Fragen dadurch auszuweichen, daß er sich hinter das angebliche Wissen ins Ausland geflüchteter Reichsleitungsmitglieder versteckt. Die Vernehmungen haben gezeigt, daß Baier sich ebenfalls führend in der Reichsleitung betätigt hat. Auch er ist sich vollkommen darüber im Klaren, daß er bewußt hochverräterische Handlungen begangen hat.

5) Charlotte Adel, 7. 12. 1893

5 a) Lilli Adel, 6. 6. 1916

Charlotte und Lilly Adel, und zwar insbesondere bezügl. der Jugendgruppe und ihre Mutter Charlotte in Bezug auf die Partei dürften als die Zentralstelle des gesamten Reichskurierdienstes für Partei und Jugend anzusehen sein.

Während die Tochter Lilly Adel den Mut hat, sich offen zu ihren hochverräterischen Handlungen zu bekennen und diese einzugestehen, wenn sie auch behauptet durch Beldner bzw. Erika Bötzer, verleitet worden zu sein, zeigt sich die Mutter außerordentlich hartnäckig und verstockt. Wie Lilly Adel selber zugeibt, ist sie in der SAJ bereits in Funktionärstellung gewesen. Der gesamte ausländische Kurierdienst spielte sich in der Wohnung der Adels ab, bzw. die Kuriere trafen sich dort und wurden von hier aus weiter befördert. (...)

Es sei an dieser Stelle festgestellt, daß sich sämtliche genannten Personen, die in lauter verschiedenen Stadtteilen wohnten, sämtlich führend im illegalen Apparat tätig waren. Daß die Mutter, Charlotte Adel, ganz genau über alles Bescheid weiß, geht aus den verschiedenen Aussagen der anderen Beschuldigten hervor. Es dürfte als sicher anzusehen sein, daß alle sehr stark unter dem Einfluß von Beldner gestanden haben. Die Aussage von Charlotte Adel

beweist ebenso wie die der anderen Mitbeschuldigten, daß der Zusammenschluß der linksradikalen Elemente unter Führung der SAP angestrebt wurde.

6) Wolfgang Bötzer, 3.4.1918 Berlin

6 a) Erika Bötzer, 7.7.1912 Berlin

Am auffallendsten, aber auch am belastendsten für die gesamte illegale Tätigkeit, ist die Tatsache, daß ein 15jähriger Junge und ein 17jähriges Mädchen nahezu den gesamten Kurierdienst für SAP und SJV in Händen hatten. Der 15jährige Bötzer, der bei seiner Vernehmung einen äußerst hinterhältigen und verschlossenen Eidruck machte, ist ebenso, wie seine Schwester Erika, vollkommen über die illegale Organisation orientiert. Er hat die gesamte Beförderung der unter Deckadressen oder durch Kuriere eingehenden Briefe und den entsprechenden illegalen Partiestellen, sowie die Weiterleitung der Kuriere selbst, mittels eines von Helmuth Jahr zur Verfügung stehenden Fahrrads durchgeführt. Er sowie seine Schwester haben auch für das richtige Verteilen der illegalen Zeitschriften ‚Banner‘ und ‚Märzhefte‘ gesorgt. Beide geben ohne weiteres zu, sich bewußt und trotzdem sie durch den Vormund mehrfach dringend verwarnt worden sind, hochverräterisch betätigt zu haben. Wolfgang ging sogar soweit, zu erklären, daß er der Ansicht sei, diese Bestrebungen seien die einzig richtigen. Während der Angabe der Erika Bötzer, daß sie sich in Zukunft jeder politischen Arbeit fernhalten werde, Glauben zu schenken sein dürfte, erscheint dies bei dem Charakter des Wolfgang B. mindestens fraglich. Des jugendlichen Alters wegen und gegen Sicherheit des Vormundes wurden beide auf freiem Fuß belassen. (...) Beide haben illegale Fahrten und Treffs organisiert. So hat Erika Bötzer, wie die Aussagen der Mitbeschuldigten ergeben haben, noch am 1. Mai ds. Js. eine sozialistische Maifeier gemeinsam mit Beldner geleitet. (...)

Über die sich aus den Vernehmungen an Hand des Retentvorganges ergebende Tätigkeit innerhalb der einzelnen Ortsgruppen Großberlins, sowie im Reiche, werden gesonderte Ermittlungsakten angelegt.

Es hat sich weiter herausgestellt, daß gleichartige Teile der Organisation in Hannover, Köln, Hamburg, Bremen, Stettin und Breslau bestehen. Die Bearbeitung dieser illegalen Bezirksleitungen erfolgt von hieraus gesondert und in Verbindung mit den in Frage kommenden Polizeistellen.

Friedrich von Platten“ (handschriftlich unterzeichnet – G. W.)¹

Die Urteilschrift

„Im Namen des deutschen Volkes (...)

In der Strafsache gegen den

1) den Reisenden Hermann Max Köhler aus Berlin-Neukölln, Manitusstr 3, geb a. 26 Juli 1897 in Berlin geschieden, unbestraft,

2) den Physiker Dr. phil. Klaus Johann Gottfried Richard Zweiling a. Berlin NO 18, Palisadenstr, 2, geb. a. 18. Febr. 1900 in Berlin-Moabit, verheiratet, vorbestraft,

3) den früheren Geschäftsführer des Reichsverbandes Deutscher Volkrechtshilfe Eduard Hermann Reich a. Berlin C 25, Dirksenstr. 42, geb. a. 16. Januar 1886 in Klein-Oritz b. Tharandt Bez. Dresden, verheiratet, unbestraft,

4) den Büroangestellten Karl Rudolf Kaspar Baier a. Berlin NO 55 Weißburgerstr. 79 II, geb. 3. Januar 1887 in Magdeburg, verh., unbestraft,

5) die Stenotypistin Edith Selma Baumann a. Berlin N 113, Stolpischestr. 25, geb. a. 1. Aug. 1909 in Berlin, ledig, unbestraft,

6) den Kaufmannslehrling Hans Wilhelm Beldner a. Berlin N 58, Lychenerstr. 131, geb. a. 17. April 1912 in Berlin, ledig, unbestraft,

7) den Sterotypeurlehrling Gustav Karl Seeger a. Berlin-Mariendorf, Chaussee-str. 296, geb. a. 20 Juni 1912 in Mariendorf, ledig unbestraft,

8) das Lehrmädchen Käthe Maria Kirschnik a. Berlin NO 55, Weißburgerstr. 66, geb. 7. Mai 1913 in Berlin, ledig, unbestraft,

9) die Stenotypistin Ilse Dorothea Bertha Schnieber a. Berlin N58, Swinemünderstr. 117, geb. a. 21 April 1915 in Berlin, ledig unbestraft,

10) den Kaufmannslehrling Peter Ernst Keller a. Köln-Mauenheim, Guntherstr. 117, geb. a. 17. Sept. 1914 in Königsberg i/Pr. ledig, unbestraft,

11) die Stenotypistin Charlotte Agnes Klara Adel geb. Sonntag a. Berlin NO55, Weißburgerstr. 79, geb. a. 7. Dez. 1893 in Berlin-Tempelhof, geschieden, unbestraft,

12) die Kinderpflegerin Lilly Karoline Dorothea Adel, früher in Berlin NO 55 Weißburgerstr. 79, jetzt bei Gastwirt Reinhold Sonntag in Niederlehme Kr. Beeskow-Storkow, Wensdorferstr. 30, geb. a. 20. Juni 1916 in Charlottenburg, ledig, unbestraft,

13) den Schüler Wolfgang Karl Wilhelm Bötzer in Berlin-Zehlendorf, Hauptstr. 58 b. Gastal, geb. a. 3. April 1918 in Berlin, Vormund Landesobersekretär Paul Scholz in Berlin-Zehlendorf, Bölderstr. 7, unbestraft,

14) die berufslose Erika Luise, Böt-

zer, z.Zt. im Arbeitsdienstlager Krojanke b. Schneidemühl, jetzt in Kronefeld/ Frankfurt a/O, geb. 10 Dez. 1912 in Berlin, ledig unbestraft,

15) den Versicherungsangestellten Werner Helmuth Jahr a. Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-Allee 26, geb. a. 6. Juni 1913 in Böhlitz – Ehrenberg, ledig, unbestraft,

16) den Handelsvertreter Erich Arthur Drucker a. Charlottenburg, Leibnitzstr 63, geb. 25 Januar 1905 in Berlin, ledig, unbestraft,

17) den Landwirtschaftspraktikanten Peter Bernhard Löwy a. Oberstdorf, Post Trebnitz an der Ostbahn, bei Besitzer Pehlke, geb. a. 27. Juni 1909 in Berlin-Wilmersdorf, ledig, unbestraft,

18) den Journalisten Stefan Szende a. Berlin W 30, Frankenstr. 9 bei Lilienthal, geb. a. 10. April 1901 Szombachheley in Ungarn, verh. Ungarischer Staatsangehöriger, unbestraft,

19) den Dr. med. dent. Georg Weinberg a. Charlottenburg, Dahlmannstr. 34, geb. a. 4. Dez 1885 in Berlin, verheiratet, unbestraft,

20) den Arbeiter Gustav Kleinert a. Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 4, geb. a. 18 Okt. 1903 in Köln a. Rhein, verheiratet, unbestraft,

21) den kaufmännischen Angest. Ernst Konrad Zander a. Berlin-Charlottenburg, Reichstr. 8 b. d. Mutter, geb. a. 2. Dez. 1908 in Berlin-Charlottenburg, ledig, unbestraft,

22) den kaufmännischen Angest. Erich Ernst Willi Günther Keidl a. Berlin, Breitestr. 29 b Böttcher, geb. a. 5. April 1909 in Berlin, ledig, unbestraft,

23) die Malerin Käthe Fanny Schuftan a. Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 206 b. Frankenstein, geb. a. 12. Januar 1899 in Breslau, ledig, unbestraft,

24) den Pressestenographen Hans IIs a. Berlin-Halensee, Kurfürstendam 136, geb. a. 12. Mai 1906 in Weißenhorn in Bayern, ledig unbestraft,

zu 1 bis 7, 11, 15, seit dem 15. September, zu 10 seit dem 30. Januar 1934, zu 16, 20, 21 u. 24 seit dem 20. März 1934 zu 23 seit dem 23. April 1934 u. zu 17 seit dem 5. April 1934 in Untersuchungshaft, wegen Vorbereitung zum Hochverrat pp. hat der Volksgerichtshof, 2. Senat in den Sitzungen vom 26. Nov. bis 1. Dez. 1934 (...) für Recht erkannt:

Wegen Verbrechens der gemeinschaftlichen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens werden auf ihre Kosten verurteilt:

1. Der Angeklagte Köhler zu einer Gefängnisstrafe von 3Jahren abzüglich

ein Jahr 3 Monaten erlittener Untersuchungshaft,
 2. Der Angeklagte Zweiling zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren abzüglich 1 Jahr 3 Monate erlittener Untersuchungshaft,
 3. Der Angeklagte Reich zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr 3 Monate, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gilt,
 4. Der Angeklagte Baier zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten abzüglich 1 Jahr und 3 Monate erlittener Untersuchungshaft,
 5. Die Angeklagte Baumann zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren abzüglich 1 Jahr und 3 Monate erlittener Untersuchungshaft,
 6. Der Angeklagte Beldner zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten abzüglich 1 Jahr und 3 Monate erlittener Untersuchungshaft,
 7. Der Angeklagte Seeger zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 3 Monate, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt gilt,
 8. Der Angeklagte Keller zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 9 Monate abzüglich 1 Jahr 3 Monate erlittener Untersuchungshaft,
 9. Die Angeklagte Charlotte Adel zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monate abzüglich 1 Jahr und 3 Monate erlittener Untersuchungshaft,

10. Der Angeklagte Jahr zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 3 Monaten, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt gilt,
 11. Der Angeklagte Drucker zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten abzüglich 1 Jahr erlittener Untersuchungshaft,
 12. Der Angeklagte Loewy zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten abzüglich 10 Monate erlittener Untersuchungshaft,
 13. Der Angeklagte Szende zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren abzüglich ein Jahr erlittener Untersuchungshaft,
 14. Der Angeklagte Weinberg zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten abzüglich 8 Monate erlittener Untersuchungshaft,
 15. Der Angeklagte Kleinert zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren abzüglich 1 Jahr erlittener Untersuchungshaft,
 16. Der Angeklagte Zander zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren abzüglich 1 Jahr erlittener Untersuchungshaft,
 17. Der Angeklagte Keil zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 9 Monaten abzüglich 1 Jahr erlittener Untersuchungshaft,
 18. Die Angeklagte Schuftan zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren abzüglich 1 Jahr erlittener Untersuchungshaft,
 19. Der Angeklagte IIs zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren abzüglich 11 Mo-

nate erlittener Untersuchungshaft,
 I. Es werden auf Kosten der Reichskasse freigesprochen:

1. Die Angeklagte Kirschnick,
2. die Angeklagte Schnieber,
3. die Angeklagte Lilly Adel,
4. der Angeklagte Wolfgang Bötzer,
5. die Angeklagte Erika Bötzer (...)

Gründe

Bei der Ermittlung des Sachverhaltes hat der Senat in keiner Weise berücksichtigt, was die Angeklagten bei ihren polizeilichen Vernehmungen ausgesagt haben. Einige Angeklagte haben Einwendungen gegen die Verwertbarkeit der polizeilichen Protokolle, die ihnen zum Teil vorgehalten worden sind erhoben. (So umschrieb die faschistische Justiz die barbarischen Gestapo Verhörmethoden – G.W.) Nach Lage der Sache erschienen dem Senat dies Einwendungen beachtlich. (...)“²

Auch angesichts dieser in Dahlwitz-Hoppegarten aufgefundenen Akten scheint es an der Zeit zu sein, sich eingehend mit den Widerstandsaktionen der SAP gegen den Faschismus zu befassen.

Dr. Günter Wehner

¹ Bundesarchiv, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, Z/C 10856, Bd. IV, Bl. 14ff.

² Ebenda, Bd. I, Bl. 515ff.

Boris Sludzki: „Die Kölnische Grube“

Spurensuche: Ein unbekanntes Kriegsgefangenen-/Zwangsarbeiterlager

„Wir lagen, siebenzigtausend Gefangene, im Grund einer riesigen Steilschlucht lungernd, wortlos Verlangende, trotzig Bangende, in einer Grube bei Köln verhungierend.

Da droben am Rand ist ein Platz hingeflacht; der senkt eine schräge Rampe ins Loch. Da wird, täglich einmal, ein Schindgaul gebracht Und heruntergeworfen, lebendig noch.

Und wie der Gaul in die Tiefe poltert, und wie wir ihn teilen und wie wir da knabbern, und wie uns vor Fressgier die Zähne klappern – o Bürger von Köln, ob die Schmach euch nicht foltert!

O Bürger von Köln, ja wie fügte sich das? Wo wart ihr Nüchternen, Redlichgewillten, als grün wie Gras, nein, grün wie Aas im kölnischen Loch wir vor Hunger brüllten?

Mit Nägeln und Schlägeln, mit Messer und Schabstift gruben in Stein wir die eigene Grabschrift: Genosse Soldat!

Mach halt hier am Rand. Hier bleichen unsre Gebeine im Sand. Wir waren siebenzigtausend Gefangene. Wir fielen bei Köln für das Vaterland! Sie wollten uns werben, sie wollten uns kaufen, wir sollten zum Brotbeutel überlaufen. Sie sangen von Wein und von Weibern: ‚Komm mit!‘

Doch die Unsern flüsterten:

‚Nicht einen Schritt!‘

Genau lest die Aufschrift auf unserm Grabe! Wir dürfen an Pflicht und Nachruhm glauben! Hat einer zu leiden nicht mehr die Gabe, so wird die Partei ihm den Freitod erlauben.

Die ihr unser Herz, Bewusstsein, Gewissen Habt kaufen gewollt für ein Linsengericht – Seht her, wie das Fleisch wir vom Handteller bissen Und dann unser Leben zerbrachen aus Pflicht!

Wir graben mit Nägeln und Krallen, wir graben. Wir heulen wie Tiere aus rauher Kehle. Und alles bleibt, wie es war:

Sie haben ihr Linsengericht und wir unsre Seele.“

(Boris Sludzki, *Die Kölnische Grube*, 1944)

Im November 2006 Zeit fragte mich René Senenko von der Hamburger Willi-Bredel-Literaturgesellschaft/ Geschichtswerkstatt während eines Gedankenaustausches, ob mir das Gedicht des sowjetischen Dichters Boris Sludzki „Die kölnische Grube“ bekannt sei. Ich hatte noch nie davon gehört, wurde neugierig, ließ mir berichten. Schließlich übermittelte mir René Senenko äußerst informative Schriftstücke aus dem Nachlass seines Vaters Dr. Heinz Senenko aus Sebnitz in Sachsen, und ich erfuhr den historischen Hintergrund des Gedichtes. Bei diesem Dokument handelte sich um einen sehr persönlich abgefassten Brief des Literaturwissenschaftlers Professor Dr. Jirí Franěk aus

Prag/Tschechien vom Jahre 1993 an René Senenkos Vater.

Jirí Franěk gehörte zum kommunistischen Widerstand in Auschwitz. Er wurde in die tausend Mann starke Gruppe der tschechoslowakischen Juden eingereiht, die von den Nazis nach Deutschland deportiert wurden. Die Häftlinge sollten zur Wiederherstellung des durch alliierte Bomber zerstörten Synthesewerks Schwarzheide (es produzierte Benzin aus Braunkohle) nördlich von Dresden eingesetzt werden. Nur, weil er bei einem weiteren Angriff der Alliierten auf die Fabrik von einer Bombe getroffen und schwer verletzt wurde, entging Jirí Franěk dem Todesmarsch, den er gemeinsam mit anderen Häftlingen im April 1945 noch antreten sollte.

Die Verletzten, kranken und erschöpften Häftlinge, darunter Jirí Franěk, wurden mit zwei Bussen von Schwarzheide aus in das Außenlager Sachsenhausen überstellt mit dem Ziel der unverzüglichen Vernichtung in der Gaskammer. Die Betroffenen waren darüber nicht unterrichtet. Jirí Franěk: „Als ein SS-Mann kam und uns zu verstehen gab, ‚es gibt kein Gas mehr, Ihr könnt gehen‘, sind wir gegangen. Wir fanden keinen Platz im Lager, um wenigstens schlafen zu können, haben nichts zu Essen bekommen und selbstverständlich auch keine ärztliche Versorgung. Gott sei Dank dauerte es nicht mehr lange, denn ‚die Russen‘ näherten sich Sachsenhausen sehr schnell. Wieder wurde ein Todesmarsch vorbereitet. Ich konnte wegen meiner Verletzung nicht auf Transport gehen. Die Verbliebenen sollten erschossen werden. Doch auf einmal waren die Russen schon ganz in der Nähe und die SS innerhalb weniger Minuten verschwunden. So bin ich zum zweiten Mal dem Tod ausgewichen“.

Der Pädagoge Dr. Heinz Senenko hatte in den siebziger und achtziger Jahren gemeinsam mit seinen Schülern Forschungsarbeiten zum Todesmarsch nach Theresienstadt durchgeführt. Dadurch war der Kontakt mit dem Literaturwissenschaftler Jirí Franěk und anderen Überlebenden aus der damaligen CSSR entstanden. Der heute Fünfundachtzigjährige gehörte bis vor kurzem dem Vorstand der Vereinigung der überlebenden Schwarzheide-Häftlinge an.

Im Brief an Dr. Heinz Senenko ist u. a. nachzulesen, dass Franěk bereits während eines Deutschlandaufenthalts Mitte der sechziger Jahre um Aufklärung zum Sludzki-Gedicht „Die Kölnische Grube“ bemüht war. Der Literaturwissenschaftler kam 1968 aus Prag. Er arbeitete insgesamt vier Jahre an den Uni-

versitäten in Bochum, Göttingen und Tübingen als Lektor, Gastdozent und Gastprofessor. Die Aussagen im Gedicht Sludzkis fanden zwar Interesse in den Hörsälen, doch die Authentizität blieb spekulativ. Franěks Bemühungen, auf dem Schriftwege durch Kölner Slawisten, die Stadtverwaltung Köln und zuständige NS-Dokumentationsstätten im Raum Nordrhein-Westfalens Klärung zu erreichen, blieben erfolglos.

„Als ich die ‚Kölner Grube‘ suchte,“ so der Literaturwissenschaftler, „habe ich die Stadt Köln, ich glaube es war die Kulturabteilung, gefragt. Diese hat auch bei den anderen Teilen des Magistrats, oder wie es damals hieß, nach Auskunft gesucht. Besonders dieses Stadtamt war sich sicher, dass es sich nicht um Köln handelt. Vielleicht könnte die Korrespondenz dort noch existieren? Es wurden unterschiedliche Theorien erwogen, z. B. dass möglicherweise ein Dorf oder ein Ort mit dem Namen Köln o. ä. existiert. Ich habe auch den Kontakt mit der tschechischen Stadtverwaltung gesucht. Köln heißt tschechisch Kolin, und es existiert auch eine tschechische Stadt Kolin. Aber dieser Weg hat sich als ganz falsch gezeigt. Man kann auch damit spekulieren, dass im Russischen ‚Kjol´skij‘ und ‚Umanskij‘ evtl. ähnlich sind.“

Man müsste auch die Handschrift Sludzkis nachvollziehen können, denn es wäre möglich, dass in seiner Schrift ‚Uman´skaja‘ und ‚Kjol´nskaja‘ ähnlich aussehen und er sich geirrt hat. Ich versuchte es, aber bei mir waren ‚Uman´skaja‘ und ‚Kjol´nskaja‘ nicht identisch, was aber nichts bedeutet.“

Jirí Franěk erfuhr also, dass die historischen Abläufe in Deutschland nach 1945 nicht dokumentiert wurden und ein Zwangsarbeiterlager in oder um Köln unter der Bezeichnung „Kölnische Grube“ nicht existent war. Wie dem obigen Wortlaut Franěk zu entnehmen ist, entstand somit die Vermutung, dass es sich möglicherweise um eine „literarische Fiktion“ des Dichters gehandelt haben könnte.

Boris Sludzki gab uns mit den Aussagen in seinem Gedicht so große Rätsel auf, dass Diskussionen entstanden sind, vor allem aber der Wunsch nach Aufklärung.

Ich entschloss mich zu ermitteln.

Meine Recherchen führten mich zunächst in den nordrhein-westfälischen Raum. Ich erfuhr von Ulrich Sander, Landessprecher der VVN-BdA Nordrhein-Westfalen in Dortmund und Mathias Wagner in Lüdenscheid, dass nachweislich in und bei Köln zwar

Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlager existierten, aber weder eine so überdimensional große Anzahl von Gefangenen noch gab es die Bezeichnung „Kölnische Grube“. Es sollen jedoch besonders in den letzten Kriegsmonaten viele kölnische Zwangsarbeiter in das Arbeitererziehungslager Hundswinkel bei Lüdenscheid zum Einsatz gekommen sein. Sie arbeiteten am Bau eines Staudammes zur Süßwassergewinnung. Allerdings waren es keine 70.000 Russen, aber doch eine beträchtliche Anzahl von Menschen.

Die in Nordrhein-Westfalen eingeholten Auskünfte lagen so greifbar nahe, dass ich mich bereits dicht am Ziel meiner Spurensuche wähnte, mich dann aber doch irrte.

Ein weiterer Kontakt führte mich zu MEMORIAL Deutschland e. V. in Berlin. Von Dr. Vera Ammer erfuhr ich eine völlig andere, aber sehr konkrete Version, die hier auszugsweise wiedergegeben sei:

„Das Gedicht von Sludzki beruht auf dem Bericht eines Partisanen, der in Kriegsgefangenschaft geraten war und überlebt hatte (vielleicht geflohen war) Zwei Zeilen aus dem Gedicht (auch die Zahl 70.000) entstammen offenbar diesem Bericht. Aron Shneer (Historiker, geb. in Riga, lebt in Jerusalem, arbeitet in Yad Vashem) zufolge hat es die „Kölner Grube“ in Wirklichkeit nicht gegeben. Shneer verweist auf das Kriegsgefangenenlager in Uman/Ukraine (die „Umaner Grube“), wo über 100.000 sowjetische Kriegsgefangene ums Leben kamen.“

Mir liegt das Gedicht auch auf Russisch vor – die Übersetzung ist korrekt, es heißt tatsächlich „Kölner Grube“, und im Weiteren werden die Kölner Bürger direkt angesprochen. Ich nehme an, dass Sludzki verschiedene Berichte versatzstückartig kombiniert hat“.

So kam mir der Gedanke, unmittelbar bei Professor Dr. Aron Shneer in Yad Vashem/Jerusalem nachzuforschen. Seine aufgeschlossene Reaktion brachte Klärung und somit das Ende meiner Recherchen und aller Spekulationen.

Professor Shneers Antwortbrief soll hier vollständig wiedergegeben werden:

„Sehr geehrte Frau Kramer, es ist nicht klar, wie der Begriff ‚Umaner Grube‘ entstand, aber ganz sicher ist die Tatsache, dass es sich sehr schnell in der ganzen Umgebung verbreitete, und nicht nur in den daneben liegenden Doerfern und Staedten, sondern auch die Frontlinie ueberschritt: Die ‚Umaner Grube‘ war ein riesiger Canjon mit steilen Wänden von 5 bis 15 m hoch, die einst Tonerde fuer das Ziegelwerk foerderte.“

Gerade in dieser Grube wurde das KZ Stalag No. 349 gegruendet, wo die sowjetischen Kriegsgefangenen, die Ende Juli – Anfang August 1941 in der Naeh des Waldes ‚Zelonja Brama‘ bei dem Dorf Podwisokojo gefangen und unter unmenschlichen Bedingungen eingesperrt wurden.

Einer der Haeftlinge des Lagers, Avraham Fradkin, der Anfang August 1941 in Gefangenschaft geriet, erinnert sich: ‚... am Stadtrande von Uman – eine große Grube, mit vielen Menschen ... Laeusen, Schmutz und am schlimmsten – Hunger ...‘. Es kamen taeglich im Lager ca. 400 Menschen ums Leben. In meinem Buch „Plen“ (Gefangenschaft), 1. Band, Seiten 280–290) bringe ich die Erinnerungen von Yaakow Talis, der im Stab der 12. Armee als politischer Instrukteur (Politruk) eingesetzt und der Haeftling des Lagers war:

‚In der Naeh von Uman haben die Faschisten uns gefangen. Viele von uns nahmen sich das Leben. Ich versuchte auch Selbstmord zu begehen, aber da ich verwundet war, konnte ich meine rechte Hand nicht richtig bewegen, um aus der Pistole zu schießen. Man hat uns in die Umaner Grube geworfen, wo es schon Tausende von Menschen gab. Von dort wurden diejenigen, die Kraefte hatten, zur Arbeit geschickt, die Verwundeten sind am Ort erschossen worden. Es gab kein Essen. Man hat die Pferde gegessen ...

Ich hatte mich entschlossen, mit zwei anderen Offizieren zu fliehen. Schaikinow wurde erschossen, aber mir und Malikow ist es gelungen, die Grube zu verlassen und wegzulaufen ...‘

Das Lager existierte bis zum 7. März 1944. Nach dem Zeugnis des ehemaligen Haeftlings A. Pisatschkin gab es im Lager zur Zeit der Evakuierung etwa 8.000 Menschen. Nach verschiedenen Angaben befanden sich im Lager von 35–100tausend Gefangene.

Beachten Sie die Tatsache, dass das Gedicht von Sludzki im Jahre 1944 geschrieben wurde. Genau wann – kann ich nicht sagen, aber ich denke nach März 1944, d. h. nach der Befreiung von Uman (am 10. März 1944). Damals gab es Moeglichkeiten, sich mit ehemaligen Haeftlingen des Lagers zu treffen, es erschienen die ersten Publikationen in den Sowjetzeitungen. Ich empfehle Ihnen, Ihre Aufmerksamkeit der Zeitung ‚Krasnaya Zvezda‘ zu schenken. Kann sein, dass Sludzki selbst sich mit einem ehemaligen Haeftling getroffen hat. Moeglich waere, dass er sich auch mit E. Dolmatowski – dem Dichter, der in der ‚Umaner Grube‘ als Haeftling war und

dem es gelang von dort zu fliehen, getroffen hatte. Dolmatowski selbst ist auf dieses Thema erst in den Achtzigern zurueckgekommen, als er ein Buch ‚Zeljonaja Brama‘ veroeffentlicht hat. In seinem Buch beschreibt er einen der ersten Kaempfe des Krieges. Es gibt im Buch auch eine Erinnerung ueber die ‚Umaner Grube‘.

Sie koennen dort eine Szene mit dem Pferd finden, die der Beschreibung der oben genannten Erinnerung von Talis entspricht. Solche Faelle gab es hauufig in den Lagern fuer sowjetische Kriegsgefangene. Ich bringe in meinem Buch Tatsachen ueber Leichenessen und Kannibalismus in dem Lager. Diese Tatsachen sind auch in der deutschsprachigen Fachliteratur zu finden.

Einige Zeilen aus meinem Buch ‚Iz NKVD v SS i obratno‘ (aus KWD in SS und zurueck, Seiten 70–71). Das sind Gespraech mit einem sowjetischen Spion, der sieben Jahre in der SS gedient hat. Mein Held ist Alexander Petrowitsch (A. P.), ich (A. S.):

‚A. P. Hier z. B. ‚Umaner Grube‘. Schmutz, Regen, kein Obdach, Stacheldraht, kein Essen. Der Mensch, von Hunger besessen, wirft sich auf Stacheldraht. Was soll der deutsche Waechter tun, er schießt. A. S. Warum gab man kein Essen?

A. P. Woher konnte man das bringen?

A. S. Man konnte doch mit Lebensmitteln versorgen. Außerdem hat die lokale Bevoelkerung ihre Lebensmittel gegeben, die ihnen von den Deutschen abgenommen wurden. Die Gefangenen bekamen aber nichts davon.

A. P. Ich kann Ihnen versichern, dass es in ‚Umaner Grube‘ solche Faelle nicht gab.

A. S. Doch, es gab. Auch in anderen Orten. Die Menschen, wenn sie hungrig sind, koennen zu Kannibalen werden.‘
Kommentar 10. Schon im Herbst 1941 gab es Kannibalismusfaelle in den Lagern von Bobrujsk, Brjansk, Gomel, Rezekne, Salaspils, Osrow-Mazowiecki und anderen:

I. Getman. – Audioaufnahme mit dem Autor vom 26.6.1993. – Archiv von Yad Vashem, O.3/6896, M.33/479, Seiten 7,35,39,43; M.33/480, Seite 18,20,21.

Die Beschreibung des Hungers im Lager Molodetschno gab in seinen Zeugnissen am 1.4.1945 waehrend der Untersuchung der Leiter der Lagerpolizei – P. Krasnoperkin: ‚Die Menschen sind total abgemagert, das Lager selbst war ein riesiger Friedhof, wo alle Gestorbenen ‚auferstehen sind‘. Die Menschen litten furchtbar unter Hunger und Durst. Die Hungerschwaechen hat aus den Menschen Schatten gemacht. Der Hunger

machte die Menschen verrueckt, sie nahmen sich das Leben. Sehr oft hat man die Kannibalen den Deutschen uebergeben, die sie vor der Erschießung fotografierten. Spaeter nutzte man diese Fotos fuer Propagandaziele aus, um die Sowjetgefangenen als ‚Untermenschen‘ zu zeigen. – A. Schneer. ‚Plen‘ (Gefangenschaft). Jerusalem, 2003, Seite 190. Man muss nicht vergessen, dass die Sowjetliteratur eine wichtige ideologische Waffe war, die als Propagandamittel gegen den Feind in der Erziehung eine große Rolle spielte. Deswegen sind die Werke wie z. B. ‚Nauka nenawisti‘ (Wissenschaft des Hasses) von A. Tolstoj, ‚Ubej nemza‘ (Morde den Deutschen) von K. Simonow, Artikel von Ehrenburg, veroeffentlicht worden. Ich glaube nicht, dass solche Literaturwerke immer nach Vorschrift geschrieben wurden, aber sie zeigen die Position des Autors. Darum sehe ich die Umsetzung der tragischen Geschichte nach Deutschland als ganz natürlich. Außerdem darf man nicht vergessen, dass die Sowjetunion um diese Zeit ihre Invasion nach Deutschland vorbereitete und die negative Beschreibung eines Deutschen als Barbaren ganz stark unterstuetzt wurde.

Man kann ahnen, dass Sludzki direkt ueber ‚Umaner Grube‘ schreiben wollte, aber die Zensur hat ihm das nicht erlaubt.

Ich wuerde mich sehr freuen, wenn meine Bemerkungen Ihnen in Ihrer Arbeit helfen werden.

Mit freundlichen Gruessen

Dr. Aharon Schneer“

Quellen:

© Boris Sludzki: „Kjol‘naskaja jama“. (Deutsche Übersetzung: „Die kölnische Grube“ von Hugo Huppert). Aus: „Solange es dich, mein Russland, gibt“. Russische Lyrik von Puschkin bis Jewtuschenko, Herausgegeben von Roland Opitz, Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig, 1960, 2. Auflage 1961.

© René Senenko, Hamburg. Schriftstücke aus dem Nachlass seines Vaters Dr. Heinz Senenko.

© Professor Dr. Jirí Franěk, Prag/Tschechien, Literaturwissenschaftler.

© MEMORIAL Deutschland e.V., Mitglied des Internationalen MEMORIAL (Sitz: Moskau)

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, www.memorial.de, www.memo.ru

Publikationen zu diesem Thema (allgemein, nicht speziell zum Raum Köln):

Bonwetsch, Bernd: Die sowjetischen Kriegsgefangenen zwischen Stalin und Hitler. In: Zeitschrift für Geschichts-

wissenschaft 41. Jg., H. 2, Berlin 1993, S. 135–142.

Keller, Rolf, und Otto, Reinhard: Das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen und die Wehrmachtbürokratie. Unterlagen zur Registrierung der sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945 in deutschen und russischen Institutionen. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 57. Jg., H. 1, München/Wien 1998.

Kriegsgefangene/Wojennoplennyje. Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland – Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion. Hg. Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf: Droste Verlag 1995.

Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956. Hg. Klaus-Dieter Müller, Konstantin Nikischkin, Günther Wagenlehner. Köln – Weimar: Böhlau 1998, S. 291ff.

Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945. Bonn: Dietz Verlag 1991, Neuausgabe, Bonn 1997.

Osterloh, Jörg: Sowjetische Kriegsgefangene 1941–1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen (Berichte und Studien, 3). Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung 1995.

Osterloh, Jörg: Verdrängt, Vergessen, Verleugnet. Die Geschichte der sowjetischen Kriegsgefangenen in der historischen Forschung in der Bundesrepublik und der DDR. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 47. Jg., H. 10, Seelze 1996, S. 608–619.

Otto, Reinhard: Lager für sowjetische Kriegsgefangene in Westfalen (1941–1945). In: Jahrbuch des Vereins für Orts- und Heimatkunde in der Grafenschaft Mark, 1993, S. 155–185.

Otto, Reinhard: Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42. München: Oldenbourg 1998.

Anhang 1:

Boris Abramovitsch Sludzki

Eine kurze Biografie des Autors des Gedichts „Die kölnische Grube“ von 1944

Boris Abramovitsch Sludzki wird am am 7.5.1919 in Slavjansk/Donbass geboren.

Nach dem Schulbesuch in Char'kov übersiedelt er 1937 nach Moskau, um am Moskauer Juristischen Institut ein Jurastudium zu beginnen, das er jedoch bald abbricht, um zum Gorkij-Literaturinstitut überzuwechseln. 1941 schließt

er hier das Studium der Literaturwissenschaften ab. Bereits 1941 werden seine ersten Gedichtzyklen veröffentlicht.

Boris Sludzkis Teilnahme als Kriegsfreiwilliger im Juni 1941 hat eine schwere Verwundung zur Folge. Nach seiner Genesung wird er als Politruk (politischer Leiter) in der Armee eingesetzt. 1943 tritt er in die Partei ein.

Seine Lyrik wird häufig von Erinnerungen an den Krieg bestimmt, er bezieht u. a. auch jüdische Themen ein. In einigen Gedichten äußert er (noch vor dem XX. Parteitag) deutliche Kritik an Stalin. Auf Sludzkis Teilnahme an der Hetzkampagne gegen Pasternak (im Zusammenhang mit dem „Doktor Schiwago“) reagieren viele schockiert, so dass sich zumindest zeitweise etliche seiner Freunde von ihm abwenden. Diesen Schritt hat sich Boris Sludzki später selbst nie verzeihen können.

Seit 1953 erscheinen seine Gedichte vor allem in Zeitschriften, ferner mehrere Gedichtbände, 1955 macht Ilja Ehrenburg in einem Artikel auf Sludzki aufmerksam. Zahlreiche seiner Werke werden allerdings zu seinen Lebzeiten in der Sowjetunion nicht publiziert. Sludzki übersetzt Lyrik aus dem Polnischen, Deutschen und Englischen (Vgl. Russische Lyrik, Gedichte aus drei Jahrhunderten. Ausgewählt und eingeleitet von Efim Etkind. München.

Boris Sludzki stirbt am 22. Februar 1986 in Tula.

Mit freundlicher Genehmigung von Frau Dr. Vera Ammer, MEMORIAL Deutschland e.V., Mitglied des Internationalen MEMORIAL (Sitz: Moskau), Berlin. Vgl. auch:

„Solang es dich, mein Russland, gibt“. Russische Lyrik von Puschkin bis Jewtuschenko, Herausgegeben von Roland Opitz, Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig, 1960, 2. Auflage 1961

Anhang 2:

Der Todesmarsch Schwarzheide – Theresienstadt 1945 – Daten

Zusammengestellt von der Gruppe Grenzlos, www.Grenzlos.info

- Ausgangsort: Außenlager Schwarzheide des KZ Sachsenhausen – 50 km nördlich von Dresden an der Autobahn Dresden-Berlin gelegen.

Häftlinge arbeiteten (neben Kriegsgefangenen und Ostarbeitern) für die BRABAG, die Braunkohlen- und Benzin AG (heute BASF), welche für die Rüstung synthetisches Benzin, Parafin, Briketts u. a. produzierte. Nach der Bombardierung der Brabag durch die Alliierten wurden zur Wiederherstellung des Werks Häftlinge angefordert. 1000 Häftlinge

kamen am 3.7.1944 aus dem KZ Auschwitz an und wurden in 10 Baracken untergebracht.

- Am 23.3.45 Transport von 300 Häftlingen von Schwarzheide über Ruhland ins Vernichtungslager Bergen-Belsen (kein Bezug zum hier genannten Todesmarsch).

- Von den einst 1.000 Häftlingen hatten bis zu Beginn der Evakuierung des Lagers im April 1945 mehr als 600 überlebt. Sie wurden vom 18. April bis zur Nacht vom 7./8. Mai 1945 auf den Todesmarsch geschickt. 325 von ihnen haben die Freiheit erlebt. Ein Großteil der 1.000 Häftlinge waren Tschechoslowaken jüdischer Herkunft; ihr Leidensweg war stets der gleiche: Nach der Besetzung der CSR durch Hitler Deportation nach Theresienstadt, von dort nach Auschwitz; von dort Rückruf als Arbeitskräfte nach Schwarzheide (Außenlager des KZ Sachsenhausen)

- Stationen der Todeskolonne (G = heutige Gedenktafel/n bzw. Gedenkstätte/n zum beschriebenen Todesmarsch):

Deutschland: Schwarzheide (2x G), Ruhland, Bernsdorf, Schwepnitz, Kamenz (G), Bischofswerda (G), Oberottendorf/Berthelsdorf (G), Neustadt/Sachsen (G), Langburkersdorf (G), Abzweig Rugiswalde (G), Sebnitz (G), Hertigswalde (G), Saupsdorf (5x G) und Hinterhermsdorf (3x G)

Tschechien (damals Sudetengau): Khaatal (2x G), Kreibitz/Chřibská (G), Varnsdorf/Varnsdorf (G)

Am 5.5.1945 in Varnsdorf Trennung der Kolonne in „arische“ und „nichtarische“ Häftlinge. Erstere gelangten zu Fuß über Haida/Nový Bor bis Langenau/Skalice in die Freiheit, während die jüdischen Häftlinge in Kohlewaggons über Böhmisches Leipa/Ceská Lípa (G) nach Leitmeritz/Litoměřice gebracht wurden, wo am 8.5. die Wachmannschaft floh und die Häftlinge noch am 8.5. das befreite Theresienstadt erreichten.

Nach 1945:

- Errichtung von Gedenktafeln und -stätten seit 1946 auf dem Gebiet der CSR bzw. CSSR im Khaatal/Kyjovské údolí, in Chřibská, Varnsdorf und Česká Lípa.

- In der DDR Erforschung dieses Todesmarschs seit den 70er Jahren durch die AG Junge Historiker unter Ltg. von Dr. Heinz Senenko (2005 verstorben); Errichtung von Gedenktafeln für die Todesmarschopfer in den 80er Jahren.

- im Juli 2005 Unterschutzstellung der auf sächsischem Territorium befindlichen „Gedenkmonumente zum Todesmarsch“ in ihrer Gesamtheit durch das

Landesamt für Denkmalschutz gemäß § 2 Sächsisches Denkmalschutzgesetz (SächsDSchG). Diese Denkmalschutzmaßnahme betrifft 16 Tafeln und Steilen zum beschriebenen Todesmarsch auf sächsischem Gebiet, davon 14 allein in und um Sebnitz. Über Sachsen hinaus gibt es Tafeln in Schwarzheide (Land Brandenburg) und auf dem Gebiet der Tschechischen Republik. Insgesamt zählt die Todesmarsch-Strecke vom Ausgangspunkt in Schwarzheide bis Česká Lípa (Böhmisch Leipa) heute 22 Steine und Gedenkstätten.

- Literatur (chronologisch nach Erscheinungsjahr):

Kantor, Alfred: Das Buch des Alfred Kantor. Wien, München 1972. Das englischsprachige Orig. erschien 1971 in New York. Alfred Kantor (1923–2003), jüdischer Tscheche aus Prag, war Häftling des oben skizzierten Todesmarschs und

fertigte nach dem Krieg auf 127 Blättern ausdrucksstarke, kommentierte Zeichnungen (meist beidseitig) zu seinem Leidensweg von Auschwitz (Dez.1941) bis zu seiner Befreiung (Mai 1945) an. Zahlreiche Nachauflagen; antiquarisch über Internet leicht erhältlich.

Senenko, Heinz u.a.: Dem Schweigen entrissen, Konferenzbericht [der AG-Mitglieder über ihre Forschungsergebnisse zum Todesmarsch], Sebnitz 1980, 42 S., ill. – vergriffen.

Senenko, Heinz u.a.: Laßt die Glut nicht verlöschen. Sebnitz 1984, 54 S., ill. – Biografische Berichte der AG-Mitglieder über einzelne Überlebende; mit Chronologie des Marschs. Vergriffen.

Pulda, Heinz: Das Außenlager Schwarzheide des KZ Sachsenhausen. Schwarzheide 1984, 28 S., ill. – vergriffen.

Stránský, Pavel: Als Boten der Opfer. Prag 2002, S. 84, ill. Darin das Kapi-

tel „Erinnerungen an den Todesmarsch“ (S. 43ff) – nur beim Autor erhältlich.

Näser, Ute & Dietmar: Dokumentation des Lehrpfads ‚Dem Schweigen entrissen‘- Gedenkstätten, Tafeln, Grabstätten der Todeskolonne von Schwarzheide nach Theresienstadt. Rugiswalde 2005, 34 S., ill. – Fotodokumentation der Todesmarsch-Gedenktafeln, erhältlich für 3 Euro bei der Gruppe Grenzlos

Kral, Friedrich (Bedřich): Hungermarsch. Prag 2005, 96 S., ill. – Tagebuchartige Nachkriegsaufzeichnung des deutschsprachig-jüdischen Tschechoslowaken und Schwarzheider Todesmarsch-Häftlings B. Kral für den Zeitraum August 1938 bis Mai 1945. Dieses Büchlein ist in Tschechisch, Englisch und Deutsch erschienen. Erhältlich für 3 Euro bei der Gruppe Grenzenlos.

Heide Kramer

Redaktionelle Vorbemerkung

Die beiden folgenden Beiträge befassen sich mit einem erschütternden Kapitel aus der Geschichte des deutschen Faschismus, einer „Vergangenheit, die nicht vergehen will“, wie es Jürgen Habermas vor mehr als zwanzig Jahren formulierte. Sein Diktum gilt, so scheint es, unverändert.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hatte in einer Anfrage Auskunft vom Verteidigungsminister darüber verlangt, in welcher Weise das Treffen des „Kameradenkreises“ ehemaliger Angehöriger der Gebirgsjäger, darunter auch solcher der Nazi-Wehrmacht, zu Pfingsten 2007 von der Bundeswehr logistisch, ideell und finanziell unterstützt werde. Die darauf erteilten Antworten sprechen für sich selbst: Von einer angemessenen Ehrung der nach Tausenden zählenden Opfer der Gebirgsjäger im okkupierten Griechenland bei diesen jährlich durchgeführten Versammlungen kann keine Rede sein. Stattdessen lässt sich der Eindruck einer gewissen gesinnungsmäßigen Kontinuität der Gebirgsjäger, vom „Dritten Reich“ bis in die Gegenwart hineinreichend, nicht aus der Welt schaffen.

Das Bundesverteidigungsministerium antwortet auf entsprechende Fragestellungen der LINKEN in unangemessen

knapper Form, gibt sich immer wieder ahnungslos, verweist auf Publikationen, flüchtet sich in allgemeine, nichts sagende Redensarten und verweist schlecht gelaunt auf Antworten zu früher schon eingebrachten Anfragen. Von Empathie mit den zahlreichen Opfern der Gebirgsjäger-Einheiten, darunter Frauen und Kinder, ist in dieser skandalösen Antwort des übrigens selbst zum Kameradenkreis der Gebirgsjäger gehörenden Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Schmidt keine Spur zu entdecken.

Worum es beim Einsatz der Gebirgsjäger ging, als sie im besetzten Griechenland ihre blutigen Verbrechen begingen, wird aus dem Artikel von Dr. Martin Seckendorf ersichtlich. Der durch zahlreiche wissenschaftliche Publikationen ausgewiesene Faschismusforscher¹ zeichnet nach, wie der deutsche Faschismus auch in Griechenland sein mörderisches Potenzial exekutierte.

Die VVN-BdA und der Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege sind seit langem mit großem Engagement dabei, die Öffentlichkeit über die damals begangenen Kriegsverbrechen, aber auch über deren Leugnung oder Verharmlosung in der Gegenwart, eingehend zu informieren.

Bei Gelegenheit der „Kameradentreffen“ schaffen sie durch Demonstrationen eine höchst notwendige Gegenöffentlichkeit.

Der „Rundbrief“ wird sich auch in seinen nächsten Ausgaben der verbrecherischen Politik des deutschen Faschismus gegenüber den Völkern Europas widmen.

R. Z.

¹ Vgl z.B. Martin Seckendorf, Das Wunschprogramm der IG Farbenindustrie AG zur wirtschaftlichen „Neuordnung“ in Jugoslawien und Griechenland vom 4. Juni 1941, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, Nr. 3–4/1987, S. 5ff.; derselbe, Hrsg., Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn 1941–1945, Berlin u. Heidelberg 1992 (=Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus 1938–1945, Bd. 6); derselbe, Nach dem Endsieg. Deutsche Nachkriegsplanungen für Griechenland 1940/41, in: Werner Röhr u. Brigitte Berlekamp, Hrsg., „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992–1996, Berlin 1996, S. 47ff.; derselbe, Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag – Zentralstelle der Großwirtschaft zur Durchdringung Südosteuropas, in: Werner Röhr, Brigitte Berlekamp u. Karl-Heinz Roth, Hrsg., Der Krieg vor dem Krieg. Politik und Ökonomie der „friedlichen“ Aggressionen Deutschlands 1938/39, Hamburg 2001, S. 118ff.; derselbe, Das Deutsche Auslands-Institut (DAI), 1917–1945. Eine Übersicht (2004), in: www.2i.westhost.com/bg/index.html.

Bundesregierung antwortet auf Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Treffen der Gebirgsjäger

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau, Sevim Dagdelen und der Fraktion DIE LINKE. Gedenkfeier des Kameradenkreises der Gebirgstruppe in Mittenwald, antifaschistische Proteste und die Haltung der Bundeswehr¹

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit 1952 veranstaltet der Kameradenkreis der Gebirgstruppe e.V. an Pfingsten eine Gedenkfeier auf dem Hohen Brendten nahe dem bayerischen Ort Mittenwald. Beim Veranstalter handelt es sich um einen Zusammenschluss von Soldaten der ehemaligen deutschen Gebirgstruppen, darunter sowohl Wehrmachts- als auch SS-Angehörige. Es sind aber auch zahlreiche aktive Bundeswehrsoldaten im Kameradenkreis organisiert.

An der Gedenkfeier nehmen unter anderem auch Angehörige der so genannten Ordensgemeinschaft der Ritterkruzträger teil, einer Vereinigung, gegen die aufgrund ihrer wehrmachtverherrlichenden Politik ein Kontaktverbot seitens der Bundeswehr ausgesprochen wurde. Dennoch ist die Bundeswehr ganz offiziell dort vertreten, unter anderem mit Kranzträgern, außerdem hält der Kommandeur der Karwendelkaserne Ansprachen.

Die Gedenkfeier selbst ist geprägt vom Gedenken an die gefallenen bzw. verstorbenen Gebirgssoldaten des Dritten Reiches. Die von diesen begangenen Kriegsverbrechen sind für den Kameradenkreis kein Thema – unbelastet von der verbrecherischen Geschichte der Gebirgstruppen pflegt er das Andenken an seine „Kameraden“. Bei dem undifferenzierten Gedenken wird nicht unterschieden zwischen jenen, die Opfer von Kriegsverbrechen wurden, und jenen, die als Angehörige von Wehrmacht und SS eben diese Verbrechen begangen haben, es geht auch in keiner Weise um die Aufarbeitung der Geschichte. Die politische Orientierung des Kameradenkreises kommt deutlich in dem Umstand zum Ausdruck, dass er sich bis heute nicht von seinem mittlerweile verstorbenen früheren Ehrenvorsitzenden General Hubert Lanz distanziert hat, einem in Nürnberg verurteilten vieltausendfachen Mörder und Kriegsverbrecher.

Seit fünf Jahren gibt es gegen dieses Treffen Proteste, die vor allem vom Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) getragen werden. Diese führen parallel zum Treffen des Kameradenkreises eigene Veranstaltungen in Mittenwald durch. Dabei treten Historikerinnen und Historiker auf, die sich mit den Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger beschäftigen, sowie Angehörige des Widerstandes und Überlebende der faschistischen Massaker.

In diesem Spannungsfeld zwischen der Ehrung von an Kriegsverbrechen verurteilten Einheiten auf der einen, historischer Aufarbeitung auf der anderen Seite unterstützt die Bundeswehr nicht die antifaschistische Veranstaltung, sondern jene des Kameradenkreises. Auch in diesem Jahr will die Bundeswehr sowohl personelle als auch materielle Unterstützung gewähren. Während der Kameradenkreis für seine Veranstaltung das auf Bundeswehrgelände liegende Areal nutzen darf, wird dies dem Arbeitskreis Distomo verweigert, wie aus einem Schreiben des Kommandeurs der Mittenwalder Kaserne hervorgeht.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung teilt nicht die in der Vorbemerkung der Kleinen Anfrage erneut formulierte Behauptung, die alljährliche Gedenkfeier des Kameradenkreises der Gebirgstruppe (GebTr) e.V. diene „dem Gedenken an die gefallenen bzw. verstorbenen Gebirgssoldaten des Dritten Reiches“. Zum Charakter der Veranstaltung wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage, Bundestagsdrucksache 16/1623, vom 29. Mai 2006 verwiesen.

Die Bundesregierung tritt auch der Behauptung entgegen, die von Gebirgsjägern im Zweiten Weltkrieg begangenen Kriegsverbrechen seien für den Kameradenkreis „kein Thema“ und „unbelastet von der verbrecherischen Geschichte der Gebirgstruppen“ pflege er „das Andenken an seine Kameraden“. Richtig ist, dass auch von einzelnen Angehörigen und einzelnen Truppenteilen der Gebirgstruppe während des Zweiten Weltkriegs Kriegsverbrechen begangen

wurden. Hiervon hat sich der Kameradenkreis in der Vergangenheit eindeutig distanziert. Auf die Antwort zu Frage 10 der Kleinen Anfrage, Bundestagsdrucksache 16/1623, vom 29. Mai 2006 wird verwiesen.

Von einer verbrecherischen Geschichte der Gebirgstruppen zu sprechen, ist historisch falsch und angesichts der Geschichte der Gebirgstruppe der Bundeswehr als Teil der Parlamentsarmee in der Demokratie höchst unangemessen.

Das in der Vorbemerkung dargestellte Spannungsfeld existiert nicht, da es die unterstellte Dialektik zwischen der angeblichen „Ehrung von an Kriegsverbrechen verurteilten Einheiten auf der einen“ und „historische Aufarbeitung auf der anderen Seite“ nicht gibt. Zur historischen Aufarbeitung wird auf die Antwort zu Frage 2 der Kleinen Anfrage, Bundestagsdrucksache 16/1623, vom 29. Mai 2006 verwiesen.

Zur Bewertung der Ordensgemeinschaft der Ritterkruzträger und der von ihr durchgeführten Kranzniederlegung wird auf die Antwort zu Frage 24b der Kleinen Anfrage, Bundestagsdrucksache 16/1623, vom 29. Mai 2006 verwiesen.

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Kriegsverbrechen, die von Gebirgseinheiten des Dritten Reiches begangen wurden?

Hierzu wird auf die Antwort zu Frage 7 der Kleinen Anfrage, Bundestagsdrucksache 16/1623, vom 29. Mai 2006 verwiesen.

2. Warum hat die Bundesregierung die Kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 16/2525) zum Kameradenkreis ausgerechnet vom Parlamentarischen Staatssekretär Sch. Beantworten lassen, obwohl dieser Mitglied des Kameradenkreises ist und sich daher mutmaßlich in einem Interessenkonflikt befindet?

Die Beantwortung erfolgte sachgerecht und umfassend. Der unterstellte Interessenkonflikt ist konstruiert und tatsächlich nicht vorhanden. Der Kameradenkreis der GebTr e.V. bekennt sich in seiner politischen Grundeinstellung zu den Werten und Zielvorstellungen unserer verfassungsmäßigen Ordnung. Ein

parlamentarischer Staatssekretär antwortet nicht als Privatperson, sondern als parlamentarischer Vertreter eines Bundesministeriums.

3. Wird die Bundeswehr auch in diesem Jahr die Veranstaltung des Kameradenkreises unterstützen, obwohl die Gebirgseinheiten des Dritten Reiches an zahlreichen Kriegsverbrechen beteiligt waren?

Ja. Die mit der Frage verknüpfte Kausalität ist nicht gegeben.

4. Wenn Frage 3 bejaht wird: Welche konkreten Unterstützungsleistungen sind geplant?

a) Wieviele Soldaten sollen insgesamt zum Einsatz kommen?

Es werden 21 Soldaten aus dem Standort Mittenwald sowie das Gebirgsmusikkorps (GMK) mit 50 Soldaten eingesetzt.

b) Mit welchen konkreten Aufgaben sollen diese betraut werden?

11 Soldaten werden als Verkehrsposten, 4 Soldaten als Kranzträger, 4 Soldaten als Ehrenposten, ein Soldat als Kraftfahrer und ein Soldat als Beifahrer eingesetzt.

c) Welche Kosten entstehen dabei, und wer kommt für diese auf?

Eine Vorkalkulation in Höhe von 1.078,81 Euro wurde erstellt. Zur Begleichung der Kosten wurde ein Vertrag zwischen dem Kameradenkreis der GebTr e.V. und dem Bundeswehr-Dienstleistungszentrum (BwDLZ) Landsberg am Lech geschlossen. Die Kosten werden vom Kameradenkreis der GebTr e.V. getragen. Die Kosten für die Beschaffung eines Kranzes und die Kosten für den Einsatz des GMK wurden in der Vorkalkulation nicht berücksichtigt.

d) Welche materiellen Unterstützungsleistungen werden erbracht, welche Kosten entstehen dabei, und wer kommt für diese auf?

Es werden 1 LKW 5.0 t, 1 KOM (Bus), 4 VW-Busse, 8 Winkerkellen und 8 Warnwesten gestellt. Die Kosten trägt der Kameradenkreis der GebTr e.V. Die Kosten sind in dem Betrag von 1 078,81 Euro enthalten.

e) Welche weiteren Vergünstigungen werden dem Kameradenkreis gewährt? Es werden keine Vergünstigungen gewährt.

f) Werden im Vorfeld Unterstützungsleistungen für die Organisation und Vorbereitung (inklusive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) gewährt, und wenn ja, welche?

Es werden keine Unterstützungsleistungen im Vorfeld der Veranstaltung gewährt.

5. In welcher Form will sich die Bundeswehr in diesem Jahr selbst am Gedenken beteiligen?

Wie jedes Jahr werden Soldatinnen und Soldaten freiwillig an dem Feldgottesdienst zur Ehrung von Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft teilnehmen. Der Kommandeur der 10. Panzerdivision und der Kommandeur Gebirgsjägerbrigade 23 werden Kränze niederlegen.

6. Treffen Informationen der Fragesteller zu, dass in der Zeitschrift des Kameradenkreises des Öfteren Artikel von Presseoffizieren der Bundeswehr erscheinen, und wenn ja, warum?

Grundsätzlich werden interessierten Medien Informationen über die Bundeswehr, zum Beispiel in Form von Artikeln, zur Verfügung gestellt. Unter anderem werden auch der Zeitschrift des Kameradenkreises durch Dienststellen der Bundeswehr Artikel zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt, in denen aus dem Bereich der Gebirgstruppe beispielsweise die Themen Ausrüstung, Ausbildung, Beteiligung an Auslandseinsätzen oder Personalwechsel in Dienststellen der Gebirgstruppe abgebildet werden. Die Artikel wurden in Abhängigkeit von der Thematik auch durch die verantwortlichen Presseoffiziere der jeweiligen Dienststellen – meist vor Ort – erstellt oder durch sie an die Zeitschrift des Kameradenkreises übersandt.

7. Wird ein Vertreter bzw. Angehöriger der Bundeswehr wieder eine Ansprache halten? Wenn ja, wer? Beabsichtigt die Bundesregierung, diesem Vertreter Anweisungen zu erteilen, nicht eine allgemeine Beileidskundgebung für Täter wie Opfer, sondern eine entschiedene Verurteilung der von den Gebirgseinheiten begangenen faschistischen Kriegsverbrechen (falls eine solche Weisung nicht beabsichtigt ist, bitte begründen)?

Ja. Der Parlamentarische Staatssekretär Christian Schmidt wird ein Grußwort sprechen. Es ist seitens der Bundesregierung nicht beabsichtigt, dem Parlamentarischen Staatssekretär Christian Schmidt diesbezüglich Weisung zu erteilen. Zur Frage der Würdigung aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft wird auf die Vorbemerkungen zur Beantwortung der Kleinen Anfrage, Bundestagsdrucksache 16/1623, vom 29. Mai 2006 verwiesen.

8. Wie bewertet die Bundesregierung die Entscheidung des Kommandeurs der Karwendelkaserne, dem Arbeitskreis Distomo keinen Versammlungs-

ort für seinen antifaschistischen Protest auf dem Standortübungsplatz zu überlassen, wohl aber dem Kameradenkreis für seine Gedenkfeier?

Weder dem Arbeitskreis Distomo noch dem Kameradenkreis der GebTr e.V. wurde ein Versammlungsort auf dem Standortübungsplatz überlassen.

9. Wie wird der Zutritt zur Gedenkfeier geregelt?

a) Gibt es Einlasskontrollen bzw. Zutrittsbeschränkungen?

Entsprechende Regelungen obliegen dem Kameradenkreis der GebTr e.V. als Veranstalter.

b) Wer nimmt diese vor und nach welchen Kriterien?

Entsprechende Regelungen obliegen dem Kameradenkreis der GebTr e.V. als Veranstalter.

c) Prüft die Bundesregierung, ob der Kameradenkreis der Anforderung des Standortältesten nachkommt, die Veranstaltung beim Landratsamt anzumelden?

Der Kameradenkreis der GebTr e.V. hat die Veranstaltung als Gottesdienst angemeldet.

d) Warum ist der Kameradenkreis vom Standortältesten gebeten worden, die Auffahrt zum Gedenkort „strikt zu kontrollieren“, und was befugt den Kameradenkreis, solche exekutiven Befugnisse auszuüben?

Der Veranstaltungsort ist Privatgelände des Kameradenkreises der GebTr e.V. Die Auffahrt ist Bundeswehrgelände und wird dem Veranstalter zur Verfügung gestellt. Da das Parkverhalten einiger Veranstaltungsteilnehmer im letzten Jahr zu beanstanden war, hat der Standortälteste Mittenwald dem Kameradenkreis der GebTr e.V. in diesem Jahr die Auflage erteilt, den Personenkreis, der mit Fahrzeugen zum Veranstaltungsort fahren darf, zu begrenzen und die Einhaltung dieser Auflagen zu kontrollieren.

e) Was ist unter Kontrolle zu verstehen? Der Kameradenkreis der GebTr e.V. hat einige wenige Parkausweise ausgegeben, z. B. an den teilnehmenden Parlamentarischen Staatssekretär Schmidt und an den Kommandeur der 10. Panzerdivision. Der Veranstalter lässt nur Personen mit Kfz passieren, die über einen Parkausweis verfügen. Für Fußgänger gibt es von Seiten der Bundeswehr keine Beschränkungen. Über die vom Landratsamt für den Schutz der Veranstaltung erhobenen Beschränkungen liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

f) Beabsichtigt die Bundesregierung da-

für Sorge zu tragen, dass der Zugang zur Gedenkfeier nicht nur für die Sympathisanten des Kameradenkreises, sondern auch den Opfern der faschistischen Verbrechen gewährt wird, und wenn ja, wie?

Die Zugangsregelung ist Angelegenheit des Kameradenkreises der GebTr e.V. Er ist Veranstalter des Gedenkgottesdienstes für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Die Veranstaltung findet auf Privatgelände statt.

10. Ist das Kontaktverbot zur Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger noch in Kraft, und wenn ja, werden sich uniformierte Bundeswehrsoldaten dennoch auch in diesem Jahr neben Angehörigen der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger aufstellen oder gibt es Anweisungen, von diesen Abstand zu halten?

Ja. Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

11. Ist der Bundesregierung bekannt, dass sich an dem Treffen auch eine Abordnung der Veteranenvereinigung der ehemaligen Divisione Monterosa beteiligt, die eine von vier vom italienischen Diktator Mussolini aufgestellten Divisionen ist, ebenfalls Kriegsverbrechen begangen hat und deswegen vom offiziellen Alpini-Verband nicht aufgenommen wird.

a) Falls dies der Bundesregierung bekannt ist: Beabsichtigt sie, entsprechende Informationen einzuholen?

b) Falls dies der Bundesregierung bekannt ist: Welche Konsequenzen zieht sie, um den gemeinsamen Auftritt von Bundeswehr und in der Tradition der faschistischen „Italienischen Sozialen Republik“ stehenden Einheiten zu verhindern?

Nach hiesiger Kenntnis nehmen seit Jahrzehnten Angehörige der so genannten Division „Monterosa“ an der Gedenkfeier teil. Dies trifft auch für mehrere Alpini-Abordnungen zu, die einen Kranz niederlegen. Über das Verhältnis zwischen Alpini und der ehemaligen Division „Monterosa“ liegen derzeit keine Erkenntnisse vor.

12. Ist die fehlende Distanzierung des Kameradenkreises vom verurteilten faschistischen Kriegsverbrecher General Lanz aus Sicht der Bundesregierung deswegen nicht zu beanstanden, weil General Lanz sich in Griechenland um einen Waffenstillstand mit nationalistischen Widerstandsgruppen bemüht hat und mit mörderischer Gewalt gegen den kommunistischen Widerstand

vorgegangen ist, und wenn nein, wie ist dann zu verstehen, dass die Bundesregierung in ihrer Antwort auf Frage 6 aus Bundestagsdrucksache 16/1623 auf die genannten Bemühungen des Generals hingewiesen hat und dessen Rolle „sehr nuanciert“ bewertet?

Nein. Auf die Antwort zu Frage 6 der Kleinen Anfrage, Bundestagsdrucksache 16/1623, vom 29. Mai 2006 und auf die Antwort 12 zur Kleinen Anfrage, Bundestagsdrucksache 16/2525 vom 6. September 2007 wird verwiesen. Nur eine wissenschaftlich differenzierte Darstellung ist historisch sachgerecht.

13. Sind Informationen der Fragesteller zutreffend, dass sich auf dem Gelände der Karwendelkaserne ein Archiv des Kameradenkreises befindet, und wenn ja

a) welchen Bestand beinhaltet dieses Archiv?

b) Warum führt die Bundeswehr ein Archiv eines privaten Vereins, über dessen Haltung zu Wehrmacht und Faschismus sie nach eigenen Angaben keine Informationen einzuholen gedenkt (vgl. Bundestagsdrucksache 16/1623, Antwort zu Frage 5)?

c) Um welche Räumlichkeiten handelt es sich bei dem Archiv (bitte Anzahl der Räume und Größe in Quadratmetern angeben)?

d) Beahlt der Kameradenkreis Miete und Betriebskosten für die Überlassung der Räumlichkeiten, und wenn ja, wie viel?

e) Falls der Kameradenkreis keine Miete oder nur eine symbolische bezahlt: Warum gewährt die Bundeswehr dem Kameradenkreis eine solche Unterstützung?

f) Wie sind die Zutrittsregelungen zu dem Archiv?

g) Haben Nichtmitglieder des Kameradenkreises und Zivilistinnen und Zivilisten, beispielsweise Journalistinnen und Journalisten, Historikerinnen und Historiker sowie Studierende freien Zugang zum Archiv?

Der Kameradenkreis der GebTr e.V. unterhält in der Karwendelkaserne kein Archiv.

14. Welche Binnenwerbung innerhalb der Bundeswehr-Gebirgseinheiten führt die Bundeswehr, um über das Stattfinden des Gebirgssoldaten-Treffens zu informieren?

Keine.

15. In welcher Form werden die Angehörigen der Gebirgseinheiten darüber informiert, dass „ihr“ Traditionsver-

band einen faschistischen Kriegsverbrecher zum Ehrenpräsidenten hatte?

Bei dem Kameradenkreis der GebTr e.V. handelt es sich um einen eingetragenen Verein; er unterliegt nicht dem Einfluss der Bundeswehr. Es obliegt nicht der Bundeswehr, Soldaten über den Verein zu informieren.

16. In welcher Form werden die Angehörigen der Gebirgseinheiten der Bundeswehr darüber informiert, dass die Gebirgseinheiten des Dritten Reiches massenweise Kriegsverbrechen verübt haben?

a) In welcher Form geschieht dies am Beispiel des Massakers auf Kephallonia, wo im September 1943 rund 4000 Menschen von Gebirgseinheiten umgebracht wurden?

b) In welcher Form geschieht dies am Beispiel des Massakers in Kommeno, wo von der 12. Kompanie des Gebirgsjäger-Regiments 98 der 1. Gebirgsjägerdivision aus Mittenwald 317 Zivilistinnen und Zivilisten umgebracht wurden?

c) In welcher Form geschieht dies am Beispiel des Massakers von Lyngiarden, wo am 3. Oktober 1943 87 Zivilistinnen und Zivilisten von Angehörigen des Feldersatz-Bataillons 79 umgebracht wurden?

d) In welcher Form geschieht dies am Beispiel der zahlreichen weiteren Massaker (bitte jeweils detailliert erläutern)?

Die umfassende wissenschaftliche Erforschung des Zweiten Weltkriegs ist insbesondere von der Bundeswehr durch das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) geleistet worden. Dem MGFA kam dabei viele Jahre die „impulsgebende Rolle“ in der deutschen Geschichtswissenschaft zu. Die Ergebnisse wurden und werden publiziert. Hierzu wird insbesondere auf das international anerkannte Standardwerk „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ verwiesen, in dem alle nur denkbaren Aspekte sozial- und organisationsgeschichtlicher Provenienz dieses Krieges im Rahmen eines neuartigen Forschungsansatzes in ausgewogener Weise thematisiert werden. Darin wird auch deutlich, dass sowohl Einzelpersonen als auch einzelne Truppenteile der Wehrmacht an Kriegsverbrechen beteiligt waren.

Diese Ergebnisse der militärgeschichtlichen Forschung fließen auch in die militärgeschichtliche Unterrichtung an den Offizier- und Unteroffizierschulen ein. Den verantwortlichen Disziplinarvorgesetzten stehen Hilfen für die Unterrichtsgestaltung zu NS-Zeit und Wehr-

macht zur Verfügung, die sie im Rahmen der historischen und politischen Bildung in den Verbänden und Einheiten nutzen können. Die Medien der Truppeninformation greifen regelmäßig Themen mit Bezug zu historischen Fragestellungen auf. Im dargestellten Rahmen werden Kriegsverbrechen während des Zweiten Weltkriegs allgemein oder exemplarisch thematisiert. Damit stellt sich die Bundeswehr wie keine andere Berufs-

gruppe der historischen Verantwortung Deutschlands.

17. Werden die aktiven Angehörigen und Reservisten der Gebirgseinheiten der Bundeswehr ermuntert, die Veranstaltungen des Arbeitskreises Angreifbare Traditionspflege zu besuchen, um ihre Kenntnisse über Tradition und Geschichte der Gebirgseinheiten auszuweiten und dort ggf. jenen gegen-

überzustehen, die die Massaker der Gebirgseinheiten in den 1940er Jahren überlebt haben, und wenn nein, warum nicht?

Die Bundeswehr hat Ihre Soldaten nicht ermuntert, entsprechende Veranstaltungen zu besuchen. Dies gehört nicht zu den Aufgaben der Bundeswehr.

¹ Drucksache 16/5296 des Deutschen Bundestages.

Gebirgsjäger der Wehrmacht in Griechenland 1941–1944¹

Heute vor 66 Jahren erfolgte der erste Großeinsatz deutscher Gebirgsjäger in Griechenland.

Unterstützt von Fallschirmjägern, begann die 5. Gebirgsdivision (Geb. Div.) mit der Eroberung Kretas.

Während des Zweiten Weltkrieges waren in Griechenland zu verschiedenen Zeiten und mit unterschiedlicher Aufgabenstellung zwei Gebirgsdivisionen und ein der Wehrmacht unterstelltes SS-Polizei-Gebirgsjäger-Regiment eingesetzt. - Zwischen April und Oktober 1941 war die 5. Geb. Div. in Griechenland stationiert. Diese „Gams-Division“ unter Generalmajor Ringel war mit annähernd 14.000 Soldaten die militärische Hauptkraft zur Besetzung der Insel Kreta. Noch während der Kämpfe installierte die Division ein beispielloses Terrorregime gegen die Zivilbevölkerung der Insel. Die Division wurde im November 1943 nach Italien verlegt, wo sie nicht nur im infanteristischen Kampf gegen die Anglo-Amerikaner, sondern auch zur Bekämpfung der Zivilbevölkerung eingesetzt wurde.

- Ab Frühsommer 1943 rückte, aus Jugoslawien kommend, die 1. Geb. Div., die „Edelweis-Division“, in Nordwestgriechenland und Süd-Albanien ein. Ihre Hauptaufgabe war – anders als die der 5. Division – die Abwehr einer von der deutschen Führung erwarteten alliierten Großlandung an der griechisch/albanischen Küste. Wesentlicher Bestandteil des militärischen Auftrages war die Vernichtung aller Widerstandskräfte schon vor der alliierten Landung. Außerdem glaubte man, die Zivilbevölkerung in den voraussichtlichen Landungsräumen sei „deutschfeindlich“ eingestellt. Durch permanenten Terror sollte die Bevölkerung deshalb derart eingeschüchtert werden, dass sie im In-

vasionsfall nicht wage, sich gegen die Deutschen zu erheben. Durch die Vernichtung der Partisanen und die „Ruhigstellung“ der Bevölkerung – so das Kalkül der deutschen Führung – hätte man alle Truppen zur Abwehr der alliierten Landung einsetzen können und die Nachschubwege gesichert.

An dem Auftrag erkennt man bereits, dass beide Divisionen nicht nur rein militärische, sondern auch gewichtige besatzungspolitische Aufgaben zu erfüllen hatten.

Um die Rolle der beiden Divisionen exakt einordnen zu können, soll nachstehend ein Schnelldurchlauf durch 42 Monate Besetzung Griechenlands gewagt werden.

42 Monate Okkupationsgeschichte im Schnelldurchlauf

Nachdem im Sommer 1940 die Wehrmacht fast das gesamte Europa niedergeworfen hatte, verstärkte Deutschland seine Bemühungen, das neutrale Griechenland in den deutschgeführten europäischen Großraum einzugliedern. Da die griechische Führung dies ablehnte, wurde in der deutschen Führung eine Militäraktion erwogen. Der Krieg sollte die Briten aus dem östlichen Mittelmeer vertreiben, den traditionell starken britischen Einfluss in Griechenland beseitigen, den Deutschen vielseitig verwendbare Militärstützpunkte bringen und die Südostflanke des bevorstehenden deutschen Angriffs auf die Sowjetunion sichern. Griechenland sollte nach den deutschen Plänen hauptsächlich Absprungbasis für offensive Operationen östlich von Sizilien, in Nordafrika und Nahost werden.

Am 28. Oktober 1940 fielen italienische Truppen von Albanien aus in Griechenland ein und erlitten eine blamable Nie-

derlage. Die für Italien und die faschistische Achse desaströse militärische Entwicklung mit ihren unkalkulierbaren politischen Weiterungen für den ganzen Balkan so kurz vor dem Überfall auf die Sowjetunion bestärkte die deutsche Führung in ihren Aggressionsabsichten gegen Griechenland. Die deutschen Kriegspläne wurden durch den Sturz der „deutschfreundlichen“ Cvetkovic-Regierung in Jugoslawien am 27. März 1941 noch einmal modifiziert. Griechenland und Jugoslawien sollten nun zur gleichen Zeit überfallen werden.

Am Palmsonntag, dem 6. April 1941, fielen deutsche Truppen von Bulgarien aus in Griechenland ein und warfen das Land in einem dreiwöchigen „Blitzkrieg“, den letzten, den die Wehrmacht zu führen imstande war, nieder. In der Zeit vom 20. bis 30. Mai 1941 wurde in einem Luftlandeunternehmen die Insel Kreta besetzt. Griechenland wurde in drei Zonen aufgeteilt:

Für seine Vasallendienste erhielt Bulgarien wirtschaftlich wichtige Gebiete (etwa 15 Prozent des griechischen Territoriums) im Nordosten und einen Zugang zur Ägäis. Aber die Bulgaren erhielten nur eine eingeschränkte Souveränität, denn die deutsche Wirtschaft hatte sich die ökonomische Nutzung dieser besonders landwirtschaftlich wichtigen Gebietsteile vorbehalten (Tabak, Baumwolle, Naturseide, Getreide).

70 Prozent des griechischen Territoriums wurden den Italienern zur Sicherung übergeben. Dort aber lagen bedeutende Rohstoffe (Chrom, Bauxit) und wichtige Verkehrsinteressen der Deutschen. Die deutsche Industrie hatte sich auch hier vor dem Einrücken der Italiener in die ihnen von der Wehrmacht zugewiesene Zone die Ausbeutung des Gebietes gesichert. Die politische Vertretung

der deutschen Interessen in dieser Besatzungszone, in der Deutsche und Italiener eine machtlose Kollaborationsregierung einsetzten, sollte ein deutscher Reichsbevollmächtigter wahrnehmen.

Die deutschen Zonen umfassten zunächst zwar nur 12 Prozent des griechischen Festlandes und zwei Drittel Kretas. Sie waren aber politisch und militärstrategisch von herausgehobener Bedeutung und entsprachen exakt den deutschen Wünschen nach Erringung von Stützpunkten und Absprungbasen (Thessaloniki mit großem Hinterland, Athen-Piräus bis Sunion, mehrere Inseln in der Ägäis, zwei Drittel von Kreta). Nach dem Ausscheiden Italiens aus dem faschistischen Bündnis am 8. September 1943 wurde auch der größte Teil der italienischen Zone von Deutschland besetzt.

Das Jahr 1943 brachte die Kriegswende, markiert durch die Begriffe Stalingrad, Kursker Bogen, Landung in Sizilien. Deutschland geriet grundsätzlich in die strategische Defensive, konnte keine groß angelegten Operationen mehr durchführen. Dadurch änderte sich im strategischen Kalkül der Deutschen auch die Funktion Griechenlands. Aus der Absprungbasis für offensive Operationen des Jahres 1941 wurde eine Festung, die die weitgehend offene Südostflanke des deutschen Imperiums gegen eine alliierte Großandung decken sollte.

Der Funktionswandel zur Festung hatte für die Griechen beträchtliche Auswirkungen:

Erstens: Die Besatzungstruppen wurden verdreifacht. In diesem Zusammenhang wurde auch die 1. Geb. Div. zugeführt. Ein riesiges Festungsbauprogramm wurde aufgelegt. Die griechischen Rohstoffe erhielten angesichts der Gesamtkriegslage für die deutsche Kriegswirtschaft erhöhte Bedeutung. Die Griechen mussten Zwangsarbeit leisten, mehr Lebensmittel, Baumaterialien u. a. Werkstoffe sowie Transportkapazität zur Verfügung stellen und das alles über Besatzungskosten bezahlen. Eine in der Finanzgeschichte einmalige Inflation mit rapider absoluter Verelendung breiter Volksschichten war die Folge.

Zweitens: Um die Truppen voll zur Abwehr einer Invasion einsetzen und die ökonomischen Ressourcen im geplanten Umfang nutzen zu können, brauchte man Ruhe in der Festung, Friedhofsruhe. Deshalb war die Vernichtung der Partisanen und die Einschüchterung der Bevölkerung zur wichtigsten Aufgabe für die deutschen Besatzungsorgane erklärt worden.

Drittens: Da die Zuführung deutscher Kräfte und Mittel wegen der allgemeinen Kriegslage nur begrenzt möglich war, versuchte man, die Kollaborateure wurden bewaffnet und der Versuch unternommen, so genannte nationale Partisanen auf die deutsche Seite zu ziehen. Zum Hauptfeind erklärte man die linksgerichteten ELAS-Partisanen, die 1943 fast 90 Prozent der bewaffneten Widerstandskämpfer stellten und große Teile Griechenlands befreit hatten. Das Konzept der Deutschen, zunehmend Griechen durch Griechen töten zu lassen und damit die griechische Gesellschaft nachhaltig zu spalten, war in diesem Punkt weitgehend aufgegangen. Seit 1943 tobte – von Deutschen konzipiert und zunächst unter deutscher Führung – ein Bürgerkrieg, der erst 1949 endete.

Ab September 1944 zog sich die Wehrmacht aus Griechenland gegen die an der Donau vorrückende Rote Armee zurück.

Während die Briten nach einem im Zweiten Weltkrieg einmaligen deutsch-britischen Abkommen die Wehrmacht unbedrängt gegen die Rote Armee, ihren Verbündeten, abziehen ließen, lieferte die ELAS den Deutschen schwere Gefechte. Dadurch geriet der deutsche Rückzug zur Flucht. Die Wehrmacht kam verspätet, abgekämpft und ohne schwere Waffen an der Donau an.

Die deutsche Herrschaft in Griechenland endete am 2. November 1944, auf einigen Inseln am 8. Mai 1945.

Während dieser 42 Monate Besatzungszeit sind in Griechenland Verbrechen an der Zivilbevölkerung verübt worden, die vor allem in der Begehungsweise, wie die Juristen sagen, durchaus mit den Untaten deutscher Besatzer in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und in Jugoslawien, um zwei Synonyme deutscher Okkupationspolitik zu nennen, vergleichbar sind. Ein Tatbestand, der bis heute kaum in das öffentliche Bewusstsein in Deutschland gedrungen ist.

Um den Umfang des Problems deutlich zu machen, einige Grundzahlen:

Erstens: In Europa kennt man Oradur und Lidice als Symbole deutschen Besatzungsterrors. In Griechenland gab es hochgerechnet auf die gesamte Besatzungszeit wöchentlich zwei Lidice. Über 400 Dörfer wurden zerstört, meist auch ihre Bewohner umgebracht. Jeder sechste Grieche war nach dem Abzug der Deutschen obdachlos.

Zweitens: Mehr als drei Viertel der Gleisanlagen, fast alle Bahnhöfe sowie beinahe alle Eisenbahn- und Straßenbrücken

und Tunnel waren zerstört. Die Lokomotiven und Waggons waren entweder nach Norden abtransportiert oder zerstört worden, so dass kein rollendes Eisenbahnmaterial mehr zur Verfügung stand. Alle die für das Land so wichtigen Hafenanlagen mit den Anschlüssen an das Hinterland waren zerstört. Die Geheime Feldpolizei der Wehrmacht schätzte im Oktober 1944 ein, dass die von deutschen Sprengkommandos durchgeführten Zerstörungen im Hafen von Saloniki derart nachhaltig waren, dass man mindestens 10 Jahre zur Wiederinbetriebnahme des Hafens brauchen würde.

Drittens: Eine Konferenz der Siegermächte in Paris bezifferte 1947 die materiellen Schäden auf 7 Mrd. US-Dollar.

Viertens: Der schwerwiegendste Posten in der Besatzungsbilanz waren die Menschenverluste:

Während der Hungerkatastrophe im Winter 1941/42 – einem traumatischen Ereignis in der neugriechischen Geschichte – starben mehrere Hunderttausend Menschen. Die Säuglingssterblichkeit stieg auf 80 Prozent. D. h. 80 von 100 Neugeborenen erreichten nicht das erste Lebensjahr. Das Internationale Rote Kreuz schätzte, daß bis Mitte 1943 etwa 250000 Griechen verhungert sind. Hunger und seine Folgekrankheiten bestimmten wesentlich den Alltag über die gesamte Besatzungszeit.

Wesentliche Ursachen der Hungerkatastrophen waren ein ungeheurer Raubzug der Deutschen gleich zu Beginn der Okkupation und die den Griechen auferlegte Kontributionen der Besatzungsmacht, deren Höhe allen Kriegsbräuchen und internationalen Festlegungen eklatant widersprach. Der Raubzug veranlasste Benito Mussolini, den faschistischen Führer Italiens und engsten Verbündeten Hitlers, zu der sarkastischen Bemerkung, die Deutschen würden den Griechen auch noch den letzten Schnürsenkel davon tragen. Die Besatzungskosten als entscheidender Teil der den Griechen auferlegten Kontributionen betrug Anfang 1943 pro Kopf und Monat 78 Reichsmark und waren damit die höchsten in allen besetzten Gebieten. Es kam hinzu: Annähernd 59.000 Juden wurden umgebracht.

Fast 70.000 Menschen jeden Alters und beiderlei Geschlechts sind im Verlauf so genannter Vergeltungs- oder Sühne Maßnahmen auf meist unbeschreibliche Weise ermordet worden.

In der Statistik über den Anteil der im Zweiten Weltkrieg umgekommenen Menschen im Verhältnis zur Vorkriegsbevölkerung steht Griechenland welt-

weit an 4. Stelle nach der Sowjetunion, Polen und Jugoslawien. 7,2 Prozent der Vorkriegsbevölkerung starben als Folge von Krieg und Okkupation.

Bei alle dem ist zu beachten, dass die Verluste und die Zerstörungen erfolgten, obwohl in Griechenland bis auf wenige Tage im April 1941 kein militärischer Großkampf stattgefunden hat. Die Toten und Zerstörungen sind also nicht Folgen „normalen“ Kriegsgeschehens, wie die in Deutschland noch immer vorherrschende Meinung besagt.

Es erhebt sich die Frage nach den Ursachen der Menschenverluste und materiellen Schäden. Zwei Möglichkeiten sind denkbar: Waren die oft unbeschreiblichen Massaker an Zivilisten Ausschreitungen einzelner Soldaten bzw. Ausflüsse intensiver faschistischer Aufhetzung der Soldaten gegen die Griechen? Oder – das ist die zweite Möglichkeit – waren sie Ausdruck und Ergebnis einer politisch-militärischen Konzeption zur Machtsicherung. Sichere Anhaltspunkte zur Beantwortung der Fragen – ob Exzess oder Konzept – bietet ein Blick auf die den deutschen Truppen erteilte Befehle, in denen sich die Strategie für die Okkupationspolitik widerspiegeln muss. Denn, auch dass gehört zu den historischen Rahmenbedingungen und den Grundtatsachen: Im besetzten Griechenland gab es keine oberste zivile Okkupationsbehörde. Die deutschen Besatzungszonen waren vom ersten bis zum letzten Tag der Besetzung Operationsgebiet der Wehrmacht mit permanentem militärischem Ausnahmezustand. Die Militärs hatten die oberste, die vollziehende Gewalt. Wegen ihrer juristischen und tatsächlichen Stellung im Okkupationsregime war die Wehrmacht nicht nur für die innere und äußere Sicherheit des besetzten Gebietes zuständig. Sie war u. a. auch wesentlich für die „wirtschaftliche Ausnutzung“ des Landes verantwortlich. Anders als in vielen anderen besetzten Gebieten war die Wehrmacht in Griechenland entscheidend auch an der „Endlösung der Judenfrage“ beteiligt. Als der Rabbi von Thessaloniki den Kollaborationsministerpräsidenten darum bat, bei den Deutschen gegen die Deportation der fast 50.000 Juden Salonikis und damit gegen die Vernichtung einer mehr als 2.000 Jahre alten Kultur Einspruch zu erheben, wurde vom Befehlshaber Saloniki-Ägäis veranlasst, ihn wegen Widerstands gegen einen militärischen Befehl mit samt seiner Familie zu deportieren.

Nicht SS- oder NSDAP-Bonzen bestimmten in Griechenland. Alle für die

Griechen oder für Griechenland wichtige Fragen wurden von der Wehrmacht entschieden.

Die Befehlslage für die Wehrmacht, insbesondere für die Gebirgstruppen 1. Kreta

Die ersten Befehle und Beispiele für kollektive Gewaltmaßnahmen gegen Zivilisten sind aus Kreta überliefert. Im Mai 1941 brachte eine kombinierte Luft- und Seelandung die Insel in deutschen Besitz. Die Eroberung wird bis heute – leider nicht nur in der Trivalliteratur – als einzigartige soldatische Leistung glorifiziert. Bei der Invasion trafen die Deutschen auf nicht für möglich gehaltenen Widerstand. Die deutschen Verluste bei der Eroberung Kretas waren um ca. 20 Prozent höher als bei den vorausgegangenen Feldzügen gegen Jugoslawien und das griechische Festland zusammen. Der Nimbus der unbesiegbaren Wehrmacht so kurz vor dem großen Ostkrieg war empfindlich beschädigt.

Besonders schockierte die Deutschen, dass sich die Zivilbevölkerung in großer Zahl an der Verteidigung beteiligte – ein von der Haager Landkriegsordnung gedecktes Verfahren im Fall der Abwehr einer feindlichen Invasion. Für deutsche Militärs aber war bewaffneter Widerstand des Volkes eine kriminelle, todeswürdige Handlung. Auf Kreta wurde die Wehrmacht zum ersten Male im Zweiten Weltkrieg mit einem Volkskrieg konfrontiert.

Die Wehrmacht reagierte mit ungeheurer Brutalität. Noch während der Kämpfe kam es zu Massenerschießungen und zur Zerstörung von Dörfern. Der Kommandeur der 5. Geb. Div., Generalmajor Ringel, befahl, „für jeden deutschen Verwundeten oder Gefallenen 10 Kreter zu erschießen, Gehöfte und Dörfer, in denen deutsche Truppen beschossen werden, niederzubrennen, in allen Orten Geiseln sicherzustellen.“

Am 31.5.1941, nach Abschluss der Kämpfe, erhielt die 5. Geb. Div., der auch Fallschirmjäger unterstellt worden waren, einen umfassenden Befehl zur Handhabung der Terrormaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung. Der Grundsatzbefehl des auf Kreta führenden Generalkommandos XI. Fliegerkorps unter General Student folgte dem Prinzip, Rache für die unerwartet hohen Verluste und für die Auflehnung der Zivilbevölkerung zu nehmen sowie in starkem Maße durch wahrlich maßlosen Terror vorbeugend gegen möglichen Widerstand zu wirken. Es ist der in der deutschen Militärgeschichte bis dahin furchtbare Befehl.

In dem Befehl heißt es: „Es ist einwandfrei festgestellt,... dass sich die Bevölkerung von Kreta (auch Frauen u. Jugendliche) im weitesten Umfange am direkten Kampfe beteiligt hat ... Jetzt ist die Zeit gekommen, ... Vergeltung zu üben und Strafgerichte abzuhalten, die auch als Abschreckungsmittel für die Zukunft dienen sollen. Als Vergeltungsmaßnahmen kommen in Frage:

- 1.) Erschießungen; 2.) Kontributionen; 3.) Niederbrennen von Ortschaften (vorher Sicherstellung aller Barmittel); 4.) Ausrottung der männlichen Bevölkerung ganzer Gebiete ...“

Die Maßnahmen sollten „mit größtmöglicher Beschleunigung“ durchgeführt werden „unter Beiseitlassung aller Formalien u. unter bewusster Ausschaltung von Gerichten“.

Danach kam es auf Kreta massenhaft zu Tötungsaktionen und zu großflächigen Zerstörungen. Nach griechischen Schätzungen wurden in Vollzug dieses Befehls innerhalb von drei Monaten mindestens 2000 Kreter ermordet.

2. Radikalisierung der Befehle auf dem Festland und nach dem Muster von Kreta

Die Vorgänge auf Kreta beeinflussten in starkem Maße auch die Befehlslage für die Bekämpfung von Widerstand auf dem Festland. Obwohl dort keine Gebirgsjäger stationiert waren, muss kurz auf diese Befehle eingegangen werden, da sie ein Beispiel dafür sind, wie sich durch die Entwicklung der Gesamtkriegslage und das Anwachsen des Widerstandes gegen die Besatzer das Befehlssystem und die Besatzungspolitik radikalisierten. Außerdem schufen die Befehle der Jahre 1941/42 eine normative Grundlage für das Wirken der Gebirgsjäger, als sie im Frühsommer 1943 wieder nach Griechenland zurückkehrten.

Auf dem Festland kam es ab Juli/August 1941 zu Unruhen. Ursache war vor allem die immer schlechter werdende Lebenslage. Die Wehrmacht reagierte nach dem auf Kreta praktizierten Modell. Mit Massenhinrichtungen auf besonders grausame Weise sollten Widerstandsaktionen geahndet und in breiten Bevölkerungskreisen lähmendes Entsetzen erzeugt werden. Gegenüber Kreta gab es zwei Neuerungen: Die Massaker wurden zunehmend auch mit dem Vorwurf „kommunistischer Betätigung“ begründet und die Wehrmacht errichtete in Thessaloniki das erste nach deutschem Vorbild aufgebaute Konzentrationslager auf griechischem Boden, das als Haft- und Richtstätte sowie als Gei-

selreservoir diene. Die deutsche Strategie zur Bekämpfung jeglichen Widerstands auf dem Kriegsschauplatz Balkan ist deutlich in den September-Befehlen des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) zu erkennen. Hitler forderte, „im Gesamttraum mit den schärfsten Mitteln die Ordnung wieder herzustellen“. Am 16.9.1941, erließ der Chef des OKW, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Richtlinien, wie der Hitlerbefehl umzusetzen sei.

„Um die Umtriebe im Keime zu ersticken“, heißt es, „sind beim ersten Anlass unverzüglich die schärfsten Mittel anzuwenden, um einem weiteren Umsichgreifen vorzubeugen. Dabei ist zu bedenken, dass ein Menschenleben in den betroffenen Ländern vielfach nichts gilt und eine abschreckende Wirkung nur durch ungewöhnliche Härte erreicht werden kann. Als Sühne für ein deutsches Soldatenleben muss im allgemeinen die Todesstrafe für 50 bis 100 Kommunisten als angemessen gelten. Die Art der Vollstreckung muss die abschreckende Wirkung noch erhöhen.“

Auf der Grundlage der Septemberbefehle kam es in Griechenland zu zahlreichen großen Tötungsaktionen. Allein im Oktober 1941 wurden im Bereich des Befehlshabers Saloniki-Ägäis mehr als 800 Zivilisten umgebracht und mindestens 7 Dörfer zerstört.

3. Kriegswende: Das OKW verlangt Friedhofsruhe in der Festung

Mit der Kriegswende wurden die Befehle weiter verschärft. Vom OKW bis zur letzten Kreiskommandantur wurde unverblümt zum Massenmord, auch an Frauen und Kindern, aufgefordert. In den Einheiten erzeugte man eine dazu passende antikommunistische Hysterie, die nun auch für Griechenland zunehmend mit rassistischen Argumenten untermauert wurde. Nach den Lagebeurteilungen der Militärs waren nämlich die Griechen in ihrer Mehrzahl „deutschfeindliche händlerische Levantiner“ und, was einem Todesurteil gleichkam, zum größten Teil kommunistisch beeinflusst. Außerdem tauchen in den Befehlen zwei neue, verhängnisvolle Elemente auf: Den Soldaten wurde in jedem Fall Straffreiheit zugesichert und eine „weichere“ Kampfführung als „Verrat am deutschen Volk“ gebrandmarkt. Relativ neu in so hohen Befehlen ist auch der völkerrechtswidrige Begriff „Mitläufer“, die, wie Partisanen, sofort und ohne Prüfung zu töten waren, wodurch die Massaker eine neue Größenordnung erreichten.

Am 16.12.1942 erließ das OKW einen Befehl, in dem folgendes angeordnet wurde:

Der Kampf gegen Partisanen solle „mit den allerbrutalsten Mitteln“ geführt werden. Die Truppe sei „berechtigt und verpflichtet, ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, was zum Erfolg führt. Rücksichten, gleich welcher Art, sind ein Verbrechen gegen das deutsche Volk und den Soldaten an der Front. ... Keiner in der Bandenbekämpfung eingesetzter Deutscher darf wegen seines Verhaltens im Kampf gegen die Banden und ihre Mitläufer disziplinarisch oder kriegsgerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden.“

Die Ungeheuerlichkeit des Befehls, der mit dem überhöhten Superlativ eigentlich schon nicht mehr in einer militärischen Sprache geschrieben ist, wird bei einem Blick auf die Entstehungsgeschichte deutlich. Am 1.12.1942 kam es im „Führerhauptquartier“ zu einer Diskussion über einen Befehlswurf zur verschärften Partisanenbekämpfung. Hitler forderte von der Generalität, der Befehl dürfe für das Verhalten der Soldaten keinerlei Beschränkungen erhalten, er müsse die Soldaten generell vor kriegsgerichtlicher oder disziplinarischer Bestrafung schützen, aber alle, die nicht so brutal vorgingen, als Volksverräter diskriminieren. Der Chef des Wehrmachtsführungsstabes, General Alfred Jodl, versicherte, die „Truppe“ unterläge keinerlei Beschränkungen. Die Soldaten könnten auch mit Frauen und Kindern „machen, was sie wollen“. Jodl hob hervor: „Sie dürfen sie aufhängen, verkehrt aufhängen oder vierteilen.“

Der Tenor dieser zentralen Vorschrift setzte sich in den Befehlen der Regionen fort. So erließ der Oberbefehlshaber Südost am 14. Juli 1943 einen Befehl an die neu zugeführten Verbände, darunter an die 1. Gebirgsdivision, zur Vorbereitung auf eine alliierte Invasion, in dem es hauptsächlich um die Einschüchterung der Bevölkerung ging – Partisanenspielen in dem Befehl kaum eine Rolle. Außerdem wird das OKW-Muster übernommen – „schärfste Maßnahmen“ gegen die Bevölkerung, Straffreiheit für Maßnahmen der Deutschen, „weiches“ Verhalten von Kommandeuren und Soldaten wird als Verrat gebrandmarkt.

In dieser radikalisierten Atmosphäre wurde die 1. Geb. Div., die „Edelweis-Division“, vom „Osten“ auf den Balkan verlegt mit der Aufgabe, eine alliierte Landung abzuwehren, zuvor die Partisanenbewegung zu zerschlagen und die Bevölkerung derart einzuschüchtern,

dass sie sich im Invasionsfall nicht gegen die Deutschen erhebe. Die Befehle der 1. Geb. Div. für ihren neuen Einsatzraum lagen ganz im Kontext der geltenden Bestimmungen. Am 8. April 1943 erließ der Kommandeur der 1. Geb. Div. einen Sühnebefehl für das Operationsgebiet der Division in Serbien. Darin heißt es, nicht nur Partisanen, sondern auch deren „Helfer“ seien sofort zu erschießen. Unter dem Kapitel „Sühnequoten“ wurde befohlen: Für einen getöteten Deutschen fallen 50 Sühnegefangene, für einen verwundeten Deutschen fallen 25 Sühnegefangene. Für jeden Anschlag gegen geschützte Objekte fallen bis zu 100 Sühnegefangene.

Im Frühsommer zog die Division mit der gleichen Aufgabenstellung weiter in Richtung Griechenland. Für den Einmarsch in Griechenland hatte der Kommandeur am 7. Juli 1943 einen gesonderten Befehl erlassen. Darin werden folgende Richtlinien für die „Kampfführung“ angewiesen: „Bei Säuberung bandengefährdeter Gebiete ist schärfstens durchzugreifen. Alle Ortschaften, die den Banden als Zuflucht dienen können, sind zu zerstören, die männliche Bevölkerung ist, soweit sie nicht wegen Verdachts der Teilnahme am Kampf oder Unterstützung der Banden erschossen wird, restlos zu erfassen und als Gefangene abzuschleppen. Bei Sabotagefällen ... sind strengste Sühnemaßnahmen gegen die Bevölkerung zu treffen ... Jede Weichheit in der Behandlung der Bevölkerung wird der Truppe als Schwäche ausgelegt ...“ Bemerkenswert an dem Befehl ist, dass schon der „Verdacht“ ausreichte, um die gesamte männliche Bevölkerung einer Ortschaft zu erschießen. Die Tötungsquote, die vorher (siehe den oben genannten Befehl vom 8.4.43) noch penibel festgelegt worden war, blieb nun nach oben offen und wurde nur begrenzt durch die Zahl der habhaft gewordenen Männer. Das traf auch auf die angeordneten „Sühnemaßnahmen“ bei Sachbeschädigung durch Griechen zu, die als Sabotagefälle kriminalisiert wurden. Schwerwiegend war auch die Festlegung, alle Ortschaften, die den Partisanen als Zuflucht dienen können, zu zerstören und die männliche Bevölkerung, soweit sie nicht erschossen wird, in die Gefangenschaft abzuführen, wo sie nach einem Befehl Hitlers als militärische Zwangsarbeiter eingesetzt werden sollten. Ob erschossen oder zur Zwangsarbeit abgeschoben wird, lag im Ermessen des jeweiligen Einheitsführers der 1. Geb. Div. Nur bei „Erschießungen in größerer Anzahl“ musste die Genehmigung

eines Regimentskommandeurs eingeholt werden. Der Befehl sagt nichts darüber aus, was mit den Frauen und Kindern eines so ausgelöschten Dorfes geschehen sollte. Außerdem hatte das OKW die Kommandeure auf dem Balkan ausdrücklich ermächtigt, anzuordnen, „dass keine Gefangene gemacht werden bzw. dass Gefangene und im Kampfraum ergriffene Bevölkerung erschossen werden dürfen.“

Wie diese Befehle umgesetzt wurden, wie also die okkupationspolitische Praxis war, möchte ich an einem Dokument zeigen, dessen Verfasser nicht verdächtigt werden kann, ein Feind der Deutschen oder ein Sympathisant der Partisanen gewesen zu sein. Am 19. Dezember 1943 schrieb der Ministerpräsident der von den Deutschen eingesetzten griechischen Kollaborationsregierung seinem deutschen Dienstherrn, dem Militärbefehlshaber Griechenland, General Speidel, einen Brief. Darin beklagt er die Art des Kampfes der Deutschen gegen die Partisanen. Er wies Speidel darauf hin, dass bei Fortsetzung dieser Kampfführung Griechenland in kurzer Zeit vollkommen zerstört sei. Über Vorkommnisse im Operationsgebiet der 1. Gebirgsdivision berichtete der Grieche: „Bei dieser Gelegenheit sei es mir gestattet, Ihnen mitzuteilen, dass einige Dörfer des griechischen Epirus, infolge von Erschießungen völlig ausgerottet wurden. So wurde das Dorf Komeno bei Arta, welches 1000 Einwohner zählte, das Opfer einer furchtbaren Dezimierung. 750 Einwohner dieses Dorfes wurden von deutschen Soldaten erschossen. In dem Dorf Lyngiades bei Paramythia wurden 82 Einwohner erschossen, unter diesen 42 Kinder unter 15 Jahren. ... So wurden in einem nur kleinen Gebiet über 1000 griechische Bürger getötet ... Obige Dörfer wurden zur Gänze in Brand gesteckt, aber die Zahl der in dem Bereich des Generalgouvernements Epirus in Brand gesteckten Dörfer beträgt nach offiziellen Meldungen an mich, mehr als 100.“ Der Grieche weist hier schon auf Komeno hin, das erst viel später in der historischen Literatur als eines der furchtbarsten Massaker an Frauen und Kindern bezeichnet wurde – ein Massaker verübt von einer Kompanie der 1. Geb. Div. am 16. August 1943.

Es gibt aber auch indirekte Belege dafür, dass die Kampfführung der Gebirgsjäger in Griechenland im Kontext mit der schriftlichen Befehlslage ungeheuer grausam gewesen sein muss. Unter dem Punkt „Erfahrungen allgemeiner Art“ beschreibt der evangelische Pfarrer

der 1. Geb. Div., Rudolf Schwarz, einen Ausschnitt seiner Tätigkeiten als Feldgeistlicher der Division in der Zeit vom 21. Juni bis 30. September 1943 in Griechenland wie folgt: „Eine schwere innere Belastung ihres Gewissens bedeutet für viele das Töten müssen von Frauen und Kindern bei den Unternehmen gegen die Banden. Darüber wurde dem Pfarrer gegenüber des öfteren geklagt.“ Aber auch die nüchterne Diktion der schriftlichen Befehle ist Beweis genug. Gegen alle Kriegsbräuche und die primitivsten Regeln modernen Kriegsrechts befahl der Kommandierende General des XXII. Gebirgsarmekorps, Lanz, einen ungehemmten Rachefeldzug gegen ein Gebiet, in dem ein Regimentskommandeur der 1. Geb. Div. im Oktober 1943 mehr durch einen Verkehrsunfall als durch Einwirkung der Partisanen ums Leben gekommen war. In Vollzug dieses Befehls wurden von der Edelweis-Division im Gebiet um Arta etwa 200 Zivilisten umgebracht und 7 Dörfer ausgelöscht.

4. Mord an italienischen Soldaten

Ein weiteres blutiges Kapitel des Einsatzes deutscher Gebirgsjäger in Griechenland bildeten die Mordaktionen an Soldaten des ehemaligen Verbündeten Italien. Innerhalb weniger Wochen nach dem Austritt Italiens aus dem faschistischen Bündnis am 8. 9. 1943 wurden an der griechischen Westküste und in Südalbanien von deutschen Soldaten, vorwiegend aus Einheiten der 1. Geb. Div., etwa 5.000 italienische Militärangehörige ermordet. Die Italiener wurden nach der Gefangennahme umgebracht. Soldaten der 1. Geb. Div. richteten in diesem Zusammenhang auf der ionischen Insel Kefalonia das größte Einzelmassaker auf griechischem Boden an. Mehr als 4.000 italienische Soldaten wurden dort nach der Gefangennahme erschossen. Natürlich lagen diesen Massakern Befehle von ganz „oben“ zugrunde (Befehle des OKW vom 15. und 18.9.1943). Aber bei dem Verhalten der deutschen Gebirgsjäger spielten auch rassistische und volkskulturelle Ressentiments, verbunden mit Rachegefühlen gegen die „Verräter vom 8. September“, eine große Rolle. Geschürt wurden diese Ressentiments durch die deutsche Propaganda und das hohe Offizierkorps. Beide Komponenten – der Befehl und die Hetze der Propaganda und der Offiziere, u. a. vom Oberbefehlshaber der Heeresgruppe E, Generaloberst Löhr, – führten dazu, dass die Massaker am einstigen Verbündeten so entsetzlich grausam abliefen, vielfach sadistische Züge aufwiesen.

5. Eskalation 1944

Ende 1943 wurde die Befehlslage zur Bekämpfung des Widerstandes modifiziert. Die Partisanen hatten 75 Prozent Griechenlands befreit und fügten den deutschen Truppen empfindliche Verluste zu. Eine alliierte Invasion wurde immer wahrscheinlicher. Die Gesamtkriegslage erlaubte aber keine Verstärkung der deutschen Truppen. Man verfiel auf die Idee, das ungünstige Kräfteverhältnis durch verstärkte Propaganda auszugleichen. Ihr Ziel sollte darin bestehen, den Zustrom zu den Partisanen zu stoppen und immer mehr Griechen zur Zusammenarbeit mit den Deutschen auch im bewaffneten Bereich zu bewegen. Die Partisanen sollten vorrangig nicht mehr von Deutschen, sondern von Griechen bekämpft werden. Das wichtigste Mittel dazu war eine bis dahin beispiellose antikommunistische Propaganda, verbunden mit der Darstellung des deutschen Kampfes als Schlacht für ein geeintes, vom Bolschewismus befreites Europa. Um mehr Griechen auf die deutsche Seite zu ziehen, war es aber auch erforderlich, dass das bislang politisch völlig undifferenzierte Töten, bei dem oft auch Kollaborateure und deren Angehörige nicht verschont wurden, aufhörte. Der Terror sollte sich wie die Propaganda zielgenauer gegen die linken Kräfte des Widerstandes richten und kollaborationsbereiten Griechen das Leben garantieren. Am 8. Dezember 1943 sagte der Generalstabschef der Heeresgruppe E auf einer Besprechung zu den deutschen Planungen: „Es geht leider nicht an, alle Leute zu köpfen“, da dies nur immer mehr Griechen zu den Partisanen treibe. Man brauche nicht unbedingt weniger zu töten. Es komme darauf an, die „politisch richtigen“ Griechen zu treffen, die „wahrhaft Schuldigen“. Ein Grundsatzbefehl vom 22.12.1943 fasste die neue Linie zusammen.

Danach war nach einer Partisanenaktion in folgender Reihenfolge zu töten:

1. Die Täter.
2. Wenn diese nicht fassbar waren – was meist der Fall war –, sollten Mitschuldige erschossen werden, nämlich Personen, bei denen man eine „offene oder versteckte Mitwirkung oder ein bewusst passives Verhalten gegenüber den Tätern“ vermutete.
3. Schließlich heißt es: „Lassen sich derartige Mitschuldige nicht finden, so muss auf Personen zurückgegriffen werden, die ohne mit der einzelnen Tat in Verbindung zu stehen, trotzdem als mitverantwortlich anzusehen sind. Mitverantwortlich sind in erster Linie solche Personen, die sich zum Kommunismus

bekennen.“ Damit war die Dimension des Vernichtungskrieges gegen Links umrissen. Zur damaligen Zeit gehörten 1,6 Millionen Griechen (von rd. 6,5 Millionen Einwohnern) den als kommunistisch bezeichneten politischen und militärischen Verbänden des Widerstandes an. Die nationale Befreiungsfront EAM, die Gesamtvereinigung des „linken“ Widerstandes, war die größte politische Organisation, die es je in der griechischen Geschichte gegeben hat.

Trotz des Bemühens, gezielter vorzugehen, eskalierten die Todeszahlen. Aktionen mit 100 und mehr Toten sowie riesigen Verwüstungen wurden 1944 fast alltäglich. In den drei Sommermonaten des Jahres 1944 sind im statistischen Mittel täglich 106 bis 110 Griechen als Geiseln oder bei „Sühnemaßnahmen“ ermordet worden.

Eine Ursache für die Eskalation der Opferzahlen, die eigentlich wegen der auf „chirurgisch saubere Schnitte“ angelegten Orientierung gegenüber vorheriger Praxis sinken sollte, war, dass der Befehl am Prinzip Prävention durch Abschreckung festhielt. Die massenhafte Tötung auch von Frauen und Jugendlichen war zwingend vorgeschrieben, der „sühnefähige“ Personenkreis durch den Straftatbestand „passives Verhalten“ deutlich erweitert und für Erschießungen keine Obergrenzen festgelegt worden. So wurden am 3. Mai 1944 für einen bei

einer Partisanenaktion umgekommenen Divisionskommandeur 325 Griechen ermordet – eine Quote, die selbst im „Osten“ selten erreicht wurde. Eine weitere Ursache für die Eskalation des Terrors war die Festlegung, dass in Kampfgebieten die alten Bestimmungen gelten sollten, d. h. in den von der Wehrmacht als „partisanenverseucht“ bezeichneten Regionen waren weiterhin alle Einwohner, unabhängig von ihrer politischen Haltung, „sühnefähig“.

Der Befehl blieb bis zum deutschen Rückzug die Grundlage der Okkupationspolitik

Schlussbemerkungen

Der kurze Blick auf die Strategien zur Sicherung der deutschen Herrschaft in Griechenland zeigt:

Zur Bekämpfung des Widerstandes hatte die deutsche Militärführung zwingend die massenhafte Tötung von Zivilisten sowie umfangreiche Zerstörungen angeordnet.

Die Massentötungen im Verlauf von Sühne-, Vergeltungs- und Säuberungsaktionen waren nicht Folgen „normalen Kriegsgeschehens“ oder Ausschreitungen einzelner Deutscher, sondern Bestandteil und Ergebnis der Strategie zur Sicherung der deutschen Herrschaft.

Die Tötungen dienten als Sühne für Widerstandaktionen, zu denen die Opfer in aller Regel keine Verbindung hatten.

Wichtig ist, dass der Exzess, die Ausschreitung von „Oben“ befohlen worden war, um exzessiven Terror als Prävention zu nutzen. Um die erwünschten Abschreckungseffekte zu erreichen, sollten die Tötungsaktionen so umfassend und so grausam wie nur möglich durchgeführt werden.

Das entscheidende Instrument zur Durchsetzung der deutschen Sicherungsstrategie war der militärische Befehl. Demgegenüber hatte die politische und moralische Einstellung der Soldaten und unteren Offiziere nur unterstützenden oder auch verzögernden Charakter.

Bei den Diskussionen über die Wehrmacht in Griechenland bleibt ein völkerrechtlich und politisch-aktuelles höchst bedeutsames Faktum fast unbeachtet. Die Richter des Internationalen Militärgerichtshofes gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg werteten 1946 den Überfall der Wehrmacht am 6. April 1941 als Verbrechen gegen den Frieden.

Der Überfall aber war die Voraussetzung, in vielen Fällen auch direkte Ursache, für alle anderen den Griechen zugefügten Leiden und auferlegten Lasten.

Dr. Martin Seckendorf

¹ Dieser Text entspricht weitgehend einem Vortrag, den der Autor am 20. Mai 2003 in Jena gehalten hat.

Kurt Goldstein zum Gedächtnis

Wenn es um den Antifaschismus ging, hatte jeder, der es wollte, in Kurt Goldstein, der am 24. September 2007 gestorben ist, einen verlässlichen Partner. Kurt stützte sich auf jahrzehntelange Kamperfahrungen: Jungkommunist, Spanienkämpfer, Überlebender faschistischer Konzentrationslager, Politischer Funktionär in FDJ, KPD und SED, Journalist, Vertreter in internationalen Gremien von Organisationen der Widerstandskämpfer Europas und schließlich als leidenschaftlicher Verteidiger des gelebten Antifaschismus in der DDR, an dem er selbst seit Ende des 2. Weltkrieges bis zum Herbst 1989 großen Anteil hatte. Seine Aufforderung: „Fragt uns!“ wurde von Menschen verschiedener Generationen angenommen. Nach anfänglichem Zögern wegen seiner beeindruckenden Biographie verloren die Gesprächspartner ihre Hemmungen. Vertrauen wurde hergestellt.

Kurt Goldstein war es bis zuletzt auch gewohnt, vor vielen Menschen zu sprechen. So auch anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz im Januar 2005.

Seinerzeit hatte er uns erlaubt, seine Rede als Ehrenvorsitzender des Internationalen Auschwitzkomitees im Berliner Schauspielhaus nachzudrucken. Am Telefon machte er darauf aufmerksam, dass ihm der letzte Satz seiner Rede, die nicht im Manuskript gestanden hatte, besonders wichtig sei.

Bis heute ist diese Mahnung aktuell.

Die Redaktion

„Auschwitz ist der Größte Friedhof in der ganzen Welt“

Ein einmaliges Verbrechen

Rede von Kurt Julius Goldstein bei der Gedenkfeier des Internationalen Auschwitz-Komitees am 25.1.2005 in Berlin

Am 27. Januar 1945 erreichten die Soldaten der 100. Infanteriedivision der 60. Armee der 1. Ukrainischen Front die Todesfabrik Auschwitz. Sie fanden dort vor, was menschliche Fantasie sich nicht ausdenken, bis auf den heutigen Tag, 60 Jahre danach, kaum begreifen kann.

Als sie am Nachmittag ins Lager kamen, fanden sie dort etwa 8.000 zum Skelett abgemagerte Häftlinge, Frauen, Männer und Kinder, Berge von Leichen, Verhungerte und von SS-Kommandos Erschossener. In den Magazinen fanden

die Soldaten 7 000 Kilogramm Frauenhaar, 836 525 Frauenkleider, 438 820 Männeranzüge, Berge von Brillen, Gebissen, Wäsche, Schuhe, Koffer und Kinderspielzeug. Der Goldschmuck, die Goldzähne, die den Opfern nach der Ermordung ausgerissen wurden, landete gegen genaue Abrechnung in den Tresoren der Reichsbank, soweit nicht vorher von SS-Banditen gestohlen wurde.

Die SS errichtete im Lager von seiner Gründung 1940 an ein barbarisches, verbrecherisches Unterdrückungssystem mit dem Ziel, jegliche Solidarisierung zwischen den Häftlingen, jeglichen organisierten Widerstand zu unterbinden. Doch das Gegenteil trat ein. Wie in allen KZ, Ghettos, Kriegsgefangenen- und anderen Lagern bildeten sich Widerstandsorganisationen, meistens unter der Leitung von Sozialisten und Kommunisten.

Die erste Widerstandsgruppe entstand 1940/41 aus polnischen Sozialisten und Berufsoffizieren. 1942/43 bildeten sich in den verschiedenen Nationalitäten Widerstandsgruppen, die sich nach Diskussionen um die „Kampfgruppe Auschwitz“ zusammenschlossen.

Ihre Hauptaufgabe sah sie in der Sammlung von Informationen und Dokumenten über die Verbrechen der Nazis und deren Übermittlung in die freie Welt. Sie erreichten in London die polnische Exilregierung und den britischen Regierungschef Churchill und in Washington den Präsidenten Roosevelt.

Die herausragendste Widerstandsaktion war der Aufstand des Sonderkommandos am 7. Oktober 1944. Mit Sprengkörpern, die sie von der Widerstandsgruppe im Frauenlager erhalten hatten, konnten sie das Krematorium IV teilweise sprengen. Nach dem Scheitern des Ausbruchs wurden fast alle Mitglieder des Sonderkommandos von der SS umgebracht.

Im Ergebnis der sich ständig verschlechternden Lage an den Fronten gab Himmler Anfang 1944 erste Anweisungen, die Spuren der unmenschlichen Verbrechen zu beseitigen. In Auschwitz I wurde das alte Krematorium in einem Luftschutzbunker umgebaut und vor allem die Todesmauer zwischen Block 10 und 11 vernichtet, an der Tausende Häftlinge erschossen worden waren. Die Verlegung der nichtjüdischen Häftlinge in KZ im Reichsinneren war eine Maßnahme

im Hinblick auf das vorherzusehende Ende des Lagers. Im November befiehlt Himmler die Zerstörung aller Gaskammern und Krematorien und sonstigen Verbrechensspuren.

Dass die Ermordung aller in Auschwitz, Birkenau, Monowitz und den anderen Nebenlagern internierten jüdischen Häftlinge nicht stattfand, haben die Erfinder der Endlösung wider Willen selbst in die Wege geleitet. Auf Befehl Hitlers begann die Wehrmacht eine letzte Offensive am 16. Dezember 1944 in den Ardennen. Es gelang zunächst, die alliierten Truppen zu überraschen und zum Zurückweichen zu zwingen. Das veranlaßte den englischen Regierungschef Churchill, sich am 5. Januar 1945 in einem Telegramm an den sowjetischen Regierungschef Stalin mit dem Ersuchen zu wenden, die für Anfang Februar vorgesehene Offensive der Roten Armee vorzuziehen, um die Verbündeten in den Ardennen zu entlasten. Das geschah.

Die Weichsel-Oder-Offensive der sowjetischen Streitkräfte war so wuchtig, dass die Lagerführung am 18. Januar in aller Eile die Evakuierung des Lagers anordnete. In Fußmärschen wurden die Häftlinge bei 10 bis 15 Grad Frost über tief verschneite Straßen gen Westen getrieben. Wer nicht mehr mitmarschieren konnte, wurde von den begleitenden SS-Leuten erschossen. Es wurde im Freien übernachtet. Wer morgens beim Kommando „Antreten“ nicht mehr hochkam, wurde erschossen. Das war der Todesmarsch vom Januar 1945.

In Gedanken sind wir in diesen Tagen bei den Frauen, Männern und Kindern, die für ewig in Auschwitz geblieben sind. Auschwitz mit seinen mehr als eineinhalb Millionen Toten ist der größte Friedhof in der ganzen Welt. Dort liegen Juden, Sinti und Roma, Polen, Russen, Frauen und Männer des Widerstandes aus allen Ländern Europas. Keiner hat einen Stein des Gedenkens. Die Nazis wollten, daß sie vergessen werden. Wir haben die Pflicht, ihrer zu gedenken.

1995, anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung, haben wir uns von hier in Berlin aus mit dem „Ruf von Auschwitz“ an die künftigen Generationen gewandt. Mögen sie ihm Gedächtnis bewahren, dass Auschwitz durch die schier unvorstellbare Grausamkeit der dort begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu einem in aller bisherigen

Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechen geworden ist. Mögen sie sich daran erinnern, dass die Nazis mit Auschwitz versucht haben, ihren schändlichen Plan „Endlösung der Judenfrage“ und Vernichtung von Sinti und Roma zum Abschluß zu bringen und alle Oppositionellen, die Angehörigen der europäischen Widerstandsbewegungen, die Kämpfer für die Freiheit in den von Hitlerdeutschland unterjochten Ländern zu vernichten.

Mögen die künftigen Generationen aber auch daran denken, dass mit der Nie-

derlage des Dritten Reiches die Naziideologie nicht verschwunden ist, dass faschistische und neonazistische Bewegungen, Organisationen und Parteien sich anschicken, neues Unheil über die Menschheit zu bringen.

Um für ewige Zeiten die vom Nationalsozialismus begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu bezeugen, muss Auschwitz erhalten bleiben. Möge Auschwitz-Birkenau – Stätte des Völkermordes an Juden, Slawen, Sinti und Roma und Widerstandskämpfern aus ganz Europa – ein Zentrum werden für inter-

nationale Begegnungen, das zur Verständigung der Völker, zur Errichtung einer Welt mit mehr Solidarität und Brüderlichkeit beiträgt, einer Welt, in der überall die Menschenrechte geachtet werden, in der Frieden herrscht, in der es nie wieder ein Auschwitz geben wird. Wenn ich heute in unserem Vaterland erlebe, dass Nazis auf den Straßen demonstrieren dürfen und das höchste deutsche Gericht diese Aufmärsche wegen der Meinungsfreiheit schützt, dann sage ich: Für uns ist das geradezu eine unmenschliche Tat, wir leiden darunter!

Zur Kampagne „nonpd“ der VVN-BdA

Den Ausdruck Kampagne sollte man nicht leichtfertig in den Mund nehmen. Viele, wahrscheinlich sogar die Mehrzahl der Unternehmungen, die den Titel „Kampagne“ führen, sind nämlich gar keine. Es lohnt, sich zunächst den Ursprung des Begriffs aus dem militärischen Bereich vor Augen zu führen. Er meint nichts weniger als „Feldzug“, ist also eine begrenzte, trotzdem komplexe und geplante Unternehmung zur Erreichung definierter Ziele. Im übertragenen Sinne ist eine Kampagne eine „zeitlich befristete, thematisch begrenzte, dramaturgisch angelegte, multimedial operierende besondere Kommunikationsanstrengung, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen“¹, wie es in einer Handreichung der Gewerkschaft ver.di heißt. Man kann sich leicht vorstellen, dass das Vorhaben, selbst eine Kampagne für das Verbot der NPD durchzuführen, in der VVN-BdA auf viele Fragen stieß: Können wir das überhaupt mit den uns zur Verfügung stehenden Kräften durchführen? Nehmen wir uns nicht zu viel vor? Wie sollten wir vorgehen? Welche Ziele wollen wir genau realisieren? Ein großer Teil dieser Fragen ließ sich durch sorgfältige Analyse der Gegebenheiten und durch intensive Vorbereitung klären, der Rest löste sich beim praktischen Handeln.

Im Verlauf der Kampagne kam es zu komplizierten organisatorischen Situationen, auch konnten nicht alles gleich gut realisiert werden. Unseren Optimismus ruinierte dies nie, da die auftauchenden Schwierigkeiten im wesentlichen aus dem extrem hohen Anklang in der Öffentlichkeit resultierten. Die im Vorfeld getroffenen Basisentscheidungen erwiesen sich alle als richtig. Die Eckpunkte der Kampagne kann man wie folgt zusammenfassen: Die Kampagne währt vom 25. Januar 2007 bis zum 9.

November 2007, wird vom Bundesbüro der VVN-BdA und einer kleinen Arbeitsgruppe geführt und von prominenten Erstunterzeichnern öffentlich unterstützt. Sie ist erkennbar an einem professionellen, einheitlichen Logo, das auf allen Materialien, Plakaten, Aufklebern, T-Shirts, Mützen und Unterschriftenlisten zu finden ist. Das wichtigste technische Mittel ist eine effiziente, multifunktionale Kampagnen-Homepage, die Finanzen werden durch einen Anfangsetat, basierend auf Beiträgen von Aktivisten und Organisationsgliederungen der VVN-BdA, gesichert. Die Kampagne ist überparteilich, offen für jedermann und konzentriert sich inhaltlich auf das Wesentliche.

Es wurde nach Möglichkeit jeweils der Weg des am einfachsten zu Realisierenden eingeschlagen.

Es hat sich herausgestellt, dass der Ruf nach dem NPD-Verbot gut zu vermitteln ist, da eine Vielzahl von Menschen tagtäglich mit den negativen Auswirkungen des anwachsenden Neofaschismus unter der Regie der NPD konfrontiert ist. Dies spiegelt die Kampagnenforderung – nämlich ein neues Verbotungsverfahren einzuleiten – wider.

Probleme mit der Forderung nach dem NPD-Verbot haben vor allem debattierfreudige und zugleich handlungsunlustige Linke und „Superdemokraten“. Auch der Sache gewogene Parlamentarier waren offensichtlich häufig gebrannt durch das Scheitern des ersten Verbotverfahrens beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

Im Gegensatz zu den wenigen Kritikern steht der überwältigende Zuspruch aus den Reihen der Gewerkschaften, von Jugendverbänden, vieler anderer Organisationen und unglaublich vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich ansonsten eher selten mit Politik beschäftigt

haben. Ablesen lässt sich dies an Hunderten von Zuschriften und an den Absendern auf den Briefumschlägen mit ausgefüllten Unterschriftenlisten, die täglich in der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA eintreffen. Unter ihnen sind die Kreisverbände der Partei DIE LINKE nahezu flächendeckend vertreten. Ihnen und einigen Parlamentsfraktionen sowie Abgeordneten verdankt die Kampagne viel.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Kampagne, mittlerweile vor allem unter dem Logo „nonpd“ bekannt, ein großer Erfolg geworden ist. Das ursprünglich avisierte Ziel, im Kampagnenzeitraum 100.000 Unterschriften zu sammeln, konnte auf 150.000 ausgeweitet werden. Das politische Minimalziel – die Öffentlichkeit erneut für das Thema zu sensibilisieren – wurde erreicht, das Maximalziel – ein konkretes Verbotungsverfahren tatsächlich anzustoßen – ist greifbar. Es soll nicht behauptet werden, dass die in den letzten Wochen und Monaten stattfindenden und sich auf die Kardinalfrage, den Abzug der V-Leute der Verfassungsschutzämter aus den Gremien der NPD, zuspitzenden Diskussionen innerhalb der SPD und anderswo ausschließlich auf „nonpd“ zurückgehen. Wie groß der Anteil der Kampagne daran ist, muss nach einem gewissen zeitlichen Abstand realistisch beurteilt werden, und es wird von uns selbst abhängen, inwieweit wir auch künftig bei dieser Thematik imstande sind, offensiv zu handeln. Bislang ist uns das, es sei bei aller Bescheidenheit gesagt, gut gelungen.

Thomas Willms

¹ Broschüre „Kampagnen organisieren“, hrsg. v. d. Bundesverwaltung der ver.di, Berlin 2004.

Dritter Antifaschistische Ratschlag Sachsen in Chemnitz am 27. Januar 2007

Chemnitz war diesmal der Zielort für etwa 150, vor allem junge sächsische Antifas. Acht Landtagsabgeordnete der Fraktion der Linkspartei.PDS und zwei Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE nahmen teil, hingegen nur ein Mitglied des Landesvorstandes.

Treffpunkt war das Alternative Jugendzentrum (AJZ) in der Chemnitztalstraße. Mit dem Bus Nummer 26 fast bis zur Endhaltestelle Glösa war zu fahren – dank der guten Wegebeschreibung fand ich selbständig hin. Der Veranstaltungsort war nicht zu übersehen: Außen bunt bemalt und dann auch innen abwechslungsreich und kreativ von den Nutzern des Zentrums gestaltet.

Das AJZ hängt nicht am Geldhahn der Kommune, die zudem kein Interesse haben dürfte, solch eine auffällige Jugendeinrichtung im Stadtzentrum zu haben ...

Freya-Maria Klinger, jung wie die meisten Anwesenden und MdL, eröffnete den Tag mit Hinweisen zu jüngsten rechtsextremistischen Aktivitäten und geschichtsklitternden „Gedenkaktionen“. Christina Kaindl gab im Einleitungsreferat einen Überblick zum Thema „Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts – Erfolgskonzepte für die extreme Rechte?“ Als Gast von außerhalb fand ich erneut das Vorurteil widerlegt, dass junge Leute von theoretischen längeren Ausführungen nicht viel halten. Aufmerksam und konzentriert wurde zugehört, und danach in acht Workshops nachgefragt und lebhaft debattiert. Politische Bildung zum Thema anbieten – dieses Ziel der Veranstaltung wurde erfüllt.

Die Themen der acht Workshops seien wenigstens genannt: A. Vertiefender Workshop zum Einstiegsreferat; B. Eine Achse Dresden, Schwerin, Berlin?; C. Hakenkreuze und Halbmond? Der Islam und die extreme Rechte; D. Rechte Wissenschaften in Sachsen; E. Was tun, wenn's brennt? Workshop zum Umgang mit staatlicher Repression. F: Autonome Antifa – Geschichte, Strategien, Organisationsansätze eines radikal linken Politikkonzepts; G. Extrem rechte Tendenzen in den Jugendmusikszenen; H. Workshop zum Thema: Ignorieren, Skandalisieren, Konkurrieren – Was tun gegen Nazi-Volksfeste?

Bei drei der Workshops habe ich mich eingemischt – mit mehr oder weniger Erfolg. Zum Beispiel bei dem vom Ro-

te Hilfe e.V. Leipzig moderierten Workshop E. Weder Moderatoren noch die Teilnehmer brauchten Tipps und Hinweise – sie hatten alle schon mehrfach mit Polizei und Justiz praktische Erfahrungen sammeln können. „Was tun wenn's brennt?! – (Rechtshilfetipps auf Demonstrationen, bei Übergriffen, bei Festnahmen, auf der Wache) – die kleine Broschüre, die diesem Workshop den Namen gab und die schon mehrere Auflagen erlebt hat, fand reges Interesse.

Der antifaschistische Ratschlag war auch diesmal wieder willkommene Gelegenheit, bei früheren Aktionen getroffene Gleichgesinnte wieder zu begegnen, neue Kontakte zu knüpfen und für gemeinsames Handeln bei anstehenden Aktionen Verabredungen zu treffen. Zwei davon seien genannt: Die Gegenaktionen zur traditionellen bundesweiten Nazi-Demo in Dresden am 13. Februar; diesmal sollte durch eine Blockade verhindert werden, dass die Rechtsextremisten von ihrem Treffpunkt aus überhaupt vorwärts kommen.

Und dann ist da noch Hohnstein. Auf dem Marktplatz soll neben die Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus eine neue Tafel angebracht werden. Deren Text soll an angebliche Planungen der SED zur Einrichtung eines „Isolierungslagers“ für politisch Andersdenkende erinnern. Völlig zu Recht protestieren vielfältige gesellschaftliche Kräfte vor Ort (und auch beim Chemnitzer Treffen) gegen diesen bundesweit einmaligen Fall von Geschichtsklitterung. Es geht nicht mehr nur um die durchsichtige Gleichsetzung zweier Diktaturen, von denen die zweite bis 1989 andauert habe. Nun sollen angebliche oder tatsächliche Planungen einzelner Institutionen in der DDR im öffentlichen Raum manifest gemacht werden, auch wenn sie nie realisiert worden sind. Der Sozialismushass hat, falls Kommunalpolitiker einzelner so genannter demokratischer Parteien diese „Idee“ umsetzen wollen, die „Mitte der Gesellschaft“ in Deutschland längst erreicht. Wen wundert es da, wenn rechtsextremistisches Gedankengut ebendort auch zu finden ist?

Noch ein Werbeblock muss unbedingt angefügt werden. Zeile für Zeile lasen die Teilnehmer des Dritten Sächsischen antifaschistischen Ratschlags die Texte einer Ausstellung und betrachten aufmerksam jedes Foto (oft mit Wiedererkennungseffekt). „Rechtsrock in Sach-

sen.“ Ausstellung zu neonazistischer Jugendkultur in Sachsen.

Die als Wanderausstellung angelegte Exposition kann bei ihren „Machern“ geordert werden: Akubiz Sächsische Schweiz e.V. oder: a.l.i.a.s. Dresden. Die Verdi Jugend Sachsens und AMAL Sachsen unterstützten das Projekt. Sehenswert!¹

Die Teilnehmer des 3. Antifaschistischen Ratschlags in Sachsen verabschiedeten eine Erklärung: „Wehret den Zuständen! Hinschauen statt wegschauen.“ Darin wenden sie sich entschieden gegen die Gleichsetzung antifaschistischer Aktivitäten mit Rechtsextremismus. In Sachsen ist das Tragen des Symbols mit dem durchgestrichenen Hakenkreuz ausdrücklich erlaubt – in Chemnitz war es reichlich zu sehen. Einig war man sich in Chemnitz auch, dass bei sich bietender Gelegenheit über den Begriffs-Wirrwarr geredet werden sollte: Rechtsextremisten, Rechtsradikale, Faschisten, Nazis, Neo-Nazis, Rechte – nicht nur in Sachsen geht es dabei bunt durcheinander.

In der Chemnitzer Erklärung heißt es am Ende: „Wir wissen, dass eine gute Sozialpolitik und eine gerechtere Wirtschaftsordnung allein nicht zur Zurückdrängung der extremen Rechten führen werden. Wir wissen jedoch ebenso, dass eine ungerechte Wirtschaftsordnung, steigende Zukunftsängste der Menschen, das Abschreiben ganzer Regionen, eine Politik des sozialen und kulturellen Kahlschlags wie auch die weitere Verschärfung der Ungleichheit die Entwicklungs- und Existenzmöglichkeiten der extremen Rechten fördern. Antifaschistische Politik steht für die Verwirklichung von Gleichheit in allen Bereichen und von Demokratie auf allen Ebenen. Faschistische Politik steht für die extremste Form der Ungleichheit bis hin zum Bestreiten des Lebensrechtes für ganze Menschengruppen und für einen autoritären Führerstaat. Zurückdrängung des Faschismus kann also nur erfolgen durch mehr Gleichheit. Dafür stehen wir.“

Was bleibt als Eindruck? Respekt für das in Sachsen Geleistete und Hoffnung auf Widerstehen gegen Rechtsextremismus von jung und alt.

Dr. Horst Helas

¹ Kontakt: your.alias@system.org

LESERBRIEFE

Leserbrief zu Reiner Zilkenat: Christian Klar, Inge Viett, die RAF und DIE LINKE

Rundbrief 1-2/2007, S. 37ff.

Sehr geehrter Herr Dr. Zilkenat, über Ihren Artikel zur RAF, anhand Ihrer Kritik an Aussagen von Christian Klar und Inge Viett, bin ich sehr verärgert. Das hat nichts mit Ihrer inhaltlichen Kritik zu tun. Ich finde es durchaus legitim, sich kritisch mit den Inhalten und Zielen der RAF auseinander zu setzen. Ich halte es sogar für wichtig, weil die Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Kampf immer wieder Thema sein kann und wird und es für eine gesellschaftliche Veränderung wichtig ist, alte Fehler nicht zu wiederholen.

Was mich aber so verärgert hat, ist die Art und Weise, in der Sie Christian Klar und Inge Viett behandeln. In Ihrem Artikel werten Sie die Meinungen der beiden Menschen und damit Christian Klar und Inge Viett als Gesamtperson ab. Dies erfolgt mit Aussagen wie „pseudo-theoretische Legitimation“, „rrradikal“ und „rrrevolutionäre Phrasendrescherei“, „in derartigen Hirnen einiger weniger, politisch desorientierter Individuen“, „abenteuerliche Phrasen“, „kindlich-naive Vorstellung“ etc. Sie sprechen Christian Klar und Inge Viett keine eigene ernsthafte Meinung zu. Nachdem ich Ihren Artikel zu Ende gelesen habe, hatte ich den Eindruck, dass es Ihnen vorrangig um eine persönliche Abrechnung mit der RAF ging, und dass in Ihren Worten Wut und Verzweiflung eine Rolle spielten, gleichwohl aber auch Überheblichkeit.

Diese unsolidarische Form der Auseinandersetzung halte ich für unakzeptabel und respektlos. Ich wünsche mir, dass in der LINKEN der Umgang mit der anderen Meinung oder dem „Feind“ respektvoll geführt wird. Wenn Sie der Meinung sind, dass Christian Klar in seiner Grußadresse eine gravierende Fehleinschätzung vorgenommen hat oder die Wortwahl nicht eindeutig ist, dann halte ich es für sinnvoll, genauer bei ihm nachzufragen, anstatt zu glauben, was er mit den Worten gemeint hat und dann zu sagen „Rätsel über Rätsel“. Mit antifaschistischen Grüßen Birgit Wulf, 12.8.2007.

Einige Anmerkungen zu diesem Leserbrief:

1. Polemik gehört zum politischen und publizistischen Geschäft. Wer einst

glaubte, die „Kritik der Waffen“ anwenden zu müssen, wird die „Waffen der Kritik“ gerade dann, wenn sie an Deutlichkeit keine Wünsche offen lassen, weder schlecht gelaunt noch weinerlich zur Kenntnis nehmen. Mit einer „persönlichen Abrechnung“ des Autors hat dies nichts zu tun.

2. Im Leserbrief ist vom „bewaffneten Kampf“ und der Notwendigkeit die Rede, sich mit ihm auseinander zu setzen. Hier ist die Autorin nolens volens auf die verlogene Terminologie der RAF hereingefallen: Bei den Aktionen der RAF handelte es sich keineswegs um einen „bewaffneten Kampf“, so wie er z.B. in völlig legitimer Weise gegen ein faschistisches Regime geführt wird, sondern um einen vollkommen sinnlosen, verbrecherischen Terror, der überdies unter den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen der BRD in den 70er und 80er Jahren nur systemstabilisierend und von großem Schaden für die Linke sein konnte. Insofern ist auch die Kennzeichnung der damaligen Aktivitäten der RAF als „alte Fehler“ doch ein klein wenig, sagen wir einmal: untertrieben.

3. Ich billige Christian Klar und Inge Viett durchaus eine ernsthafte politische Meinung zu. Ernsthaft in dem Sinne, dass sie alles das, was sie zu Papier bringen oder auf anderen Wegen der Öffentlichkeit mitteilen, sicherlich so meinen, wie sie es sagen. Und ihre Aussagen sind zweifelsfrei. Sie lassen wenig Spielraum für Interpretationen. Dies gilt allemal für Inge Vietts unsägliche Sottisen, in denen sie nach wie vor grundsätzlich den „bewaffneten Kampf“ rechtfertigt, allerdings in der Retrospektive seine mangelnde Effektivität beklagt.

4. Tatsächlich sind die zitierten Aussagen Klars und Vietts von Verbalradikalismus, pseudo-revolutionärer Phrasendrescherei und einem staunenswerten Mangel an realitätskonformer Analyse der gesellschaftlichen und politischen (Kräfte-)Verhältnisse in der BRD geprägt. Ist dies möglicherweise vor al-

lem durch eine gewisse Intellektuellen- und Theorie-Feindlichkeit verursacht worden, die innerhalb der RAF stets anzutreffen war? Wurden hier nicht von Beginn an alle diejenigen ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen in der BRD und in der Welt aus dem eigenen Denken ausgeblendet, die nicht in das selbst gestrickte, dogmatisierte Weltbild passten? Ein Weltbild, wie es in seiner ganzen Absurdität in den Verlautbarungen der RAF, nicht zuletzt nach der Ermordung bzw. Entführung von Polizisten, Chauffeuren, unbeteiligten Passanten, Politikern, Diplomaten und Managern, der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht wurde? Die gelegentliche „Anreicherung“ der RAF-spezifischen Sprache mit terminologischen Versatzstücken linker Theoretiker, z. B. von Karl Marx, Friedrich Engels und W.I. Lenin, wirkte dabei gelegentlich (unfreiwillig) komisch.

5. Ich vermisse nach wie vor eine öffentliche und unmissverständlich selbstkritische Analyse und Bewertung der RAF-Geschichte, einschließlich der zahlreichen Morde, durch Inge Viett und Christian Klar. Solange diese nicht erfolgt, gibt es aus meiner Sicht für die Linke nur eine politisch sinnvolle Möglichkeit, sich mit ihnen auseinander zu setzen: eine grundsätzliche und rückhaltlose Distanzierung.

6. Zuletzt: Ich halte es für erforderlich, dass Christian Klar aus humanitären Gründen möglichst rasch aus der Haft entlassen wird. Die vom Bundespräsidenten nicht vollzogene Begnadigung, wobei offenbar das publizistische Trommelfeuer der bürgerlichen Medien und die zahlreichen „gut gemeinten Ratschläge“ konservativer Politiker ihre Wirkung nicht verfehlten, ist skandalös. Dies gilt auch angesichts der außerordentlichen Milde, mit der Nazi-Verbrecher jahrzehntlang von der westdeutschen Justiz behandelt worden sind – falls sie überhaupt vor die Schranken eines Gerichtes gerieten.

R. Z.

Leserbrief zu Dirk Burczyk: „Die Kraft der Jugend“

Rundbrief 3/2006, S. 18ff. u. derselbe, Stuttgart-Weikersheim-Dresden. Eine geschichtspolitische Betrachtung zum „Fall Oettinger“, Rundbrief 1–2/2007, S. 32f.

Lieber Herr Burczyk, mit Wohlgefallen beobachte ich Ihr Interesse am Thema „Geschichte bündischer Jugend“ – ich habe mich ja selbst früher intensiv mit diesen historischen Fragen beschäftigt. Zu Ihren Bemerkungen, „Neudeutschland“ betreffend, in dem Beitrag zum „Fall Oettinger“:

In der Tat war „Neudeutschland“ in der Zeit vor und um 1933 weitgehend ständestaatlich-national-„soldatisch“ geprägt, die Demokratie abwertend. Ganz anders im Milieu damaliger katholischer Jugendbewegung weite Teile des „Quickborn“, der „Jungborn“, die „Kreuzfahrer“ und auch „Sturmschar-Gruppen“;

dort herrschten antimilitaristische und zugleich sozial engagierte Stimmungen vor. Nach 1945 hat es allerdings bei den „Neudeutschen“ auch recht kritische Auseinandersetzungen mit der eigenen politischen Vergangenheit gegeben – also nicht nur die „Filbinger“-Linie.

Etwas missverständlich finde ich Ihren Hinweis darauf, dass die „Bündische Jugend ... eine Scharnierfunktion zwischen Konservatismus und neu-rechten und rechtsextremen Positionen“ einnehme. Für einen erheblichen Teil der Bündischen vor 1933 trifft das zu, aber das lässt sich so auf die Gegenwart nicht übertragen. Nach wie vor ist das bün-

dische Milieu politisch nach vielen Seiten hin offen (wie auch andere Jugendkulturen), aber es dominiert meines Erachtens heute dort eine Ideenwelt, die weder konservativ noch neu-rechts oder rechtsextrem ist, siehe etwa die Zeitschriften „stichwort“, „eisbrecher“, „Zeitung“, „rjb-Mitteilungen“.

Zur Filbinger-Geschäfte und Willi Graf siehe meinen Aufsatz „Eine ‚geschmähte Generation‘“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 7/1988.

Freundliche Grüße

Professor Dr. Arno Klönne
24.6.2007.

REZENSIONEN UND ANNOTATIONEN

Die Harzburger Front 1931 – Der Anfang vom Ende der Weimarer Republik?

Spurensuche Goslar e.V., Hrsg., Harzburger Front von 1931 – Fanal zur Zerstörung einer demokratischen Republik. Historisches Ereignis und Erinnern in der Gegenwart – Eine Dokumentation, Clausthal-Zellerfeld 2007 (Spuren Harzer Zeitgeschichte, Heft 2).

Die Harzburger Front hat in der bürgerlichen Geschichtsschreibung nicht immer die ihr gebührende Aufmerksamkeit gefunden. Die politische Bedeutung dieser Zusammenkunft verschiedenartiger faschistischer und konservativer Kräfte in dem beschaulichen Kurort im heutigen Niedersachsen wurde durchaus unterschiedlich interpretiert, wobei die Tendenz, diesem angeblich gescheiterten Treffen keinen besonderen Stellenwert attestieren zu wollen, die Regel darstellt. Worum ging es in Bad Harzburg?

Am 10. und 11. Oktober 1931 trafen sich hier die Repräsentanten u. a. der NSDAP und der SA, der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und des Stahlhelms-Bund der Frontsoldaten, des Alldeutschen Verbandes und des Reichslandbundes. Ein besonders großes Interesse im In- und Ausland löste die Teilnahme des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht, des ehemaligen Reichswehr-Chefs Generaloberst a. D. Hans von Seeckt sowie zweier Söhne des letzten deutschen Kaisers aus. Einer von ihnen, Prinz August Wilhelm, von seinesgleichen Prinz „Auwi“ genannt, nahm in der Uniform eines SA-Obergruppenführers an der Veranstaltung teil.

Die so genannte Heerschau der politischen Rechten in Deutschland litt von Beginn an unter dem Versuch Hitlers und seiner NSDAP, sich um jeden Preis als die führende und tonangebende Kraft zu präsentieren. Der Nazi-„Führer“ brüskierte wiederholt die Deutschnationalen und den Stahlhelm, ließ sie spüren, dass die NSDAP und die SA sich im Aufwind befanden, während die Repräsentanten der DNVP für ihn rückwärtsgewandte, immer noch der Zeit und den damals herrschenden Idealen des Kaiserreiches verpflichtete Konservative darstellten, die nicht in der Lage seien, mehrheitsfähige politische Konzepte für die Zukunft zu entwickeln. Kurzum: Die geplante „Heerschau“, die eine

wachsende Einigkeit im Lager der politischen Rechten signalisieren sollte, mutierte eher zu einem „Schaulaufen“ der Nazis, die in Bad Harzburg ihre führende Rolle auf der rechten Seite des politischen Spektrums demonstrierten, wo immer es ging.

Die vorliegende, sehr verdienstvolle Veröffentlichung setzt ihre Akzente allerdings in anderer Weise. Zwar kommen Vorgeschichte und Ablauf der Harzburger Tagung, einschließlich der Widersprüchlichkeiten und Gegensätze innerhalb der selbst reklamierten „Front“, nicht zu kurz (bes. S. 9ff). Verdienstvoll ist es aber, dass die politische Situation in Bad Harzburg selbst, im bereits von den Nazis regierten Land Braunschweig ausführlich dargestellt wird. Die deutsche Geschichte in der Endphase der Weimarer Republik, für die das Harzburger Treffen keine geringe Rolle spielte, wird somit verwoben mit der regionalen und lokalen Geschichte.

Dabei ist es z. B. von einigem Interesse, welche Teilnehmer aus der eigenen Region stammten, welche politische Karriere sie später durchliefen, einschließlich der Zeit in der Bundesrepublik Deutschland. So ist die Rede von Dietrich Klagges, einem der „Chefideologen“ der deutschen Faschisten (vgl. S. 55f.). Der gelernte Volksschullehrer wurde 1931 Innenminister, im Jahr darauf Ministerpräsident in Braunschweig. Der im Nazi-Reich zum SS-Obergruppenführer avancierte Klagges wurde nach dem Krieg zunächst zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt, 1957 jedoch aus dem Gefängnis entlassen, wobei ihm seine ungekürzten Rentenansprüche nach dem berühmt-berüchtigten 131er-Gesetz zugesichert wurden! Er starb unbehelligt 1971 in Bad Harzburg. Oder reden wir über Adolf Schmidt-Bodenstedt (vgl. S. 56): Bereits seit 1923 Mitglied der NSDAP, 1927 zu ihrem Kreisleiter in Braunschweig-Land bestimmt, seit 1933 Vorsitzender der Nazi-Landtagsfraktion, 1939 zum Ministerialdirigenten im Reichs- und Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung aufgestiegen, zugleich Gebietsführer der Hitler-Jugend in Südhannover-Braunschweig. Er tat sich nach dem Krieg in Bad Harzburg als „Chorleiter“ und als Kommunalpolitiker hervor,

der seine neue politische Heimat bei der FDP gefunden hatte. Auch er starb als „Ehrenmann“ im Jahre 1981.

Den Autoren ist zuzustimmen, wenn sie schreiben, dass „die Tatsache, dass führende Nationalsozialisten wie der NSDAP-Ortsgruppenleiter und Bürgermeister Berndt, der ab 1957 wieder als Kurdirektor in Harzburg tätig war“ (S. 49), entscheidend dazu beigetragen haben, dass die Nazi-Vergangenheit Bad Harzburgs, aber auch die Schmiedung der „Harzburger Front“ bereits fünfzehn Monate vor der faschistischen Machtübernahme, lange unter den Teppich gekehrt werden konnten. In anderen Orten und Regionen der BRD hat es sich schließlich nicht anders verhalten. Spätestens mit dieser interessanten, gut lesbaren, mehr als siebzigseitigen Broschüre dürfte damit Schluss sein.

Die Autoren haben ihre Publikation mit zahlreichen Dokumenten aus staatlichen Akten, mit der Wiedergabe von Zeitungsausschnitten, den Faksimiles von Flugblättern und Fotos angereichert. Ein kurzes, aber die wichtigsten einschlägigen Veröffentlichungen berücksichtigendes Literaturverzeichnis (S. 66ff.), hilft allen, die sich ausführlicher und detaillierter über das Harzburger Treffen und die politische Situation, in der es stattfand, informieren wollen. Kurzum: eine begrüßenswerte Publikation, der möglichst viele Leser zu wünschen wären. Bestellungen sind zu richten an: Spurensuche Goslar e.V., Postfach 2505, 38615 Goslar.

Dr. Reiner Zilkenat

Neues zum antifaschistischen Widerstand in Sachsen-Anhalt

Werner Dietrich, *Widerstand und Verfolgung in Zeitz 1933 – 1945 – Antifaschistische Lebensbilder*. (Wider das Vergessen, Heft 5, Halle/Saale 2005, 64 Seiten; Derselbe, Max Dankner – *Biographische Skizze eines kämpferischen Antifaschisten*. (Wider das Vergessen, Heft 6, Halle/Saale 2006, 51 Seiten.

Beide Veröffentlichungen, auf die hier aufmerksam gemacht werden soll, beruhen auf eingehenden archivalischen Studien. In ihnen wird überzeugend nachgewiesen, mit welcher Brutalität das Naziregime seine politischen Gegner verfolgte. Der Lebens- und Leidensweg der behandelten Personen zeigt aber auch, woher sie die Kraft nahmen, um dem Nazi-Regime zu widerstehen. In den beiden Schriften werden Widerstandskämpfer aus dem kommunistischen und sozialdemokratischen Lager vorgestellt, die sich aufgrund ihrer politischen Überzeugung dem Druck der Nazidiktatur entgegenstellten. Sie hatten sich entschieden, im Interesse der arbeitenden Menschen für sozial gerechte und menschenwürdige gesellschaftliche Verhältnisse einzutreten und bekämpften daher den Faschismus als menschenfeindliches und friedensbedrohendes System.

Die Stadt Zeitz kann sich rühmen, zu jenen Orten in Deutschland gehört zu haben, in denen es einen niemals erlahmenden organisierten Widerstand gegen die Nazidiktatur gab. Der Autor macht das an fünf besonders markanten Vertretern deutlich.

Zu ihnen gehörte Prof. Dr. Rudolf Agricola (S. 6ff.). Den gebürtigen Kurpfälzer verschlugen berufliche Verpflichtungen nach Zeitz, wo er sich 1933 der KPD anschloß, nachdem er bis dahin der SAP angehört hatte. Er war bemüht, im antifaschistischen Widerstand die Verbindung zu ehemaligen Sozialdemokraten und SAP-Mitgliedern zu suchen. Da er durch seine Aktivitäten während der Weimarer Republik bekannt geworden war, geriet er von Anfang an ins Visier des nazistischen Verfolgungs- und Repressionsapparates. Anhaltenden Verfolgungen ausgesetzt, blieb er seinen Überzeugungen treu. Nach der Zerschlagung des Faschismus gedachte er zunächst in seiner pfälzischen Heimat am demokratischen Neuaufbau teilzunehmen, musste aber bald erkennen, dass ihm als Kommunisten zunehmend

Hindernisse in den Weg gelegt wurden. So nahm er schließlich einen Ruf an die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg an, deren Rektorat er zwischen 1951 und 1953 innehatte. Einige Jahre stand er im diplomatischen Dienst der DDR, kehrte aber dann in die Wissenschaft als Direktor des Nordischen Instituts der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald zurück, eine Funktion, die er bis zu seiner Emeritierung 1965 bekleidete.

War Rudolf Agricola einer der wenigen deutschen Intellektuellen, die dem Naziterror die Stirn boten, so war Richard Dietrich ein typischer Vertreter der antifaschistischen Kämpfer aus der Arbeiterschaft (vgl. S. 22ff.). Soziale Herkunft und Lebenserfahrungen hatten ihn früh veranlasst, der SPD beizutreten, der er bis zur Vereinigung mit der KPD 1946, abgesehen von einer zwischenzeitlichen Mitgliedschaft in der USPD, treu blieb. Seit 1921 war er in Zeitz ansässig, wo er sich als Gewerkschaftsfunktionär und engagierter Autor der SPD-Presse einen Namen machte. Auch in Zeitz standen sich Kommunisten und Sozialdemokraten in der Weimarer Republik nicht gerade freundlich gegenüber. Erst nach dem Machtantritt des Faschismus gelang es, zu gemeinsamen Aktionen gegen den gemeinsamen Feind zu finden. Daran hatte Richard Dietrich keinen geringen Anteil. Auch er war seit dem Beginn der Nazidiktatur Verfolgungen ausgesetzt, die ihn schließlich in das Konzentrationslager Sachsenhausen führten. Erst die Niederlage des Naziregimes bedeutete für ihn Befreiung und Heimkehr, wo er sich sofort für den gesellschaftlichen Neubeginn engagierte. Er wurde besonders in der Kommunalpolitik und bei der Propagierung einer antifaschistischen Gesinnung aktiv.

Ein ähnliches Schicksal erlebte Walter Retterath (vgl. S. 52ff.). Auch er gelangte auf der Suche nach Arbeit nach Zeitz. Erfahrungen seines Arbeitslebens und Kriegserlebnisse bestärkten ihn in seinen sozialistischen Überzeugungen, die ihn zunächst in die Sozialdemokratie, später in die Reihen der KPD führten. Auch er hatte sich stark in der Gewerkschaftsarbeit engagiert, ehe er in Parteifunktionen tätig wurde. Sein großer Bekanntheitsgrad in der Region hatte zur Folge, dass er seit der faschistischen Machtübernahme Verfolgungen ausgesetzt war. So wurde er von einer

Haftanstalt in die andere verfrachtet und landete schließlich im Konzentrationslager Buchenwald, dass er erst nach der Befreiung wieder als freier Mann verlassen konnte. Heimgekehrt stürzte er sich in die Aufbauarbeit. Sein Hauptbetätigungsfeld war die Gewerkschaftsarbeit, die ihn zeitweilig in den Bezirk Cottbus verschlug. Die Stadt Zeitz würdigte sein Kämpferleben mit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde.

Ein besonders tragisches Schicksal erlitt Dr. med. Gustav Flörsheim (vgl. S. 40ff.) Der aus Hessen stammende jüdische Arzt überlebte die Nazizeit nicht. Nicht nur die aktive Mitgliedschaft in der SPD und der sich daraus ergebende Widerstand gegen den Nazismus, sondern auch seine jüdische Herkunft waren Gründe dafür, dass er sich der Verfolgung durch das nazistische Terrorregime ausgesetzt sah. Er hatte sich besonders in der medizinischen Betreuung von Arbeiterfamilien einen guten Ruf erworben. Dem suchten die Nazis durch rassistische Verunglimpfungen entgegenzuwirken. Seine Unbeugsamkeit bezahlte er mit Einkerkerung, während der er schweren Misshandlungen ausgesetzt war, die ihn schließlich das Leben kosteten.

Ein besonderes Heft hat Werner Dietrich dem Antifaschisten und Kommunisten jüdischer Herkunft, Max Dankner, gewidmet. Der gebürtige Dresdener trat zunächst der SPD bei, wandte sich aber später der KPD zu. Den Einstieg in die politische Arbeit vollzog er als Gewerkschaftsfunktionär, wo er sich besonders für die Arbeitsbedingungen der Lehrlinge und Jungarbeiter einsetzte. Wie von ihm bezugte Aussagen erkennen lassen, fühlte er sich besonders deswegen in der Arbeiterbewegung zu Hause, weil er hier keine antisemitischen Vorurteile vorfand (vgl. S. 10).

Dankner hatte besonderen Anteil am Aufbau der kommunistischen Jugendorganisation im Dresdner Raum. Das machte ihn den Nazis besonders verhasst, und so wurde er bereits 1933 verhaftet, sollte aber wegen der galizischen Herkunft seines Vaters als „unliebsamer Ausländer“ Deutschland verlassen. Das gestattete ihm, in die Tschechoslowakei auszureisen, wo er sich im Auftrage seiner Partei besonders der Organisation der illegalen Grenzarbeit annahm. Nachdem seinem Wunsche stattgegeben worden war, sich im Rahmen der

Internationalen Brigaden am Abwehrkampf der spanischen Republik gegen die Franco-Putschisten zu beteiligen, begab er sich nach Spanien, wo er in den Reihen des Thälmann-Bataillons kämpfte. Nach der Niederlage der spanischen Republik trat er mit anderen Spanienkämpfern nach Frankreich über, wo er im Lager St. Cyprien interniert wurde. Der Auslieferung an die Nazis entzog er sich durch Flucht. Er schloss sich danach der französischen Résistance an, in deren Reihen er als Leutnant den antifaschistischen Kampf fortsetzte. Nach der Befreiung kehrte er in sein Heimatland zurück, um sich aktiv am Aufbau eines neuen Deutschland zu beteiligen. Er übernahm Parteifunktionen im Land Sachsen-Anhalt und später im Bezirk Halle. Auf Parteibeschluss wurde ihm die Aufgabe übertragen, als Bezirksvorsitzender des FDGB zu wirken. In dieser Funktion geriet er in Konflikt mit der damals verfolgten Parteilinie, die darauf hinauslief, die Gewerkschaften nicht so sehr als eigenständige Vertretung der Arbeiterinteressen anzuerkennen, sondern als Erfüllungsorgan der Politik der SED-Führung. Da Dankner nicht bereit war, seine Auffassung von gewerkschaftlicher Interessenvertretung aufzugeben, wurde er seiner Funktionen enthoben und in den Ruhestand versetzt. Als Parteiveteran setzte er jedoch seine Bemühungen um die Bewahrung des antifaschistischen Erbes in der DDR fort und widmete sich vor allem dem Gedenken an die Spanienkämpfer. Die Darstellungen über Leben und Wirken von Max Dankner, Richard Dietrich, Rudolf Agricola, Walter Retterath und Gustav Flörsheim belegen die unbestreitbare Tatsache, dass die überzeugtesten Anhänger der Arbeiterbewegung auch die entschiedensten Kämpfer gegen den Faschismus stellten. Das ins öffentliche Bewusstsein zu heben, ist schon allein ein Verdienst, wird

doch seit der staatlichen Vereinigung Deutschlands alles getan, um insbesondere den antifaschistischen Beitrag namentlich der Kommunisten in Frage zu stellen, wobei bei dieser Gelegenheit auch Widerstandskämpfer aus der Sozialdemokratie in Mitleidenschaft gezogen werden, erst recht, wenn sie als Bürger der DDR Mitglieder und Funktionäre der SED waren. Wie anders soll man es bewerten, dass die Straßen in Zeitz, die Dr. Gustav Flörsheim und Walter Retterath gewidmet waren, in den 90er Jahren umbenannt wurden?

Die Forschungen von Werner Dietrich machen auch verständlich, warum solche aktiven Widerstandskämpfer, wie Max Dankner, Richard Dietrich, Walter Retterath und Rudolf Agricola nach der Befreiung Deutschlands ihre Kräfte in den Dienst des gesellschaftlichen Neuanfangs im Osten Deutschlands und der späteren DDR stellten. Das lässt sich nur erklären, weil sie trotz vieler Konflikte und Probleme mit gutem Gewissen hier von einem bestehenden antifaschistischen Grundkonsens ausgehen konnten.

Allerdings weicht der Autor auch nicht der Tatsache aus, dass in der DDR durch die Festlegung auf das sowjetische Gesellschaftsmodell eine zunehmende Verengung des antifaschistischen Selbstverständnisses erfolgte, die schließlich zu seiner vereinfachten Identifizierung von Antifaschismus und Parteipolitik der SED führte, so dass er als Legitimationsmittel der Politik zu verkümmern drohte. Das hat dem antifaschistischen Gedanken in der DDR ohne Frage geschadet.

Der Autor arbeitet das am Schicksal von Richard Dietrich, Walter Retterath und vor allem Max Dankner sehr plastisch heraus. Sie sahen sich zum Teil unsinnigen Anfeindungen wegen „Sozialdemokratismus“ und „Versöhnlerium“ gegenüber und mussten, wie Max Dankner,

auch Verdächtigungen als „Westemigranten“ über sich ergehen lassen. Letzterer wurde zudem wegen Differenzen mit der Parteilinie der SED in den 60er Jahren trotz seiner großen Verdienste im antifaschistischen Widerstand aus seinen gewerkschaftlichen und Parteifunktionen verdrängt.

Dieses Herangehen des Verfassers ist ein überzeugender Beleg dafür, dass eine sachlich-kritische Darstellung des Umgangs mit dem antifaschistischen Widerstandskampf in der DDR befähigt, sowohl die unbezweifelbare Tatsache zu würdigen, dass in der DDR bis zu ihrem Ende der antifaschistische Grundansatz lebendig blieb und gleichzeitig die Verengung und Routinisierung des Umgangs mit dem Erbe des Antifaschismus einer unnachsichtigen Kritik unterworfen werden kann – und muss. Die seit den 90er Jahren zu beobachtenden Bestrebungen, die antifaschistischen Bildungs- und Erziehungsbemühungen in der DDR zu entwerten, müssen dagegen auch dafür verantwortlich gemacht werden, dass es gegenüber neonazistischen Umtrieben zu einer verminderten Gegenwehr gekommen ist. Das in der DDR durchaus stillschweigend akzeptierte Verdikt über den Nazismus wurde als nicht mehr gültig und rechtens hingestellt und von neonazistischen Bestrebungen der Makel der Illegitimität genommen. Statt durch Überwindung der Defizite und Verengungen die antifaschistische Grundtendenz zu bekräftigen und zu verfestigen, wurde damit bereits Erreichtes und Bewährtes in Frage gestellt.

Deshalb ist sehr zu wünschen, dass ähnliche Unternehmungen, wie sie mit der Reihe „Wider das Vergessen“ in Sachsen-Anhalt unternommen werden, auch anderswo Nachahmer und auch öffentliche Unterstützung finden.

Professor Dr. Helmut Meier

Stille Helden im antifaschistischen Widerstand

Gerd Kaiser, „Auf Leben und Tod“. **Stille Helden im antifaschistischen Widerstand 1923 bis 1945, edition bodoni, Berlin 2007.**

Die Wortverbindung „still“ und „Helden“ im Untertitel dieses Buches machte mich stutzig. Über Helden wird heute – und wurde zu „DDR-Zeiten“ – entsprechend dem jeweiligen Geschichtsbild eher laut getönt als ruhig nachgedacht. Was die Würdigung des antifaschisti-

schen Widerstandskampfes in Deutschland betrifft, waren es in der DDR nur wenige Menschen, deren Namen immer wieder genannt wurden, die sich als Schul- und Straßennamen oder Zusatzbezeichnung für Arbeitskollektive aller Art wiederfanden.

Für Thüringen waren dies die Namen der von den Nationalsozialisten ermordeten Kommunisten Theodor Neugebauer und Magnus Poser. Diese oft

Genannten, wie auch alle andern Widerstandskämpfer, die Opfer dieses Regimes wurden, konnten sich gegen den Umgang mit ihrer Biographie nicht wehren. Sie selbst empfanden sich nicht als besondere Menschen, die ins Rampenlicht der Gesellschaft gehörten oder gar selbst dorthin drängten. Im Gegenteil. Hartnäckiges Widerstehen gegen die Hitler-Diktatur gebot den Einsatz konspirativer Mittel. Unauffälliges Tun im

Verborgenen zeichnete Effizienz und Leistung des Widerstandes aus.

Gerd Kaiser stellt im umfangreichsten, dem dritten Teil seiner Publikation 450 Thüringer Jugendliche, Frauen und Männer vor, die aus verschiedener politischer Überzeugung heraus und durch unterschiedliche Sozialisation geprägt kämpften und den Einsatz ihres Lebens nicht scheuten.

Im ersten Teil der Publikation erwartet den Leser die Antwort, warum der Autor die erste Etappe des antifaschistischen Widerstandskampfes in Thüringen mit dem Jahre 1923, zehn Jahre vor Hitlers Machtantritt, einsetzen lässt: Nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920 war in Thüringen wie anderswo in Deutschland die Gefahr nicht beseitigt, dass reaktionärste Kräfte einen neuen Staatsstreich versuchen würden. Ernst zu nehmende Anzeichen gab es schon 1923 nicht nur in Bayern, sondern auch im angrenzenden Thüringen. Der Autor erinnert nicht nur an die kurze Existenz einer rot-roten Landesregierung (wie in Sachsen), sondern auch in die Existenz bewaffneter Arbeiterformationen, die zur Verteidigung der Weimarer Republik aufgestellt wurden und auf ihren Einsatz warteten. Für Gerd Kaiser beginnt die

Faschisierung Deutschlands deshalb zu Beginn der 20er Jahre.

Im zweiten Kapitel werden die Auf- und Abschwünge des Widerstandskampfes in Thüringen sowie örtliche Konzentrationen vorgestellt. Selten in Publikationen dieser Art zu finden sind auch Gerd Kaisers Erklärungsversuche, aus welchen Handlungsmotiven heraus Menschen aktiv wurden. Eingegangen wird auf die familiäre, berufliche und politische Sozialisation der Antifaschisten. Spezielle Abschnitte werden Frauen im Widerstand, aus religiösen Motiven Handelnden und dem militärischen Widerstand gewidmet.

Der vierte Teil des Buches ist mehr als ein „Anhang“, wie ihn der Autor nennt. Zunächst ruft er Thüringer Orte der Repression in Erinnerung, nur einige seien genannt: Zuchthaus Untermaßfeld, Sonderlager der SS Ohrdruf/Jonastal oder Arbeitserziehungslager der Gestapo Großer Gleichberg (bei Römhild). Beschrieben werden Massenhinrichtungen und Massenverhaftungen. Schließlich: Der Autor nennt Namen von Tätern. Auch von Verrätern aus den Reihen des Widerstandes ist die Rede, ohne diese einfach nur zu stigmatisieren.

Es folgt der eigentliche, mehrgliedrige Anhang, der sicher von allen Gerd Kaiser nachfolgenden Rechercheuren mit besonderem Dank gewürdigt wird: Archivalien, Quelleneditionen und Ausstellungen zum Thema finden Erwähnung, ein Literatur- und Abkürzungsverzeichnis folgen, Personen- und Ortsregister sowie ein Bildnachweis komplettieren die Darstellung, auch letzteres nicht zu unterschätzen.

Bleiben zum Schluss einige Anregungen.

Erstens (wie immer): die Empfehlung: dieses Buch kaufen, lesen und weiter empfehlen.

Zweitens: Die für Bildung Zuständigen im Freistaat Thüringen, sollten Klassensätze dieser Publikation allen Thüringer Schulen als Lernmittel für politische Bildung zur Verfügung stellen.

Drittens: Es wäre wünschenswert, wenn von Wahl zu Wahl wechselnde Verantwortliche in kommunalen Amtsstuben dieses Buch vorfinden würden – zum Nachschlagen über einen wichtigen Abschnitt von Ortsgeschichte und als Anregung für zeitgemäßen Umgang mit geschichtlichem Erinnern.

Dr. Horst Helas

Raketentechnik und Kriegswirtschaft in Nazi-Deutschland

Ralf Pulla, *Raketentechnik in Deutschland. Ein Netzwerk aus Militär, Industrie und Hochschulen 1930 bis 1945*, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2006, 265 Seiten.

Der Titel der vorliegenden Publikation deutet bereits an, dass hier nicht in isolierter Weise das Problem der Entwicklung von Raketentechnik in Deutschland untersucht werden soll. Es geht stattdessen um das Aufdecken des Zusammenwirkens der Militärs, die erwarteten, eine neue, letztlich kriegsentscheidende Waffe zu erhalten, mit der Rüstungsindustrie, die sich hohe Profite und einen know-how-Vorsprung vor ihren ausländischen Konkurrenten versprach und den Technischen Hochschulen und Universitäten, die langfristig angelegte, anspruchsvolle Forschungsaufträge anstrebten und tatsächlich auch erhielten.

Das Buch ist übersichtlich in fünf Kapitel gegliedert, setzt aber – das sei vorab gesagt – ein relativ hohes Maß techni-

scher Kenntnisse bei den Lesern voraus.

In der Einleitung verweist der Autor auf das enorme, stetig anwachsende Interesse an der Raketentechnik – nicht nur in Deutschland – und auf ihre Genesis im 20. Jahrhundert, insbesondere während des Zweiten Weltkrieges.

Ralf Pulla hebt hier die neuen Formen der Forschungsorganisation zur Raketentechnik für den Zeitraum von 1930 bis 1945 in Deutschland hervor.

Kurz und präzise erläutert der Autor die methodische Orientierung und den Aufbau der vorliegenden Dissertation. Er bezeichnet „das Modell des Netzwerkes“ als besonders geeignet für technikhistorische Forschungen über das 20. Jahrhundert.

Im Kapitel I („Raumfahrt als Medium einer technischen Utopie“) schildert der Verfasser überzeugend und ausführlich die Wünsche und utopischen Sehnsüchte der Menschheit in Bezug auf Raketen und Raumfahrt. In diesem Kapitel

verweist Ralf Pulla auch auf die unterschiedlichsten Positionen in der Raketentechnik-Debatte in den zwanziger Jahren des zurückliegenden Jahrhunderts. Sie reichen von der Geringschätzung der Rakete als Waffe und Instrument zukünftiger Raumfahrt bis zum technischen „Zaubermittel“.

Im Kapitel II („Die Rakete im Kalkül von Militär und Rüstungsplanung“) schildert der Autor detailliert die Ursachen, weshalb das Heereswaffenamt der Reichswehr sich bereits am Anfang der dreißiger Jahre auf die Entwicklung einer Rakete mit Flüssigkeitsantrieb orientierte. Treffend analysiert er, dass die deutschen Militärs – die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges analysierend – sich auf ein technisiertes und „industrialisiertes“ Schlachtfeld mit modernsten Waffen vorbereiteten. Ralf Pulla hebt hervor, dass bereits Ende 1920, ungeachtet der einschneidenden Beschränkungen des Versailler Vertrages für die Bewaffnung der Reichswehr, ein Waf-

fenamt als zentrale Institution für alle waffentechnischen Belange, einschließlich Munition und Geräte, geschaffen wurde. Bereits 1930, also bereits vor der Machtübernahme der Nazis, entstand in Kummersdorf bei Berlin das erste Raketenentwicklungszentrum des Heereswaffenamtes. Von diesem Ausgangspunkt spannt der Autor den Bogen bis zur Produktion und dem Einsatz der Fernraketen im Zweiten Weltkrieg. Besonderes Augenmerk richtet Ralf Pulla dabei auf die „Wehrforschungsgemeinschaft und Raketentechnik“.

Im Kapitel III („Industrie und Raketensteuerrungen“) geht der Verfasser auf die technische Notwendigkeit der Vernetzung zwischen den Raketenentwicklern und der Industrie ein, da nur diese die technischen Voraussetzungen für die Realisierung des Raketenprogramms besaß. Detailliert belegt er das enge Zusammenspiel der genannten Akteure,

um schließlich über eine einsatzbereite Waffe verfügen zu können.

Desgleichen untersucht und analysiert er im nachfolgenden Kapitel das Wirken der Technischen Hochschulen im Netzwerk der Raketentechnik-Forschung. Hier belegt er mit vielfältigen Fakten die Verantwortung und Mitschuld der Technischen Hochschulen und Universitäten an der intensiven Mitarbeit der von den Nazis im Zweiten Weltkrieg zum Einsatz gebrachten Raketenwaffen. Ralf Pulla weist nach, dass die Zahl der involvierten Institute und Wissenschaftler derart groß war, dass er sich im Rahmen seiner Forschungen und bei der Erarbeitung der vorliegenden Publikation nur auf die beiden größten Partner im „Vorhaben Peenemünde“, auf die TH Darmstadt und die TH Dresden, beschränken mußte.

Im abschließenden Kapitel geht der Autor relativ ausführlich und mit hoher

Fachkenntnis, gestützt auf eine exakte Auswertung der Fachliteratur, auch auf die Entwicklung der Raketentechnik in der Sowjetunion und in den USA ein.

Zusammenfassend bemerkt er, dass die Fernraketen-technologie zu den folgenreichsten Innovationen des 20. Jahrhunderts gehöre. Er betont dabei auch die Verantwortung aller beteiligten deutschen Techniker und Wissenschaftler am Massenmord der Zwangsarbeiter in den Produktionsstätten der Raketenwaffe, wie z. B. bei der V2-Herstellung in den unterirdischen Produktionsstätten des Konzentrationslagers Dora-Mittelbau.

Das Quellen- und Literaturverzeichnis belegt mit den Tabellen zum Netzwerk des Zusammenwirkens aller beteiligten Akteure an der Raketenentwicklung die gründliche Recherchearbeit des Autors.

Dr. Günter Wehner

Erschreckende Parallelen. Eine Broschüre der Linkspartei Teltow-Fläming

Der 100. Geburtstag des Arbeitersportlers Ernst Kloss am 4. September 2007 ist für die Partei „Die Linke“ im südlich von Berlin gelegenen Kreis Teltow-Fläming Anlass für die Herausgabe der Broschüre „Standhafte Antifaschisten“. Neben dem von der SA ermordeten Boxer Kloß werden auch der Reichsbanneraktivist Karl Schlombach aus Großbeeren und der Jüterboger KPD-Stadtrat Erich Jeserick, deren 110 Geburtstage sich in diesem Jahr jähren, in eigenen Beiträgen gewürdigt

Kloß hatte sich nicht nur im KPD-nahen Rotsportverein in Luckenwalde einen Namen als Boxer gemacht, sondern als Mitglied des Roten Frontkämpferbundes seine Fäuste zum Schutze kommunistischer Versammlungen gegen Überfälle der SA gebraucht. Als die Faschisten kurz nach ihrer Machtübernahme daran gingen, das „rote Luckenwalde“ – eine SPD-Hochburg – zu zerschlagen, gehörte der Arbeitersportler zu ihren ersten Opfern. Am 8. April 1933 fand in Luckenwalde ein Standartentreffen von 1.200 SA-Männern und der Hitlerjugend statt. Mitglieder des SA-Sturms 206 verschleppten Kloß, verprügelten ihn und schossen ihn auf offener Straße an. Zwei Tage später erlag dieser am 12. April 1933 seinen schweren Verletzungen.

Wie die in der Broschüre wiedergegebenen Polizeiprotokolle beweisen, geschah der geplante Mord vor den Augen der Polizei. Anstatt die Täter zu überführen, wurden die Ermittlungen nur 18 Tage später eingestellt und zehn Kommunisten in „Schutzhaft“ genommen. Rudolf Haase geht in seinem Beitrag zu Kloß auch darauf ein, wie SPD und CDU nach der „Wende“ Straßennamen und Gedenktafeln für Kloß entfernen ließen. Jetzt soll auf Beschluss der Gemeindeversammlung eine Stele an den ermordeten Antifaschisten erinnern.

Dem Vergessen entrissen wurde inzwischen auch der der Maurer Karl Schlombach. An den am 22. Februar 1945 im KZ-Bergen-Belsen Umgekommenen erinnern seit März 2007 eine Gedenktafel in Großbeeren und ein Stolperstein vor seiner letzten Wohnung in Berlin-Steglitz. Im Mittelpunkt der von Fred Bruder gründlich recherchierten Biographie des Aktivisten der sozialdemokratischen Selbstschutzorganisation Reichsbanner steht der so genannte Armenhausbrand in Großbeeren. Neun Familien verloren bei dem Feuerüberfall der SA auf Schlombach in der Nacht des 23. Februar 1933 das Dach über dem Kopf. Als Schlombach unter Verdrehung der Tatsachen als angeblicher „Brandstifter“ verhaftet wurde, machte

– analog zum von den Nazis gelegten Reichstagsbrand – das Wort vom „van der Lubbe aus Großbeeren“ die Runde. Das heutige Wiedererstarben rechten Gedankengutes und das Einziehen rechter Parteien in die Parlamente zeige erschreckende Parallelen zur vorfaschistischen Zeit in den Jahren von 1929 bis 1933, betont Lothar Schreiber in seinem Beitrag über den 1944 im KZ Sachsenhausen ermordeten Jüterboger KPD-Stadtrat Erich Jeserick. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, die Lehren der Geschichte nicht zu vergessen. Die 98 Seiten starke, teilweise bebilderte Broschüre der Teltower Linkspartei leistet hierzu einen kleinen Beitrag.

Dr. Nick Brauns

Bestellungen gegen Spende von 2 Euro bei der Partei DIE LINKE, Teltow-Fläming, Zinnaer Str. 36, 14943 Luckenwalde, Tel. 03371 632267, Fax 03371 636936.

Guernica. Die Odyssee eines Wandbildes

Gijs Van Hensbergen, *Guernica. Biographie eines Bildes*, Siedler Verlag, München 2007, 416 Seiten.

An welcher Stelle man das Buch auch aufschlägt, es liest sich wie ein Krimi. Ja, es ist ein Krimi, allerdings ein kultur- und gesellschaftspolitischer. Picassos Wandbild „Guernica“ gab seit seiner Schaffung Zündstoff hierfür genug. Die Tatorte fand der Autor weltweit, die Täter, Ankläger, Verteidiger und Richter nicht minder: Ob zur Pariser Weltausstellung 1937, umtost von Arbeitskämpfen und politischen Auseinandersetzungen in Frankreich, die sechs Menschenleben forderten, ob in der konservativen Kunstprovinz Los Angeles, in der gerade einmal 735 Besucher den Weg zu „Guernica“ fanden, die Lokalpresse das Werk „ekelerregend“ und „hässlich“ nennt, ja als „reinen Schrott“ abtat, – während dessen das liberalere New York dem Picassofieber erlag und „Guernica“ 60.000 Besucher bescherte. „Guernica“ machte Furore. Picassos gemalter Aufschrei wurde verstanden und die kontroversen Debatten in den lokalen Medien der Städte und Bundesstaaten der USA, in denen das Bild Station machte,

liefern uns heute noch bestes Anschauungsmaterial über die politischen Verhältnisse vor Ort und im Lande. „Ich habe nicht den Krieg gemalt, aber ich habe keinen Zweifel, dass der Krieg in den Gemälden steckt, die ich gemacht habe“, umschrieb es Picasso. Auch die marxistischen Kunstkritiker waren sich damals keineswegs einig in ihrem Urteil über die Qualität des Bildes. Eines aber verband Kritiker und Verteidiger von „Guernica“, seit sie es erstmals zu Gesicht bekamen. Dieses Bild war aus ihrem Bewusstsein nicht mehr wegzudenken! Das lag auch an seiner prophetischen Stärke: Überall, wo das Bild Ende der 30er Jahre ausgestellt wurde, ob in Frankreich, England oder in die USA – immer gab es aktuelle politische Ereignisse, die die Botschaft des Bildes zu bestätigen schienen: Faschismus bringt Krieg und Tod. Als Mitte November 1939 im Museum of Modern Art New York eine Picasso-Ausstellung mit dem Guernica-Bild eröffnet wurde, lag die brutale militärische Niederschlagung Polens gerade sechs Wochen zurück und Hitlers Ankündigung seines „unabänderlichen Entschlusses“, Frankreich und England

anzugreifen, sollte nur noch acht Tage auf sich warten lassen.

Der Verfasser verfolgt mit großer Sympathie für Picassos wichtigstes Werk dessen Odyssee – von der dramatischen Vorgeschichte über all die akademischen und politischen Auseinandersetzungen um das Bild bis zu seiner wohl letzten Aufstellung in Spanien. Wie wichtig dieses Bild für Picassos Heimat Spanien war, illustrierte die hölzerne Transportkiste, in der das Wandbild nach Francos Tod von New York nach Europa zurückgebracht worden und die zum 100. Geburtstag Picassos in Madrid wie eine Reliquie ausgestellt worden war. Die „endgültige“ Platzierung des Bildes 1992 im spanischen Nationalmuseum Reina Sofia in Madrid verlief zwar störungsfrei, doch reklamierte ein Grafito an der Museumswand das Bild für das baskische Volk: „Guernica“ nach Gernika! Hatte es nicht der Bürgermeister der leidgeprüften Stadt der Basken im Jahr zuvor klargestellt? „Wir werden die Herausgabe des Bildes bis zu dem Tage fordern, an dem es hier eintrifft.“

Dipl. soz. René Senenko

Appeasement – Hitlers Freunde in England

Ian Kershaw, *Hitlers Freunde in England. Lord Londonderry und der Weg in den Krieg*, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2005.

Schon wieder eine Studie zur Appeasement-Politik Großbritanniens? Dazu ist doch längst alles gesagt und geschrieben worden – so reagierte der Rezensent, als er dieses umfangreiche Buch des Hitler-Biographen Ian Kershaw in Händen hielt.

Und tatsächlich ist seit der Öffnung der britischen Archive an der Wende von den 60er zu den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine wahre Flut von Publikationen erfolgt, darunter auch viele aus der Feder deutscher Historiker¹, die wohl alle Facetten der britischen Außen- und Sicherheitspolitik in den 1930er Jahren, unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zu Nazi-Deutschland, eingehend analysiert haben. Mittlerweile existieren nicht wenige Veröffentlichungen, die in kompakter Form den erreichten Forschungsstand bilanzieren.²

Das anzuzeigende Buch beweist allerdings, dass immer noch relevante Quellenbestände existieren, die bislang der Forschung nicht zugänglich waren und deren Auswertung manch' neues Licht auf die Appeasement-Politik des „Troubled Giant“ (Frederick S. Northedge) werfen können.

Im vorliegenden Falle handelt es sich um den groß dimensionierten Nachlass von Lord Londonderry, einem der prominentesten Exponenten der britischen Aristokratie, der in den Jahren von 1931 bis 1935 als Luftfahrtminister amtierte. Verwandt und verschwägert mit fast allen großen Adelshäusern auf der Insel, so befand sich beispielsweise Winston Churchill unter seinen Vettern, gern gesehen bei Hofe, sein Haus in London und sein Landsitz in Nordirland ein beliebter Treffpunkt der in Politik und Ökonomie Herrschenden – Londonderry war zweifellos ein Mann „mit Einfluss“; jemand, der wusste, wie in Downing Street No. 10, in den Ministerien, im Parlament und in den Vorstandseta-

gen großer Banken und Konzerne auch hinter den Kulissen gedacht wurde. Als Luftfahrtminister engagierte er sich für die Modernisierung der Royal Air Force, besonders die Schaffung einer Bomberflotte lag ihm dabei am Herzen.

Aber nicht deswegen ist die Persönlichkeit Londonderrys, der im Übrigen auch Teilhaber dreier Bankhäuser und ein sehr bedeutender Montanindustrieller war, von so großem Interesse. Vielmehr ist es seine Affinität zum deutschen Faschismus, einschließlich seiner hervorragenden Kontakte zu Nazi-Größen wie Hermann Göring, Joachim von Ribbentrop, aber auch zu Adolf Hitler, die eine biographische Studie rechtfertigen und neue Erkenntnisse zur britischen Appeasement-Politik erwarten lassen.

Zunächst sei hervorgehoben, dass der aus alter Familie stammende Lord Londonderry mit seinen Sympathien für die Nazis sich in sehr guter Gesellschaft befand. In der Anglo-German-Fellowship (vgl. S. 176ff.) und in der Cliveden-Clique um Lord und Lady Astor trafen

höchst einflussreiche Mitglieder der „Gesellschaft“ – Geschäftsleute, Parlamentarier, Verleger, Angehörige der Aristokratie – aufeinander, die sich für gute Beziehungen zu Hitlerdeutschland engagierten, ja, die den Aufbau einer faschistischen Diktatur mit öffentlich zur Schau getragendem Wohlwollen betrachteten. Insofern ordnen sich Londonderrys politische Überzeugungen in die damals in konservativen Kreisen Großbritanniens wahrnehmbare Tendenz ein, dem deutschen Faschismus seine Legitimation keineswegs abzuerkennen, sondern ihm innen- wie außenpolitische Erfolge zu wünschen. Es kam hinzu, dass die Nazi-Diktatur hier als Bündnispartner im Kampf gegen den „Bolschewismus“ und gegen alles, was als „links“ galt, durchaus willkommen war. Die sehr unterschiedlichen politischen Systeme beider Länder sollten dem nicht entgegenstehen.

Lloyd George, ehem. Premierminister Großbritanniens am 28. November 1934 vor dem House of Commons

„Ich sage voraus, dass in einer sehr kurzen Zeit – vielleicht nicht ein, vielleicht nicht zwei Jahre – die konservativen Elemente in England auf Deutschland als ein Bollwerk gegen den Kommunismus in Europa blicken werden. Wenn Deutschland vor dem Kommunismus niederbricht und der Kommunismus Deutschland ergreift, so wird Europa folgen, weil die Deutschen es am besten bewerkstelligen würden. Ihr werdet Deutschland als Euren Feund begrüßen.“ (Deutsches Nachrichtenbüro, Nr. 346, 28.11.1934, Bl. 23, in: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 2501/4026, unfol.)

Duncan Sandys MP (Konservative Partei) und Schwiegersohn Churchills, in einem Artikel der „Europäischen Revue“ 1936

„Nach Jahren ergebnisloser politischer Verzettelung hat das deutsche Volk nach den Regeln seiner Verfassung und in Ausübung seines demokratischen Wahlrechts dem Nationalsozialismus freiwillig die Macht überantwortet. Es wusste genau, wofür der Nationalsozialismus eintrat. Es traf seine Wahl mit offenen Augen, und die überwältigende Zustimmung, die dem Führer bei einer Volksabstimmung nach der anderen zuteil geworden ist, beweist zur Genüge, dass das deutsche Volk seine Entscheidung nicht bereut hat.“ (Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 308, 4.7.1936)

Lord Londonderry in einem Artikel des „Berliner Lokal-Anzeigers“, April 1937

„Nehmen wir offen die Tatsache der Rehabilitierung Deutschlands als Weltmacht hin und versuchen wir, wenn wir können, in Harmonie mit ihm zu arbeiten, denn von unserem gegenseitigen guten Willen hängt nach meiner Überzeugung in allererster Linie die Sicherung des Friedens in den kommenden Jahren ab.“ (Berliner Lokal-Anzeiger, Nr. 80, 3.4.1937)

Von 1935 bis zum Einmarsch der „Wehrmacht“ in die unbesetzte Tschechoslowakei im März 1939, der zu einer gewissen Ernüchterung Londonderrys hinsichtlich der Ziele Hitlers führte (vgl. S. 326ff.), war der Aristokrat unermüdlich tätig, um in der politischen Klasse Großbritanniens eine positive Stimmung für die Nazis hervorzurufen bzw. schon vorhandene Sympathien für den deutschen Faschismus noch zu verstärken. Er organisierte entsprechende, Aktivitäten, die es beinahe gerechtfertigt erscheinen lassen, von ihm als einem unbesoldeten Botschafter des „Dritten Reiches“ zu sprechen.

Sein elitäres Verständnis von Politik und Gesellschaft, ein ausgeprägter Antidemokratismus, Antikommunismus und Antisowjetismus – dies waren die geistig-politischen Grundlagen Londonderrys, von denen aus sein Verhalten gegenüber dem Nazi-Regime und seinen Repräsentanten erklärbar wird.

Die imperialen Interessen des British Empire erforderten aus seiner Sicht ein Arrangement mit dem deutschen Faschismus, dessen „Drang nach Osten“ sowie nach Wiederaufrüstung nicht in Frage zu stellen sei, solange der Appetit des „Führers“ vor den Territorien des eigenen, inzwischen fragil gewordenen Weltreiches Halt machen würde. In alledem unterschied sich Londonderry durchaus nicht wesentlich von den Vorstellungen vieler anderer Politiker seines Landes, allerdings stach bei ihm die über das normal „Diplomatische“ weit hinausreichende, geistig-politische Nähe zum „Dritten Reich“ hervor.

Weithin bekannt wurde der britische Aristokrat durch seine Reise nach Deutschland im Januar und Februar 1936 (vgl. S. 165ff.). Mit einem vom deutschen Luftfahrtministerium exklusiv gecharterten Passagierflugzeug wurden er und seine Frau vom Londoner Flughafen Croyden nach Berlin geflogen. Hier traf er Adolf Hitler, Joachim von Ribbentrop, Constantin Freiherr von Neurath, Rudolf Heß und Hermann Göring, der ihn auf seinem Landsitz Carinhall in der Schorfheide pompös emp-

fang. An den Botschafter des Vereinigten Königreichs in Berlin, Sir Eric Phipps, schrieb er voller Begeisterung über die intensive „Betreuung“, die ihm die Nazi-Führer hatten angedeihen lassen: „Jede Minute war mit etwas anderem ausgefüllt gewesen, ob nun mit einer politischen Unterredung mit dem Führer oder einer Hirschjagd in Carinhall, mit der wundervollsten Musik oder der Besichtigung hervorragender Kunstwerke, Gemälde und Wandteppiche oder damit, dass man sich in Garmisch (dort fanden gerade die Olympischen Winterspiele statt – R. Z.) Skirennen, Eiskunstwettkämpfe oder Eishockeyspiele anschaute ... Ich glaube, dass wir noch nie eine solch ausgefüllte, interessante und herrliche Zeit verbracht haben wie die letzten drei Wochen.“ (Zitat S. 172)

Die brutalen Repressionen gegen Andersdenkende und die immer mehr um sich greifende Entrechtung der Juden? Die so genannten Nürnberger Gesetze? Die Willkür der Gestapo? Der Terror gegen die Häftlinge in Konzentrationslagern und Zuchthäusern? Alles das war für Lord Londonderry kein Thema. Mit dem zur Staatsdoktrin erhobenen Antisemitismus der deutschen Faschisten zum Beispiel hatte er keinerlei ernste Probleme. In einem Brief an Joachim von Ribbentrop vom Februar 1936 heißt es hierzu u. a.:

„Wie ich Ihnen sagte, hege ich keine große Zuneigung zu den Juden. Man kann ihre Teilnahme an den meisten internationalen Störungen nachweisen, die in den verschiedenen Ländern so große Schäden hervorgerufen haben.“ (Zitat S. 179) Ian Kershaw bemerkt zu diesem Thema: „Obwohl Londonderry kein rassistischer Antisemit war, enthält sein Brief an Ribbentrop unverkennbare Spuren der latenten oder abstrakten Antipathie gegenüber Juden, die damals in der britischen Oberschicht weit verbreitet war.“ (S. 180) Eine Antipathie, die sich bei den Londonderrys auch gegenüber der eigenen Tochter äußerte, die es gewagt hatte, 1935 einen Juden zu heiraten – ein in diesen Kreisen der Aristokratie höchst unerwünschter Schwiegersohn.

Als Bestätigung seiner Auffassungen über den Platz Hitlerdeutschlands in der europäischen Politik empfand Londonderry das Diktat von München 1938. Zugleich gab es keinerlei Bekundung von Empathie mit dem Schicksal der Tschechoslowakei, denn „in seinen Augen war München keine moralische, sondern eine rein politische Angelegenheit“ (S. 299), die dort vertraglich geregelten Abmachungen hätten aus seiner

Sicht der Dinge schon viel früher vereinbart werden sollen. Das Schicksal der überaus funktionsfähigen bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in der CSR interessierte ihn nicht im Geringsten. Erst nach der Besetzung der – wie die Nazis es bezeichneten – „Rest-Tschechei“ durch deutsche Truppen im März 1939 begann bei Lord Londonderry ein gewisser Prozess des Nachdenkens über die Realitätsbezogenheit seiner Ansichten zum faschistischen Deutschland. Schließlich geriet er nicht nur in die politische, sondern auch bis zu seinem Tod im Jahre 1955 in eine gesellschaftliche Isolation innerhalb der herrschenden Elite. War dies nicht ein wenig heuchlerisch? Ian Kershaw ist zuzustimmen, wenn er abschließend schreibt: „In mancher Hinsicht spiegelten sich in Londonderrys Schwächen auch diejenigen seiner sozialen Schicht wider. Dass so viele britische Aristokraten mit der extremen Rechten flirteten (oder aus voller Überzeugung auf deren Seite standen), den Faschismus anziehend fanden und mit vielen Elementen des Nationalsozialismus sympathisier-

ten, war nicht einfach nur Ausdruck persönlicher Vorlieben oder ein historischer Zufall. Londonderry hat sich ... nie mit dem britischen Faschismus gemein gemacht. Dafür war sein sozial und ideologisch sowie parteipolitisch verwurzelter Konservatismus viel zu tief in seinem Charakter verwurzelt. Dennoch hegte er aufgrund seiner sozialen Herkunft instinktiv Sympathie für viele sowohl von der faschistischen als auch von der konservativen Rechten propagierten Werte.“ (S. 409f.)

Zusammengefasst: Eine überaus wichtige, manchmal allerdings zu sehr in die Details verliebte Studie zu einem in der Appeasement-Forschung bislang nicht angemessenen bearbeiteten Thema. Dass – wie es mittlerweile üblich geworden ist – für die Thematik einschlägige Literatur von DDR-Historikern wie z. B. Siegfried Büniger, Gerhart Hass, Mirjam Kölling und Karlheinz Schädlich vom Autor unberücksichtigt blieb, sei abschließend noch der Vollständigkeit halber angemerkt.

Dr. Reiner Zilkenat

¹ Zu den wichtigsten dieser Arbeiten gehören: Bernd-Jürgen Wendt, *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933–1939*, Düsseldorf 1971; Gottfried Niedhart, *Großbritannien und die Sowjetunion 1934–1939. Studien zur britischen Politik der Friedenssicherung zwischen den beiden Weltkriegen*, München 1972; Reinhard Meyers, *Britische Sicherheitspolitik 1934–1938. Studien zum außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess*, Düsseldorf 1976; Gustav Schmidt, *England in der Krise. Grundzüge und Grundlagen der britischen Appeasement-Politik (1930–1937)*, Opladen 1981. Neuerdings: Jörg Später, *Vansittart. Britische Debatten über Deutsche und Nazis 1902–1945*, Göttingen 2003 (zu Lord Londonderry vgl. ebenda, S. 107ff).

² Genannt seien an dieser Stelle folgende Arbeiten, die vor allem als kurz gefasst Einführung in die Thematik für den akademischen Unterricht geschrieben worden sind: Keith Robbins, *Appeasement*, Oxford 1988, 2nd edition 1997; R.J.Q. Adams, *British Politics and Foreign Policy in the Age of Appeasement, 1935–39*, Stanford (Calif.) 1993; Graham Darby, *Hitler, Appeasement and the Road to War 1933–41*, London 1999; Frank McDonough, *Hitler, Chamberlain and appeasement*, Cambridge 2002. In der BRD wurden mehrfach in der „Neuen Politischen Literatur“ und in den „Militärgeschichtlichen Mitteilungen“ Literatur- und Forschungsberichte aus der Feder von Gottfried Niethard, Gustav Schmidt, Rainer Tamchina und Bernd-Jürgen Wendt veröffentlicht.

Zur Geschichte der VVN-Bund der Antifaschisten

Der zweite Sonntag im September. Gedenken und Erinnern an die Opfer des Faschismus. Zur Geschichte des OdF-Tages, Broschüre/Begleitpublikation zur Wander-Ausstellung 2005, 62 Seiten.

60 Jahre Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Lesebuch zu Geschichte und Gegenwart der VVN, 94 Seiten.

Die von Karl-Heinz Lehmann gestaltete Wander-Ausstellung wurde von Hans Coppi und Nicole Warmbold konzipiert. Die dazu erschienene Broschüre/Begleitpublikation sowie das Lesebuch zu Geschichte und Gegenwart der VVN haben Hans Coppi und Nicole Warmbold herausgegeben bzw. verfasst. Dr. Hans Coppi ist freier Mitarbeiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, Vorsitzender der Berliner VVN-BdA, Sprecher des Vorbereitungskreises zum „Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“. Dr. Nicole Warmbold gehört zum Team des Vorbereitungskreises.

Die Entstehung, öffentliche Präsentation und Verbreitung der Wanderausstel-

lung und auch das Lesebuch wurden von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert. Die Wanderausstellung war ab 12. September 2005, einen Tag nachdem sie am zweiten Sonntag im September auf dem Marx-Engels-Forum präsentiert worden war, bis Ende 2005 in der Rosa Luxemburg Stiftung zu sehen.

Auf zwölf Tafeln dokumentiert die Ausstellung die wechselvolle Geschichte des OdF-Tages: In den Nachkriegsjahren wurde der zweite Sonntag im September zum ersten Gedenktag für die Opfer des Faschismus in Deutschland. Schnell führte dabei der Kalte Krieg zu einer Erinnerungsteilung in Ost und West. In der Bundesrepublik und in Westberlin war der von der VVN organisierte „Tag der Opfer des Faschismus“ alsbald Verboten ausgesetzt. Diese Verbote hielten bis in die 60er Jahre an, das offizielle Gedenken wurde im Wesentlichen am 20. Juli festgemacht. Anders in der DDR: Der OdF-Tag hatte immer einen festen Platz in der Erinnerungskultur. Aber er war auch nicht frei von Ritualen, Einseitigkeiten und Vereinnahmungen.

Seit 1990 wird der Gedenktag als „Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“ fortgeführt.

Die Ausstellung „Der zweite Sonntag im September. Gedenken und Erinnern an die Opfer des Faschismus. Zur Geschichte des OdF-Tages“ kann ausgeliehen werden. Anmeldungen dafür nimmt die Berliner VVN-BdA, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, 6. Etage, entgegen.

Schulen, LehrerInnen und SchülerInnen, die im RLS-Netzwerk AG „Geschichte für die Zukunft“ eng mit uns zusammenarbeiten, nutzen vor allem die beiden Broschüren als Bildungsmaterial.

Wander-Ausstellung, Broschüre zur Ausstellung und Lesebuch bilden eine didaktische Einheit und sind ein hervorragendes Material für die historisch-politische Jugendbildung, zumal die Möglichkeiten des kommunikativen Erinnerns für Jugendliche nicht mehr lange bestehen. Kurt Julius Goldstein, jüngst verstorbener Ehrenvorsitzender der VVN-BdA und Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitz Komitees, erklärt deshalb mit seinem Grußwort im

Lesebuch: „Als Überlebender von Auschwitz und Buchenwald, als Kämpfer in den Internationalen Brigaden muss ich sagen: Es liegt noch viel Arbeit vor uns. Vor Euch – denn meine Generation legt nun langsam und nicht ohne Schmerz ihr Vermächtnis in Eure Hände. Wir werden Euch begleiten, solange wir Kraft in uns spüren, doch dann wird es an Euch sein.“

Weitere ZeitzeugInnen, Nachgeborene, HistorikerInnen, befreundete Organisationen und WegbegleiterInnen kommen im Lesebuch zu Wort oder richten Grußworte an die jungen AdressatInnen. Ferner erfahren die Leserinnen und Leser einiges über die Biografien der Gründungsmitglieder, über den gescheiterten Versuch, 1947 eine gesamtdeutsche VVN zu konstituieren, über die erst 1948 gebildete Berliner VVN auf Grund der Teilung der Stadt in vier Sektoren,

über die getrennten Wege in Ost- und Westdeutschland, über das kurze Leben der VVN in der SBZ/DDR und die marginalisierte Fortsetzung ihrer Arbeit im Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer. Es sind viele kurze, sehr anregende Beiträge, die eine weitere inhaltliche Beschäftigung und Spurensuche geradezu herausfordern.

Die zweite Hälfte des Lesebuches gibt Einblicke in die Arbeit der seit Oktober 2002 gesamtdeutschen VVN-BdA. Der langjährige Vorsitzende der VVdN-BdA, Fred Dellheim, sagte rückblickend zu den nicht immer einfachen Gesprächen beider Verhandlungskommissionen (VVdN-BdA und VVN-BdA): „... über 40 Jahre unterschiedliche Geschichte, das sind zwei Generationen, ... und gewisse Unterschiede gibt es auch heute noch. Aber das Gemeinsame ist das Entscheidende: unsere antifaschistischen Anlie-

gen und Ideale gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Krieg getreu dem Schwur von Buchenwald zu vertreten und den neofaschistischen Gefahren die Stirn zu bieten.“

Fred Dellheim und viele ZeitzeugInnen der VVN-BdA haben die historisch-politische Jugendbildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung von Anfang an in enger Kooperation begleitet und maßgeblich unterstützt. Viele von ihnen, wie Fred Dellheim und Kurt Julius Goldstein, sind nicht mehr unter uns. Das Vermächtnis, das sie den Nachgeborenen in die Hände gelegt haben, will die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit der VVN-BdA auch künftig mit interessanten historisch-politischen Bildungsprojekten für die Jugend erfüllen helfen.

Dr. Cornelia Domaschke

Deutscher Konservatismus nach 1945

Ludwig Elm, *Der deutsche Konservatismus nach Auschwitz. Von Adenauer und Strauß zu Stoiber und Merkel, PapyRossa –Verlag, Köln 2007.*

„Die Gesellschaft, das politische System und die vorherrschende Ideenwelt in der Bundesrepublik am Beginn des 21. Jahrhunderts sind in den Grundtendenzen konservativ“ (S. 24): Mit dieser Einschätzung rechtfertigt Ludwig Elm die erneute Thematisierung des deutschen Konservatismus, mit dem sich der Autor in einem Großteil seiner wissenschaftlichen und politischen Arbeiten seit Jahrzehnten auseinandergesetzt hat. Die zitierte Einschätzung erscheint einleuchtend und zugleich Diskussionswürdig und Elms Darstellung liefert hierfür zahlreiche Belege, bekannte und weniger bekannte Facetten des deutschen Konservatismus nach 1945. Wer, das sei an dieser Stelle schon vorweggenommen, sich mit der Geschichte des Konservatismus in Deutschland nach 1945, seinen Handlungsträgern und seinen politischen Wendungen auseinander setzen will, der wird die vorliegende Darstellung des Jenenser Historikers nicht außer Acht lassen dürfen.

Der von Elm verfolgte Ansatz der Darstellung folgt chronologisch dem historischen Ablauf und ist vor allem politikgeschichtlich orientiert – theorie- und ideologehistorische Ansätze stehen eher im Hintergrund. Ein deutliches

Schwergewicht der Darstellung liegt auf der Adenauerzeit der frühen Bundesrepublik bis zum Beginn der sechziger Jahre. Diese Schwerpunktsetzung begründet sich aus der Tatsache, dass in dieser Zeit die politischen Weichen des größeren deutschen Teilstaates neu gestellt wurden und die konservative Ausrichtung hier ganz eindeutig die Oberhand gewinnt, womit die Auswirkungen dieser Weichenstellung bis heute spürbar sind. Die zentrale Perspektive in Elms Darstellung ist das Verhalten und Agieren der bundesrepublikanischen Eliten gegenüber den Hinterlassenschaften des Faschismus. Ignoranz, Relativierung und Kumpanei kennzeichnen den Umgang der Konservativen in der Anfangszeit der Bundesrepublik und in diesem Hang zur Relativierung, verbunden mit einer scharfen Wendung gegen die politische Linke, sieht Elm bis heute ein wesentliches Kontinuitätselement des Konservatismus.

Bei der Definition dessen, was unter Konservatismus zu verstehen ist, billigt Elm diesem ein großes Maß an Flexibilität zu: Die Ideologien der konservativen Schichten änderten sich je nach der politischen Gesamtkonstellation und auch bedingt durch die Tatsache, dass immer neue Schichten in konservative Positionen gedrängt würden (vgl. S. 30). Als Leitlinien konservativen Denkens gelten Elm die quasi naturgesetzliche soziale Ungleichheit, eine organisch, hierarchi-

sche Vorstellung von Gesellschaft, die die Notwendigkeit von Eliten behauptet, ein genereller Skeptizismus hinsichtlich der Erkenntnis- und Entwicklungsfähigkeit des Menschen. Als Träger des Konservatismus werden die politischen und wirtschaftlichen Eliten ausgemacht.

Wichtig ist dem Autor eine deutliche Abgrenzung zum Faschismus, wenngleich er andererseits hervorhebt, dass die (ideologischen) Grenzen hier fließend seien. Der konstitutiv barbarische, terroristische und menschenverachtende Kern des Faschismus unterscheidet diesen grundlegend vom Konservatismus (vgl. S. 38 u. 318). Gegenüber dieser wichtigen und prinzipiellen Abgrenzung bleibt das Verhältnis des Konservatismus zum Liberalismus, als einer konkurrierenden bürgerlichen Leitideologie, bei Elm weitgehend im Dunkeln, bzw. es löst sich der Liberalismus in seinen vorherrschenden Erscheinungsformen nach 1945 – vielleicht mit Ausnahme der sozialliberalen Ausprägung – im Konservatismus auf. Dies trifft für den Autor anscheinend besonders für die gegenwärtig hegemoniale Form des Neoliberalismus zu, die tatsächlich zahlreiche Anknüpfungspunkte für den Konservatismus bietet. Ob aber die Charakterisierung beispielsweise der im neoliberalen Geiste agierenden wirtschaftlichen Funktionselementen als konservativ zutreffend ist, darüber ließe sich trefflich streiten.

Die von Elm dargebotene Politikgeschichte der Adenauerzeit liest sich fesselnd und zugleich bedrückend, insbesondere in Bezug auf die aus heutiger Sicht unvorstellbare Ignoranz in der politischen und juristischen Auseinandersetzung mit den alten NS-Eliten. Obwohl viele Fakten bekannt sind, vermag Elm hier mit seiner dichten Darstellung ein erneutes Interesse für die Adenauerzeit zu wecken.

Neben den bekannten Fällen des Kanzleramts-Staatssekretärs Dr. Hans Globke (einst Ministerialrat und „Juden-Referent“ im Nazi-Reichsministerium des Innern) und des „Vertriebenen-Ministers“ Prof. Dr. Theodor Oberländer (prominenter „Ostforscher“ und NS-Geheimdienstler) verdeutlicht Elm die bereitwillige Aufnahme der mittleren Nazi-Eliten an zahlreichen auch weniger bekannten Beispielen.

Nach dem Machtverlust der Union 1969 schildert der Verfasser die Reorganisation und auch stärkere Reideologisierung des Konservatismus, der jetzt zahlreiche neue Institutionen und Zeitschriften hervorbringt, von der Deutschlandstiftung bis zu „Criticón“. Am Beispiel der Deutschlandstiftung verdeutlicht Elm das ideologische Übergangsfeld zur extremen Rechten, das auch durch einen der ersten Preisträger, Armin Mohler, veranschaulicht wird. Aus heutiger Sicht unvorstellbar, aber gerade deshalb den Zeitgeist besonders gut charakterisierend, ist die von Ludwig Elm angeführte Weigerung führender CDU-Politiker (Kiesinger, Strauß, Carstens, Kohl), an der 1970 erstmals

im Bundestag angesetzten Feierstunde zum Gedenken an den 8. Mai 1945 teilzunehmen, ein Vorgang der sich fünf Jahre später wiederholte (vgl. S. 184f.). Die zentrale Rolle der Geschichtspolitik für das Selbstverständnis des Konservatismus wird hier deutlich, die insbesondere in der Ära Kohl eine große Rolle spielte.

Die mit der deutsch-deutschen Vereinigung wieder an Boden gewinnende Totalitarismustheorie stellt für Elm den konservativen Leitfadens bei der Auseinandersetzung mit dem Erbe der DDR dar. Dass es gerade keine Äquidistanz zu beiden vermeintlichen Totalitarismen bei Konservativen gibt, macht Elm im völlig unterschiedlichen Umgang mit den Eliten aus der Nazi-Diktatur und der DDR deutlich. Wurden erstere schnell und weitgehend bruchlos in die entstehende Bundesrepublik integriert, so sind die ehemaligen DDR-Eliten (und auch zahlreiche Mitläufer) bis heute der öffentlichen Ächtung ausgesetzt.

Die gegenwärtige Entwicklung der Bundesrepublik sieht Elm weiterhin konservativ dominiert, Frau Merkel verortet er in der konservativen Linie der Union.

Hier würde es sich lohnen, eine generelle Diskussion über die ideologischen Inhalte, Veränderungen und Brüche des Konservatismus zu führen. Wenn Elm die Bundesrepublik im Vergleich zu den meisten west- und nordeuropäischen Demokratien „unverändert als ausgeprägt konservativ“ beschreibt (S. 280) und damit eine ungebrochen Kontinuität andeutet, dann ergeben sich zumindest Fragen.

Ist die Umsetzung markradikaler Konzepte, wie sie die letzten Jahre über versucht wurde, wirklich als konservativ zu bezeichnen? Ist die im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern dennoch gemäßigte Ausprägung des Neoliberalismus ein Ausweis gerade des Konservatismus der Bundesrepublik oder scheint hier ein anderer Traditionsstrang auf? Trifft die Charakterisierung im Verhältnis zu den westlichen Nachbarn noch zu oder ist nicht, um ein Beispiel zu nennen, die Elitenrekrutierung in Frankreich weitaus stärker auf den Machterhalt konservativer Schichten gerichtet? Wie ist der für die Bundesrepublik sicherlich entscheidende kulturelle Einschnitt von 1968 zu bewerten und welche Spuren hat er in der Tiefenstruktur des Landes hinterlassen? Wie verhält es sich mit Frage der aktuellen Familienpolitik in der Union und was ist von den Vorhaltungen einer „Neuen Rechten“ zu halten, die Union sei keine Partei für Konservative?

Vielleicht müsste zur Beantwortung solcher Fragen das Konzept eines ungebrochenen Konservatismus in der Bundesrepublik überdacht werden. Antonio Gramsci spricht im Zusammenhang mit der Hegemoniefrage von einem historischen Block, der zweitweise diese Hegemonie repräsentiert. Möglicherweise sah dieser historische Block in der Hochzeit des Fordismus und der sozialliberalen Ära der siebziger Jahre anders aus als zur Adenauerzeit und hat sich heute wiederum neu zusammengesetzt.

Dr. Gerd Wiegel

Der „Oberhalb-Denker“ der Neuen Rechten

„Unsere Zeit kommt“. Götz Kubitschek im Gespräch mit Karlheinz Weißmann, Verlag Edition Antaios, Schnellroda 2006, 133 Seiten.

Götz Kubitschek ist auf dem Markt der neurechten Ideologien mehr als rühmig. Mit Karlheinz Weißmann begründete er im Jahre 2000 das „Institut für Staatspolitik“ (IFS) in Schnellroda/Thüringen. Als Verleger leitet er den dort angesiedelten Verlag „Edition Antaios“, als Autor erscheint er oft in der „Jungen Freiheit“ und als Organisator ist er unentbehrlich für die Tagungen des IFS. Hinter den Kulissen betreibt er weiterhin den Schulterchluss mit den Kräften des rechtsextremen Lagers, wie sein Interview mit der NPD-Zeitung „Deutsche

Stimme“ im Januar 2007 ausweist, wo er sich verächtlich über die „Parteiendemokratie“ ausließ.

Im vorliegenden Bändchen, das im Hausverlag erschien, bietet er seinem Freund Weißmann, Gymnasial-Lehrer aus Göttingen und als strategischer Kopf der Neuen Rechten in Deutschland mit seinen zahlreichen Büchern und Artikeln bekannt, eine Tribüne für einen großen Monolog über das, was dieser unter „rechts“ versteht. In bemerkenswert deutlicher Sprache öffnet Weißmann hier sein Visier, legt auf Kubitscheks Fragen seine philosophischen und politisch-strategischen Ansichten dar.

Von den fünf Abschnitten („Rechts-Sein überhaupt“, „Rechts-Sein persönlich“,

„Von der Gegenrevolution“, „Vom Zustand der Welt“, „Letzte Fragen“) ist der erste der umfangreichste. In ihm finden sich bereits alle Grundelemente der von Weißmann erstrebten neurechten Gegenrevolution. Dazu gehört zunächst das Bekenntnis zur „Konservativen Revolution“, deren Vordenker in der Weimarer Republik wie Ernst Jünger und Moeller van den Bruck und später Armin Mohler, ehemaliger Sekretär Jüngers und bekennender Faschist (dessen Buch „Die konservative Revolution 1918–1932“ zum ersten Mal im Jahre 1950 erschien) sein Denken wesentlich beeinflussten. Weißmanns geistige Wurzeln reichen aber auch noch weiter zurück, so zum Beispiel zu

Friedrich Nietzsche. Sein Geschichtsbild wird dominiert (W. nennt sie „Referenzepochen“) vom Ottonischen und Staufischen Reich, von Preußen im 18. Jahrhundert, den „deutschen Erhebungen“ von 1813, 1944 und 1953. Als seine Idole benennt er Heinrich I., Friedrich den Großen, Stein, Gneisenau, Bismarck und Stauffenberg. (Klappentext). In seinem Katalog gibt es nichts, was den Göttinger Lehrer in Beziehung zu den großen demokratischen Traditionen dieser Stadt oder zum Widerstand der Göttinger Atomwissenschaftler gegen den Atomtod bringen könnte.

Dafür wird gleich in Anknüpfung an seine Vorgänger ein „Hauptfeind“ ausgemacht, der Materialismus. Der „Antimaterialismus“ verbindet Weißmann mit einer breiten Front Konservativer verschiedener Ausprägung. Auf dem Klappentext ist jedoch als „Hauptfeind“ vor allem „die Dekadenz“ ausgewiesen, da er sich in einer „Phase der Dekadenz“ wähnt, die sich allmählich vollendet. (S. 79) Ohne diese Lagebeschreibung und ihre Dramatisierung ist – wie bei der extremen Rechten, die das „System“ anklagen und beseitigen wollen – die Ausarbeitung von Ziel, Ausweg und Rettung nicht denkbar. Als deutlichstes „Kennzeichen der Dekadenz“ sieht Weißmann die Ausbreitung der Auffassung vom „Nur-Leben“ als höchstem Wert, ordnet aber als Folgen die Hochschätzung von Schlaueit und Feigheit, die Urteilsschwäche, den Geburtenchwund, die Ausbreitung der Homosexualität und den Egalitarismus gleich dazu. Mit dem Kampf gegen die Gleichheitsvorstellungen geht er sogleich auch auf das Feld der Bildungspolitik über und es ist klar, dass er alles hasst, was seinen elitären Auffassungen dort entgegensteht. Weißmann ist überzeugt davon, dass wir in den nächsten zehn Jahren „eine dramatische Zuspitzung der Krise“ erleben werden, was die Unfähigkeit oder den Unwillen der Politischen Klasse überdeutlich werden lasse. (S. 80)

Zwar gibt er zu, dass er auf der Suche nach einem Ausweg schon einmal eine Enttäuschung erlebte, als er Anfang der neunziger Jahre versuchte, mit einem Projekt „Neue demokratische Rechte“ nationalistische Kräfte zwischen den herrschenden Kreisen der Kohl-Regierung und der extremen Rechten zu sammeln und ihm „die Bürgerlichen“ in den Rücken fielen. (S. 63) Aber das hielt ihn nicht davon ab, mit immer neuen Vorstößen und Projekten – neben dem Institut und den Tagungen seien besonders die Gründung der Zeitschrift „Sezession“

und seine Attacken gegen die Deutung des 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ genannt – seiner Faszination von dem Gedanken zu folgen, „eine Gegenideologie aufzubauen, um der Linken Paroli zu bieten“ (S. 37). Seine Feindschaft gegen die „1968 er“ ist daher so immanent, wie er sie bei den Ideologen der „Dresdener Schule“ der NPD um Jürgen Gansel und Karl Richter abschreiben könnte.

Karlheinz Weißmann bezeichnet sich im Gespräch mit Kubitschek als einen „Rechten nach eigener Façon“, der man durch eine Kopfgeburt werde, denn ihm fehle, was viele Rechte mitbrächten: die Herkunft aus einer entsprechenden Tradition. Seine Familie gehörte zum „Kleinstbürgertum“. Und so wie er sich zwischen den Schichten fühlte, so versuchte er auch immer wieder einen Standpunkt jenseits der großen „Denkfamilien“ einzunehmen, der völkischen, der faschistischen, der traditionalistischen, der rechtsanarchistischen. Und auf die direkte Nachfrage Kubitscheks nach seinem Standpunkt präzisiert Weißmann, dass er „oberhalb“ dem „jenseits“ in Bezug auf diese Richtungen vorzöge. Das könnte noch besser deutlich machen, dass er versuche, gewisse Einseitigkeiten zu vermeiden und die eigentlichen Stärken der rechten Position zur Geltung zu bringen (S. 45).

Nun also erneut die Propaganda für die „Gegenaufklärung“, die „Gegenöffentlichkeit“ und die „Gegenrevolution“. Letztere muss natürlich noch etwas warten, Gegenöffentlichkeit sieht er schon in der „Jungen Freiheit“ herangewachsen, er ist eifrig bei der Gegenaufklärung. Worauf setzt er seine Hoffnungen? Im Büchlein antwortet er Kubitschek vor allem mit zwei Ansagen: erstens meint er in Erinnerung an Winston Churchill, dass nur „starken Männern“ gelingen könne, was die Schwätzer niemals erreichen werden. (Er redet natürlich nicht von „Führern“). Und zweitens setzt er auf die „historischen Minoritäten“, die zum einen aus der jüngeren Generation nachwachsen sollen und zum anderen auf die „freischwebende Intelligenz“, die in allen Umbruchphasen eine wichtige Rolle gespielt habe. (S. 81) Da er sich offensichtlich selbst dazu zählt, kann er dann auch selbstbewusst formulieren: „Unsere Stunde wird kommen“ (S. 84). Auf dem Titel des Umschlags heißt es leicht abgewandelt „Unsere Zeit kommt“.

Entsprechend der Rolle, die sich Weißmann selber zuzmisst, betont er ausdrücklich: „... ich sehe mich nicht zu-

ständig für die politische Praxis“ und vermerkt, dass er niemals einer Partei angehört habe und gedenke, daran nichts zu ändern (S. 85) Diese bequeme Position hindert ihn freilich nicht, zu einer ganzen Reihe aktueller politischer Fragen Stellung zu nehmen, in gewisser Weise auch darüber zu rasonieren (vor allem im Kapitel „Vom Zustand der Welt“).

So fällt er harsche Urteile über den Zustand von CDU und CSU, die er personell für weitgehend ausgezehrt hält, die die geistfeindlichsten Parteien überhaupt seien und die außerhalb des Machtgewinns überhaupt keine Ziele mehr kennen würden.

Etwas wohlwollender benotet er die Erfolge der NPD als Protestpartei bei den Wahlen, eine Funktion, die sie sicher auch in Zukunft ausfüllen könne. Aber er sehe nicht, wie diese Partei zu Personal kommen wolle, das präsentabel sei und daraus eine konstruktive Programmatik machen könne. So wie Weißmann aber davon spricht, dass sich das „Völkische“ unter veränderten Umständen wieder zurückmeldet, geht er doch davon aus, dass der Faschismus auch zukünftig noch als denkbare politische Option wahrgenommen wird. Die Linke an der Macht bietet für ihn nur einen „hässlichen Anblick“. Beim Nachdenken über eine Alternative fällt ihm der lang dauernde Formierungsprozess der Grünen ein, die aus einer breiten Alternativbewegung herauswachsen.

Interessant ist, wo Karlheinz Weißmann mit seinen außenpolitischen Erörterungen landet. Er betrachtet zahlreiche Entwicklungen in der Welt durchaus nüchtern, verfällt nicht in die antiglobalistische und antiamerikanische Hetze der Neonaziszene, verhehlt aber auch nicht seine Skepsis gegenüber der EU. Diese sei als politische Ordnung schon am Ende, bevor sie auch nur die Chance hatte, eine militärische zu schaffen. Kritisch äußert er sich zu britischen und französischen Ambitionen, lehnt den EU-Beitritt der Türkei ab und hat auch keine Option für eine „Achse“ Paris-Berlin-Moskau. Die bei manchen Vertretern der Neuen Rechten umhergeisternde Idee eines „Eurasien“ sei immer nur eine papierne Idee gewesen.

So muss sich Weißmann am Schluss seiner Denkkoperationen natürlich die Frage stellen, welche Handlungsmöglichkeiten existieren. Eine Führungsrolle Deutschlands setzt er aus historischen und aktuellen Gründen voraus. Da er aber konstatiert, der Rückzug auf die Nation als solche entfalle und der Ausbau der EU oder ein eurasisches Kon-

zept müsse zurückgewiesen werden, blieben nur noch zwei Optionen: „das karolingische Europa oder Mitteleuropa“ (S. 101). Ersteres käme für ihn als Zusammenschluss unter einer deutsch-französischen Doppelspitze zustande, das zweite als ein engerer Zusammenschluss aller Staaten zwischen Skandinavien im Norden und Italien im Süden, der französischen Grenze im Westen und der russischen im Osten. Von diesen geistigen Höhenflügen herunter stürzt er sodann auf das übliche Muster aller rechten und auch rechtsextremen Vorstellungen. Sein Mitteleuropa soll einen geschlossenen Handelsraum bilden und sich gegen weitere Einwanderung abschließen. Er betet zwar nicht die „Autarkie“-Phrasen der NPD nach, aber für „eine Art Autarkie“ votiert er schon. Und mit „Unbedingt!“ antwortet er auf die Frage, ob er eine „Festung Europa“ will (S. 105). So enthüllt sich

„neurechtes Denken“ doch als ziemlich angestaubt.

Am Ende des Buches, wenn Weißmann auf „Letzte Fragen“ eingehen will, bleibt er auch bei der Betrachtung von Religion der „Oberhalb“-Denker. Er vermag sich zwar kritisch zur katholischen Glaubensrichtung und zur evangelischen zu äußern, erörtert auch die religiösen Züge in politischen Bewegungen wie der faschistischen, die Beziehungen zwischen Judentum und Christentum, die Einflüsse des Islam usw., will aber den konkreten Fragestellungen lieber entkommen, indem er betont, dass es sicher kein Europa ohne Christentum geben kann und dass unsere ganze Kultur eine Synthese aus Heidentum und Christentum bilde. Für sich selber wähle er daher eher die Bezeichnung „hochkirchlich“. Damit hat er auch noch einmal eine Abgrenzung zu den neonazistischen Hochgesängen auf die ger-

manische Mythologie und deren feindseligen Schlachtruf „Odin statt Jesus“ vollzogen. Das Heidentum Mohlers war auch fast der einzige Kritikpunkt an seinem Vorbild.

Das Fazit: Karlheinz Weißmann bleibt der legitime geistige Erbe Armin Mohlers, dem es stets um die Entkopplung zwischen der politischen Praxis des Nazifaschismus und dessen konservativen Vordenkern ging, um deren Ehre zu retten und deren Auffassungen weiter wirken zu lassen. Weißmann ist zwar auch nach Auseinandersetzung mit den französischen Begründern der „Nouvelle Droite“ um Alain de Benoist und anderen rechtsgerichteten Ideologen nicht zum neuen Papst der Neuen Rechten emporgestiegen, aber sein Wirken sollten Linke und Antifaschisten auch in Zukunft genau beobachten.

Dr. sc. Roland Bach

Die „Junge Freiheit“ und die „Konservative Revolution“

Stefan Kubon, Die bundesdeutsche Zeitung „Junge Freiheit“ und das Erbe der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zur Erfassung der Kontinuität „konservativ-revolutionärer“ politischer Ideen, Dissertation, Würzburg 2006.

Vorneweg: Das Buch in einem Stil geschrieben, der wohl „akademisch“ sein soll. Aber auch das will erlernt und geübt sein, guter Wille allein reicht nicht aus. Auch Doktorväter sollten das den ihnen Anvertrauten beizeiten stecken; ihnen und der Welt bleibe manches Schriftstück erspart.

Manchmal lohnt es sich aber auch, sich durch einen fast unlesbaren Text zu kämpfen. Nicht so in diesem Fall. Das beginnt schon bei der Definition der Begriffe; ihr klarer Gebrauch ist Voraussetzung für jeden gelingenden wissenschaftlichen Diskurs. Die hier wesentlichen – „konservative Revolution“ und „Rechtsextremismus“ – sind weitgehend von Armin Pfahl-Traugber übernommen. Dessen Verengung der „konservativen Revolution“ auf die „Jungkonservativen“ lehnt der Autor mit Hinweis auf Armin Mohler zwar ab, jedoch ohne zu erwähnen, dass Mohler selbst dem Kreis der „konservativen Revolution“ zuzurechnen ist und daher ein politisches Interesse daran hat, sie als

möglichst große und breit gefächerte weltanschauliche Strömung darzustellen. Kubon selbst zitiert im textanalytischen Teil der Arbeit (s.u.) allerdings wiederum nur wenige Autoren der „konservativen Revolution“ – und als häufigsten Kronzeugen Carl Schmitt, dessen Einordnung als „klassischer“ Vertreter der „konservativen Revolution“ doch zumindest umstritten sein dürfte.

Schließlich wird in der Diskussion bisheriger Forschungsergebnisse nahegelegt, eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Erbe der „konservativen Revolution“, insbesondere in der „Jungen Freiheit“, habe eigentlich nicht stattgefunden. Das mag so stimmen, lässt einen aber auch ein wenig ratlos zurück. Die Feststellung verbindet sich mit dem Anspruch, mit dem vorliegenden Text einen Beitrag sowohl zur Konservatismus- als auch zur Rechtsextremismusforschung zu leisten. Dies wird am Schluss der Arbeit diskutiert. Bezogen auf den Konservatismus geht es um die Frage nach der „Kontinuität des Konservatismus“. An keiner Stelle findet sich aber ein Hinweis, warum die „konservative Revolution“ überhaupt als pars pro toto des Konservatismus genommen werden kann, eine im Übrigen auch höchst zweifelhafte These. Bezogen auf den Rechtsextremismus geht es um die Fra-

ge, in wie weit eine Verwendung des Begriffs „Neue Rechte“ richtig und sinnvoll ist. Widersprochen wird dem vor allem unter Hinweis auf den klar antidemokratischen Kurs der „Jungen Freiheit“ und die Kontinuität zur „konservativen Revolution“. So richtig das einerseits ist, so geht dabei doch auch der Blick auf die spezifischen Erneuerungen (etwa die Bezüge auf Gramsci und die ökologische Frage als neue Rechtfertigungsgrund für eine Diktatur) verloren, die der Autor aber sehr wohl nennt. An dieser Stelle ist die Argumentation schlicht inkonsistent.

Den größten Platz innerhalb der Schrift nimmt eine ausführliche Textanalyse der in der „Jungen Freiheit“ abgedruckten Artikel ein, die mit Quellen der „konservativen Revolution“ abgeglichen werden. Die hier zusammengetragenen Zitate belegen die ideologische Kontinuität und geben für eine weitergehende Beschäftigung wertvolle Hinweise. Hier müssen allerdings Einschränkungen gemacht werden.

Erstens: Über die Systematik der Untersuchung und Darstellung kann man sicherlich geteilter Meinung sein; sie erlaubt keine zeitliche Einordnung der jeweiligen Zitate, ob es jeweils eine Entwicklung von Positionen gegeben hat, lässt sich nur schwer ablesen.

Zweitens: Als wichtiges Sprachrohr der „konservativen Revolution“ vermisst man hier die Zeitschrift „Die Tat“ (lediglich Hans Zehrer wird vereinzelt zitiert). Gerade im Vergleich der beiden Zeitschriften hätte sich untersuchen lassen, wie aktuelle politische Entwicklungen jeweils bewertet wurden bzw. werden. Damit wäre ein Vergleich einfacher und für die Leser leichter nachvollziehbar gewesen, als mit der eklektischen Aneinanderreihung von Zitaten, die genauso gut zufällig zu einander passen können.

Auffällig an der gesamten Arbeit ist das Fehlen eines jeden diskursanalytischen Ansatzes. Dadurch ist auch zu erklären, dass die begriffliche Verschleierung völkischer, anti-demokratischer

Ideen durch die „Junge Freiheit“ allein unter der Fragestellung behandelt wird, in wie weit „das ideologische Erbe der ‚konservativen Revolution‘ in einem demokratischen Sinn“ umgestaltet wird. Ein diskurstheoretischer Zugriff fehlt so völlig. Er hätte zum Gegenstand, wie die „Junge Freiheit“ versucht, im Kern völkische Ideen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen, etwa mit dem Bild eines Westeuropa zwischen „Djihad“ und „McWorld“ oder dem Ruf nach einem wachsenden „deutschen Selbstbewusstsein“. Die sowohl in der „konservativen Revolution“ historisch als auch in der „Jungen Freiheit“ aktuell konstatierte „Schwäche“ des deutschen Volkes und sein drohender Untergang wären ein idealer Untersuchungsgegen-

stand gewesen, um ein Beispiel für solche Anknüpfungspunkte ins vermeintlich demokratische rechte Spektrum zu gewinnen. Zentral ist ein solch diskurstheoretischer Zugriff vor allem deshalb, weil nur so etwas über die eigentliche Bedeutung der „konservativen Revolution“ wie der „Neuen Rechten“ als politischer Strömungen, die vor allem durch den Bezug auf vor-politische (oder „meta-politische“) Einstellungen versuchen, wirksam zu werden. Das Bündnis mit den Konservativen wird dabei über die Kritik an der zensorischen „political correctness“ der 68er-Linke geschlossen, dem angeblich so übermächtigen Gegner.

Dirk Burczyk M. A.

AUTORENVERZEICHNIS

Dr. sc. phil. Roland Bach, Politikwissenschaftler, veröffentlicht zu aktuellen Problemen des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, unter besonderer Berücksichtigung der NPD, und analysiert die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien.

Prof. Dr. sc. phil. Lothar Bisky, Kultur- und Medienwissenschaftler, Bundesvorsitzender der Partei DIE LINKE.

Prof. Dr. phil. Klaus Böttcher, Politikwissenschaftler, befasst sich mit aktuellen Fragestellungen des Rechtsextremismus. Seit 1990 initiativ an der Erarbeitung antifaschistischer Strategien der PDS/Linkspartei beteiligt.

Dr. phil. Nick Brauns, Journalist und Historiker, Publikationen zur Geschichte der „Roten Hilfe“, zur politischen Lage im Nahen und Mittleren Osten und zu aktuellen Entwicklungen im Rechtsextremismus.

Dirk Burczyk M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, publiziert zu Problemen der „Konservativen Revolution“ und der „Bündischen Jugend“ in der Weimarer Republik sowie zu aktuellen Entwicklungen im Rechtsextremismus.

Dr. phil. Cornelia Domaschke, Politikwissenschaftlerin, Veröffentlichungen zur politischen Entwicklung auf dem Balkan, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Bereich Politische Bildung).

Prof. Dr. phil. habil. Karl-Heinz Gräfe, Historiker, spezialisiert sich in seinen Forschungen auf die Geschichte und aktuellen Probleme Mittel- und Osteuropas, besonders Polens, sowie auf die internationale kommunistische Bewegung.

Dr. phil. André Hahn, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Mitglied des Kreistages der Sächsischen Schweiz.

Dr. phil. Horst Helas, Historiker, Publikationen vor allem zur jüdischen Geschichte, zum Antisemitismus sowie zur KPD/KI. Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Bereich Politische Bildung).

Heide Kramer, VVN Celle/Niedersachsen.

Prof. Dr. sc. phil. Helmut Meier, Historiker, beschäftigt sich u.a. mit Fragen des „Geschichtsbewusstseins“, der Geschichte der DDR und der Biographie von Constantin Frantz.

Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages seit 2005, Mitglied des Innenausschusses, 2000–2002 stellv. Bundesvorsitzende der PDS.

Oliver Reschke M.A., Doktorand der Geschichte an der FU Berlin, Publikationen zur Geschichte der NSDAP und SA in Berlin, Mitautor des 12bändigen biographischen Handbuchs zum antifaschistischen Widerstand.

Dr. phil. Martin Seckendorf, Historiker, Veröffentlichungen u. a. zum Mitteleuropäischen Wirtschaftstag, zur NS-Außenpolitik und zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges, unter besonderer Berücksichtigung der faschistischen Okkupationspolitik.

René Senenko, Dipl. soz., Verleger, aktiv in der Willi-Bredel-Gesellschaft e.V. in Hamburg.

Dr. phil. Daniel Siemens, Historiker.

Dr. phil. Günter Wehner, Historiker, Publikationen zum antifaschistischen Widerstand und zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Mitautor des 12bändigen biographischen Handbuchs zum antifaschistischen Widerstand, ehemals Mitarbeiter des Museums für Deutsche Geschichte.

Dr. phil. Gerd Wiegel, Politikwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der LINKEN, Autor von Beiträgen zur „Grauzone“ zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus sowie zu Fragen aktueller „Geschichtspolitik“.

Dr. phil. Reiner Zilkenat M.A., Historiker, unterrichtet Wirtschafts- und Sozialkunde an einer Berufsfachschule, Redakteur des „Rundbriefs“.

nonpd

NPD-Verbot jetzt!

www.npd-verbot-jetzt.de

VVN-Bund der Antifaschisten, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Rundbrief ISSN 1864-3833

Der Rundbrief erscheint bei Bedarf, in der Regel einmal je Quartal, und wird herausgegeben von der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.
V.i.S.d.P. Dr. Reiner Zilkenat

Adresse: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030 24009-447
Telefax: 030 24009-215
E-Mail: r.zilkenat@gmx.net

Gegenstand der Rundbriefe sind Analysen, Erfahrungen, Nachrichten, Rezensionen und Untersuchungen zum Thema Rechtsextremismus und rechter Zeitgeist. Damit soll die antifaschistische Arbeit demokratischer Organisationen und interessierter Personen unterstützt werden. Der Rundbrief ist über die AG zu beziehen.
Zuschriften und Beiträge sind willkommen.
Layout und Satz: MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung

DIE LINKE.